Risse im Putz

Gruppe Blauer Montag

Risse im Putz

Autonomie, Prekarisierung und autoritärer Sozialstaat

Assoziation A

© Berlin | Hamburg | November 2008
Assoziation A | Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin | www.assoziation-a.de
Tel.: 030-695 829 71 | berlin@assoziation-a.de | hamburg@assoziation-a.de
ISBN 78-3-935936-72-9
Satz und Umschlaggestaltung unter Verwendung eines Fotos von Marily Stroux: kv
Druck: Winddruck Siegen

Inhalt

Einleitung 7

Teil 1
Arbeitszwang, Sozialstaat, »neue« Fabrik
Einführung 21
Überlegungen zur Umstrukturierung des zweiten Arbeitsmarktes und zur Zwangsarbeit 34
»Alles Toyota – oder was?« Lean Production und ihre Konsequenzen für die Klassenorganisierung 41
Der Sozialstaat zwischen Globalisierung des Kapitals und »moralischer Ökonomie« 52
Gegen die Hierarchisierung des Elends 64

Teil 2
Flexibilität und Aktivierung – ein umkämpftes Terrain
Einführung 79
Auf dem »Dritten Weg« ins 21. Jahrhundert? Überlegungen zur neuen Sozialdemokratie 89
»Kulturloser Rockerhaufen« Aus dem Innenleben der New Economy 101
Arbeitskraftunternehmer, Ich-AG und »aktivierender Sozialstaat« 109
Revolution der Kleinbürger 128

Teil 3
Prekäres Leben – prekäre Linke
Einführung 139
Von Bäckereien, neuen Rezepten und leer geräumten Supermärkten 144
Umkämpfte Normalität Prekarisierung und Neudefinition proletarischer Reproduktionsbedingungen 152
Auch mit Solidarität kannst du Pleite machen 166
No Country for Old Men 175

Einleitung

Die sogenannte »soziale Frage« und der Kapitalismus gehören untrennbar zusammen. Und dennoch gehören die acht und mehr Stunden am Tag, die die meisten Menschen – auch Genossinnen und Genossen – an ihren jeweiligen Arbeitsplätzen verbringen, genauso wenig zu den Kernthemen linkradikaler Politik wie die Auseinandersetzung mit Arbeits- und Sozialämtern, mit der Renten- und Krankenversicherung, der Miete, der Kinderbetreuung etc. Die Arbeitsbedingungen in Fabriken und Büros und ihre Veränderungen, Arbeit als täglich umkämpftes Terrain, sozialstaatliche Sicherungs-, Kontroll- und Unterwerfungssysteme, Klassenauseinandersetzungen – all das, was vereinfacht »soziale Frage« genannt wird, ist in der Bundesrepublik jenseits von Gewerkschaften und Arbeiterbewegungsorthodoxie nur selten Gegenstand linker Politik gewesen.

Schade eigentlich, denn es knirscht unüberhörbar im Gebälk der Klassenbeziehungen: Hartz IV, Massenarmut, eine Vielzahl von Streiks und Arbeitskämpfen in den letzten Jahren; sinkende Löhne bei steigenden Managergehältern und nicht zuletzt das Auftauchen der Linkspartei sind Ausdruck dieser Risse im neoliberalen Putz. Und auch in der (radikalen) Linken gibt es neue Diskussionen – um (die eigene) Prekarisierung, um Aneignung und globale soziale Rechte. Vielleicht ist es daher eine gute Zeit, auf die Stränge einer undogmatisch linken Arbeits- und Sozialstaatskritik zu verweisen, die in den letzten Jahren neben dem linken und autonomen Politikmainstream durchaus existiert haben. Wenn wir also in diesem Buch die Beiträge der Hamburger Gruppe Blauer Montag präsentieren, so geschieht das als Bestandsaufnahme und aktuelle Intervention gleichermaßen.

Als Theo Bruns von Assoziation A uns das erste Mal ansprach, die Diskussionen von inzwischen nahezu 15 Jahren Gruppe Blauer Montag als Buch zu veröffentlichen, hatten wir erhebliche Zweifel am Sinn eines solchen Buchprojekts. Nun, wir haben uns schließlich doch entschlossen, uns in dieser Form in die aktuellen Diskussionen um Arbeitsregime und Sozialstaat, um Klassenkampf und linke Perspektiven einzumischen. Ein Selbstgänger war das nicht, und somit scheinen vorab ein paar Klärungen und Erklärungen angebracht.

Fangen wir mit der Selbstdarstellung an: Wer ist eigentlich die Gruppe Blauer Montag? Für manche waren und sind wir ein Diskussionszirkel alternder Männer und Frauen; manchmal mit dem teils kritischen, teils anerkennenden, aber nichtsdestotrotz falschen Unterton vom »Theorie-

zirkel«. Wieder andere haben in uns eine »linksradikale Volkshochschule« gesehen, weil Diskussionsveranstaltungen eine unserer wichtigsten Interventions- und Aktionsformen waren und auch noch sind. All diese Labels bilden bestenfalls Facetten der Gruppenwirklichkeit ab. Was allerdings zutrifft, ist, dass der Blaue Montag auf eine mittlerweile 15-jährige Diskussionskontinuität im weiten Feld der sogenannten »sozialen Frage« zurückblicken kann, einem Feld, das nun wahrlich nicht zu den »Kernthemen« linksradikaler und autonomer Politik und Organisierung gehört. Möglicherweise ist das ein Grund dafür, dass das, was wir im Laufe der Jahre zu kapitalistischer Arbeit, zur Organisation und Durchsetzung der Ausbeutung, zu sozialstaatlicher Regulierung und Kontrolle und nicht zuletzt zum widerspenstigen und widerständigen Klassenverhalten – zur Autonomie des Klassenkampfes – gemacht haben, relativ fundiert erschien.

Faktisch ist die Gruppe Blauer Montag eine Art hängengebliebene Übergangserscheinung, die sich im Prozess vielfältiger biografischer und politischer Übergänge und Brüche verselbstständigt hat. Der historische Kern des Blauen Montags liegt in den Schwarze-Katze-Gruppen und Jobberläden, die in den 1980er Jahren den organisierten linksradikalen Flügel der Erwerbslosenbewegung in Hamburg gebildet hatten.[1] Als sich die Reste dieses Organisationszusammenhangs 1991/1992 endgültig auflösten, blieb dessen Arbeitskreis Staatlicher Arbeitsmarkt gewissermaßen übrig und firmierte seit 1993 zunächst als Gruppe Blauer Montag/AK Staatlicher Arbeitsmarkt und später nur noch als Gruppe Blauer Montag. Seitdem hat sich die Zusammensetzung der Gruppe immer wieder verändert. Manche GenossInnen haben sich verabschiedet, andere – etwa aus dem Spektrum der Betriebs- und Gewerkschaftslinken oder der autonomen Linken – sind dazugekommen. Doch über alle personellen Veränderungen und politischen Heterogenitäten hinweg ist das Themenspektrum und auch die Herangehensweise der Gruppe relativ konstant

1 Die Geschichte der Jobber- und Erwerbslosenläden in Hamburg ist bisher nicht geschrieben worden. Wer sich für die Schwarze-Katze-Gruppen interessiert, sei hier hilfsweise verwiesen auf Tilo v. Broschell: Kämpfen ist wichtig, feiern aber auch, in: *Arranca!*, Nr. 10, S. 26-29 und Dirk Hauer: Schwarze Katzen in der Hängematte. Aneignungsbewegung in den 1980er Jahren – ein Rückblick aus gegebenem Anlass, in *ak. analyse & kritik*, Nr. 487, 17.9.2004 und auf Schwarze Katze (Hg.): Flugblätter der Erwerbslosen- & Jobber-Bewegung Hamburg. März 1982 – 2. Juni 1988, Hamburg 1988. In manchen Archiven gibt es auch noch Exemplare der Zeitung *Schwarze Katze*, die von den Jobber- und Erwerbslosenläden herausgegeben wurde und in sechs Ausgaben zwischen 1984 und 1988 in Hamburg erschien.

geblieben: die politische Auseinandersetzung damit, wie das materielle Leben und Überleben im Kapitalismus organisiert wird, die Auseinandersetzung mit (Lohn-)Arbeit einerseits und sozialstaatlicher Armuts- und Arbeitskraftregulierung andererseits. Arbeit ist ein Akt der Herrschaft, der Kontrolle und der Enteignung, ein Prozess der Unterwerfung. Diese Kritik an der Arbeit geht für uns einher mit einer Kritik am Sozialstaat, an der Art, wie die kapitalistische Ausbeutung durch sozialstaatliche Mechanismen reguliert wird, wie Menschen nach ihrer Verwertbarkeit sortiert werden, wie die Unterwerfung unter die Arbeit immer wieder erzwungen und wie Existenzsicherung ohne Arbeit systematisch bekämpft wird. Die Kritik an Ausbeutung, Arbeit und Sozialstaat muss aber eine praktische Kritik sein. Die kritische Analyse interessiert uns deshalb vor allem unter dem Aspekt, wie sie dazu beiträgt, den Kapitalismus zu bekämpfen. Unsere Perspektive ist daher immer die Diskussion um die Politisierung der sozialen Reproduktion und – vor allem – eine Perspektive des Widerstandes, des Konfliktes, der individuellen Alltagswiderständigkeit wie auch der organisierten sozialen Bewegung.

Die ursprüngliche Leitfrage der Gruppe Blauer Montag war 1993/1994 die nach der organisatorischen Neukonstitution einer Linken, die wieder in der Lage sein könnte, in den Bereichen von Arbeits- und Sozialpolitik, prekärer Arbeit und Jobberei, aber auch in den Konflikten der industriellen Kernbereiche politisch interventionsfähig zu werden. An dieser strategischen Orientierung waren unsere Aktivitäten lange ausgerichtet, durchaus verbunden mit der expliziten Überlegung, dass sich die Gruppe nach einer Übergangszeit in einen neuen, anderen organisatorischen Zusammenhang hinein auflösen sollte. Natürlich wollten wir auch »größer« und »mehr« werden, aber im Unterschied zu anderen Organisationskonzepten war das Wachstum der Gruppe im Sinne einer eigenen Organisationsstärke und eigenständiger Interventionsfähigkeit nicht unser primäres Ziel. Vielmehr war und ist die Gruppe Blauer Montag faktisch (und vom eigenen Verständnis her) ein Diskussionskern, der über die Initiativen der Gruppe, vor allem aber auch über die individuellen Aktivitäten der einzelnen GenossInnen in andere »Szenen« und Zusammenhänge diffundiert und so Teil der sozialen Bewegungen in Hamburg ist.

Unser erster nennenswerter Auftritt in Hamburg war die Veranstaltungsreihe zu Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik während der Jahre 1994–1996, Kernelement der bereits angesprochenen Orientierung auf eine – auch organisatorische – Neuzusammensetzung der Klassenlinken in Hamburg (vgl. dazu den Einleitungsbeitrag zu Teil 1 des Buches). Seitdem ist die Form der Diskussionsveranstaltung mit dokumentierten

Beiträgen und Protokollen neben schriftlichen Diskussionsbeiträgen die dominierende Interventionsform der Gruppe Blauer Montag. Dennoch hat es daneben immer wieder auch andere Praxisformen gegeben: die (Mit-)Organisierung von Arbeitsgruppen bei Tagungen und Kongressen (etwa beim Kongress »Migration und Rassismus in europäischen Hafenstädten« vom 16.–19.2.1995 oder beim Existenzgeldkongress von FelS vom 19.–21.3.1999), Solidaritätsaktionen und -veranstaltungen wie z.B. anlässlich des großen Streiks der französischen EisenbahnerInnen und Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes 1995/1996, anlässlich des Streiks der Liverpooler Docker 1996, der VW-ArbeiterInnen in Südafrika, dem UPS-Streik 1997, dem wilden Streik bei Opel Bochum 2004 oder auch bei lokalen Arbeitskämpfen wie dem der ArbeiterInnen von Allied Signal in Glinde bei Hamburg, wo es im Winter 1996 beinahe zu einer Betriebsbesetzung gekommen wäre. Zusammen mit einigen AktivistInnen aus dem antirassistischen Spektrum haben wir im Februar 1996 eine Gegendemonstration gegen das »Bündnis gegen illegale Beschäftigung« organisiert, zu dem der DGB, politische Parteien, Polizei und Zoll ins Gewerkschaftshaus eingeladen hatte. Und als im Bürgerschaftswahlkampf 1997 die SPD »Law and Order« als »Labour Issue« entdeckte, hat der Blaue Montag mit dem Vorschlag eines offenen Stadtteilplenums und entsprechenden Veranstaltungen gegen die rassistisch aufgeladene Hetze und Repression gegen DrogenkonsumentInnen und Dealer im Schanzenviertel interveniert und agitiert.[2] Die sozialen Grundlagen und die sozialpolitische Flankierung von repressiver Ein- und Ausschlusspolitik wurden in Hamburg noch einmal mit dem Wahlerfolg der Schill-Partei virulent. Während die Linke in Schill und seinem organisierten Rechtspopulismus vor allem den polizeilich-repressiven Autoritarismus sah und thematisierte, hat die Gruppe Blauer Montag im Rahmen von Anti-Schill-Bündnissen und Diskussionsveranstaltungen immer auch auf die soziale

2 Vgl. Gruppe Blauer Montag: Thesen zur Situation im Schanzenviertel, in *Lokalberichte Hamburg*, 23.10.1997. Der Blaue Montag hatte dabei vor allem den sozialstaatlichen und sozialpolitischen Kontext der Vertreibungspolitiken betont. Für uns waren diese weniger Ausdruck polizeilicher Ordnungspolitik, sondern Element einer zunehmend ausgeweiteten autoritären Sozialstaatlichkeit. Die Auseinandersetzungen um (sozialpolitische) Ausgrenzungs- und Säuberungsstrategien in Hamburg wurden von der radikalen und autonomen Linken erst wahrgenommen, als sie mit dem Schanzenviertel ein dezidiertes »Szeneviertel« erreicht hatten. Zum Hintergrund dieser Debatten vgl. Dirk Hauer/Pia Peddinghaus: Der Sozialstaat zeigt die Zähne. Sozialpolitik und Ausgrenzungsstrategien in Hamburg, in: StadtRat (Hg.): Umkämpfte Räume. Hamburg/Berlin/Göttingen 1998, S. 103-119. In diesem Beitrag wird auch auf die Interventionsversuche der Gruppe Blauer Montag eingegangen.

Funktion des Rechtspopulismus hingewiesen, dessen autoritäre Normalitätsfantasien als reaktionäre Antwort auf die sozialen Zerklüftungen zu interpretieren sind.[3]

An diesen Beispielen wird nicht nur deutlich, dass ein mehr oder weniger intelligenter Artikel der Gruppe oder einzelner GenossInnen die Praxis der Gruppe Blauer Montag in keiner Weise ausreichend charakterisiert. Die Beispiele zeigen darüber hinaus auch, dass wir von einem durchaus weiten Begriff von Klassenpolitik und Klassenkampf ausgehen, der sich weder auf Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit noch auf Sozialpolitik reduzieren lässt. Diese Offenheit schlägt sich auch darin nieder, dass der Blaue Montag immer wieder versucht hat, den in der Linken weit verbreiteten Tunnelblick zu überwinden und über die eigenen Tellerränder hinauszublicken. Die Organisation und Verstetigung szeneübergreifender Diskussionen waren und sind für uns zentrale politische Ziele, die sich sowohl in der konkreten thematischen Schwerpunktsetzung als auch bei der Mitarbeit in anderen Arbeitszusammenhängen und Bündnisstrukturen niedergeschlagen haben. Die Gruppe Blauer Montag hat sich auch aus diesem Grund bis heute in Hamburg als eine Art »wandelnde Schnittstelle« bewegt – zwischen den verschiedenen Zirkeln und Arbeitskreisen der Betriebs- und Gewerkschaftslinken, zwischen den autonomen Strukturen rund um die Rote Flora, zwischen Sozialpolitischer Opposition[4] und kritischer Sozialarbeit und nicht zuletzt auch zwischen parteiförmigen Strukturen wie PDS oder REGENBOGEN.[5]

Intervention ist für die Gruppe Blauer Montag also auch immer die Intervention in einen mehr oder weniger diffusen Raum der linken Debatte gewesen. Damit kommen wir zur Antwort auf eine weitere Eingangsfrage: Warum machen wir jetzt dieses Buch? Gerade die (Wieder-)Veröffentlichung älterer Texte wirft die Frage nach dem inhaltlichen Sinn auf: Wen interessiert das eigentlich bzw. wen interessiert das noch, was vor fünf, zehn oder noch mehr Jahren eine mehr oder weniger

3 Vgl. den Beitrag »Revolution der Kleinbürger. New Labour, Rechtspopulismus und die Suche nach Hegemonie« in Teil 2 dieses Buches.

4 Die Sozialpolitische Opposition Hamburg hatte sich 1997 aus Protest gegen die Sozialpolitik des neuen rot-grünen Senats gegründet und war ursprünglich ein Zusammenschluss von weit über hundert Einrichtungen und Einzelpersonen aus allen Bereichen des sozialen Hilfesystems. Bis heute versteht sich die SoPo als politisches Sprachrohr einer kritisch-parteiischen Sozialarbeit (vgl. www.sopo-hamburg.de).

5 Nach dem Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in den Kosovo-Krieg hatten sich in Hamburg fünf Bürgerschaftsabgeordnete der GAL von den Grünen abgespalten und ihr Mandat bis zum Ende der Legislaturperiode im Oktober 2001 behalten. Um sie herum gründete sich die WählerInnenvereinigung REGENBOGEN – Für eine neue Linke.

obskure Gruppe aus Hamburg zu Arbeit, Sozialstaat und Klassenkampf gesagt und geschrieben hat?

Der politische Sinn und Zweck der hier präsentierten Texte besteht für uns nicht in einer selbstbespiegelnden Rückschau, sondern in erster Linie in der Intervention in die Klassenauseinandersetzungen und sozialen Bewegungen der Gegenwart. Dabei verstehen wir Intervention als Einmischung und gemeinsame Suche. Die gesamte bisherige politische Praxis des Blauen Montags stellt sich in starkem Maße als eine solche Suchbewegung im Feld der sozialen Konflikte und Bewegungen dar, eine Suchbewegung, die uns heute allerdings um einiges schwieriger und orientierungsloser erscheint als vor 15 Jahren. Selten zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik hat es so viele Konflikte in und außerhalb von Betrieben und Büros gegeben wie in den letzten vier Jahren. Und dennoch ist aus diesen Kämpfen keine wirkliche soziale Bewegung entstanden. Sicherlich handelt es sich bei dieser Einschätzung um eine Momentaufnahme, die außerdem zugegebenermaßen stark durch unsere Hamburger Perspektive geprägt ist. Demnach fristen die Montagsdemos gegen Hartz IV inzwischen ein tragikkomisches Nischendasein, die Kampagne Agenturschluss ist über isolierte und lokal unterschiedliche Aktionsevents nicht hinausgekommen, und der Widerstand gegen den aktivierenden Sozialstaat findet – wenn überhaupt – nur noch in sehr privatisierter Form statt. Die linksradikale Prekarisierungsdiskussion und der Euromayday treten genauso auf der Stelle wie linksgewerkschaftliche Diskussionszusammenhänge, und die Abwehrkämpfe in den industriellen Kernbereichen gegen Lohnkürzungen, Arbeitsplatzabbau, Produktionsverlagerungen oder Privatisierung flackern zwar immer wieder auf, um genauso schnell durch immer schlechtere Tarif- und Standortsicherungsvereinbarungen befriedet zu werden.

Uns macht diese Situation ratlos, zumal unsere eigenen Erfahrungen und Initiativen in Richtung lokaler Vernetzung davon geprägt sind, dass der Anspruch und die Notwendigkeit von vernetzter, sich aufeinander beziehender Diskussion und Aktion zwar breit gesehen und geteilt werden, sich die unterschiedlichen Zusammenhänge aber letztlich so verhalten, als wollten sie faktisch unter sich bleiben. Wir befinden uns also aktuell in einer Phase von verunsicherter Suche nach Möglichkeiten, Diskussionen und Diskussionszusammenhänge aufeinander zu beziehen. Wir haben das in den letzen Jahren in verschiedener Form ausprobiert – über die Initiative Hamburger Widerstandsforum, über die Diskussion mit GenossInnen aus den Umsonst-Kampagnen, über die Mitarbeit einzelner GenossInnen in der Sozialpolitischen Opposition Hamburg

und unterschiedlichen linksgewerkschaftlichen Arbeitskreisen oder über die Auseinandersetzung mit dem Euromayday und der linken Prekarisierungsdiskussion. In diesen diffusen und heterogenen politischen Raum zielt dieses Buch. Entsprechend präsentieren wir auch nicht die »gesammelten Werke der Gruppe Blauer Montag«, sondern die Texte und Argumentationslinien, die aus unserer Sicht für die Diskussion um Arbeit, Nichtarbeit, Sozialstaat und Klassenkampf aktuell von Bedeutung sein können. Dieses Buch ist also ausdrücklich als Angebot wie Aufforderung zur gemeinsamen Diskussion mit den unterschiedlichen Szenen und kulturellen Milieus der Linken gemeint, die sich selbst im Bereich der sozialen Konfliktualität verorten und sich dort um neue Handlungs- und Organisationsformen bemühen.

Die wesentliche inhaltliche Position bzw. Sicht- und Herangehensweise des Blauen Montags, mit der wir uns an dieser Diskussion beteiligen können und wollen, besteht vor allem darin, die Umwälzungen und Kämpfe im Bereich der unmittelbaren Produktionsprozesse auf die Veränderungen der sozialstaatlichen Regulierung zu beziehen und umgekehrt. Zwei rote Fäden haben sich kontinuierlich durch unsere Diskussionen der letzten 15 Jahre hindurch gezogen. Der eine ist die Debatte um die Art und Weise, wie in Betrieben und Büros die Unterwerfung der lebendigen Arbeit unter die Herrschaft und Kontrolle des Kapitals stets neu organisiert wird bzw. organisiert werden muss. Denn die Autonomie der lebendigen Arbeit setzt dieser Unterwerfung immer wieder und immer wieder neue Widerspenstigkeit entgegen. Diese Widerspenstigkeit bzw. die Konflikte und Brüche in diesem alltäglichen Klassenkampf interessieren uns, weil in ihnen immer wieder die Zerbrechlichkeit und Angreifbarkeit des Kapitalverhältnisses aufscheint. In unseren Diskussionen über Tarifauseinandersetzungen, Toyotismus und »atmende Fabrik«, über die neue Angestellten- und Dienstleistungsarbeit, über die IT-Branche, über Prekarisierung und die neue Selbstverwertung der Arbeitskraftunternehmerin ging es uns gerade um die Suche nach eben diesen Brüchen. Wir haben immer nach dem widerspenstigen Verhalten in der Arbeit gefragt, das das Kapital zu neuen Herrschaftsformen in der Arbeitsorganisation treibt. Und wir haben danach gefragt, wie von unten auf die Experimente der Geschäftsführungen reagiert wird.

Dabei waren und sind unsere Diskussionen von einem Misstrauen gegenüber den großen Schlagworten, Modellen und »Neuentdeckungen« geprägt, die oft weniger mit einem konkreten Verständnis realer Klassenauseinandersetzungen zu tun haben als vielmehr allzu oft der Suche nach Alleinstellungsmerkmalen im akademischen Konkurrenzkampf

geschuldet sind. Das viel beschworene »Ende des Fordismus« ignoriert nicht nur die Brüche und Widersprüche im sogenannten »Fordismus«[6], es ignoriert auch die Fortexistenz und Re-Aktualisierung fordistischer Herrschaftstechniken in den Betrieben. Dabei entpuppten sich die »neuen Phasen« oder gar neuen Paradigmata, die in den Debatten um das »Modell Toyota«, um »Postfordismus« und »immaterielle Arbeit« bis hin zur Entdeckung der IT-Branche, »indirekter Steuerung« und dem neuen Charme der »Autonomie in der Arbeit« beschworen wurden, oft genug als Hype. Natürlich haben sich die Organisation der Ausbeutung und die Zusammensetzung der Klasse in den letzten 30 Jahren verändert, zum Teil auch erheblich. Und jeder Hype hat so zumindest den positiven Effekt, dass neue Phänomene wahrgenommen und tradierte linke Betrachtungsweisen auf den Prüfstand gestellt werden. Doch wir halten es für falsch, die reale und eben oft genug widersprüchliche Dynamik vorschnell in feste Schubladen zu kategorisieren und dabei gewissermaßen einzufrieren. Wo bei IBM Deutschland die Zeiterfassung abgeschafft wird, werden in anderen Betrieben ultra-fordistische Techniken der Arbeits- und Zeitkontrolle etabliert. Die Projektarbeit in dem einen Betrieb korrespondiert mit der Abschaffung teilautonomer Gruppenarbeit in anderen. Die flachen Hierarchien der Internet-Startups kollidieren in dem Moment mit tradierten Großbetriebsstrukturen, wo die kleine Klitsche von einem Medienkonzern aufgekauft wird. Was für den Angestelltenbereich gilt, gilt auf der Ebene der Produktion noch lange nicht. Die Liste ließe sich beliebig erweitern. Statt in mehr oder weniger geschlossenen und vereinheitlichten Bildern zu sprechen, betonen wir die Widersprüchlichkeit und auch Gegenläufigkeit von Prozessen, ihren Experimentalcharakter, ihre prinzipielle Offenheit und damit auch ihre Verwundbarkeit. Die »Risse im Putz« sind es, denen wir auf der Spur sind, um sie zu verbreitern.

Das Gleiche gilt für den zweiten roten Faden unserer Debatte, die Kritik des Sozialstaats. Die schleichende und mit dem Regierungsantritt von Rot-Grün galoppierende Weiterentwicklung der staatlichen Aktivierungspolitik in ein Workfare-Regime ist auch auf Seiten der Linken als historischer Bruch mit dem Sozialstaatsgedanken und als neoliberaler Deregulierungsangriff interpretiert worden. In unseren Diskussionen um die Neuorganisation des Sozialstaats haben wir die Radikalisierung

6 Dabei haben wir in unseren Diskussionen vor allem die »fordistischen« Arbeitsverhältnisse in den Fokus genommen. Sicherlich umfasst die Kategorie des »Fordismus« sehr viel mehr.

der Arbeitsverpflichtung genauso betont wie die generelle Delegitimierung arbeitsfreier Einkommen und die Verallgemeinerung des Pflichtgedankens in allen Bereichen der Sozialtransfers. »Keine Leistung ohne Gegenleistung« und »Fördern und Fordern« stehen exemplarisch für diese neue rot-grüne Sozialstaatlichkeit, die inzwischen in allen Teilen der politischen Klasse fest verankert ist. Doch die Gruppe Blauer Montag hat in ihren Analysen stets die Dialektik von Kontinuität und Bruch betont und dabei auch auf die grundlegenden repressiven und autoritären Strukturen des sogenannten keynesianisch-fordistischen Wohlfahrtsstaates hingewiesen. Die Arbeitsverpflichtung, die Elemente von sozialer Kontrolle und die prinzipielle Entrechtung gegenüber Sozial- und Arbeitsämtern waren auch im tradierten Sozialstaatsmodell grundlegende Strukturmerkmale. Die Inwertsetzung von »Unproduktiven« und die polizeiliche wie sozialpolitische »fürsorgliche Belagerung« all derjenigen, die nach den Kriterien der Verwertung nicht zu den »nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft« gehören, sind als Kennzeichen kapitalistischer Sozialstaatlichkeit deutlich älter als die Agenda 2010. Radikalisierung des inhärenten sozialstaatlichen Produktivismus und Zwangsflexibilisierung von Erwerbslosen und Armen im Rahmen ausgeweiteter sozialstaatlicher Kontrollmechanismen treffen deshalb in unseren Augen die Veränderungen des Sozialstaates sehr viel besser als Thesen vom Abbau oder gar Abschaffung des Sozialstaats oder eine Gegenüberstellung von »gutem Sozialstaat« und »böser Deregulierung«. Solche Thesen sind nicht nur schief, sie führen auch zu fragwürdigen politischen Konsequenzen.

Im Zuge einer allgemeinen Verunsicherung von lohnabhängigen Lebenszusammenhängen[7] ist heute die soziale Reproduktion über den Verkauf der eigenen Arbeitskraft sehr viel enger mit der Reproduktion über die sozialstaatlichen Institutionen und Sozialtransfers verzahnt als früher. In immer mehr Biografien und Haushalten wechselt sich beides ab oder geht nahtlos ineinander über. Die politische These, die wir in diesem Buch vertreten, besteht deswegen darin, die beiden Bereiche, die sowohl in der linken Diskussion wie auch in der politischen Praxis häufig voneinander getrennt waren, zusammen zu denken. Die Flexibilisierungsexperimente im unmittelbaren Produktionsprozess, die Unterwerfung wie der Widerstand dagegen korrespondieren mit einer repressiven

7 Wir vermeiden hier mit Absicht den in der linken Debatte so hippen Begriff der Prekarität. Dies deshalb, weil die Verschiebung des Prekarisierungsdiskurses der letzten Jahre eher zu einer Verengung in der Betrachtung proletarischer Reproduktion geführt hat (vgl. dazu die Texte in Teil 3).

sozialstaatlich vermittelten Zwangsflexibilisierung und einer ebenso umkämpften Neubestimmung von Sozialstaatlichkeit. Unser Text »Arbeitskraftunternehmer, Ich-AG und ›aktivierender Sozialstaat‹« (vgl. Teil 2 des Buches) markiert in diesem Sinne eine Art Zwischenstand unserer Diskussionen zu diesem Zusammenhang.

Seit etwa 2003/2004 haben Teile der radikalen und (post)autonomen Linken oder auch Gruppierungen wie attac die Themen Arbeit und Sozialstaat neu entdeckt. Die Diskussionen um Prekarisierung, die Umsetzung der neuen Sozialgesetzgebung (Hartz IV) oder auch die neu entbrannte Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen stehen für diese Tendenz. Gerade weil die Mehrzahl der hier präsentierten Texte schon älteren Datums ist, können sie vielleicht dazu beitragen, einer gewissen Geschichtslosigkeit entgegenzuwirken. Denn auch wenn es – gerade für die ProtagonistInnen – manchmal den Anschein hat, die aktuellen Diskussionen seien relativ neu, so ist das häufig keineswegs der Fall. Und auch unsere hier nachgezeichnete Diskussion über Neudefinition von »Normalarbeit«, Prekarisierung, Existenzgeld, Arbeitsverpflichtung, Sozialstaat etc. hat sowohl Vorläufer wie auch Begleiter – etwa im Bereich gewerkschaftlicher und betrieblicher Diskussionszirkel oder bei den Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen.[8]

An dieser Stelle sind ein paar Anmerkungen zum Produktions- und Entstehungsprozess dieses Buches angebracht, denn jetzt zu behaupten, mit diesem Buch bewusst die Kontinuität einer Debatte nachzeichnen zu wollen, ist bestenfalls die halbe Wahrheit. Der spezifische Charakter dieses Buches als Textsammlung hat auch mit unserer Arbeitsweise und inneren Verfasstheit zu tun. Sich darüber Rechenschaft abzulegen und das transparent zu machen, ist für einen Zusammenhang wie die Gruppe Blauer Montag auch eine politische Frage, die in erheblichem Maße die Probleme der Repräsentation berühren. Veröffentlichte Texte und gar Bücher wirken »glatt«, ausdiskutiert und häufig genug »gewichtig«. Ihre mühselige und häufig gar chaotische Entstehungsgeschichte kommt in den Texten nicht mehr vor. Die Diskussionen innerhalb des Blauen Montags verlaufen sehr viel weniger stringent, als es die veröffentlichten Papiere vermitteln. Diskussionsfäden reißen wochenlang ab, werden

8 Zwei ältere Eckpunkte für die hier skizzierte Diskussion seien an dieser Stelle explizit benannt, weil sie in der linken und linksradikalen Diskussion der 1980er und 1990er Jahre eine wichtige Rolle gespielt haben: Autonomie NF, Nr. 11: Imperialismus in den Metropolen. Zwang zur Arbeit – Neue Armut, Hamburg 1982 und Karl Heinz Roth (Hg): Die Wiederkehr der Proletarität. Dokumentation einer Debatte, Köln 1994. Alle heute relevanten Themen und Begriffen tauchen hier bereits auf.

mehr oder weniger beliebig wieder aufgenommen. Was als Gruppenpapier daher kommt, ist häufig die mal mehr, öfter aber auch eher weniger gründlich diskutierte Vorlage einzelner GenossInnen. Und auch beim Blauen Montag gibt es strukturelle Unterschiede, wer was wie in die Diskussionen hineinträgt, wer welche Zeit hat, Texte zu lesen und sich vorzubereiten, und nicht zuletzt auch, wer schreibt oder nach außen bei Veranstaltungen o.ä. für die Gruppe spricht. Ein Buchprojekt wie das vorliegende beinhaltet deswegen die Gefahr, diese strukturellen Differenzen zu verschärfen. Es bindet Energie, die wir für die bewusste Gestaltung des eigenen Gruppenprozesses brauchen, und es befördert die strukturelle Dominanz derjenigen, die im Umgang mit Texten, im Schreiben und im Agieren nach außen geübter sind bzw. mehr Zeit damit verbringen können. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieser Überlegungen kam für uns nur ein Projekt in Frage, das zeitlich überschaubar und mit einem relativ geringen Kraftaufwand verbunden ist – ein Grund dafür, dass dieses Buch kaum neue Texte enthält, sondern im Wesentlichen eine kommentierte Zusammenstellung bereits vorhandener und auch schon veröffentlichter Papiere darstellt. Die meisten der präsentierten Texte haben wir unter dem Namen der Gruppe veröffentlicht, einige sind aber auch von einzelnen GenossInnen gezeichnet und außerhalb von dezidierten Gruppenprojekten veröffentlicht worden. Allerdings – und das ist der Unterschied zu Artikeln, die einzelne von uns im Rahmen gänzlich anderer Zusammenhänge oder im Rahmen ihrer ganz normalen (prekären) Lohnarbeit veröffentlicht haben – entstammen alle Beiträge in diesem Buch direkt den Diskussionen in der Gruppe (ohne deswegen notwendigerweise eine »Gruppenposition« abzubilden). Alle Texte sind also – auch da wo der Name von Einzelpersonen darunter steht – Produkte einer kollektiven Anstrengung, kein Text wäre ohne die Debatten im Blauen Montag entstanden.

Was euch mit diesem Buch vorliegt, ist also eine Textauswahl, mit der wir unsere Überlegungen der letzten 15 Jahre zum Thema Arbeit, Prekarisierung, autoritärer Sozialstaat und Widerstand/Autonomie vorstellen und zur Diskussion stellen möchten. Dabei bilden sich die Kontinuitätslinien genau so ab wie die Veränderungen und Ausdifferenzierungen unserer Debatte.

Wir haben dieses Buch in drei Abschnitte gegliedert. Zum Verständnis, zur Einordnung und letztlich auch zur Verortung in den aktuellen Diskussionen ist jedem dieser Abschnitte eine Einführung vorangestellt. Dabei machen wir auch deutlich, dass unsere Diskussionen wie auch unsere Diskussionsergebnisse immer eingebunden waren in Debatten, die

zeitgleich mit oder auch neben uns in anderen Zusammenhängen stattgefunden haben. Unsere Papiere waren immer Diskussionspapiere und Interventionen in breitere Auseinandersetzungen. In den Einführungen werden deshalb diese Diskussionen und ihr Bezug zu uns nachgezeichnet, wobei wir auch auf Beiträge anderer Zusammenhänge eingehen, die in diesem Zusammenhang eine Rolle gespielt haben.

Im Wesentlichen folgt der Aufbau des Buches dabei einer chronologischen Reihenfolge. Teil 1 (»Arbeitszwang, Sozialstaat und ›neue‹ Fabrik««) rekapituliert ein Stück weit die Debatten zwischen 1994 und 1999, den Versuch, alle Bereiche der proletarischen Reproduktionsbedingungen als umkämpftes Terrain zu verstehen und darin zu einer Neubestimmung linker Politik zu kommen. Wie gesagt hat es sich dabei um einen organisierten und strategisch angelegten Interventionsversuch gehandelt, der in gewisser Weise bis heute das Denken und Handeln der Gruppe umreißt. Thematisch wird das Terrain zwischen Neuorganisation der Ausbeutung (vgl. den Beitrag zu Toyotismus und atmender Fabrik), Workfare und sozialstaatlicher Arbeitspflicht, Prekarisierung und sozialstaatlicher Re-Regulierung umrissen und abgesteckt, in dem wir uns seitdem immer bewegt haben.

Teil 2 (»Flexibilisierung und Aktivierung – ein umkämpftes Terrain«) konzentriert sich auf die zwei dominierenden Diskussionsstränge der Jahre 1999 bis 2003, nämlich die Debatte um den aktivierenden Sozialstaat der Ära Schröder-Fischer einerseits und die Auseinandersetzung um Dienstleistungs- und Angestelltenarbeit andererseits. Gerade die kritische Debatte um Realität und Hype der IT-Branche, der Internetklitschen und der sogenannten »indirekten Steuerung« mit dem »Unternehmer im eigenen Kopf« haben bei uns zu einem kritischen Blick auf vorschnelle Verallgemeinerungen und Idealisierungen in Bezug auf »immaterielle Arbeit« und eine angeblich neue »Autonomie der Arbeit« geführt. Auch der explizite Versuch, die beiden genannten Debattenstränge aufeinander zu beziehen und so zu einem genaueren und umfassenderen Bild der sozialen Konfliktualität zu Beginn des 21. Jahrhunderts in der Bundesrepublik zu kommen, wird in diesem zweiten Abschnitt besonders deutlich.

Deutlich schwerer haben wir uns mit der Konzeption von Teil 3 (»Prekäres Leben – prekäre Linke«) getan. Während sich die beiden ersten Abschnitte relativ leicht und eindeutig in ihrer Funktion bestimmen lassen (Rückblick auf einen expliziten Interventionsversuch; Zusammenfassung einer klar definierten Gruppendiskussion), ist das gerade dort nicht so einfach, wo der Bogen zu den aktuellen Debatten am eindeutigsten

geschlagen werden soll. Diese Unschärfe hat zum einen mit Diskontinuitäten in unserer eigenen Diskussion zu tun, mit der Schwierigkeit, ein klar definiertes »Gruppenprojekt« zu entwickeln. In erheblichem Maße ist diese Schwierigkeit aber auch ein Reflex auf den diffusen Zustand der linken Diskussion und der sozialen Bewegungen im Moment. Faktisch haben wir es mit einer Menge loser Fäden zu tun, an deren Verknüpfungen wir zusammen mit anderen basteln, allerdings ohne genauere eigene strategische Vorstellungen und Vorschläge. Im Ergebnis haben wir uns in den letzten zwei, drei Jahren weniger als Gruppe nach außen verhalten, sondern eher im Rahmen unterschiedlicher Konstellationen »mitdiskutiert« – an der Frage lokaler Vernetzung im Widerstand gegen Hartz IV und SGB II, in der Debatte um Aneignung und »Umsonst«-Kampagnen, in den immer wieder neu aufflackernden Versuchen, in Hamburg eine kontinuierliche Diskussion in der Betriebs- und Gewerkschaftslinken zu etablieren. Positioniert haben wir uns vor allem in der Prekarisierungsdebatte: in den Diskussionen um den Euromayday und die Konferenzen »Die Kosten rebellieren«, durch unsere Beteiligung am BUKO 2005 mit dem Schwerpunkt Prekarität und mit unserer Kritik an einer Position, die Prekarisierung zunehmend zur identitären Nabelschau verengte. Praktisch sind wir Teil eines Prozesses der Neuzusammensetzung und Neudefinition der Linken und ihrer »Spektren«, und dies wird im dritten Abschnitt des Buches besonders deutlich. Der Charakter der Texte, die wir dort präsentieren, gleicht ein wenig dem Stochern im Nebel und trägt den Charakter von Trial and Error: Es sind Anmerkungen und Interventionen zu verschiedenen Diskussionssträngen in der Linken, ohne ausgewiesenen systematischen Zusammenhang, meist als Reaktion auf Kampagnen von Genossinnen und Genossen aus anderen Zusammenhängen, oft als Versuch der eigenen Positionsklärung, immer in der Hoffnung, Anknüpfungspunkte für eine Verstetigung der Debatte zu finden, die mehr denn je organisatorisch auseinanderstrebt.

In vielerlei Hinsicht stehen wir heute da, wo wir 1994 angefangen haben: vor einer Situation sozialer Umbrüche mit massiven sozialen Kämpfen, ohne das sich in ihnen klar konturierte soziale Bewegungen abzeichnen würden und ohne dass es in diesen Prozessen sozial verankerte und interventionsfähige Strukturen einer neuen »Klassenlinken« geben würde. Dieses Buch kann die theoretischen und praktischen Aufgaben, die sich aus dieser Situationsbeschreibung ergeben, nicht lösen. Aber es ist ein Vorschlag, sich diesen Aufgaben zu stellen.

Gruppe Blauer Montag, Hamburg 2008

Teil 1

Arbeitszwang, Sozialstaat, »neue« Fabrik

Einführung

»Wirtschaftsverbände und Regierung greifen derzeit die in der Geschichte der BRD entwickelten sozialen Standards massiv an. So ist offen, ob Gewerkschaften selbst in den Bereichen, in denen sie bisher noch einen relativ hohen Organisationsgrad erreichen, Garanten von tariflichen Löhnen und Arbeitsbedingungen bleiben. (...) Schon länger wird durch die Zunahme von Leiharbeit, befristeten Arbeitsverträgen, Scheinselbstständigkeit u.ä. das Niveau tariflicher Bedingungen unterlaufen. Folgerichtig wird eine Absenkung der Lohnersatzleistungen betrieben, damit der Druck auf BezieherInnen solcher Leistungen steigt, auch miserabelste Löhne und Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. (...) Die Zahlung dieser Transferleistungen wird mit verschiedenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gekoppelt. Die Tendenz geht dabei dahin, diese Maßnahmen mehr und mehr von tariflich abgesicherten Bedingungen auszuschließen, bis hin zur Pflicht zu unentgeltlicher Arbeit. An der untersten Stufe der Hierarchisierung von Löhnen und Arbeitsbedingungen stehen diejenigen Flüchtlinge, für die nach dem Asylbewerberleistungsgesetz der Zwang zur Arbeit gilt und denen nicht einmal die als Existenzminimum deklarierte Sozialhilfe zugestanden wird. Und alle Beiträge von Regierungspolitikern in letzter Zeit zeigen, dass diese Entwicklung weitergehen soll. Arbeitsbedingungen, Löhne, Lohnersatzleistungen sollen weiter eingeschränkt, verschlechtert und hierarchisiert werden. (...) Gleichzeitig ist diese Entwicklung in erheblich geringerem Maße Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen als Anfang der achtziger Jahre. (...) Heute hat sich die Diskussion, insoweit sie überhaupt stattfindet, mehr oder weniger auf die Frage der Verwaltung von Erwerbslosigkeit und Armut reduziert. Nun glauben wir, dass es auch heute die Notwendigkeit zur Auseinandersetzung gibt, und halten das Fehlen jeder sichtbaren linken Position zum Bereich Sozial- und Arbeitsmarktpolitik für katastrophal. Wir vermuten auch, dass es Interesse an einer solchen Diskussion gibt, dass aber (vielleicht mangels einer gesellschaftlichen Bewegung) die darüber noch stattfindenden Auseinandersetzungen na-

hezu unsichtbar bleiben. (...) Eine widersprechende Haltung zur vorherrschenden Unsozialpolitik ist jedoch nicht zu erkennen. Wir möchten das (ein wenig) ändern.«[1]

Das war die gesellschaftliche und politische Situation, wie sie sich uns 1993/94 darstellte: ein massiver Angriff von Staat und Kapital auf Löhne und Arbeitsbedingungen in den industriellen Kernsektoren und auf die sozialen Sicherungssysteme; Gewerkschaften, die – zwischen Sozialpartnerschaft, Standortlogik und Co-Management gefangen – zu Gegenmobilisierungen unfähig und unwillig waren und die die Angriffe eher abfedernd begleiteten[2]; ein politisches Parteienspektrum, in dem soziale Opposition nicht mehr vorkam. Gleichzeitig waren die sozialen Bewegungen der achtziger Jahre in Hamburg zerfallen. Die organisierte Jobber- und Erwerbslosenbewegung war nur noch in den Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut und den Sozialhilfeinitiativen existent, und auch diese Strukturen wurden zunehmend schwächer. Oppositionelle Interventionsversuche gab es in Hamburg nur noch auf der Ebene von Stellvertreterpolitik, namentlich im Rahmen der AG Zündstoff, einem Zusammenschluss von Beschäftigungsträgern mit sozialdemokratischer und grün-alternativer Grundorientierung.

In dieser Situation schlug die Gruppe Blauer Montag ein Veranstaltungskonzept vor, das auf zwei Jahre angelegt war und mit dem die versprengten Mikroorganismen einer linken Debatte aufeinander bezogen werden sollten: »Eine gesellschaftliche Bewegung lässt sich nicht herbeizaubern, die derzeit herrschende Politik nicht mit einem Fingerschnipsen ändern. Nützlich fänden wir dennoch ein Forum, in dem linke Positionen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik diskutiert und sichtbar gemacht werden. (...) Wir wollen hierzu verschiedene Zusammenhänge in Hamburg ansprechen, das heißt konkret: Menschen aus den (recht unterschiedlichen) Bereichen, in denen wir sonst arbeiten oder von denen wir wissen, dass sie an Themenbereichen aus der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik arbeiten. (...) Wir wollen eher ein Diskussionsforum als eine Arbeitsgruppe.«[3] Dennoch war es erklärtes Ziel dieses Vorschlags,

1 Gruppe Blauer Montag/Arbeitskreis Staatlicher Arbeitsmarkt: Für ein Forum für linke Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Hamburg 1994.

2 Im Januar 1994 hatte die IG Chemie als erste DGB-Gewerkschaft einen Tarifvertrag unterzeichnet, in dem das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit explizit aufgegeben und niedrigere Sondertarife für BerufseinsteigerInnen und Langzeiterwerbslose akzeptiert wurden.

3 Gruppe Blauer Montag/Arbeitskreis staatlicher Arbeitsmarkt: Für ein Forum für linke Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Hamburg 1994.

zu einer verbindlichen Struktur zu kommen, die auch in der Lage sein sollte, in aktuelle und zukünftige Auseinandersetzungen hinein zu intervenieren. In den Jahren 1994 und 1995 haben wir sechs Veranstaltungen durchgeführt: zur Tarifrunde 1994 und zur Verbetrieblichung der Tarifpolitik (17.5.1994); zur Deregulierung am zweiten Arbeitsmarkt (12.7.1994); zu Toyotismus und den betrieblichen und gesellschaftlichen Konsequenzen von Lean Production (30.11.1994); zum Zusammenhang von prekärer Beschäftigung, Migration und Rassismus am Beispiel polnischer WanderarbeiterInnen (7.2.1995)[4]; zu Niedriglöhnen und Deregulierung am Beispiel der Ausflaggungen in der Seeschifffahrt (zusammen mit der Arbeitsgruppe Hafen – »Dritte Welt«, 22.6.1995); sowie zum Zusammenhang von aktiver Arbeitsmarktpolitik und Pathologisierung von Erwerbslosen (4.10.1995).[5] Zu allen Veranstaltungen wurden externe ReferentInnen eingeladen und umfangreiche Reader erstellt. Jede Veranstaltung wurde protokolliert und die Protokolle allen Personen auf der Verteilerliste zugesandt.

Die beiden hier abgedruckten Texte »Überlegungen zur Umstrukturierung des zweiten Arbeitsmarktes und zur Zwangsarbeit« und »Alles Toyota – oder was?« sind in unmittelbarem Zusammenhang dieser Veranstaltungsreihe entstanden. Die prominente Stellung der Debatte um staatliche Arbeitsmarktpolitik und Arbeitszwang kann dabei nicht überrraschen, wenn man die Herkunft der Gruppe Blauer Montag aus der theoretischen wie praktischen Tradition der Jobber- und Erwerbslosenbewegung berücksichtigt.[6] In den Bundesarbeitsgruppen der Initiativen

4 Bei dieser Veranstaltung ging es uns um einen Austausch zwischen der antirassistischen Linken in Hamburg und Zirkeln der Betriebs- und Gewerkschaftslinken. Eine Auswertung von unserer Seite ist unter dem Titel »... und 5 Mark die Stunde ist in Polen viel Geld. Eine Veranstaltung der Gruppe Blauer Montag zu Migration, prekärer Beschäftigung und Rassismus«, in *Off Limits*, Nr. 11, 1995, veröffentlicht worden.

5 Auf unserer ursprünglichen Vorschlagsliste standen zudem die Debatte um die Arbeitszeitverkürzung von oben bei VW (VW-Modell), Existenzgeld/Grundeinkommen, Asylbewerberleistungsgesetz und rassistische Sondergesetzgebungen, neue Varianten der Arbeitsmarktpolitik/Billig-ABM sowie Modelle kommunaler Arbeitsmarktpolitik.

6 Der Arbeitskreis Staatlicher Arbeitsmarkt der Hamburger Jobber- und Erwerbslosenläden hatte sich Ende der 1980er Jahre intensiv mit der Neuorganisation der staatlichen Pflichtarbeit für Erwerbslose und SozialhilfeempfängerInnen beschäftigt und dabei eine dezidierte Kritik der staatlichen Arbeitsmarktpolitik und des sog. zweiten Arbeitsmarkts formuliert. Anfang der 1990er Jahre hat die Gruppe Blauer Montag versucht, mit dieser Kritik in die Diskussionen unter Erwerbslosen- und Gewerkschaftsgruppen in den neuen Bundesländern zu intervenieren. Mit den massiven Deindustrialisierungsprozessen und der »Abwicklung« ganzer Branchen wurden dort ABM und Beschäftigungsgesellschaften als Hoffnung und Rettungsanker für Belegschaften

gegen Arbeitslosigkeit und Armut wie auch der BAG-SHI wurde im Frühjahr 1994 intensiv über eine Kampagne »Sabotiert die Zwangsarbeit« diskutiert. Hintergrund dafür war die zunehmende Praxis vieler Kommunen, die Arbeitspflicht für SozialhilfeempfängerInnen auszuweiten und zu verschärfen. Während in Hamburg SozialhilfeempfängerInnen bei der HAB[7] und anderen Beschäftigungsträgern im Rahmen von regulären Arbeitsverhältnissen und -verträgen arbeiteten, waren andere Städte zu sogenannten Arbeitsgelegenheiten übergegangen, zu dem also, was mit Hartz IV und Ein-Euro-Jobs flächendeckende Praxis werden sollte. Gleichzeitig stand die strategische Ausrichtung der staatlichen Arbeitsmarktpolitik zur Disposition: In Hamburg kursierte seit dem Frühjahr 1994 ein Strategiepapier, das von den arbeitsmarktpolitischen Vordenkern der regierenden Sozialdemokratie erarbeitet worden war und in dem vor allem das bis dahin dominierende arbeitsmarktpolitische Instrument der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) in Frage gestellt wurde. Statt einer »Verfestigung« in relativ bequemen »ABM-Nischen« plädierte das Papier für eine Arbeitsmarktpolitik der Zwangsflexibilität und Zwangsmobilisierung. Niedrigste Löhne und klare Befristungen staatlicher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sollten den ökonomischen Zwang zu Lohnarbeit erhöhen. Erwerbslose sollten sich nicht »ausruhen« dürfen, sondern permanent in Bewegung gehalten werden.[8]

Entgegen der Zwangsarbeitskampagne der Erwerbsloseninitiativen ist die Gruppe Blauer Montag bei ihrer Intervention nicht davon ausgegangen, dass die neue Arbeitsmarktpolitik in Gestalt eines neuen Arbeitsdienstes organisiert werden würde. Wir haben vor allem die Umstrukturierung der Arbeitsmarktpolitik als die andere Seite einer allgemeinen Deregulierungsstrategie interpretiert, die den Zwang zur Arbeit verschärft: »Die Umstrukturierung des sog. 2. Arbeitsmarktes zu einem verstärkt autoritär-repressiven Disziplinierungsinstrument zur Erzwingung von Arbeit geht einher mit einer Verschärfung des allgemeinen ökonomischen Zwangs zur Arbeit im Zuge eines auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausgeweiteten Marktradikalismus.«[9] Gleichzeitig haben wir uns gegen eine verkürzte ökonomistische Deutung des staatlichen Arbeitszwangs gewandt, der zufolge der sogenannte zweite Arbeitsmarkt in erster Linie als Sparmaßnahme begriffen wird. Für uns lag die Bedeutung staatlicher Arbeitserzwingung nicht so sehr in der unmittelbaren erzwungenen Mehrwertproduktion, in dem Zugriff auf zwangsweise verbilligte Arbeitskraft. Stattdessen haben wir den »Umerziehungscharakter« des Arbeitszwangs betont, die disziplinierenden und normierenden Funktionen staatlicher Pflichtarbeitsprogramme. Die ökonomische Bedeutung dieser Programme lag für uns vor allem darin, über den Zwang, jede Arbeit zu jeder Bedingung annehmen zu müssen, den Druck auf reguläre Arbeitsverhältnisse zu erhöhen. Auch heute, 15 Jahre später und unter dem Eindruck von Hartz IV und Ein-Euro-Jobs, scheint uns diese Einschätzung staatlicher Arbeitsmarktpolitik immer noch zutreffend. Selbst wenn heute von Trägern und frei-gemeinnützigen Einrichtungen auf Ein-Euro-JobberInnen zurückgegriffen wird, um (soziale) Dienstleistungen billiger zu produzieren bzw. überhaupt aufrechtzuerhalten, sehen wir darin nicht die entscheidende Funktion der Arbeitspflicht. Auch heute stehen Disziplinierung und Zwangsmobilisierung im Vordergrund. Erwerbslose sollen in den Arbeitsmaßnahmen nicht in erster Linie regulär ausgebeutet, sondern »auf Trab gehalten« und in die Drehtür zwischen Arbeitspflicht und Niedrigstlohnbeschäftigung abgedrängt werden.

Der zweite hier abgedruckte Text ist das Eingangsreferat zu unserer Veranstaltung vom 30. November 1994 »Alles Toyota – oder was? Betriebliche und gesellschaftliche Konsequenzen von Lean Production und die Schwierigkeiten linker Politik«. Diese zweite Veranstaltung unserer Reihe fand in einer Zeit statt, in der nicht nur in der Betriebslinken intensiv über das »Ende des Fordismus« diskutiert wurde. Schlanke Produktion, Just-in-time-Prinzip, flache Hierarchien, Selbstverantwortung und Gruppenarbeit statt externer Kontrolle der Arbeitskraft – das waren die Leitbilder, die unter dem Schlagwort des »Toyotismus« an die Stelle von Ford, Fließband und Stechuhr getreten sein sollten. Die Veranstaltung war die bestbesuchte der gesamten Reihe und wurde vor allem von den anwesenden Mercedes-KollegInnen aus Hamburg-Harburg bestimmt.

gesehen – eine Einschätzung, der wir die Erfahrungen mit und die Kritik an ABM und Pflichtarbeit im Westen gegenüberstellen wollten.

7 Die Hamburger Arbeit Beschäftigungsgesellschaft mbH (HAB) ist die größte Beschäftigungsgesellschaft in Hamburg und gleichzeitig ein zu 100 Prozent kommunales Unternehmen. Der Betrieb wie auch sein damaliger Geschäftsführer Detlef Scheele prägen seit Ende der 1980er Jahre die arbeitsmarktpolitischen Grundorientierungen in Hamburg.

8 Das Hamburger Papier lag damit auf der Linie von Strategiepapieren der OECD, die im selben Zeitraum für eine Umorientierung staatlicher Arbeitsmarktpolitik plädiert hatten. Diese Herrschaftsstrategien sind damals als Versuche einer »totalen Mobilisierung von Arbeitskraft« auch von den Erwerbslosengruppen intensiv diskutiert worden (vgl. »Der OECD in die Papiere geschaut«, in: *quer*, Juni 1994).

9 Gruppe Blauer Montag/AG Staatlicher Arbeitsmarkt: Überlegungen zur Umstrukturierung des 2. Arbeitsmarktes und zur Zwangsarbeit, Hamburg, Juni 1994; vgl. S. 34 dieses Buches.

Die Diskussion bestätigte dabei wesentliche Aspekte, die im Referat angesprochen worden waren: Entgegen der vorherrschenden Tendenz der Industriesoziologie bedeuteten die neuen Produktionsformen vor allem eine Verschärfung der Ausbeutung, indem sie darauf abzielten, die Poren von Rückzug, Erholung und Verweigerung im Arbeitsprozess zu schließen. Vor allem zielten sie dabei auf die Reste von Kollektivität in den Betrieben. Profitcenter und dezentrale Produktion gingen einher mit einem erheblich zentralisierten Konzernkommando, und last but not least war die Propagierung eines neuen »toyotistischen Modells« bestenfalls vorschnell: »Tatsächlich war das Neue, was Herr Taylor den ArbeiterInnen bescherte, weitaus mehr (als das Fließband), nämlich wissenschaftliche Arbeitsorganisation, nicht zuletzt zur Brechung der Macht, die die Facharbeiter in der Produktion hatten. Die heutigen Modelle der Gruppenarbeit sind – unter anderen Bedingungen – eine Art Super-Taylorismus.«[10]

Die Toyota-Veranstaltung und das hier veröffentlichte Papier haben etliche der Thesen und Sichtweisen vorweggenommen, die wir später im Zusammenhang mit den Entwicklungen in der IT-Branche und der Angestelltenarbeit diskutiert haben. Auch hier sind wir der Auffassung, dass sich die damals formulierten Thesen keineswegs erledigt haben, im Gegenteil. Heute kann weniger denn je von einem einheitlichen »neuen Produktionsmodell« gesprochen werden. In ihren Versuchen, die Macht der Belegschaften in den Betrieben zu brechen, wird von Seiten der Geschäftsführungen vor allem experimentiert. Dabei steht die »Vertrauensarbeitszeit« in dem einen Betrieb oder der einen Abteilung durchaus neben ausgefeilten Formen der Leistungs- und Zeiterfassung und -kontrolle in anderen Betrieben. Und »autonome und selbstverantwortliche« Projektarbeit steht neben Fließbändern und Fertigungsinseln.

Die Zeit hat allerdings auch gezeigt, dass die neuen Produktionsmethoden den ArbeiterInnenwiderstand nicht endgültig brechen können. Die toyotistische Fabrik erwies sich als ebenso anfällig wie die fordistischen Zwangskollektive. Erste Indizien dafür konnte man bereits in den Streiks in der US-amerikanischen Automobilindustrie 1994[11] erkennen, und im Streik bei FIAT in Melfi 2004 wurde die Verwundbarkeit der »postfordistischen« Fabrik offenkundig.[12] Für uns haben sich daraus vor allem drei Konsequenzen ergeben. Zum Ersten sind neue Managementstrategien in der Organisation der Produktionsprozesse immer der Versuch, Produktivität zu steigern und die Kontrolle über die Arbeit zu erhöhen. Scheinbare Autonomiegewinne und Selbstbestimmungspotenziale sind immer an die Verwertungs- und Produktivitätslogik gebunden. Zum Zweiten sind diese Prozesse umkämpft, und zum Dritten sind die Kämpfe in den industriellen Kernbereichen immer noch ein wichtiger Bezugspunkt für die Entwicklung sozialer Bewegungen, auch und gerade dann, wenn die Neudefinition von »Normalarbeit« gesellschaftlich in allen Bereichen ausgekämpft wird.

Im Winter 1995 haben wir zusammen mit GenossInnen, die regelmäßig an den Veranstaltungen teilgenommen hatten, unsere Erfahrungen und Diskussionen rund um die Veranstaltungsreihe ausgewertet und zur Diskussion gestellt. Gleichzeitig wurde im Spätsommer 1995 aus dem Zusammenhang des TIE Bildungswerks[13] das Papier »Gegen die Konkurrenz- und Standortlogik und gegen ihre Akzeptanz durch die Gewerkschaften« veröffentlicht, das in der linksgewerkschaftlichen Diskussion eine nicht unerhebliche Rolle spielte und das auch in Hamburg intensiv diskutiert wurde. Die Debatte um dieses Papier, in dem es vor allem um eine internationalistische und klassenkämpferische Neubestimmung von Gewerkschaftspolitik im Rahmen der DGB-Gewerkschaften ging, hat unsere eigene Auswertungsdiskussion mit beeinflusst. In dem hier wieder abgedruckten Text »Der Sozialstaat zwischen Globalisierung des Kapitals und ›moralischer Ökonomie‹« aus dem Frühjahr 1996 haben wir unser Fazit aus diesen Diskussionen zusammengefasst.

Insbesondere drei Thesen aus diesem Papier sind bis heute für unsere Debatten prägend. Zum einen sind wir – insbesondere beeinflusst von den großen Streiks in Frankreich zum Jahreswechsel 1995/1996 – davon ausgegangen, dass für die sozialen Kämpfe der Zukunft die sozialstaatlichen Sicherungsversprechen und Regulierungsinstrumentarien (Gesundheitsversorgung, Alterssicherung, Arbeitslosenversicherung, aber auch Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall etc.) eine immer größere Bedeutung bekommen würden. Aus unserer Sicht lag in der Widersprüchlichkeit des sozialstaatlichen Klassenkompromisses

10 Martin Dieckmann: »Alles Toyota – oder was?«, Hamburg 1994; vgl. S. 41 dieses Buches

11 »Lean production als Hebel für eine neue Arbeitermacht. Streiks in der amerikanischen Autoindustrie«, in: *Wildcat*, Nr. 64/65, März 1995, S.49-54.

12 Auf der grünen Wiese in einer strukturschwachen Region erbaut, war das FIAT-Werk von Melfi das modernste des Konzerns. In einem Aufsehen erregenden Streik konnten die »unerfahrenen« ArbeiterInnen von Melfi eine Angleichung ihrer Löhne und Arbeitsbedingungen an die Standards in Norditalien durchsetzen (vgl. www.labournet.de).

13 TIE Internationales Bildungswerk e.V; Bildungswerk von und für die Förderung des internationalen Austauschs und der internationalen Diskussion unter linken GewerkschafterInnen und BetriebsaktivistInnen, vor allem aus multinationalen Unternehmen. TIE steht für Transnationals Information Exchange.

auch ein Element von »moralischer Ökonomie«, von Gerechtigkeitsvorstellungen, Gleichheits- und materiellen Absicherungsversprechen, das mit den neoliberalen Umstrukturierungsstrategien kollidiert. Als dynamisches Moment der Klassenauseinandersetzungen war die Frage nach Sozialstaatlichkeit nicht nur eine Frage der Moral oder der sozialen Gerechtigkeit, sondern stets auch eine Lohnfrage. Denn in den Kämpfen um Sozialtransfers ging es immer auch um direkte wie indirekte Lohnbestandteile.

An dieser Sichtweise hat sich für uns nicht viel geändert. Wir gingen und gehen davon aus, dass die Ausgestaltung von Sozialstaatlichkeit ein in hohem Maße umkämpftes Terrain war und ist. Zum Zweiten haben wir auf Seiten der Gewerkschaften und der sozialdemokratisch geprägten Linken eine Re-Institutionalisierung, ja Re-Nationalisierung dieser Konflikte konstatiert. Wir haben die Zuflucht zu den angeblich »besseren Zeiten« eines nationalen Wohlfahrtsstaates genauso kritisiert wie nationalistische Spaltungsmanöver angesichts eines inter- und multinationalen Arbeitsmarktes oder protektionistische Re-Regulierungsforderungen. Eine solche Kanalisierung der Gerechtigkeitsvorstellungen, die sich am Sozialstaat festmachen, steht dabei in der Tradition einer ArbeiterInnenbewegungsorthodoxie, die die Produktivitäts- und Verwertungsorientierung des Sozialstaates keineswegs infrage stellt, sondern verstetigt.

Die Definition von sozialer Gerechtigkeit und sozialer Absicherung vom Standpunkt der produktiven Arbeit aus ist nicht so weit entfernt vom Definitionsanspruch der »Tüchtigen«, der »Leistungsträger« oder der »Gemeinschaft der Steuerzahler«. Und eine solche Definition ist nicht weit entfernt von einer Feinderklärung gegenüber »Unproduktiven«, »Leistungsunfähigen« oder gar »Leistungsunwilligen«.

Zum Dritten schließlich sind wir von einer tiefen Krise der Gewerkschaften und der Klassenlinken ausgegangen, die auf das »Knirschen im Gebälk der Klassenbeziehungen« keine wirkliche politische Antwort gefunden haben. Aus unserer Sicht spielte dafür die tief verwurzelte Großbetriebsperspektive der Gewerkschaften und ihrer Apparate wie auch bei den Resten der Betriebs- und Gewerkschaftslinken eine wesentliche Rolle.

Die Orientierung an den »Stammbelegschaften« der industriellen Kernbereiche hat dazu geführt, dass sich Gewerkschaften von immer größeren Teilen der Klasse verabschiedet haben. »Sie [die Gewerkschaften] sind damit nicht nur anfällig für die Reproduktion vielfältiger Spaltungslinien, sondern sie agieren auf ihrem ureigensten Terrain der Tarifauseinandersetzungen immer hilf- und zahnloser.«[14] Und was für die Gewerkschaften galt, traf genauso für große Teile der Betriebslinken zu: Es gab keinen Begriff von der Neuzusammensetzung der Klasse, und die zunehmend prekär beschäftigten KollegInnen in den ausgelagerten Betriebsteilen, in den Leiharbeits- und Zuliefererfirmen sind bei den Organisierungs- und Mobilisierungsbemühungen der Betriebslinken aus derem Blickfeld herausgefallen.

Ein weiterer Aspekt bei der Krise von Gewerkschaften und Betriebslinken war die nahezu völlige Abstinenz auf dem Feld der sozialstaatlichen Regulierung. Wo Kündigungsschutz und Lohnfortzahlung vielleicht noch ein Thema für betriebliche Diskussionen und Auseinandersetzungen waren, galt das weder für die großen Sozialversicherungssysteme noch für die anderen Felder der Sozialpolitik. Die sozialpolitische Oppositionsrhetorik insbesondere der Gewerkschaften korrespondierte in der Praxis mit einer Mischung aus Gleichgültigkeit und aktivem Mitgestalten des sozialstaatlichen Umbaus.

Das »Globalisierungspapier« wurde im August 1996 in *ak. analyse & kritik* veröffentlicht und im Frühjahr 1997 im *SoZ-Magazin* nachgedruckt. In den Zirkeln, in denen wir den Text diskutiert haben, ist uns vor allem ein unklarer Arbeitsbegriff vorgeworfen worden. Mit unserer Kritik am Produktivismus der ArbeiterInnenbewegung und dem Beharren auf dem Recht auf soziale Absicherung, das sich nicht aus (produktiver) Arbeit ableitet, hätten wir uns tendenziell auf die – staatlich organisierte – Reproduktionssphäre zurückgezogen und uns von dem Kampf in und um die Arbeit bzw. ihrer Neubestimmung verabschiedet. Damit aber würden wir das Thema von ArbeiterInnenmacht genauso negieren wie die Frage nach der Umwälzung der Produktion und der Arbeitsprozesse. Insbesondere der letzte Kritikpunkt ist uns von BetriebsgenossInnen aus dem TIE-Zusammenhang vorgehalten worden.[15] In der Debatte der Erwerbslosenbewegung um das Existenzgeld haben wir dieses Argument selbstkritisch aufgenommen, denn wir teilen die Auffassung, dass etwa die Existenzgelddebatte immer auch eine Debatte um die ganze Bäckerei sein muss und

14 Gruppe Blauer Montag: Der Sozialstaat zwischen Globalisierung des Kapitals und »moralischer Ökonomie«, vgl. S. 52 dieses Buches.

15 Im Kern ähnlich, wenn auch deutlich zugespitzter, hat uns die *Wildcat* kritisiert. Die GenossInnen haben uns im Wesentlichen vorgeworfen, die radikale Fragestellung nicht durchzuhalten und stattdessen bei einem linksgewerkschaftlichen Reformismus zu landen; vgl. »Gewerkschaftslinke zwischen Ökonomie und Moral«, in: *Wildcat-Zirkular*, Nr. 40/41, Dezember 1997, S. 64-83.

sich nicht darin erschöpfen kann, den Kuchen anders zu verteilen.[16] Aber die Leserin möge selbst entscheiden, ob das Globalisierungspapier diese offene Flanke hat oder nicht.

Diese Debatten um die Perspektiven einer neuen Klassenlinken erfuhren ab dem Jahr 1997 sehr schnell eine Zuspitzung. Grund dafür waren zwei Diskussionsstränge, die auch uns erheblich beschäftigt haben. Der erste Strang war von einer neuen Phase der linken und linksgewerkschaftlichen Prekarisierungsdiskussion gekennzeichnet. Im Februar 1998 hatten das TIE-Netzwerk und die Zeitung *express* in Kassel eine Wochenendveranstaltung unter dem Titel »Prekarisierung oder: Wild-Ost im Westen?« organisiert. Ebenfalls im Frühjahr 1998 hatte Karl Heinz Roth bei einer Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung seine Thesen zu den »neuen Arbeitsverhältnissen« vorgestellt[17], und schließlich veröffentlichte die AG Neue Heimat im Bündnis Kritische GewerkschafterInnen Ost/West im August desselben Jahres ihr Papier »Zwischen unsicherer Existenz und Widerstand«[18].

Nahezu zeitgleich und dennoch völlig voneinander getrennt entwickelte sich eine neue Existenzgeld-Diskussion. Zum einen hatten die Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut im Dezember 1996 ein Thesenpapier veröffentlicht, mit dem sie nicht nur die Diskussion um das Existenzgeld an sich neu beleben wollten. Mit den »10 Positionen gegen falsche Bescheidenheit und das Schweigen der Ausgegrenzten« sollte darüber hinaus der Anstoß gegeben werden für ein offensiveres Auftreten und Agieren derjenigen, die von der Umstrukturierung der staatlichen Armutsverwaltung und dem offiziellen Sozialschmarotzer-Diskurs ins Visier genommen wurden.[19] Davon unabhängig wandten sich auch Teile der (post-)autonomen Linken dem Thema zu. Insbesondere die Gruppe FelS sah in der Existenzgeld-Forderung eine

16 Vgl. Michael Bättig: Existenzgeld für alle! Zur Entwicklung der Existenzgeldforderung in Deutschland, in: *ak. analyse & kritik*, Nr. 411, 12.2.1998; zu unserer Position vgl. S. 64 in diesem Buch.

17 Karl Heinz Roth: Die neuen Arbeitsverhältnisse und die Perspektive der Linken. Einleitende Thesen, in *ak. analyse & kritik,* Nr. 413.

18 AG Neue Heimat/Kritische GewerkschafterInnen Ost/West: Zwischen unsicherer Existenz und Widerstand. Prekarisierung und Reproduktion der Arbeitskraft, in: *ak. analyse & kritik*, Nr. 417, 24.8.1998.

19 Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut: Existenzgeld. 10 Positionen gegen falsche Bescheidenheit und das Schweigen der Ausgegrenzten, Frankfurt 1996; die »10 Positionen« sind die überarbeitete Fassung eines Positionspapiers, auf das sich die Initiativen auf ihrem Bundestreffen im Februar 1992 in Bremen verständigt hatten.

geeignete Klammer, unter der von unterschiedlichen Positionen und sozialen Lagen aus politisch in den Bereich von Armut, Existenzsicherung und prekärer Beschäftigung interveniert werden könnte. Der »Existenzgeld-Kongress« in Berlin im März 1999 war in diesem Zusammenhang als Auftakt einer Existenzgeld-Kampagne verstanden worden.

Die Gruppe Blauer Montag war sowohl an den Diskussionen um Prekarisierung und Existenzgeld wie auch an den Überlegungen und Vordiskussionen zum Existenzgeld-Kongress beteiligt. Der hier wieder veröffentlichte Text »Gegen die Hierarchisierung des Elends. Überlegungen zu Prekarisierung, Existenzgeld und Arbeitszeitverkürzung« fasste zum einen unsere wesentlichen Kritikpunkte zusammen und stellte zum anderen eine Zwischenbilanz unserer Debatten zu Prekarisierung und Existenzgeld dar. Das Papier wurde in zwei Teilen im September und Oktober 1998 veröffentlicht und war der explizite Versuch, die beiden genannten Diskussionsstränge aufeinander zu beziehen. Wir gingen dabei von der Kernthese aus, dass Prekarisierung als prinzipielle Entgarantierung von sozialer Sicherung der kapitalistische Normalzustand proletarischer Existenz und sozialer Reproduktion ist. Die aktuellen Entwicklungen sowohl bei der Zersetzung des sogenannten fordistischen Normalarbeitsverhältnisses wie auch bei der Neustrukturierung von Sozialstaatlichkeit haben wir deshalb vor allem als umfassenden Versuch interpretiert, die »Normalität« lohnabhängiger sozialer Reproduktion neu zu definieren – ein Prozess, der sich im Bereich der (Lohn-)Arbeit genauso abspielt wie im Bereich sozialstaatlicher Sicherungssysteme: »Prekarisierung … bedeutet: Mit Hilfe von Deregulierung der Arbeitsmärkte und Entrechtung der Lohnabhängigen einerseits und einem erheblichen Druck auf die Sozialleistungen andererseits wird der Zwang zur Arbeit verschärft durchgesetzt.«[20] Damit ist Prekarisierung nicht ein Phänomen irgendwelcher »Ränder« und »Randbelegschaften«, sondern betrifft lohnabhängige Existenz insgesamt, folglich ist der Widerstand und Kampf gegen diesen neuen Angriff auch nicht die Angelegenheit eines speziellen Klassensegments.

In diesem Zusammenhang richtete sich unsere Kritik vor allem gegen Re-Regulierungsforderungen an den Staat, wie sie sowohl in Mindestlohnvorstellungen und Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung einerseits, als auch in der Existenzgeldforderung andererseits anklangen. Unser Punkt war dabei gar nicht so sehr, dass die Forderungen an sich

20 Gruppe Blauer Montag: Gegen die Hierarchisierung des Elends. Überlegungen zu Prekarisierung, Existenzgeld und Arbeitszeitverkürzung, vgl. S. 64 dieses Buches.

»falsch« wären, sondern dass sie blutleer blieben: ohne gelebte Praxis im betrieblichen und sozialen Alltag, ohne konkrete Durchsetzungs- und Aktionspraxis. Mit anderen Worten: Es handelte sich um Forderungen, die eher am grünen Tisch entwickelt worden waren, als dass sie Ausdruck realer Bedürfnisse sozialer Bewegungen gewesen wären. Vor diesem Hintergrund waren die »Klammerhoffnungen«, die in Arbeitszeitverkürzung und Existenzgeld gesetzt worden waren, in unseren Augen illusionär: »Beide Forderungen werden dabei nicht zu einer wirklich gemeinsamen Klammer der Kämpfe von (prekär) Beschäftigten und Erwerbslosen führen, solange sie nur als Forderungen nach gesetzlichen Maßnahmen verstanden werden. Das ändert sich dann, wenn diese Forderungen in jeweils unterschiedlicher Form die Weigerung transportieren, das eigene Leben bedingungslos den Anforderungen ›der Arbeit‹ zu unterwerfen.«[21] Unsere Kritik an Re-Regulierungsforderungen korrespondierte dabei mit einer Warnung vor Horrorszenarien von Deregulierung. Zu leicht – so unsere Auffassung – würde man so tatsächliche oder vermeintliche Strategien und Pläne von Staat und Kapital für bare Münze nehmen bzw. die banale Tatsache ignorieren, dass sie immer erst durchgesetzt werden müssen. Zudem wäre hier eine saubere Begriffsklärung nützlich. Denn egal, um welche »Deregulierungsmaßnahmen« es sich auch handelt, sie wurden und werden in höchstem Maße reguliert durchgesetzt. Staat und Kapital verzichten keineswegs auf Regeln der Ausbeutung, und nicht zuletzt spielen Gewerkschaften und Tarife eine zentrale Rolle bei dieser (De-)Regulierung. Wir sind damals – zu Beginn der rot-grünen Koalition in Berlin – davon ausgegangen, dass es eine kapitalimmanente Grenze für Deregulierungsmaßnahmen gibt, dass bestimmte Anforderungen des Produktionsprozesses ein Mindestmaß an Regulierung und Zugeständnis (zumindest an Teile der Klasse) erforderlich machen, dass umgekehrt ein Übermaß an Deregulierung zu disfunktionalen Reibungsverlusten führen würde. »Re-Regulierung auf niedrigem Niveau« haben wir damals durchaus als Option für ein rot-grünes Hegemonieprojekt gesehen. Inzwischen, nach Agenda 2010, Hartz IV und unzähligen Standortsicherungsverträgen mit Mehrarbeit für immer weniger Geld, sind wir unsicher geworden. Offenbar ist eine »Untergrenze der Deregulierung« bisher auf jeden Fall noch nicht erreicht worden. Diese Verunsicherung bzw. das Überprüfen unserer damaligen Annahme ist nicht zuletzt ein Motiv für unsere Fragebogenaktion der Jahre 2005/2006 gewesen (vgl. Teil 3 dieses Buches).

21 Ebd., S. 65.

Das Prekarisierungspapier ist relativ breit diskutiert und publiziert worden, nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem FelS-Kongress 1999[22] sowie über die Veröffentlichung im Labournet. Bis auf wenige Ausnahmen haben sich die meisten zustimmend bzw. positiv auf die dort vorgestellten Thesen bezogen. Für uns selbst haben die meisten der damals entwickelten Positionen im Kern bis heute ihre Gültigkeit nicht verloren. Im Zusammenhang mit den aktuellen Prekarisierungsdiskussionen haben wir jedenfalls durchaus darauf Bezug genommen.

22 Zusammen mit anderen haben wir in Berlin die Arbeitsgruppe Prekarisierung organisiert. Das Statement der Gruppe Blauer Montag in dieser AG ist unter dem Titel »Wir brauchen keine Zauberformeln. Die Existenzgeldforderung drückt sich um eine Kritik der Arbeit« in *ak. analyse & kritik*, Nr. 425, 15.4.1999, veröffentlicht worden.

Überlegungen zur Umstrukturierung des zweiten Arbeitsmarktes und zur Zwangsarbeit

Der folgende Text hat eher den Charakter eines Thesenpapiers. Er soll ein – durchaus kritischer – Beitrag zur Zwangsarbeitskampagne sein, wie sie zurzeit bei Erwerbslosen- und JobberInnengruppen diskutiert wird. Wir versuchen hier, die neuen Zwangsarbeitselemente[1] in den Novellen von BSHG (Bundessozialhilfegesetz) und AFG (Arbeitsförderungsgesetz) in eine allgemeine Umstrukturierung sowohl des ersten als auch des zweiten Arbeitsmarktes einzuordnen und dabei in ihrer Bedeutung genauer zu bestimmen. Auf einen für uns durchaus wesentlichen Aspekt bei der gegenwärtigen Umgestaltung des zweiten Arbeitsmarktes gehen wir in diesem Zusammenhang nicht näher ein, nämlich auf die in steigendem Maße sozialtherapeutische und medizinische Herangehensweise an das gesellschaftliche Phänomen Erwerbslosigkeit, das wie auch Armut zu einer individuellen Krankheit wird, bzw. einem Ergebnis individuellen Fehlverhaltens oder von »Sozialisationsmängeln«. Diese Tendenz, die mit der »Zielgruppenorientierung« von »aufgeschlossenen« Sozialverwaltungen wie auch von Sozialpädagogen und Beschäftigungsprojekten transportiert wird, wird am Beispiel Hamburgs ganz gut in der *quer* vom Mai 1994 beschrieben und soll hier nicht zum Thema gemacht werden.

1 Wir vertreten die Auffassung, dass mit dem Begriff »Zwangsarbeit« äußerst sorgfältig umgegangen werden sollte, um nicht fahrlässig falsche Analogien herzustellen oder an der gesellschaftlichen Entwicklung vorbeizuagitieren. Insbesondere muss zwischen Zwangsarbeit und dem ökonomischen Zwang, zur Sicherung der Existenz arbeiten gehen zu müssen, klar unterschieden werden. Auch wenn es innerhalb der Gruppe Blauer Montag unterschiedliche Positionen gibt, wird im folgenden Text durchaus von »Zwangsarbeit« gesprochen. »Zwangsarbeit« wird hier ausdrücklich weiter als im Sinne der strafrechtlichen Erzwingung von Arbeit und ihrer militärischen, knast-, lager- oder anstaltsmäßigen Organisierung gefasst. Eine solche Beschränkung des Begriffs auf frühkapitalistische, faschistische oder stalinistische Bedingungen verdeckt, dass die zur Not auch staatlich organisierte Erzwingung von Arbeit aus ökonomischen und/oder disziplinierenden Kalkülen auch unter den Bedingungen des »normalen« Kapitalismus gang und gebe ist und die Kehrseite des stummen Zwangs der ökonomischen Verhältnisse ist. In diesem Sinne liegen Formen von Zwangsarbeit immer dann vor, wenn mit außerökonomischen Mitteln Arbeit zu welchen Zwecken auch immer erzwungen wird. Die Drohung, gesellschaftlich durchgesetzte Formen staatlicher Transferleistungen zu kürzen oder zu streichen, ist eine solche außerökonomische Erzwingung. »Entweder du gehst arbeiten/schreibst Bewerbungen oder ich streiche dir die Arbeitslosenhilfe/Sozialhilfe« ist als direkte Sanktionierung Zwangsarbeit, während die »bloße« Ausübung ökonomischen Zwangs über beispielsweise eine Deckelung der Regelsätze keine Zwangsarbeit ist.

1. Die Umstrukturierung des sog. zweiten Arbeitsmarktes zu einem verstärkt autoritär-repressiven Disziplinierungsinstrument zur Erzwingung von Arbeit geht einher mit einer Verschärfung des allgemeinen ökonomischen Zwangs zur Arbeit im Zuge eines auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausgeweiteten Marktradikalismus. Eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die allgemeine ideologisch und auch materiell durchgesetzte Arbeitspflicht auch für »Unproduktive« sind zwei Seiten einer Deregulierungsmedaille.
2. In allen OECD-Ländern wird die ökonomische Krise als Krise der Produktivität diskutiert, die über eine Verbilligung der Ware Arbeitskraft und eine Verschärfung des ökonomischen Zwangs zur Arbeit gelöst werden soll. Auf dem »Arbeitsmarktgipfel« der G7-Staaten waren sich bei allen unterschiedlichen Ausgangsbedingungen die westlichen Industriestaaten in der groben Linie einig: Der Angriff auf die Klasse findet auf drei Ebenen statt
   a) Reduktion der Löhne
   b) Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes
   c) Abbau der Sozialeinkommen und der Soziallöhne.
3. Während Vollbeschäftigung im Sinne von unbefristeter Arbeit mit Erwerbseinkommen, die sowohl für die einzelnen ArbeiterInnen als auch ihre Familien eine menschenwürdige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantieren, und zu Bedingungen, die den Verschleiß der Ware Arbeitskraft zumindest einigermaßen begrenzen, ad acta gelegt wird, werden gleichzeitig verstärkt niedrig entlohnte, befristete und anderweitig ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse geschaffen. Dieser Gesellschaft geht also keineswegs die Arbeit aus, sondern es sind vielmehr diese ungesicherten und niedrig entlohnten Beschäftigungsverhältnisse, in denen die Ware Arbeitskraft verstärkt verwertet wird.
4. Die Aufspaltung des ersten Arbeitsmarktes in verschiedene und hierarchisierte (vielfach auch ethnisch hierarchisierte) Segmente schreitet voran. Sowohl innerhalb von Sektoren als auch innerhalb von Branchen oder gar Betrieben gibt es Inseln höchster Produktivität und relativ hoher Einkommen und immer größere Bereiche unsicherer, befristeter, niedrig entlohnter Arbeit. In Verbindung mit gekappten Soziallöhnen, steigenden Steuern, Abgaben, Preissteigerungen etc. sichern die Erwerbseinkommen im ersten Arbeitsmarkt immer weniger die Existenz der ArbeiterInnen und ihrer Familien. Der ökonomische Zwang zur Arbeit nimmt zu, Erwerbslosigkeit kann sich kaum noch

jemand leisten, Zweit- und Drittjobs werden immer notwendiger.[2]

5. Zumindest in der Bundesrepublik findet diese Deregulierung im Rahmen tariflicher Regelungen statt. Die Aushöhlung und Flexibilisierung der Standards, unter denen gesellschaftlich notwendige Arbeit geleistet wird, ist tariflich geregelt. Die Gegenüberstellung tarifliche Arbeitsbedingungen – unter-/außertarifliche Arbeitsbedingungen ist somit bereits für den sog. ersten Arbeitsmarkt schnell irreführend. »Tarif« ist kein Wert an sich.
6. Staat und Kapital propagieren die Deregulierung der Arbeitsbeziehungen und die Entwertung der Ware Arbeitskraft ganz offen. »Kollektiver Freizeitpark«, »Anspruchsmentalität«, »unsolidarisches Verhalten der Arbeitsplatzbesitzer« sind gängige Figuren bis in die SPD und Gewerkschaften oder die GRÜNEN hinein. Diese ideologische Offensive hat zwei Funktionen:

   a) Arbeit an sich wird zum Wert an sich; Diskussionen über Qualität, Normen und Entlohnung gesellschaftlich notwendiger Arbeit werden genauso tabuisiert wie die Frage, was denn gesellschaftlich notwendige Arbeit sein soll. Die Arbeitsgesellschaft wird zur offenen Norm erhoben.

   b) Es wird ein repressiver Grundton gelegt: Wer die Arbeitsgesellschaft in Frage stellt oder sich weigert, jede Arbeit um jeden Preis anzunehmen und stattdessen auf bestimmten Normen von Arbeitsbedingungen, Entlohnung und Sozialeinkommen beharrt, läuft schnell Gefahr, als »Sozialschmarotzer« stigmatisiert zu werden. Mit der Ächtung und Tabuisierung sozialer Ansprüche wird eine Linie vorgegeben, auf der diejenigen, die auf sozialen Standards und ihrer Ausweitung oder gar auf einer menschenwürdigen Existenzabsicherung unabhängig von Leistungs- und Verwertbarkeitskriterien beharren, schnell zu neuen »Gemeinschaftsfremden« gemacht werden können. Die Verschärfung des ökonomischen Zwangs zur Arbeit geht einher mit einer – zunächst ideologischen – Verfestigung der Arbeitspflicht. Entscheidend dabei ist, dass die Verpflichtung zur Arbeit unabhängig vom ökonomischen Nutzen, von der Produktion von Mehrwert festgeschrieben wird.

2 Dabei soll nicht unterschlagen werden, dass von Deregulierung tendenziell alle Arbeitsverhältnisse betroffen sind und Entgarantierung/Flexibilisierung nicht automatisch gleichbedeutend mit Verarmung/niedrig entlohnten Beschäftigungsverhältnissen ist. Gerade im Dienstleistungsbereich finden sich durchaus ungesicherte und entgarantierte, aber gleichzeitig sehr hoch entlohnte Beschäftigungsverhältnisse.

7. Der sogenannte zweite Arbeitsmarkt als unter- oder sondertariflich organisierter staatlicher Beschäftigungssektor hat seit seinem Entstehen Anfang der 80er Jahre immer mehrere Funktionen gehabt. Ausdifferenzierung, Hierarchisierung und Auslese der Erwerbslosen, Entlastung kommunaler Haushalte und verbilligte Abwicklung kommunaler Dienstleistungen, Verschleierung der Erwerbslosenstatistik sowie das »Zwischenparken« von Erwerbslosen, in der Hoffnung, sie zumindest in die ungesicherten Segmente des ersten Arbeitsmarktes integrieren zu können. Ebenso ist die Verknüpfung staatlicher Transferzahlungen und Lohnersatzleistungen mit der Drohung von Kürzungen und Streichungen in Fällen von »Arbeitsverweigerung« nichts Neues, sondern von Anfang an in BSHG und AFG angelegt. Was sich zur Zeit im Rahmen der staatlichen Arbeitsmarktpolitik ändert, ist von daher vor allem eine Akzent- und Gewichtsverschiebung hin zu einer disziplinierenden Funktion unter Verschärfung alter und Hinzufügung neuer Formen der staatlichen Erzwingung von Arbeit.
8. Während auf der einen Seite der Einsatz und die Vernutzung der Arbeitskraft als Ware über Lohnsenkungen, verschärfte Arbeitsbedingungen und Prekarisierung ökonomisiert wird, etabliert der sog. zweite Arbeitsmarkt zunehmend die staatlich vermittelte repressive Arbeitspflicht insbesondere auch für diejenigen, die den Produktivitätsanforderungen des Produktions- und Arbeitsprozesses nicht (mehr) genügen können (oder wollen) und auf Dauer von regulärer Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind. In diesem Sinne sind die Einsparungen bei der Bundesanstalt für Arbeit und bei den Sozialeinkommen im Allgemeinen auch das Vehikel, mit dem der zweite Arbeitsmarkt zu einem immer offeneren Disziplinierungs- und Kontrollinstrument gegen Erwerbslose ausgebaut wird.
9. Zumindest für die westlichen Bundesländer hat der zweite Arbeitsmarkt seine ökonomische Funktion verloren. Ursache hierfür ist der nunmehr überwiegende Anteil von Erwerbslosen, die auch mit den größten Qualifizierungsanstrengungen nicht mehr für die Effizienzerfordernisse sowohl der »schlanken Produktion« als auch der »schlanken Verwaltung« zugerichtet werden können. Sicherlich wird nach wie vor durch das differenzierte Instrumentarium ein Teil von Erwerbslosen ausgesiebt, deren Arbeitskraft wenigstens in prekären Beschäftigungsverhältnissen verwertet werden kann, aber dieser Teil stellt mittlerweile die Minderheit der Langzeiterwerbslosen. Im Gegensatz zum Anfang der 80er Jahre gibt es ein umfangreiches, ökonomisch motiviertes Programm, kommunale oder sonstige gesell-

schaftlich notwendige Arbeiten über den Einsatz billiger Arbeit über den zweiten Arbeitsmarkt abzuwickeln, zumindest in den westlichen Bundesländern nicht mehr.

10. Der Verlust der ökonomischen Funktion des zweiten Arbeitsmarktes bedeutet, dass diese Formen staatlich organisierter Beschäftigung nicht in erster Linie den Zweck haben, massenhaft billige Arbeitskraft ökonomisch zu verwerten. Dieser Beschäftigungssektor bleibt jedoch unter zwei Aspekten unter ökonomischen Verwertungsinteressen wichtig. Zum einen dient er über ein sehr differenziertes und abgestuftes Instrumentarium von Beschäftigungsformen, Anreiz- und Sanktionsmitteln der permanenten Auslese der Erwerbslosen und bildet so ein Scharnier zu den prekären Segmenten des ersten Arbeitsmarktes. Zum Zweiten führt die Absenkung der Löhne in den Maßnahmen und die permanenten Kürzungen bei den staatlichen Transfereinkommen dazu, dass auch hier der ökonomische Druck erhöht wird, die Ware Arbeitskraft entweder im zweiten Arbeitsmarkt oder aber verstärkt in den prekären Segmenten des ersten Arbeitsmarktes zu verkaufen (Lohnabstandsgebot im BSHG, explizit ausformuliertes Lohnabstandsgebot zum ersten Arbeitsmarkt, 80-Prozent-Löhne etc.). Von daher ist der zweite Arbeitsmarkt das Pendant zu den Deregulierungsprozessen am ersten Arbeitsmarkt.
11. Dabei gilt wie für den ersten Arbeitsmarkt auch, dass diese Deregulierungsmaßnahmen i.d.R. nicht außertariflich ablaufen. Vielmehr werden mit Zustimmung der Gewerkschaften Sondertarife abgeschlossen, die die Substandardisierung der Arbeit tariflich sanktionieren. Die Gewerkschaften beteiligen sich mit ihrer blinden Fixierung auf Tarife unabhängig von deren Inhalt somit aktiv an den Angriffen auf die Arbeitsbedingungen auch im ersten Arbeitsmarkt, die von diesem deregulierten Beschäftigungssektor ausgehen. Der gewerkschaftliche und sozialdemokratische Slogan »Tariflohn statt Sozialhilfe« stellt somit keine brauchbare Rückzugslinie bei den Ausgestaltungen der staatlich organisierten Beschäftigungsformen mehr dar.
12. Die momentane Umstrukturierung des zweiten Arbeitsmarktes geschieht aber nicht nur vor dem Hintergrund einer Verschärfung des ökonomischen Drucks, selbst die miesesten Jobs annehmen zu müssen, sondern vor allem unter dem Aspekt, dass eine allgemeine Verpflichtung, für seine/ihre Existenz arbeiten gehen zu müssen, durchgesetzt bzw. festgeschrieben wird. Es geht eben nicht nur darum, Lohnersatzleistungen und Transfereinkommen zu kürzen, sondern jegliche staatliche Leistung mit der Verpflichtung, zu jedem Preis zu arbeiten, zu verknüpfen. Jeglicher Gedanke an eine bedarfsorientierte Existenzsicherung, die jeder und jedem erst mal zugestanden wird, wird getilgt und durch die allgemeine Parole »keine wie auch immer geartete staatliche Leistung ohne Verpflichtung zu Arbeit« ersetzt.[3] Eckpunkte dieser Orientierung sind
    a) der seit Beginn der 90er Jahre verschärfte Bewerbungszwang der Sozialämter gegenüber Sozialhilfeberechtigten und die Verschärfungen der Zumutbarkeits- und Sperrzeitenregelungen gegenüber Arbeitslosengeld- und -hilfeberechtigten
    b) die gerade von Sozialdemokraten geplante umfassende Erfassung und Verplanung von Erwerbslosen in Form individueller Maßnahmepläne von zwei bis fünf Jahren Dauer (Projekt effiziente Sozialhilfe in Hamburg, Gesetzentwurf der SPD für ein Arbeits- und Strukturförderungsgesetz)
    c) die Neuformulierung bzw. Neuaufnahme der gemeinnützigen Arbeit für SozialhilfeempfängerInnen und der Gemeinschaftsarbeiten für ArbeitslosenhilfebezieherInnen in den aktuellen und geplanten Neufassungen von BSHG und AFG.
    d) Missbrauchskampagne und Meldekontrollen.
13. Im Vordergrund steht hier die systematische und nötigenfalls erzwungene permanente Rotation von Erwerbslosen zwischen Erwerbslosigkeit und prekären staatlichen oder nicht-staatlichen Beschäftigungsverhältnissen. Die SPD in Hamburg spricht von der niedrig entlohnten und befristeten Arbeit in staatlichen Maßnahmen als Form der »Grundsicherung«! Die staatliche Sicherung der Existenz muss verdient werden und zwar unabhängig, ob die Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen ökonomisch oder integrativ Sinn machen. Niemand behauptet ernsthaft, diese Form der aktiven staatlichen Arbeitsmarktpolitik könne Erwerbslosigkeit bekämpfen und vernünftig abgesicherte Erwerbsarbeit schaffen. Priorität hat die Disziplinierung von Erwerbslosen: Dauererwerbslosigkeit ohne wenigstens befristete Maßnahmen ab und zu bringe die Menschen auf dumme Gedanken oder führe zu unerwünschter sozialer Desintegration. Und eine »soziale Hängematte« wie ein zweiter Arbeitsmarkt nach alten ABM-Be-

3 Trotz kontinuierlicher Leistungskürzungen, trotz permanenter Einschränkung des Bedarfsdeckungsprinzips und trotz der Verpflichtung, seine/ihre Arbeitskraft einzusetzen, haben Sozialhilfe und Lohnersatzleistungen faktisch und im Bewusstsein der Öffentlichkeit bis Ende der 80er Jahre immer die Rolle einer staatlich garantierten minimalsten Existenzsicherung gespielt.

dingungen, aus der niemand mehr in die Knochenmühle des ersten Arbeitsmarktes gehen wolle, müsse beseitigt werden.

14. Auch wenn die autoritär-repressive Durchsetzung der Verpflichtung zur Arbeit den Inhalt des zweiten Arbeitsmarktes zunehmend prägt, gibt es momentan keinerlei Tendenzen zur Entwicklung eines Arbeitsdienstes oder zur umfassenden Durchsetzung von Zwangsarbeitsformen wie gemeinnützige Arbeit nach Mehraufwandmethode oder Gemeinschaftsarbeiten für ArbeitslosenhilfebezierInnen. Diese Elemente sind zwar vorhanden und werden auch reaktiviert, aber sie bilden nicht den eigentlichen Kern des Umstrukturierungsprozesses:
   a) Ein verallgemeinertes Zwangsarbeitssystem ist für Staat und Kapital ineffizient, zumindest solange es keinerlei Handhabe gibt, Arbeitsmotivation und Arbeitsproduktivität zu erzwingen, und solange für die in Frage kommenden Arbeiten auf die – teilweise illegalisierte und somit doppelt abhängige – Reservearmee von Flüchtlingen, MigrantInnen und WerkvertragsarbeiterInnen zurückgegriffen werden kann. Gerade bei den geplanten Ernteeinsätzen dürften die Landwirte die stärksten Bündnispartnerinnen der Erwerbslosen sein.
   b) Ein verallgemeinertes Zwangsarbeitssystem setzt strafrechtliche Maßnahmen oder paramilitärische Institutionen zur Erzwingung der Produktivität voraus, die weder geplant sind noch für Staat und Kapital zum gegebenen Zeitpunkt sinnvoll sind.
   c) Arbeitshäuser für »arbeitsunwillige« Erwerbslose oder kasernierte Arbeitsdienste als Repressionsinstrumente werden ersetzt durch die Androhung, Transferleistungen zu kürzen oder ganz zu streichen. Im Sinne marktradikaler Tendenzen wird eher die Strafe der absoluten Einkommenslosigkeit eingesetzt. Der unmittelbare oder staatlich vermittelte ökonomische Zwang, auch die schlechtest bezahlten Jobs anzunehmen, wird verallgemeinert.

Gruppe Blauer Montag/Arbeitsgruppe Staatlicher Arbeitsmarkt,
Hamburg, Juni 1994

»Alles Toyota – oder was?«

Ich möchte gleich zu Anfang sagen, dass ich hier nicht als Spezialist – als Industriesoziologe, Ökonom oder Arbeitswissenschaftler – spreche. Was ich vorzutragen habe, sind einige Punkte, Fragestellungen und Thesen, die sich aus Diskussionen in verschiedenen Zusammenhängen ergeben haben. Verweisen will ich hier nur auf Beiträge aus dem *Wildcat*-Zusammenhang, auf die Artikelserie über Lean Production in der *Arbeiterpolitik*, besonders aber auf die Thesen von Karl Heinz Roth über die »Wiederkehr der Proletarität«. Wie viel auch immer an den Thesen von Karl Heinz Roth auszusetzen sein mag – sie sind seit sehr langer Zeit der erste programmatische Beitrag aus der Linken, der so etwas wie eine Gesamtsicht auf die Klassenauseinandersetzungen im Weltmaßstab versucht. Auch das Thema der heutigen Veranstaltung ist in diesen Thesen in seiner ganzen Dimension umrissen. Mir bleibt nur die Empfehlung, sich damit intensiver auseinanderzusetzen.

Ich bitte um Verständnis, dass meine Ausführungen zunächst sehr allgemein sind, auch wenn ich selber in der Alltagspraxis zu denjenigen gehöre, die sich seit einiger Zeit mitten im Strudel der Unternehmensreorganisation befinden und alle Mühe haben, sich in den diversen »Gruppen«-Projekten noch zurechtzufinden. Ich werde mich hier darauf beschränken, einige Fragestellungen zu formulieren und – thesenhaft – allgemeine Entwicklungstendenzen zu nennen. Wieweit diese zutreffen, sollten wir in der gemeinsamen Diskussion überprüfen, revidieren oder zuspitzen.

Nun zum eigentlichen Thema.

Ich will zu diesen Punkten etwas sagen:

1. zur Unterscheidung der Ebenen, auf denen sich die gesamte Debatte über den angeblichen Toyotismus, Fordismus oder sogar Post-Fordismus bewegt
2. zur Frage, inwieweit es sich bloß um ein Modell und einen Plan, also eine Strategie des Kapitals handelt und inwieweit diese Strategie auch wirklich umgesetzt wird
3. zu den politischen Antworten, die es auf diese Strategie in gewerkschaftlichen und – soweit noch vorhanden – linken Kreisen gibt
4. zu den möglichen Perspektiven, die sich für uns – unter dem Gesichtspunkt von Klassenorganisation als Selbstorganisation von ArbeiterInnen – ergeben.

I. Ebenen der Diskussion über »Toyotismus« und »Fordismus«

Ich werde diese Begriffe hier nicht benutzen bzw. voraussetzen. Meines Erachtens wird damit mehr verschleiert als erklärt. Vor allem aber werden in der Regel drei Entwicklungsstränge miteinander vermengt, die zwar zusammenhängen, aber auch einzeln untersucht werden müssen.

1. Zunächst haben wir es gesamtgesellschaftlich und im weltweiten Maßstab mit einer Entwicklung zu tun, die schon vor längerer Zeit – in den 70er Jahren – eingesetzt hat und jetzt nur beschleunigt erfahrbar wird. Ich nenne das die Auflösung und Aufkündigung des Klassenkompromisses, der für die Nachkriegszeit in den kapitalistischen Metropolen Geltung hatte. Dieser Klassenkompromiss stellte sich dar als Zusammenhang von Wohlfahrtsstaat, Massenkonsumtion und (auch gewerkschaftlich) regulierter Arbeitskraft in der unmittelbaren Produktion. Den sogenannten fordistischen Klassenkompromiss kann man auch auf die einfache Formel bringen: Massenkonsumtion im Tausch gegen Ruhe in der Produktion. Die integrierten Gewerkschaften waren eine der Hauptstützen dieses Klassenkompromisses, und sie verdankten ihre Stärke unter anderem der Tatsache, dass sie selber als Kontrollorgan des Arbeitsprozesses notwendig waren.

Die Auflösung dieses Klassenkompromisses stellt sich als schrittweiser Angriff – oder als eine Abfolge von Angriffen – des Kapitals auf die relative Macht der ArbeiterInnen innerhalb der Produktion dar: zuerst an den sogenannten Rändern der Klasse, also jene Entwicklung, die wir seit Anfang der 80er Jahre unter den Stichworten Flexibilisierung, Jobber, Marginalisierung diskutiert haben. Damals bewegten viele von uns Fragen nach der zunehmenden Aufspaltung zwischen einem festen Kern der industriellen Arbeiterklasse, den sogenannten Rationalisierungsgewinnlern, und eben den prekären ArbeiterInnen am »Rande« der Klasse. Heute müssen wir (ein)sehen, dass dies nur eine Etappe, ein zeitweiliger Zustand war. Denn was sich in den letzten Jahren vollzieht, ist ein Angriff auf die sogenannten Kernbereiche selber. Darin liegt tatsächlich das Neue an der heutigen Situation, auch die Beschleunigung der Entwicklung: dass es kaum einen Bereich der Produktion gibt, der nicht irgendeiner Weise von den Umstrukturierungsversuchen und Angriffen der Unternehmer betroffen ist. (Teilweise gilt das heute in den traditionell ruhigen Zonen der großen Angestelltenbetriebe weitaus mehr als für die Industriebetriebe.)

Bei diesen Angriffen geht es aber nicht nur um die Umschichtung der Masseneinkommen, also um die für jede Krise typische Politik des Lohndrückens und der verstärkten Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Es geht

um weit mehr, nämlich die Durchsetzung von Unternehmensstrukturen, mit denen die passive Macht der ArbeiterInnen und Angestellten – die stille Renitenz des Nichtstuns – gebrochen wird. Es geht um neue Formen des Arbeitskommandos, um »mehr Arbeit«, also um erhöhte Ausbeutung. Mir scheint es wichtig zu sein, diesen Kern bewusst zu machen. In der Regel ist nur von der Konkurrenz der »Standorte« die Rede, von besseren oder schlechten Marktchancen – in Westeuropa, den USA oder in Japan und auf dem südostasiatischen Markt. Es gibt diese Konkurrenz, aber sie ist primär eine Konkurrenz von Ausbeutungsmodellen. Daher auch die Faszination für den angeblichen Toyotismus, also das historische Modell der Unternehmens- und Arbeitsorganisation in Japan, von dem die Kapitalisten hier »lernen« wollen.

Aus einem weiteren Grund ist es wichtig einzusehen, dass es um einen verstärkten Zwang zur Arbeit, um Abpressung von »mehr Arbeit« geht: weil es nämlich falsch ist, Arbeitslosigkeit unter dem Aspekt zu sehen, im Kapitalismus ginge die »Arbeit« aus. Es soll schlicht nur durchgesetzt werden, unter verschlechterten Bedingungen zu arbeiten – etwa wie in den USA, wo heute teilweise mehr gearbeitet wird als früher.

Das macht, alles zusammen, vielleicht schon etwas klarer, worum es allgemein geht: »Lean Production« ist ein Modell intensivierter Ausbeutung und – entgegen allen Ideologien von mehr Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung – ist sie Bestandteil eines Kampfes gegen zu stark gewordene gesellschaftliche Bedürfnisse, die sich schon lange »weg von der Arbeit« bewegen.

2. Die zweite Ebene, auf der sich die Diskussion bewegt, scheint mir die wichtigste zu sein, was die wirklichen, praktischen Veränderungen betrifft – wichtiger jedenfalls als die Modelle der Gruppenarbeit, zu denen ich später noch etwas sagen werde. Es handelt sich um die Ebene der Unternehmensreorganisation, Umstrukturierung auf Konzernebene und letztlich eine Neudefinition dessen, was überhaupt unter einem »Unternehmen« verstanden wird. Fälschlicherweise wird dieser Prozess der Umgliederung als »Dezentralisierung« bezeichnet. Faktisch gibt es wohl die Verselbstständigung von Unternehmensteilen, Abteilungen usw. in Teilbetriebe, die aber wiederum in einer Pyramidenform, also hierarchisch gegliedert, unter ein äußerst zentralistisches Kommando zusammengefasst werden. Wir haben es heute mit einem bisher nicht gekannten Ausmaß an Zentralisation des Kapitals zu tun. Die neuen Techniken und Verfahren von Kommunikation und Information (ich übernehme mal die Sprache der Kapitalisten) machen es nun möglich, sehr schnell und übergreifend – also auch weltweit – den Überblick und

die Kontrolle über die verschiedenen Orte der Produktion und die Transportwege sicherzustellen.

Auf Unternehmensebene beginnt diese Neugliederung mit der Auslagerung von Abteilungen oder ganzen Bereichen, also ein relativ traditionelles Verfahren. Es kann aber auch so aussehen, dass Abteilungen einer Firma nun wie einzelne Unternehmen behandelt werden, die nach Angebot und Nachfrage sich ihre Produkte auf dem Marktwege zureichen. Das bedeutet – zum Beispiel im System der sogenannten Profit Centers –, dass eine Abteilung zwar ihre »Dienstleistung« vom zentralen Rechenzentrum erhält, aber auch die freie Wahl hat, außerhalb des Unternehmens dieselbe »Dienstleistung« einzukaufen. Bis auf die Zentral- bzw. Stabsabteilungen gibt es dann irgendwann – zumindest theoretisch – nur noch »Zulieferer« innerhalb ein und derselben Firma, also ein Bündel von Klein- oder Dienstleistungsbetrieben innerhalb des »Mutter«-Unternehmens eines Konzerns.

Die Folgen sind objektiv wie subjektiv durchgreifend. Zum einen findet zunehmend eine »Prekarisierung« der qualifizierten Arbeit statt. Das bedeutet, dass sich kein kaufmännischer oder technischer Angestellter, der sich früher noch sehr sicher fühlen konnte, mehr davor geschützt sieht, in näherer Zukunft ebenso »hart arbeiten« zu müssen wie die KonkurrentInnen in den vielen Schwitzbuden auf dem sogenannten Dienstleistungsmarkt. Subjektiv schlägt das dahingehend durch, dass sich immer mehr dieser Beschäftigten aufeinander als »Dienstleistende« beziehen. Es gibt Beispiele – und ich kenne das aus eigener Erfahrung –, wo KollegInnen noch immer im selben Hause arbeiten, aber zu ihren KollegInnen der anderen Abteilungen ein inneres Verhältnis entwickeln wie zu »Kunden« oder »Lieferanten«. Der Begriff der Dienstleistung, der früher einmal – in der klassischen Nationalökonomie – recht eindeutig definiert war, wird nun verallgemeinert – auch auf produktive Bereiche und bezeichnet nun nichts anderes als wirkliche oder simulierte Marktbeziehungen.

Diese Art der Unternehmensaufgliederung und -neugliederung unter einem zentralen Kapitalkommando ist auch »virtuelles Unternehmen« genannt worden. Ob es auch so funktioniert, hängt freilich von einigen unbestimmbaren Faktoren ab. So haben die Zentralen zwar ein recht guten Überblick und auch die Kontrolle, was sich auf den unteren Ebenen abspielt, aber diese ganze Konstruktion ist auch äußerst empfindlich: Es darf nichts schiefgehen! Ein Beispiel dafür war der Streik der LKW-FahrerInnen in Frankreich – die im Übrigen fast alle Subunternehmer sind –, der zu drastischen Folgen in der Automobilproduktion in benachbarten

Ländern geführt hat. Das »rollende Lager« der Just-in-time-Produktion ist extrem störungsanfällig, nicht nur was die Verkehrsdichte angeht, sondern erst recht bei Streiks, also bei Kämpfen der ArbeiterInnen in den Zwischengliedern der Transportkette.

3. Nun zur dritten Ebene der Diskussion, zur unmittelbaren Produktion. Stichworte sind hier: Gruppenarbeit, Quality Circles usw. Um es auf den Punkt zu bringen: Es geht um die Selbstverwaltung der Ausbeutung durch die ArbeiterInnen! Etwas sehr voreilig ist in diesem Zusammenhang vom »Ende des Taylorismus« gesprochen worden. Das stimmt nur insoweit, wenn unter Taylorismus eine bestimmte Art der Fließband-Arbeitsorganisation verstanden wird. Tatsächlich war das Neue, was Herr Taylor den ArbeiterInnen bescherte, weitaus mehr, nämlich wissenschaftliche Arbeitsorganisation, nicht zuletzt zur Brechung der Macht, die die Facharbeiter in der Produktion hatten. Die heutigen Modelle der Gruppenarbeit sind – unter anderen Bedingungen – eine Art Super-Taylorismus. Worauf nun diese Modelle tatsächlich setzen, das ist:

a) Eine möglichst weitgehende Auflösung von hierarchischen und bürokratischen Informationswegen, die ja den einzelnen ArbeiterInnen auch immer die Möglichkeit gegeben haben, sich dem Arbeitszwang ein wenig zu entziehen. In zentralistisch und bürokratisch aufgebauten Unternehmen wird »unten« weniger intensiv gearbeitet als in »selbstverwalteten«.
b) Ausbeutung: Die ArbeiterInnen sollen sich nun selber, d.h. gegenseitig kontrollieren.
c) Wissen über die eigene Arbeit und die Arbeitsabläufe, also die faktische Kompetenz, soll produktiv angewendet – und das heißt auch: enteignet – werden. Wo es bislang noch ein Wissen über Nischen gab, die das Tempo verlangsamen, sollen diese Nischen durchs eigene Zutun der ArbeiterInnen dicht gemacht werden.

Nichts anderes ist mit der Theorie und den Modellen des »Kontinuierlichen Verbesserungsprozesses« (KVP) gemeint. Freilich hat das alles zur Voraussetzung, dass die Leistungsanreize stimmen. Sie müssen realistisch sein, es muss also genug Geld angeboten werden, um eine solche Hetzerei attraktiv zu machen. Außerdem gibt es in diesem Modell ein großes Problem, und zwar im Widerspruch zwischen dem Zwang zu mehr Konkurrenz, gegenseitiger Antreiberei auf der einen Seite und der Notwendigkeit zur verstärkten Kooperation auf der anderen Seite.

Nur am Rande sei hier bemerkt, dass in dieser Frage die konservative Wirtschaftspresse etwas realistischer als viele soziologische Analysen ist. Sie stellte in diesem Sommer mehrfach fest, dass Gruppenarbeit bis

heute mehr Konzept als Realität ist – eben aufgrund der geschilderten Widersprüche.

II. Strategien des Kapitals und ihre praktischen Voraussetzungen

Linke, zumal wenn sie sich mehr mit Theorien als mit Beobachtungen in der alltäglichen Praxis beschäftigen, neigen dazu, die erklärten Programme, Pläne und Strategien des Kapitals für bare Münze zu nehmen, also den Plan oder das Konzept mit ihrer Verwirklichung zu verwechseln. Nehmen wir einmal den Grundsatz ernst, dass Klassenverhältnisse immer auch Kampf- und Kräfteverhältnisse sind, dann müssen wir uns folgende Fragen stellen:

1. Auf welches gesellschaftliche Verhalten von ArbeiterInnen (unter anderem zur Arbeit, aber auch in der sogenannten Freizeit) versucht das Kapital – im Sinne eines Angriffs – zu antworten?
2. An welchen Punkten setzt das Kapital dabei an? Auf wen und was kann es sich dabei real stützen?
3. Welche Widersprüche entstehen neu aus den Umsetzungsversuchen dieser Konzepte, Pläne und Modelle?

Das sind nun sehr weitreichende Fragen, und ich kann hier nur einige Punkte nennen, die mir bei der Suche nach Antworten wichtig erscheinen:

1. Zur ersten Frage ist zunächst einmal zu sagen, dass die »regulierten« und festen Arbeitsverhältnisse, also der sogenannte Normalarbeitstag mit kollektiv geltenden Arbeitszeiten, zuerst »von unten« aufgekündigt worden sind, und zwar schon seit Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre. Das gilt gewiss nicht für alle ArbeiterInnen, aber in erster Linie für eine jüngere ArbeiterInnen-Generation, in der Arbeit als Wert im eigenen Leben drastisch an Bedeutung verloren bzw. ihre Bedeutung geändert hat. Es gibt in den vergangenen fünfzehn oder sogar noch mehr Jahren so etwas wie einen Deal: Zustimmung zu mehr Flexibilisierung im Tausch mit mehr individuell bestimmter Freizeit, die – das dürfen wir nicht vergessen – für Jüngere ja wirklich auch immer zu Teilen freie Zeit ist! Gerade diese jüngeren ArbeiterInnen haben zunehmend das gesamte Regelwerk von Tarifen, Betriebsvereinbarungen usw. als rigiden Zwang, Einengung und Disziplinierung erfahren. Kurz, wir haben es hier mit veränderten gesellschaftlichen Bedürfnissen, auch langfristig sich verändernden Lebensweisen zu tun, die nicht nur negativ als »Individualisierung« abgelehnt werden können. »Arbeit« ist viel weniger als früher ein Lebens-Beruf, sondern eine notwendige Folge von »Jobs«. Aber gleichzeitig sind auch die Ansprüche an diese Jobs gewachsen: wenn schon Arbeit, dann auch interessante, also Tätigkeiten, in die wenigstens teilweise etwas von dem eingehen kann, was in der Freizeit zu den eigenen Interessen gehört.

2. Damit ist auch schon angedeutet, woran das Management mit seinen Modellen von selbstverwalteter Ausbeutung anknüpft. Die Chefs wissen, dass sie die empfindlichen Produktions- und Transportketten, in denen es ja gerade auch um die Qualität der Produkte geht, nicht mit Menschen besetzen können, die sich nur aufgrund wirtschaftlicher Existenzangst in die neuen Arbeitsorganisationsformen einfügen. Die Arbeit wird deshalb – mit einem hohen ideologischen und wissenschaftlich-psychologischen Aufwand – als interessant, attraktiv, selbstverwirklichend usw. dargestellt. In der Gruppenarbeit sind am Anfang ja auch oft die Jüngeren auf das Angebot eingestiegen, nun mit neuen Techniken zu tun zu haben und dabei Arbeiten übernehmen zu können, die früher in der beruflichen Hierarchie weiter oben angesiedelt waren. Ein weiterer Punkt, woran das Management anknüpfen kann, ist die – »von unten« schon erfolgte – Trennung von Lebenszeit und Beruf, also die Bereitschaft, hintereinander verschiedene »Jobs« zu machen. Das entspricht dem Managementinteresse an wechselnden und kombinierten Qualifikationen, also an der Herausarbeitung neuer, eher variabler Berufsbilder.

3. Das alles zusammengenommen ist der Ausgangspunkt und sind die Anknüpfungspunkte der Managementkonzepte. Ihre Durchsetzung, also Realisierung, sieht freilich meistens ganz anders aus. Sicherlich wäre es heute zu früh, hier allgemeine Schlussfolgerungen zu ziehen, aber aus der jüngsten Zeit gibt es dennoch einige Hinweise darauf, dass die »goldenen Zeiten« der Selbstverwirklichungsideologie auslaufen. Sie schrumpft schon jetzt auf ihren materiellen Kern zusammen: Der Zwang zur Arbeit, die rigide Herrschaft des Arbeitskommandos wird im alltäglichen Stress sichtbar und spürbar. Die finanziellen Angebote können das nicht ausgleichen. Aus dem »Co-Management«, also der Teilnahme der ArbeiterInnen an der Produktionsorganisation ist ein schieres »management by stress« geworden. Das deuten, wie schon erwähnt, Presseartikel an. In dem Musterland der Gruppenarbeit, der Automobilindustrie, wird es noch krasser deutlich. »KVP« ist heute zu großen Teilen nichts anderes mehr als die Organisation eines »virtuellen Fließbandes«. Ein konkretes Beispiel dafür liefert der Streik bei VW in Belgien. Dort stand die Entlassung von mehreren hundert ArbeiterInnen an. Während die offiziellen VertreterInnen der ArbeiterInnen noch verhandelten, begann ein spontaner, nicht offizieller Streik – gegen das Tempo der Produktion. Bedenkt man nun, dass ausgerechnet in einer Situation, wo Arbeitsplätze

bedroht sind, ArbeiterInnen trotz dieser Drohung einen Streik gegen ihre Arbeitsbedingungen führen, dann wird vielleicht etwas deutlicher, wie »traditionell« die Konfrontation geblieben ist. Aber auch in Bereichen, die nicht direkt zur industriellen Produktion gehören, stoßen die Selbstverwirklichungsideologien schon an ihre Grenzen. Gerade bei den qualifizierten Angestellten – die ja wohl am empfänglichsten sein dürften für diese neuen Arbeitsformen – wurden sehr hohe Erwartungen geweckt, die sich nun als gar nicht erfüllbar herausstellen. Sehr schnell kommen die »kreativen Ideen«, die an der Basis ausgearbeitet wurden, als Zwangsmaßnahmen von oben zurück. Das zentrale Kommando zeigt sich vielerorts viel früher im Alltag als erwartet. Wo es zu solchen Enttäuschungen und Konfrontationen kommt, setzt wiederum ein sehr traditionelles Verhalten von Angestellten ein: innere Verweigerung, Frustration, Resignation, Rückzug, also all die Verhaltensweisen, die doch bekämpft werden sollten! Das Management zeigt, ob kurz oder lang, dass es die Bedürfnisse, mit denen es spielt und die es für die Selbstausbeutung benutzen will, gar nicht befriedigen kann und will.

III. Politische Antworten aus den Gewerkschaften und aus der Linken

Um es gleich vorweg zu sagen: Was aus den Gewerkschaften und von den in ihnen verbliebenen Linken zu diesem ganzen Themenkomplex gesagt wurde, ist eine einzige Katastrophe! Es gab und gibt keine Diskussion darüber, wie der Widerstand gegen die neuen Ausbeutungsmodelle organisiert werden kann. Stattdessen begann – nach kurzem Zögern – eine beschleunigte Debatte über »Mitgestalten« usw.

Die DGB-Gewerkschaften, insbesondere die Betriebsräte, sehen natürlich, dass mit der Auflösung traditioneller Unternehmensstrukturen und mit der »neuen Betriebsweise« die eigene Rolle in der Kontrolle und Regulierung der Arbeitskraft zunächst schwindet. Wir sollten uns jetzt nicht enttäuscht zeigen über Gewerkschaften und Betriebsräte, sondern klarmachen, dass sowohl diese Angst wie auch die politische Reaktion darauf – das »Mitmachen« – in der bisherigen Rolle von Gewerkschaften und Betriebsräten begründet ist. Allerdings muss mit der Auffassung gebrochen werden, dass der Verlust der bisherigen Kontrollmöglichkeiten gleichbedeutend sei mit der Unmöglichkeit von Kämpfen und Widerstand. Das stimmt eben nur aus der Perspektive der Gewerkschaften und Betriebsräte. Dahinter verbirgt sich etwas anderes: Die traditionelle ArbeiterInnenorganisation und vor allem ihre Interessenvertretung war historisch mehr oder weniger ein Spiegelbild der Arbeitsorganisation,

und es galt – gerade in Deutschland – lange als Dogma bzw. Lehrsatz, dass die zentralistische Zusammenfassung von ArbeiterInnen eine erhöhte Kampfkraft bedeutet. In der Art und Weise, wie die DGB-Gewerkschaften Kämpfe geführt haben, stimmt das ja auch. Aber es war auch immer wieder die Bedingung dafür, dass alles in den Formen verblieb, die eine weitgehende Kontrolle der ArbeiterInnen sicherstellten. Nachdem nun diese Formen der Interessenvermittlung ins Wanken geraten sind, haben auch die Diskussionen über neue Formen begonnen – wiederum orientiert an der neuen Unternehmens- und Arbeitsorganisation.

Die Gewerkschaften werden mehr und mehr zu Dienstleistungsbetrieben für Betriebsräte; die Betriebsräte werden vom Management in mittel- bis langfristige Personalentwicklungspläne einbezogen, und in der unmittelbaren Produktion wurden, zumindest anfangs, Gruppenarbeit und andere Modelle selbstverwalteter Ausbeutung als Verwirklichung der alten Programme der »Humanisierung der Arbeitswelt« ausgegeben, freilich mit dem Zusatz, dass über die soziale Komponente noch zu verhandeln sei. Tatsächlich hat ja das Management an alte Forderungen von Linken angeknüpft – Selbstverwaltung, Selbstbestimmung in der Arbeit usw.

Jenseits der Propaganda und Ideologie hat auch das einen materiellen Kern: Der Zusammenhang von Betriebsräten und Gewerkschaften ist schon länger auf die Verwaltung der Kernbelegschaften zusammengeschmolzen. Jetzt geht es schlicht um die Rettung dieser Reste. Es wird – nach ihrer eigenen Logik – den Gewerkschaften nichts anderes übrig bleiben als immer wieder und weiter an der sogenannten Gestaltung dieser »Kerne« mitzuarbeiten und damit die Aufspaltung und Hierarchisierung der gesamten Klasse mitzuorganisieren. Genau darin liegt auch ihre Aufgabe für das Kapital. Es wäre schlicht falsch zu sagen, jetzt würde die Sozialpartnerschaft aufgekündigt. Sie wird nur so weit aufgekündigt, wie die bisherigen Vermittlungsformen der Klasseninteressen aufgelöst werden. Aber die Gewerkschaften sind nach wie vor für das Kapital als kontrollierende Instanz, als Garant für die Ruhe in der Produktion erforderlich. Es geht also um ein neues Modell von Sozialpartnerschaft, aus dem freilich erhebliche Teile der Klasse schon ausgegliedert worden sind. Insoweit hat sich – vom Grundsatz her – bis heute an der Funktion der Gewerkschaften nicht sehr viel verändert. Wieweit sich diese neuen Sozialpartnerschaftsmodelle wiederum umsetzen lassen, ist fraglich, zumindest offen.

In jedem Fall wäre es falsch – und diesen Fehler machen zahlreiche Linke –, mit der Krise der traditionellen ArbeiterInnenorganisation und

-vertretung auch die Möglichkeiten von neuen und auch ausgeweiteten Kämpfen, Bewegungen auszuschließen. Wenn auch unter anderen Bedingungen, so zeigen die Beispiele aus dem Ausland – wie in Italien und Frankreich, wo der Auflösungsprozess der traditionellen Organisationen und auch Produktionsformen schon viel weiter fortgeschritten ist –, dass diese Bewegungen eben in neuen Formen ablaufen. Für die BRD können wir zumindest festhalten, dass die Bereitschaft zur Aktion in den vergangenen Jahren eher gestiegen ist – freilich immer unter dem Mantel der Tarifrunden, also unter Ausnutzung der formellen Organisationen. Wie weit die Kluft zwischen Gewerkschaften und diesen Bewegungen schon gewachsen ist, zeigt sich daran, dass sich die faktisch ausgeweitete Bereitschaft zu Aktionen überhaupt nicht mehr in den formellen Organisationen niederschlägt. Die Gewerkschaften werden kurzfristig bei Aktionen benutzt und danach wieder stehen gelassen wie zuvor.

IV. Schluss: Welche Konsequenzen ziehen wir?

Ich will nun, als eine Art Resümee, die bisherigen Punkte dahingehend zusammenfassen, was die Konsequenzen für uns betrifft. Ich sage gleich dazu, dass niemand hier von mir ein alternatives Konzept zu erwarten hat, sei es politisch-organisatorischer oder gewerkschaftlicher Art. Alles wird davon abhängen, was sich unter den ArbeiterInnen tut, aber wir haben unsere gemeinsame Arbeit und Diskussion so zu organisieren, dass wir sehr praxisnah – also sehr nah an den alltäglichen Auseinandersetzungen – diese Veränderungen und Entwicklungen untersuchen. Wir brauchen eine solche betriebs- und branchenübergreifende Untersuchung – sowohl als gemeinsame Diskussion wie als praktischen Eingriff – gerade weil die früheren Organisationsweisen das noch nicht einmal mehr im formellen Rahmen leisten. Die Kommunikation unter uns ist im selben Maße schlechter geworden, wie die Gewerkschaften nicht mehr den Ort boten und bieten, an dem wenigstens ab und zu so etwas wie ein Austausch stattfinden kann. Wären wir nicht mehr als ein Spiegelbild dieser Gewerkschaften, dann würde sich auch die Diskussion heute Abend wohl kaum lohnen. Für eine gemeinsame Praxis sind meines Erachtens inhaltlich folgende Konsequenzen aus dem bisher Gesagten von Bedeutung:

1. Die frühere Betriebslinke baute in ihrer Praxis und Politik auf der traditionellen Einheit von Belegschaft, Betrieb, Branche und Gewerkschaft auf. Sie folgte damit der gewerkschaftlichen Interessenvermittlung – ArbeiterInnenorganisaiton als Arbeitsorganisation.

2. Es wäre blanker Unsinn, aus den neuen, »dezentralisierten« und verselbstständigten Unternehmenseinheiten wiederum eine neue Organisationsform von ArbeiterInnen ableiten zu wollen. Es sind Strukturen der Spaltung, Zergliederung, und die neuen Arbeitsformen in der unmittelbaren Produktion haben nichts mit Selbstverwaltung oder gar Autonomie zu tun, sondern nur mit einem Autonomiegewinn des Kapitals.
3. Die neuen Arbeitsorganisationsformen sind nicht »mitzugestalten«, sondern – mit allen Mitteln der Taktik! – zu sabotieren, der Tendenz nach also zu zerstören. (»Sabotieren« heißt nicht einfach nur Boykottieren, sondern bedeutet auch, aktiv einzugreifen, also den Prozess zu stören und, wo es möglich ist, zu behindern!)
4. Wenn das Management an vorhandenen neuen Bedürfnissen anknüpft, um sie in seinem Sinne produktiv umzudrehen und anzueignen, dann müssen wir Mittel und Wege finden, dieses »Umdrehen« zu bekämpfen. Das bedeutet auch, davon abzulassen, so etwas wie »Individualisierung« usw. nur negativ zu sehen. Es ist zunächst einmal ein Fortschritt, wenn
5. sich Menschen nicht mehr den Zwangskollektiven beugen. Wir müssen unsere eigenen Vorstellungen daraufhin überprüfen, ob sie nicht auch in vielem noch von solchen Zwangskollektiven geprägt sind, die mit wirklicher, das heißt auch freier Kollektivität nichts gemein haben. In dem Verhalten gerade jüngerer KollegInnen ist auch (!) ein Grad an Selbstständigkeit enthalten, die unerlässlich für eigenständige Bewegungen und Selbstorganisation ist.
6. Die Organisierung in direkten Auseinandersetzungen ist immer weniger in den vorgegebenen Strukturen der Produktion möglich. Das gilt für Betriebe und Branchen, die Konflikte und Verbindungen laufen mehr und mehr quer durch die gesamte »Pyramide« von Unternehmen, Konzernen und Branchen. Wenn man so will: Die »ganze Pyramide« muss erfasst werden.
7. In jedem Fall kann schon für die heutige Situation gesagt werden (und ich glaube, dass die Auseinandersetzungen der letzten Jahre dafür auch Beispiele gegeben haben), dass Aktionen schon im Ausgangspunkt, sozusagen aus dem Stand heraus, ein hohes Maß an Selbstständigkeit, an Autonomie erfordern. Das legt natürlich pessimistische Gedanken nahe. Aber darin liegen auch reale Chancen. Wir müssen uns so organisieren, dass wir sie auch ergreifen können.

Martin Dieckmann

Der Sozialstaat zwischen Globalisierung des Kapitals und »moralischer Ökonomie«

Die folgenden Ausführungen sind eine systematische Zusammenfassung einer längeren Diskussion in der Gruppe Blauer Montag. Sie sind der Versuch, eine zweijährige themen- und »szenen«-übergreifende Veranstaltungsreihe zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik inhaltlich auszuwerten. Die Veranstaltungen (Tarifrunde 1994, Lean Production, Arbeitsmigration am Beispiel polnischer WanderarbeiterInnen, Zweites Seeschifffahrtsregister, Aktive Arbeitsmarktpolitik und staatlicher Arbeitsmarkt) sollten zum einen dazu dienen, einen umfassenden und zusammenhängenden Blick auf die heterogene und widersprüchliche Klassenrealität in der Bundesrepublik zu entwickeln. Sie sollten zum anderen dazu dienen, über die unterschiedlichen Teilbereiche und »Szenen« hinweg (etwa der Betriebs- und Gewerkschaftslinken, antirassistischer Gruppen oder Resten der Jobber- und Erwerbslosenbewegung) zu einer gemeinsamen Diskussion zu kommen.

1. Globalisierung und Internationalisierung des Kapitals

Zunächst ist es sinnvoll, einmal festzuhalten, dass die sog. Globalisierung zumindest unter einem Gesichtspunkt kein so besonders neues Phänomen ist: Das Kapital *als soziales Verhältnis* ist von seiner Grundlage her »beweglich« (»capital moves«, J. Holloway). Diese »Beweglichkeit« resultiert aus dem grundlegenden Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, aus dem Bestreben der lebendigen Arbeit, der Ausbeutung »zu entfliehen«, einerseits und dem Bestreben des Kapitals, seinerseits den Restriktionen, die der Ausbeutung in den Klassen- und anderen Kämpfen auferlegt werden, zu entkommen. Diese »innere Beweglichkeit« ist damit auch der Grund dafür, dass das Kapital als Kampfverhältnis (nicht die personelle Charaktermaske des einzelnen Kapitalisten) von seiner Basis her international, d.h. ohne nationale Bindung ist. Begriffe wie »nationales Kapital« oder »nationale Kapitalfraktionen« sind damit genauso problematisch wie die Behauptung von Ausbeutungsverhältnissen zwischen »Nationen« oder »Nationalstaaten«.

Ausgangspunkt für die Diskussion um »Globalisierung« ist damit zunächst einmal die Feststellung, dass es sich um neue Formen der »Beweglichkeit« des Kapitals als sozialem Verhältnis handelt. Es geht in erster Linie darum, die Ausbeutungsbedingungen und damit die Klassenkämpfe neu zu bestimmen und zu organisieren. In Anlehnung an Holloway:

Die Art und Weise, *wie* das Kapital vor diesen Kämpfen flieht, wird neu bestimmt. Letztlich geht es auch bei der jetzigen Globalisierung darum, die Ausbeutungsrate zu erhöhen und den »Zwang zur Arbeit« durch Deregulierung und Flexibilisierung und auf möglichst niedrigem Lohnniveau durchzusetzen. Wenn also von »Globalisierung« gesprochen wird, sollte von »Lean Production«, »Toyotismus« oder ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen nicht geschwiegen werden.

In der Diskussion um »Globalisierung« werden verschiedene Seiten dieses Prozesses unterschieden. Anfang der 70er Jahre wurde unter dem Stichwort der »Neuen Internationalen Arbeitsteilung« vor allem ein neuer Internationalisierungsschub des Produktivkapitals in die Debatte gebracht. Die Produktion wird ausgelagert, neue technologische Schübe in der Datenverarbeitung, dem Transport, der Lagerhaltung und der Logistik allgemein ermöglichen eine Zerlegung des Produktionsprozesses, seine Verteilung und blitzschnelle Umverteilung über den gesamten Globus. »Global Sourcing« und ein über den Erdball vagabundierendes (Produktions-)Kapital sind die Stichworte für diesen Prozess. Bis heute bleibt fraglich und teilweise auch kontrovers, welche Rolle dieser Prozess faktisch wirklich spielt, in welchem Ausmaß Auslagerungen im internationalen Maßstab überhaupt möglich sind. Allerdings – und das ist eigentlich wichtiger – gibt es eine Globalisierungs*ideologie* und *-propaganda*, die in den Köpfen der Menschen schon viel weiter wirkt als die bereits vorhandenen internationalen Auslagerungen: Drohungen mit internationaler Auslagerung reichen oft schon aus, auch wenn ihre Umsetzung nicht immer realistisch ist.

Ein weiterer Aspekt der Globalisierungsdiskussion im Rahmen (und außerhalb) unserer Veranstaltungen ist die Internationalisierung des Arbeitsmarktes. Zugespitzt wird die These eines »Weltmarktes für Arbeitskraft« formuliert, wie er sich in den internationalen Migrationsbewegungen ausdrückt. Diese These darf jedoch nicht zu der falschen Analogie führen, der Weltarbeitsmarkt sei vergleichbar mit dem Weltmarkt für Kupfer, für Siemensaktien oder für Devisen. Im Gegensatz zu allen anderen Waren und Dienstleistungen unterliegt die Ware Arbeitskraft einer ausgeprägten nationalstaatlichen Regulierung: Ausländergesetze, Grenzregulierungen, Einwanderungsbestimmungen etc. bilden ein national- und auch supranational abgestimmtes Netz der selektiven Migrationssteuerung. Im Gegensatz zu anderen Waren ist der Weltarbeitsmarkt nach wie vor in hohem Maße politisch vermittelt und reguliert. Gerade wenn man davon ausgeht, dass die Verwertungsbedingungen des global agierenden Kapitals dadurch verbessert werden, dass nationale Unter-

schiede in den sozialen Verhältnissen, Kampfbedingungen, Entlohnungsstrukturen etc. ausgenutzt werden (vgl. Hirsch), dann kann durchaus bezweifelt werden, dass es wirklich eine Tendenz zu einem einheitlichen Weltarbeitsmarkt gibt. Die Vereinheitlichungs- und Nivellierungstendenzen, die ein solcher Prozess beinhalten würde, wären am Ende ein erhebliches Hindernis für die Kapitalverwertung. Es ist von daher auch kein Zufall, wenn der ehemalige Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft und jetziges Mitglied des Sachverständigenrats, Juergen B. Donges, im *Handelsblatt* vom 13.6.1996 gegenüber einer harmonisierten europäischen Sozialpolitik für eine möglichst lange nationale Tarif- und Sozialpolitik plädiert. Nichtsdestotrotz können Migrationsbewegungen als eine (gesteuerte) Internationalisierung des Arbeitsmarktes interpretiert werden.

In den Veranstaltungen zum Zweiten Seeschifffahrtsregister und zu polnischen WanderarbeiterInnen zeigte es sich, dass diese Tendenzen von den allermeisten Betriebs- und Gewerkschaftslinken *nur* als eine Vergrößerung der industriellen Reservearmee, als Lohnkonkurrenz und als Bedrohung angesehen werden. Zweifellos haben nichtdeutsche ArbeiterInnen diese Funktion für die Kapitalisten, und der Unmut über oder auch Widerstand gegen Lohndrückerei ist ja völlig legitim und hat erst mal nichts mit Rassismus zu tun. Es ist von daher seitens antirassistischer Initiativen beschränkt und falsch, »den deutschen Bauarbeiter« als Rassisten zu beschimpfen oder die Fahne der »Offenen Grenzen« hochzuhalten, aber die entstehenden Klassenauseinandersetzungen zu ignorieren (laut *junge welt* vom 26.3.1996 fordern US-Kapitalisten und das *Wall Street Journal* gegen den nationalistischen Protektionismus eines Pat Buchanan ganz offen einen Verfassungszusatz »Die Grenzen sollen offen sein«). Das Problem ist, dass es der Politik und den Gewerkschaften zunehmend gelingt, diese Konflikte innerhalb der Klasse in nationalistische Bahnen zu lenken. Selbst die Überlegungen der Betriebs- und Gewerkschaftslinken auf unseren Veranstaltungen orientierten eher auf einen verstärkten nationalstaatlichen Arbeitsmarktprotektionismus, auf nationalstaatliche Regulierung und Abschottung des nationalen Arbeitsmarktes als auf Versuche, Kommunikationsstrukturen und praktische Solidarität von unten in den Betrieben oder auf den Baustellen aufzubauen.

Die entscheidende neue Qualität in den globalen Kapitalbewegungen stellt der neue Schub an Flexibilität und Geschwindigkeit dar, mit dem sich das Kapital als *Finanz*kapital bewegt. Man könnte sagen, in den weltweiten Finanzmärkten, in der schrankenlosen und blitzschnellen weltweiten Reaktion von Geld und Kredit auf kleinste Änderungen der

Profitabilität kommt die Beweglichkeit des Kapitals auf seinen Begriff. Dabei ist die Verflüssigung des Kapitals seit Beginn der 70er Jahre – von der Krise des Dollars, dem Ende des Systems von Bretton Woods über die Herausbildung der Off-Shore-Finanzmärkte und der sog. Verschuldungskrise bis zum Entstehen des Derivaten- und Terminhandels – im Kern eine Reaktion auf die Krise der Ausbeutungsbedingungen, mit denen sich das Kapital seit Ende der 60er Jahre weltweit konfrontiert sieht. Über diese Bewegungen des Kapitals in seiner Geld- und Kreditform findet die Herausbildung einer Weltprofitrate statt, die Maßstab sowohl für alle Formen des Kapitals, insbesondere des Produktionskapitals, als auch Maßstab für die unterschiedlichen regionalen Bedingungen der Kapitalverwertung ist.

Aber das Kapital mag noch so schnell und beweglich sein, es kann dem Zwang, lebendige Arbeit ausbeuten zu müssen, nicht entfliehen und insofern kann es auch den Klassenkämpfen nicht entfliehen: In den Finanzzentren der Welt und an den internationalen Börsen wird kein Mehrwert *produziert*, sondern lediglich Mehrwert umverteilt und mit tatsächlichen und erwarteten Ausbeutungsverhältnissen spekuliert. Die Geschwindigkeit, mit der Geld über die Erde transferiert werden kann, mag seine Bindung von den realen Produktionsbedingungen gelockert haben, aber letztlich ist die tatsächliche Ausbeutung, die tatsächliche Produktion von Mehrwert im unmittelbaren Produktionsprozess die Basis, die gesichert sein muss. Gelingt die Erhöhung der Ausbeutungsrate nicht, endet auch die Glitzerwelt des Casino-Kapitalismus mit einer Bauchlandung.

2. Globalisierung des Kapitals und Nationalstaat

Mit dem neuen Globalisierungsschub des Kapitals verändert sich das Verhältnis zwischen dem international beweglichen Kapital einerseits und der regional starren nationalstaatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik andererseits. Diese grundlegende Veränderung ist politisch von unmittelbarer Bedeutung. Dies kommt ganz gut in dem Bild von den kapitalistischen (National-)Staaten als Stau-Becken im internationalen Fluss des Kapitals (Holloway) zum Ausdruck. Um in diesem Bild zu bleiben: Die Staaten kontrollieren nicht den Gesamtdruck, die Fließgeschwindigkeit und das Fließvolumen des Stroms. Sie können lediglich versuchen, möglichst viel Wasser auf ihrem Territorium zu binden. Die Bedingungen, unter denen dem Nationalstaat dies gelingt, haben sich dramatisch verändert. Was im sog. »fordistischen Akkumulationsregime« bis zu Beginn der 70er Jahre als »Binnenmarktorientierung des Kapitals« oder als »nationale Ökonomie« *erschien*, beruhte auf einem Verhältnis von (Natio-

nal-)Staat und Kapital, bei dem die Profitraten im Produktionsbereich so hoch waren, dass die flüssige Geldform für die Kapitalbewegung eine relativ untergeordnete Rolle spielte. Kapital war relativ stabil und »unbeweglich«. Diese relative Stabilität des Kapitals war die Grundlage für den sog. keynesianischen Klassenkompromiss in allen seinen Ausformungen auf staatlicher Ebene: keynesianischer Wohlfahrtsstaat, Integration der Gewerkschaften in den Staat (»Konzertierte Aktion«), sozialstaatliche Ideologiebildung etc.

Die Verflüssigung des Kapitals in seine Geldform, der Kern der sog. Globalisierung, hat nun die regionale Unbeweglichkeit und Stabilität des Kapitals abgelöst und damit die »fordistische« Bindung von (National-)Staat und »nationalem Kapital« ausgehöhlt und aufgelöst. Für die (National-)Staaten ist es ungleich schwieriger geworden, ihre »Staubeckenfunktion« zu erfüllen und Kapital an die jeweilige Region zu binden. Diese Aushöhlung des traditionellen Verständnisses von Nationalstaat und nationalem Kapital ist der Hintergrund für alle Ideologien vom »Bedeutungsverlust des Nationalstaats« oder dem »Ende nationaler Wirtschafts- und Sozialpolitik«. Aber diese ideologischen Bilder sind durchaus einseitig. Der fordistische Nationalstaat transformiert zum »nationalen Wettbewerbsstaat« (Hirsch). Der Staat hört keineswegs auf, Versuche zu unternehmen, um Kapital zu binden. Was sich ändert, sind die Formen, in denen dies geschieht. Was als Rückzug des Staates aus den gesellschaftlichen Aufgaben erscheint, ist der Versuch, die Ausbeutungsbedingungen im unmittelbaren Produktionsprozess zu verbessern sowie die Belastungen für das Kapital (Steuern, technologische Restriktionen etc.) zu verringern.

Worauf der Staat allerdings verzichtet, sind alle Versuche einer nationalen Einkommenspolitik bzw. einer Sozialpolitik, die die sozialen Einkommen der Bevölkerung sichert oder ausbaut. Ansprüche auf soziale Absicherung bzw. der frühere gesellschaftliche Sozialstaatskonsens werden in der Tat aufgekündigt. Doch der Staat zieht sich damit keineswegs aus der Sozial- und Wirtschaftspolitik zurück. Im Gegenteil: In Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik betreibt er eine höchst aktive Politik der (Sozial-)Lohnsenkung, Deregulierung und Flexibilisierung, begleitet von verstärkt repressiven Formen der sozialen Kontrolle. Die gesellschaftliche Polarisierung oder Segmentierung wird immer weniger sozialpolitisch abgefedert, sondern zunehmend durch aggressive Ausgrenzungs- und Abspaltungspolitiken und -ideologien repressiv kontrolliert. Der Staat kündigt gewissermaßen die »moralische Ökonomie des keynesianischen Klassenkompromisses« auf und ersetzt sie durch eine Politik

und Ideologie des »Workfare-Staates«. Dieser Rückzug des Staates aus den Verpflichtungen einer »moralischen Ökonomie des keynesianischen Klassenkompromisses« gilt dem Kern nach für alle Nationalstaaten unabhängig von den jeweils konkret unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen der jeweiligen Regionen. Dies ist auch kein Wunder, denn angesichts des hochmobilen Kapitalflusses und des Diktats der Profitrate an den internationalen Finanzmärkten sehen sich alle Staaten einem verschärften Zwang ausgesetzt, Kapital in seiner Form als Produktivkapital durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen der Mehrwertabpressung zu binden. Alle Staaten befinden sich somit in einem Wettbewerb der profitabelsten Ausbeutungsbedingungen und zwar sowohl als Zentralstaaten als auch als Regionen, Gebietskörperschaften oder Kommunen. Die These vom »nationalen Wettbewerbsstaat« kann also in die Richtung zugespitzt werden, dass sich »Nationalökonomie« auflöst und infolge dessen neben den Nationalstaat andere staatliche Instanzen als Akteure mit eigenen Interessen auftreten: Es entstehen neue und ausdifferenzierte Staubecken. Dies ist der Hintergrund für die frappierende Gleichzeitig und Gleichförmigkeit des weltweiten Neoliberalismus.

3. Umkämpfter Sozialstaat

Die hier diskutierte Globalisierung des Kapitals stellt den keynesianischen Sozialstaat und die in ihm geronnene Ausprägung des keynesianischen Klassenkompromisses in Frage. Unter den Schlagworten der »Kostenreduktion« und des »Standortwettbewerbs« werden die Ausbeutungsbedingungen neu organisiert, Sozialeinkommen gekürzt und der Zwang zur Arbeit verschärft. Gleichzeitig ist dieser »Umbau des Sozialstaates« – wie die Beispiele Frankreichs und Italiens zeigen – Anknüpfungspunkt von sozialen Konflikten, Kämpfen und Widerstand.

Die liberale Ideologie von der Machtlosigkeit des Staates angesichts der globalisierten Märkte trifft auf verschiedene Varianten einer Nationalstaatsorientierung von unten. Dies reicht von einem eher hilflosen Pochen auf nationalstaatliche Regulierung, Abschottung und Protektionismus (z.B. in der Debatte um das Entsendegesetz in der BRD oder einem neuen Keynesianismus wie in der französischen Streikbewegung) bis hin zu einer Art »moralischer Ökonomie des Wohlfahrtsstaates« (ebenfalls in der französischen Streikbewegung oder den Generalstreiks in Italien 1994)[1]. Der traditionelle Sozialstaat bzw. die Sozialstaats*idee* ist

1 Wir benutzen den Begriff der »moralischen Ökonomie« in lockerer, aber bewusster Analogie zu E.P. Thompsons Begriff der »moral economy«. Thompson beschreibt da-

damit ein mehr oder weniger heftig umkämpftes Terrain. Die Richtung von Auseinandersetzungen um den Sozialstaat sind dabei offen und in sich widersprüchlich: Zum einen kann eine »moralische Ökonomie«, ein Festhalten an tradierten Gerechtigkeitsvorstellungen über Sozialeinkommen und soziale Sicherung die Basis für heftigen und revoltenhaften Widerstand sein. Gleichzeitig ist ihr Ausgangspunkt ein konservatives Moment, nämlich das Festhalten oder Zurückholen »besserer Zeiten«, Zeiten größerer nationalstaatlicher Regulierungsmacht. Dies ist der Hintergrund für eine (neue) Staatsfixiertheit mit potenziell nationalistischen und protektionistischen Inhalten, die gerade angesichts der Globalisierungstendenzen merkwürdig anachronistisch anmutet. Jedoch sind die Inhalte einer solchen »moralischen Ökonomie« veränderbar und verändern sich in realen Kämpfen auch. Es geht also um eine Gradwanderung zwischen einer Verteidigung der Lebensansprüche der Menschen, der Verteidigung von Sozialstaatsleistungen *und* einer gleichzeitigen Überwindung der erwähnten Staatsfixierung.

Gerade wenn wir die Konflikte um den Sozialstaat mit Kategorien einer »moralischen Ökonomie« beschreiben wollen, kommt der Sozialstaats*idee* und ihrer Umwandlung und Umdeutung bzw. ihrer Verteidigung oder Überwindung in unserem Sinne eine entscheidende Bedeutung zu. Die Sozialstaatsidee ist Gegenstand eines *ideologischen Klassenkampfes*, in dem in der BRD die Linke völlig in der Defensive ist. Relativ widerstandslos wird im öffentlichen Raum daran gebastelt, eine ideologische Umdefinition dessen durchzusetzen, was unter Sozialstaat zu verstehen ist. Im Kern geht es darum: Der Sozialstaat sei zu teuer. Zum Teil, weil er ineffizient organisiert sei, zum Teil, weil er zu umfassend konzipiert sei, und zum Teil, weil die Leistungen zu ungenau verteilt würden. Darüber hinaus sei der Zusammenhang zwischen Arbeit und Sozialleistungen zu locker, es gehe nicht mehr an, dass so viele Menschen mit durchgefüttert würden, obwohl sie arbeiten könnten. Das Bedarfsdeckungsprinzip und das Prinzip, dass bei aller Verpflichtung auf Arbeit in dieser Gesellschaft eine menschenwürdige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gesichert werden soll, wird ideologisch geschleift und materiell abgeschafft. Damit ist der eigentliche Gehalt einer »moralischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates« aber bereits ausgehöhlt. Ganz gezielt wird ein gesellschaftlicher

mit ein tradiertes Werte- und Normensystem von (proletarisierten) Handwerkern und Bauern, das gegen Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts mit den Leistungsnormen und -anforderungen des aufkommenden Industriekapitalismus kollidierte und zu heftigen Revolten und Erhebungen führte.

Konsens gegen diejenigen konstruiert, die aus dem Verwertungsprozess herausfallen. Es geht auf der Ebene der ideologischen Hegemonie darum, die Legitimität arbeitsfreier Sozialleistungen zu untergraben. Plötzlich ist es gerecht, wenn Erwerbslose zur Arbeit verpflichtet werden oder so wenig Geld erhalten, dass sie in die ungesicherte Beschäftigung getrieben werden. Gleichzeitig wird »Arbeit« wieder zu einem Wert an sich, ohne dass noch nach Arbeitsbedingungen, gesellschaftlichem Sinn von Arbeit, ArbeiterInnenrechten oder gar Löhnen gefragt werden darf.

In diesem Zusammenhang ist es fraglich, ob sich die Gerechtigkeitsvorstellungen, die den Kern einer »moralischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates« ausmachen, dominant an einem Egalitätsprinzip orientiert haben oder orientieren. Egalitäre Vorstellungen spielen wahrscheinlich überall mit, aber die These dürfte nicht allzu gewagt sein, dass der Sozialstaat in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg auch ideologisch leistungs-, produktivitäts- und arbeitszentriert gewesen ist und »unproduktive« Menschen nicht unbedingt mitgemeint hat. Die sich jetzt vollziehende Umdeutung der Sozialstaatsidee ist damit nicht so weit vom »objektiven Klassenstandpunkt« der produktiven Arbeit entfernt.

Alle Ressourcen/Einnahmen, über die der Staat verfügt, stammen aus *einem* Verwertungsprozess, nämlich aus der Ausbeutung der Ware Arbeitskraft. Faktisch eignet der Staat sich über das Steuersystem Teile des Mehrwerts und Teile des Lohns an. In beiden Fällen ist die letztliche und einzige Quelle der Einnahmen des Staates die lebendige Arbeit in Form von Mehrwert und variablem Kapital. Durch die Aneignung und Umverteilung von Mehrwert und Lohnanteilen sichert der Staat sowohl Teile der Reproduktion der Ware Arbeitskraft als auch die Reproduktion des *gesamten* institutionellen Rahmens der Mehrwertabpressung. Teilweise sichert er die Ausbeutung auch direkt. Unabhängig davon, wie lohnabhängig Beschäftigte ihren Lohn wahrnehmen, und unabhängig davon, wie in dieser individuellen Wahrnehmung eine Fetischisierung stattfindet: Es ist der unmittelbare Produktionsprozess und die Verausgabung der Arbeitskraft die Quelle *aller* staatlichen Einnahmen. Insofern ist es auch richtig, wenn es heißt, der Staat gebe »unsere Steuergelder« aus oder, noch überspitzter, der Staat sei im Kern »die Gemeinschaft der SteuerzahlerInnen«.

Das richtige Bewusstsein über die lebendige Arbeit als Quelle und Basis des Staatshaushalts ist die Grundlage vielfältiger Ideologien (inklusive der meisten Vorstellungen, die in der historischen Arbeiterbewegung zum Staat entstanden sind), die eines gemeinsam haben: der Staat als Staat der (produktiven) Arbeit. In welcher Variante auch immer bergen

diese Ideologien immer das Potenzial der Abspaltung unproduktiver, nicht verwertbarer Teile aus der Gesellschaft in sich. Die gegenwärtige Umdeutung des Sozialstaatsprinzips als ideologischer Angriff kann damit an Bewusstseinsstrukturen ansetzen, die *richtigerweise* in der lebendigen Arbeit die Quelle der Staatstätigkeit sehen. Die beabsichtigte Spaltung ist nicht unabwendbar und notwendigerweise erfolgreich. Ein solcher Erfolg der Herrschenden ist aber auch nicht durch die Klassenlage des Proletariats gewissermaßen logisch ausgeschlossen.

Daraus folgt, dass sich eine ideologische Gegenposition zu diesen Spaltungsversuchen nur entwickeln lässt, wenn man den Standpunkt der verwertbaren Arbeit und der Reproduktion der Ware Arbeitskraft verlässt. Es ist daher nach wie vor richtig, eher auf so etwas wie ein Naturrecht eines jeden Menschen auf einen eine menschenwürdige Existenz sichernden Bedarf zu orientieren, unabhängig davon, ob jemand dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, unabhängig vom Geschlecht und der Hautfarbe etc. Eine solche Position weist deutlich über die Betriebsorientierung sowohl des Gewerkschaftsapparats als auch der verbliebenen Gewerkschafts- und Betriebslinken hinaus, die angesichts der aktuellen Angriffe auf die Sozialeinkommen über die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, Mindestlöhnen oder die Verteidigung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall nicht hinauskommen. Ein umfassender Begriff von sozialer Sicherung und Existenzrecht weist auf ein Leben jenseits des Betriebs und der Arbeit hin. Für die Entwicklung solcher Vorstellungen werden vermutlich Bewegungen außerhalb der Betriebe und aus den Betrieben hinaus von wachsender Bedeutung sein. So haben etwa für die Inhalte der Streikbewegung in Frankreich, die *eigenständigen* Kämpfe und Bewegungen der SchülerInnen, Jugendlichen und MigrantInnen eine erhebliche Rolle gespielt. Um nicht missverstanden zu werden: Es geht nicht um ein »anstatt«. *Ohne* Kämpfe in den Betrieben sind Bewegungen von Erwerbslosen, Prekarisierten und Marginalisierten ohne Perspektive. Dies gilt jedoch auch umgekehrt.

4. Krise der Gewerkschaften und der Klassenlinken

Solche Kämpfe und Bewegungen lassen sich nicht voluntaristisch als Kopfgeburten konstruieren. Aber wir denken, dass es auch im Gebälk der bundesdeutschen Klassenbeziehungen heftig knirscht. In aller Widersprüchlichkeit sind der Sozialstaat und die traditionellen Institutionen des keynesianischen Klassenkompromisses auch in der Bundesrepublik zum umkämpften Terrain geworden. Dabei stoßen als Reflex der Krise des keynesianischen Sozialstaats die traditionellen gewerkschaftlichen

Vermittlungsformen zunehmend an ihre Grenzen: In dem Maße, wie Beschäftigungsverhältnisse heterogener werden und das »Normalarbeitsverhältnis« als gesellschaftliche Norm zunehmend aufgelöst wird, verlieren die Gewerkschaften ihre Fähigkeit, zumindest ideologisch die ökonomischen Interessen *aller* VerkäuferInnen der Ware Arbeitskraft zu vertreten. In ihrer Orientierung auf die Stamm- und Kernbelegschaften der Großbetriebe haben sich die Gewerkschaften von quantitativ immer bedeutungsvolleren Teilen der Klasse verabschiedet. Sie sind damit nicht nur anfällig für die Reproduktion vielfältiger Spaltungslinien, sondern sie agieren auf ihrem ureigensten Terrain der Tarifauseinandersetzungen immer hilf- und zahnloser.

Als Sozial- und Tarifpartner zunehmend bedeutungslos und bei der eigenen Mitgliedschaft unglaubwürdig werden die Gewerkschaften auf ihre Kontrollfunktion über die Klasse reduziert. Aber selbst für diese Funktion bleibt die Fähigkeit zur Massenmobilisierung ihr einziger Faustpfand. Die jüngsten Aktionen des DGB gegen das Bonner Sparpaket offenbarten die Hilflosigkeit der Gewerkschaften in aller Klarheit: Ihre Fähigkeit, ein Ventil für wachsende Unzufriedenheit anzubieten und damit den »sozialen Frieden« zu garantieren, wird gezielt eingesetzt, um sich für zukünftige Kanzlerrunden wieder ins Spiel zu bringen. Die Hoffnungen mancher Betriebs- und Gewerkschaftslinken auf einen neuen radikalen Reformismus der deutschen Gewerkschaften (wie z.B. in dem Papier »Gegen die Konkurrenz- und Standortlogik und gegen ihre Akzeptanz durch die Gewerkschaften«, mit dem im letzten Jahr versucht wurde, eine neue strategische Diskussion in linken Betriebs- und Gewerkschaftskreisen zu initiieren) scheint uns vor diesem Hintergrund in hohem Maße trügerisch.

Die Krise der gewerkschaftlichen Vermittlung und die Hilflosigkeit des DGB werden nun aber keineswegs vom Erstarken einer gewerkschaftsunabhängigen Klassenbewegung begleitet. Vielmehr ist die klassenorientierte Linke in und außerhalb der Betriebe von einer ähnlichen Hilflosigkeit erfasst wie die Gewerkschaften. Um nicht lediglich in der Position der kritischen Rechthaberei zu verharren, möchten wir zum Schluss zumindest andeuten, wo unserer Meinung nach einige der zentralen Probleme liegen und in welcher Richtung wir nach Möglichkeiten strategischer und praktischer Handlungsansätze zur Überwindung dieser Hilflosigkeit suchen.

Die Betriebs- und Gewerkschaftslinke scheint derselben Orientierung auf Großbetriebe zu folgen wie die Gewerkschaften als ganzes auch. Dafür gibt es aus dem politischen Alltag heraus auch gute Gründe: I.d.R. gibt

es in diesen Betrieben zumindest Reste von Strukturen und Vertretungsorganen, die ein politisches Abarbeiten am betrieblichen Alltag erleichtern. Darüber hinaus stehen auch diese GenossInnen mit dem Rücken zur Wand und müssen als Betriebs- oder Personalräte natürlich erst mal mit der Umorganisation der Ausbeutung in »ihrem« Betrieb umgehen. Wir glauben aber, dass diese Betriebsorientierung mittlerweile zu einer Fußangel wird:

Zum einen bedeutet Neuorganisation der Ausbeutung nicht nur verschärfte Angriffe auf betriebliche Kernbelegschaften, sondern vor allem auch eine Neuzusammensetzung der Klasse durch »Verringerung der Fertigungstiefe«, Auslagerungen, Subcontracting, Produktionsverlagerungen etc. Die in steigendem Maße prekär, halblegal oder illegal Beschäftigten in den Zuliefererklitschen, Subunternehmen oder Handwerksbetrieben fallen aber aus dem Blickfeld der Organisations- und Mobilisierungsbemühungen sowohl der Gewerkschaften als auch der Betriebs- und Gewerkschaftslinken heraus, obwohl die Möglichkeiten, sich politisch im Betrieb zu bewegen, hier deutlich schlechter sind. U.E. wird es immer wichtiger, Kommunikationsstrukturen zu organisieren, mit denen sowohl die unterschiedliche Realitäten in den verschiedenen Betrieben und Beschäftigungsverhältnissen als auch in den Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes oder die Umgehensweisen mit Arbeits- und Sozialämtern gemeinsam diskutierbar werden, sodass überhaupt eine Basis für sich aufeinander beziehende Kämpfe in den unterschiedlichen Segmenten der Ausbeutung entstehen kann.

Zum Zweiten besteht die Gefahr, dass auch die Betriebs- und Gewerkschaftslinke die laufende Neukonzeption des Sozialstaats nur durch eine betriebliche Brille wahrnimmt, sich dazu gar nicht verhält oder sich auf Aspekte wie Lohnfortzahlung oder Kündigungsschutz konzentriert. Es ist verblüffend, wie wenig das gesamte Ausmaß der Angriffe, die in den letzten Jahren auf die Gesundheits- und Altersversorgung, auf die Arbeitslosenversicherung oder auf die Sozialhilfe durchgeführt worden sind, bekannt ist. Wir denken, dass es darauf ankommt, einen umfassenderen Begriff von sozialem Einkommen zu entwickeln und diesen sowohl bei innerbetrieblichen Abwehrkämpfen als auch außerhalb zum Thema zu machen. Auch in diesem Sinne halten wir einen Blick über die betriebliche Wirklichkeit hinaus für unabdingbar.

Gruppe Blauer Montag, Hamburg, Juni 1996

Literatur:

Holloway, John: Reform des Staats: Globales Kapital und nationaler Staat, *PROKLA*, Nr. 90, März 1993

Holloway, John: Capital Moves, in: *Capital and Class*, Nr. 57, Herbst 1995

Hirsch, Joachim: Der nationale Wettbewerbsstaat, Berlin/Amsterdam 1995

(Der Text erschien zuerst in ak. analyse & kritik*, Nr. 393, 22.8.1996.)*

Gegen die Hierarchisierung des Elends

Überlegungen zu Prekarisierung, Existenzgeld und Arbeitszeitverkürzung

Der Hintergrund für das folgende Papier sind zwei unterschiedliche Diskussionsstränge in ebenfalls jeweils unterschiedlichen Zusammenhängen. Zum einen wird die Prekarisierungsdiskussion aufgegriffen, wie sie in Teilen der Betriebs- und Gewerkschaftslinken geführt wird. So haben wir uns etwa seit dem Frühjahr dieses Jahres an entsprechenden Debatten im Rahmen der TIE/Express-Treffen beteiligt. Schwerpunkt dieser Diskussion ist das Verhältnis der »atypischen« oder prekären Formen von Arbeit und Existenzsicherung zum sog. »Normalarbeitsverhältnis«. Bei der damit verbundenen Debatte um Kampfmöglichkeiten und Kampforientierungen muss sich diese Diskussion mit linkssozialdemokratischen Vorschlägen aus Gewerkschaften und Parteien auseinandersetzen, die angesichts zunehmender und unübersehbarer Lücken tariflicher und betrieblicher Regulierungsmöglichkeiten auf eine neue, staatlich organisierte Regulierung von Arbeitsbedingungen und Existenzsicherung setzen. Der zweite Diskussionsstrang, der in dieses Papier eingegangen ist, bezieht sich auf unsere Auseinandersetzung mit den Forderungen nach Existenzgeld und Arbeitszeitverkürzung. Hier war der unmittelbare Anlass ein Debattenvorschlag der Gruppe FelS aus Berlin, die damit alte Diskussionen der gewerkschaftsunabhängigen Erwerbslosenbewegung aufgegriffen hat und mit dieser Orientierung für einen größeren internationalen Kongress zur Krise der Arbeitsgesellschaft in Berlin mobilisiert.

Wir haben lange überlegt, ob wir zwei getrennte Papiere veröffentlichen sollten, die sich dann deutlich auf die jeweiligen Diskussionszusammenhänge bezogen hätten. Letztlich haben wir uns aber doch zu dem Versuch entschlossen, beide Diskussionen, die in unseren Augen zusammengehören, auch zusammenzuführen – daher ein zusammenhängender Text. Gleichzeitig haben wir uns im Laufe der Diskussion von den unmittelbaren »Vorlagen« entfernt und legen hiermit einen allgemeineren Diskussionsbeitrag vor, mit dem wir in diese laufenden Auseinandersetzungen eingreifen wollen. Im ersten Teil gehen wir auf die Debatte um prekäre Beschäftigungsverhältnisse ein. Unsere These ist dabei die, dass es bei der Prekarisierung letztlich um eine allgemeine Neudefinition dessen geht, was heute »normale« Arbeit ist. Im zweiten Teil stellen wir die Verbindung zu der Debatte um Existenzgeld und Arbeitszeitverkürzung her. Beide Forderungen werden dabei nicht zu einer wirklich gemeinsamen Klammer der Kämpfe von (prekär) Beschäftigten und Erwerbslosen führen, solange sie nur als Forderungen nach gesetzlichen Maßnahmen verstanden werden. Das ändert sich dann, wenn diese Forderungen in jeweils unterschiedlicher Form die Weigerung transportieren, das eigene Leben bedingungslos den Anforderungen »der Arbeit« zu unterwerfen.

I. Prekarisierung – Überlegungen zu einer prekären Debatte

Kampf um das »Normalarbeitsverhältnis«

Die Prekarisierungsdiskussion krankt an der Unschärfe des Begriffs, und die Unklarheiten nehmen noch zu, weil Sinn und Zweck der Debatte nicht deutlich werden. Ganz zu schweigen von den politischen Schlussfolgerungen, den Handlungsorientierungen. Um es gleich vorweg zu sagen: Es macht keinen Sinn, Prekarisierung oder Prekarität als Begriff anzuwenden, um eine bestimmte Gruppe, Schicht oder gar Fraktion der Lohnabhängigen definieren zu können. Es gibt keinen »positiven« Begriff von Prekarisierung, er macht nur Sinn im Verhältnis zum so genannten Normalarbeitsverhältnis. Deshalb bevorzugen ja auch andere – wie etwa Karl Heinz Roth – den Begriff der »atypischen« Beschäftigungsverhältnisse. Was aber ist nun »Norm« bzw. »typisch«?

Auch auf die Gefahr hin, dogmatisch-abstrakt zu erscheinen, wollen wir zunächst etwas Grundsätzliches hervorheben: Es gibt im Kapitalismus prinzipiell keine garantierten Beschäftigungsverhältnisse. Das einzige, was wirklich garantiert bleibt, solange das Kapital durch Klassenherrschaft existiert, ist die Lohnabhängigkeit (nicht bloß von Einzelpersonen, sondern von privaten Haushalten). Und die Grundform dieser Lohnabhängigkeit ist prekär. Im älteren Wortschatz hieß dies einmal: »Proletarität«, die garantierte Unsicherheit der Lebensbedingungen. Was wir Normalarbeitsverhältnis nennen, ist keine Norm kapitalistischer Reproduktion im allgemeinen Sinne – auch historisch galt diese Norm weltweit ja nie –, sondern ein historisches Verhältnis, geronnen in dem, was neuerdings »fordistischer Klassenkompromiss« genannt wird. Dieser Klassenkompromiss war kein Handel zwischen Gleichen, er ging vielmehr aus Klassenkämpfen hervor und beruhte, wenn auch vermittelt in vielen Formen von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, auf einem permanenten Klassenkonflikt. Im Kern enthielt dieser Kompromiss einen Deal mit wechselseitigen »Garantien«. Dieser Deal beinhaltete einerseits einen störungsfreien Ablauf der Produktion, was ein erhebliches Aus-

maß an Regulierung und Kontrolle der Arbeitskraft nach sich zog. Dafür war insbesondere die institutionelle Arbeiterbewegung (Gewerkschaften, Betriebsräte, Linksparteien) mit zuständig. Andererseits handelte sich diese Arbeiterbewegung dafür einen relativen Massenwohlstand, auch als Massenwohlfahrt in Sozialstaatssystemen, ein.

Dieser Klassenkompromiss, und damit auch das historische Normalarbeitsverhältnis, ist nicht nur von oben aufgekündigt worden. Spätestens Ende der 60er Jahre zeigten sich Blockaden, Störungen im Produktionsprozess – teils durch offene Revolten in den Fabriken, teils durch stille Renitenz; jedenfalls ein deutliches Bewusstsein von der eigenen Macht in der Produktion und ein starkes Bedürfnis, gegen den Arbeitsdruck und die Arbeitsbedingungen vorzugehen. Die Widerständigkeiten gegen die Bedingungen der Produktion bedeuteten natürlich nicht, dass Ansprüche auf staatliche Transferleistungen aufgegeben worden wären. Sie bedeuteten auch keine bewusste Ablehnung des gesamten fordistischen Modells. Dennoch kollidierte die Ablehnung der spezifischen Produktionsform sofort mit diesem Modell kapitalistischer Vergesellschaftung, seine Grenzen waren damit gesetzt. Daraufhin begannen in den 70ern die Angriffe der herrschenden Klassen, mit denen ein neues Ausbeutungsmodell mit höheren Ausbeutungsraten durchgesetzt werden sollte. Diese Angriffe wurden in den 80ern wesentlich intensiviert und von den konservativen Regierungen weitergeführt. In Ländern mit einer stark entwickelten Arbeiterbewegung und entsprechenden Machtpositionen in Betrieb und Gesellschaft ging das nur in heftigen Brüchen, schweren Kämpfen vor sich – extrem etwa in Großbritannien. In der BRD vollzog sich dieser Prozess eher schritt- und scheibchenweise, bis etwa Anfang der 90er Jahre. Prekarisierung, wie sie schon damals diskutiert wurde, bedeutet: Mit Hilfe von Deregulierung der Arbeitsmärkte und Entrechtung der Lohnabhängigen einerseits und einem erheblichen Druck auf die Sozialleistungen andererseits wird der Zwang zur Arbeit verschärft durchgesetzt.

Schon seit Anfang der 80er Jahre gibt es eine Debatte über Prekarisierung. Nur hat sie erst in den vergangenen Jahren an Breite gewonnen. Das beruht offensichtlich auf der beschleunigten Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Aber wenn diese ins Verhältnis zum Normalarbeitsverhältnis gesetzt werden, dann fällt schnell auf, dass die Prekarisierungsdebatte in demselben Maße zunimmt, wie der Begriff Prekarisierung an Trennschärfe verliert. Die Trennschärfe schien Anfang der 80er Jahre noch gegeben, als sich recht deutlich voneinander unterscheidbare Gruppen ausmachen ließen, damals insbesondere durch

die Unterscheidung zwischen Rand- und Stammbelegschaften. Fast alle Statistiken von prekären Beschäftigungsverhältnissen orientieren sich an dieser Unterscheidung. Wie wenig Trennschärfe jedoch heute noch gegeben ist, sieht man an der Einordnung von Teilzeitkräften als prekäre Verhältnisse (in einigen Statistiken) und ihrer Auslassung (in anderen Statistiken). Gleiches gilt für die Erfassung von tarifierten Bereichen. Kann jemand genau erfassen, wieweit sich Tarifpraxis und Tariflosigkeit in vielen Einzelfällen noch voneinander unterscheiden?

Die Schwierigkeit, den Prekarisierungsbegriff zur Analyse von unterscheidbaren sozialen Gruppen anzuwenden, deutet auf das Ausmaß hin, mit dem Prekarisierung *als Tendenz* schon fortgeschritten ist. In dem Zusammenhang, wie hier Prekarisierung im Verhältnis zum historischen Normalarbeitsverhältnis bestimmt wurde, ergibt sich daraus eine erste, grundsätzliche Schlussfolgerung: Prekarisierung ist nicht (nur) die Schaffung von Sonderverhältnissen neben einem unberührten Normalarbeitsverhältnis, sondern gehört zu jenen Prozessen, die zusammengenommen historisch neu definieren, was als Norm für Arbeitsverhältnisse zu gelten hat.

In jedem Fall handelt es sich also um ein Kampfverhältnis, etwas, das weder statisch in Tabellen einzufrieren noch als schematisches Szenario in die Zukunft hinein zu verlängern ist. Und es handelt sich um ein Kampfverhältnis, das in jedem Fall den gesamten Zusammenhang der lohnabhängigen Klasse, das gesamte Klassenverhältnis betrifft. Wohlgemerkt, das gilt für die historische Analyse, es ist aber schon ein Hinweis darauf, dass der Schlüssel für den Kampf gegen die Prekarisierung weder allein in dem einen noch in dem anderen Sektor der Klasse zu finden ist.

Re-Regulierung oder De-Regulierung?

Natürlich bleibt die Ungleichheit zwischen den Lebensbedingungen, vor allem aber zwischen den Kampfbedingungen der verschiedenen Sektoren der Klasse enorm. Nur ist dies kein Beleg dafür, dass zwischen Prekarisierung und Normalarbeitsverhältnis klar zu trennen wäre. Die Ungleichheit ist nämlich Voraussetzung dafür, dass sich die sogenannten typischen Arbeitsverhältnisse den atypischen angleichen, die prekären Arbeitsverhältnisse also zur Norm werden. Dies wiederum ist Voraussetzung dafür, dass dann Menschen in noch miesere Arbeitsbedingungen getrieben werden. Wie weit diese Schraube bereits angezogen worden ist, kann an der Erosion der kollektivvertraglichen Regulierung, der Tarifpolitik und der kaum noch zu erkundenden Grauzone von Tarifpraxis abgelesen werden.

Nun bietet diese Entwicklung zwar allerhand Stoff für dunkle Szenarien, aber es ist auch Vorsicht angesagt, was derartige Horrorprognosen betrifft. Einmal abgesehen davon, dass die Auflösung des bisherigen Normalverhältnisses noch keineswegs vollständig vollzogen ist, bleibt auch fraglich, ob eine totale Deregulierung wirklich im Interesse der herrschenden Klasse liegt. Eine völlige Tabula rasa in der Tarifpolitik und den arbeitsrechtlichen Schutzbestimmungen bedeutet ja zugleich einen erheblichen Kontrollverlust über die Arbeitskraft. Regulierung oder Re-Regulierung heißt daher immer auch Kontrollgewinn über die Arbeitskraft, Rückkehr zum organisierten Pakt für eine störungsfreie Produktion. Es gibt schon heute einige Erfahrungen damit, dass bereits erste Anzeichen eines ernsthaften Widerstandes zu schnellen Regulierungsangeboten seitens der Unternehmer führen können. Auf der anderen Seite hat sich auch die Sichtweise seitens der Gewerkschaften ein wenig verändert. Deren Politik konnte man bis vor einigen Jahren – und heute noch überwiegend – so charakterisieren: der Prekarisierung widerstehen, um die Kontrollmöglichkeiten im Betrieb zu behalten. Was aber nicht hieß, Prekarisierte in Richtung auf kollektive Kämpfe zu organisieren, sondern sich in den Betrieben gegen die Bedrohung von außen zu verbarrikadieren.

Die Wirklichkeit hat diesen hartnäckigen Widerstand zur Bestandssicherung der Stammbelegschaften mehr und mehr ins Leere gehen lassen. Sicher dominiert diese Haltung noch innerhalb der Gewerkschaften, aber die plötzliche Bereitschaft zur Debatte über Prekarisierung ist letztlich der Erfahrung zu verdanken, dass die Staumauern zwischen Rand- und Stammbelegschaften zwar noch nicht eingebrochen, aber bereits kräftig unterspült worden sind.

In den Gewerkschaften wird sehr wohl gesehen, dass der Bereich, der tarifpolitisch nicht abgedeckt wird, immer größer wird. Auch der Druck auf die Sozialleistungen kann im tarifierten Bereich kaum noch aufgefangen und durch Tarifvereinbarungen ausgeglichen werden. Diese Lücke kann nach der Logik gewerkschaftlicher Politik – und auch nach der Logik etwa maßgeblicher PDS-PolitikerInnen – nur durch eine arbeitsmarkt- und sozialpolitische Gesetzgebung gefüllt werden. Grundsicherung, gesetzliche Arbeitszeitregelungen, Mindestlohn usw. – dies alles sind Stichworte für eine Re-Regulierungspolitik. Nun wird niemand etwas gegen eine Verbesserung der gesetzlichen Regelungen haben, es ist ja nicht alles reformistisches Teufelswerk, was das Leben besser macht. Aber hier drücken sich Gewerkschaften und linke Sozialpolitiker nur gleichermaßen um das Problem: Denn was können die parlamentarischen Sozialpolitiker schon im Gesetzeswerk bewegen, wenn es keine außerparlamentarische soziale Mobilisierung, also Kämpfe gibt?

Wenn es stimmt, dass Prekarisierung der Angriff auf und der Kampf um die Norm der Arbeitsverhältnisse ist, dann lässt sich jetzt schon sagen, dass eine Re-Regulierung von Staats wegen nur auf dem Niveau stattfinden wird, das entweder kämpfend oder eben kampflos erreicht wurde. Würde sich die herrschende Klasse auf dem heutigen Stand auf eine Neuregulierung einlassen, käme exakt das dabei heraus, was zum Beispiel in Großbritannien unter New Labour geschieht und möglicherweise in der BRD unter Schröders Rot-Kohl auch ansteht: Einfrieren des Status quo und damit Festschreibung aller bisherigen Angriffe des Kapitals und Niederlagen des marginal gebliebenen sozialen Widerstandes.

Arbeit, Einkommen und die Hierarchie des Elends

Alles deutet darauf hin, dass die absolute Arbeitszeit ausgeweitet wird, dass die Menschen immer mehr Zeit mit (Lohn-)Arbeit verbringen. Nicht nur der Blick auf das »amerikanische Jobwunder« zeigt, dass die Forderung nach »Vollbeschäftigung« zurzeit auf unheimliche Weise erfüllt wird. Auf ähnlich unheimliche Art und Weise verwirklicht sich damit auch die alte radikale Forderung nach einer Entkoppelung von Arbeit/Produktivität und Einkommen: Früher hieß es »Mehr Lohn, weniger Arbeit«. Existenzsichernde und menschenwürdige Einkommen sollten unabhängig von der Arbeitsleistung sein. Heute hingegen werden für immer niedrigere Löhne immer längere Arbeitszeiten und immer schlechtere Arbeitsbedingungen akzeptiert. Hier hat nicht nur die Erwerbslosigkeit an sich, sondern insbesondere die Durchsetzung prekärer Beschäftigungsverhältnisse – mit den darin typischen hohen Ausbeutungsraten – schon Maßstäbe gesetzt. Wenn heute ArbeiterInnen einer Arbeitszeitverlängerung zustimmen, weil sie so ihr Einkommen in der gewohnten Höhe behalten, dann kommt das einem totalen Zusammenbruch an gewerkschaftlichem Bewusstsein gleich – wohlgemerkt, ein ganz normales Lohnabhängigenbewusstsein im Kapitalismus! Sich im Widerstand gegen Prekarisierung des Normalarbeitsverhältnisses auf das soziale Masseneinkommen zu reduzieren, ohne zugleich die Arbeitsbedingungen – Arbeitszeit und Intensität der Arbeit – zu thematisieren, ist fahrlässig; und zwar deshalb, weil dann nur noch der Schein von sozialer Gerechtigkeit aufrechterhalten wird, während der wirkliche Erfolg der neoliberalen Politik unangetastet bleibt: dass Arbeit immer billiger wird.

Wer kämpft mit wem und gegen wen? Es gibt eine fatale Schere im Massenbewusstsein: auf der einen Seite die Tendenz zur entwürdigenden

Haltung »Nehme jede Arbeit an«; auf der anderen Seite das Bewusstsein einer konservativen Besitzstandswahrung – bei Beschäftigten, die das Recht auf kollektivvertraglichen Schutz zum Privileg umwandeln. Ein Recht kann zum Privileg verwandelt werden, wenn seine Allgemeingültigkeit in Frage gestellt wird. (Wir erinnern hier nur an die heftigen Widerstände gegen Illegale statt gegen Illegalisierung.) Verstärkt werden diese Fronten im Massenbewusstsein durch eine Hierarchisierung des Elends, worin leider Linke die größten Meister sind. Argumentationsmuster wie »Euch geht's ja noch gut, ihr profitiert vom Elend der Armen und Entrechteten« reproduzieren bei den Festbeschäftigten nur das Bewusstsein vom Glück und Privileg: »Warum soll ich noch kämpfen, wenn es anderen doch noch viel schlechter geht?«

Es gibt aber auch die Möglichkeit der Umkehrung: vom Privileg zum Recht. Das bedeutet, den Kampf für sich zugleich für alle zu führen. Und wenn es etwas gibt, das die viel zitierten und häufig mystifizierten Erfahrungen in Frankreich zu Lehren für uns werden lässt, dann ist es diese Öffnung. Es gäbe kaum eine derartig wirksame Bewegung von Prekären und Erwerbslosen in Frankreich, wenn nicht zuvor eine allgemeine soziale Bewegung aus dem Kampf eines – durchaus »privilegierten« – Sektors des traditionellen Kerns der Lohnabhängigen hervorgegangen wäre. Am Anfang stand die Orientierung: »Was wir für uns tun, tun wir für alle!« Mittlerweile heißt es schon häufiger: »Nichts für uns, alles für alle!«

Solidarität und Ausgrenzung bestimmen sich nicht danach, wer wo in der Hierarchie des Elends steht, sondern danach, ob und wofür gekämpft wird. Ein Kampf gegen illegale Beschäftigungsverhältnisse der von »Legalen« für und mit »Illegalen« geführt wird, ist richtig und notwendig. Umgekehrt kann ein Kampf für allgemeine Rechte nicht deshalb aufhören, weil prekär Beschäftigte – zum Beispiel während eines Streiks – ihrer Arbeitsmöglichkeiten beraubt werden; als Streikbrecher wären sie »Schmutzkonkurrenz«. Wenn aber Festbeschäftigte sich um ihren Betriebsrat und die Gewerkschaft scharen, um sich die Prekären mit Hilfe der institutionellen Politik ausgrenzend vom Hals zu halten, sind diese Festbeschäftigten selbst die Schmutzkonkurrenz.

Bewegung nur auf dem Papier?

Alle für sich und niemand für alle, so sieht es im Moment aus. Selbst wenn wir jetzt, noch immer stark vermittelt über die institutionelle Gewerkschaftspolitik, Erfahrungen mit Erwerbslosenaktionen gewonnen haben, hat sich an der Selbstbezogenheit von Teilbereichsinitiativen sehr wenig geändert. Natürlich ist es eine neue und positive Erfahrung,

wenn Erwerbslose selbstbewusst für sich eine politische Öffentlichkeit herstellen. Das kann Rückwirkungen haben bei den Beschäftigten, aber wer nimmt diese Rückwirkungen auf – und wie? Zwischen den Aktiven in den Betrieben, auch den Betriebslinken, und den sozialen Initiativen liegen Welten.

Aus dem bislang Gesagten geht wenigstens eines hervor: Es macht keinen Sinn, wenn die brüchigen oder gerade erst entwickelten Organisations- und Kommunikationsstrukturen in dem einen Bereich zugunsten eines anderen aufgegeben oder aufgelöst würden. Der entscheidende Fortschritt tritt auf beiden Seiten erst ein, wenn Debatten und Organisierungsversuche aufeinander bezogen werden. Hier ist ja immer von der »Klasse« die Rede, ihren inneren Brüchen, aber auch von der Notwendigkeit, das gesamte Klassenverhältnis im Blick zu behalten. Die Wortwahl, »Klasse«, ist noch ganz Ausdruck der jetzigen Misere, dass wir uns nämlich in den großen Bezügen auf die Klassenverhältnisse und mögliche Bewegungen immer noch in der Phase des Trockenschwimmens befinden. Wenn Initiativen und Bewegungen einmal tatsächlich fusionieren, also so etwas wie eine soziale Bewegung existiert, die in der Praxis sehr wohl weiterhin aus Teilbereichsaktivitäten bestehen wird (es sei denn, sie nähme den schrecklichen Weg, ihr Schicksal einer Partei zu überantworten), dann wird statt des kargen Worts »Klasse« eben nur noch von dieser (jetzt noch fiktiven) Sozialen Bewegung die Rede sein.

Das kann in der heutigen Praxis gewiss nicht künstlich herbeigeführt, allenfalls in Debatten vorweggenommen werden. Was heute schon praktisch möglich ist, das ist freilich die Verweigerung von Identitäten, die nur die Hierarchie des Elends reproduzieren. Als entscheidenden Fortschritt in den französischen Bewegungen haben Aktivisten von *AC!*[1] die Überwindung der Erwerbslosen-Identität genannt: Sie seien vom Ausgangspunkt her nicht Erwerbslose oder Beschäftigte gewesen, sondern hätten zum Grundsatz gemacht, dass jeder Erbwerbslose ein potenzieller Erwerbstätiger und jeder Erwerbstätiger ein potenzieller Erwerbsloser sei. Das zusammen ergibt die Prekarität. Ein qualitativer Sprung wäre erreicht, wenn in den Aktivitäten von Betriebslinken und Menschen aus den sozialen Initiativen ein ähnlicher Bezug aufeinander hergestellt werden könnte. Auch wenn Welten zwischen den Bereichen liegen und die Kampfformen und -bedingungen sehr verschieden sind – die Inhalte

1 *Agir ensemble contre le chômage* (gemeinsam gegen die Arbeitslosigkeit handeln) oder *AC!* ist ein 1993 in Frankreich gegründeter Zusammenschluss von Erwerbsloseninitiativen.

einer radikalen Orientierung z.B. von Grundsicherung und Arbeitszeitverkürzung als gemeinsame Bezugspunkte sind keineswegs so weit voneinander entfernt.

In der jetzigen Situation ist deshalb diese inhaltliche Debatte selbst eines der wichtigsten Momente der Organisierung. Sie ist real die »Vernetzung«, von der andauernd die Rede ist und deren Einforderung ein Übermaß an Verbindungen herstellt, Verbindungen, in denen viel geschieht, jedoch auch nur wenig kommuniziert wird. Sich zu organisieren heißt nicht, den Ort der eigenen Praxis zu verlassen, sondern sich in der Debatte jedem Modell eines privilegierten Ortes – etwa der Zentralität des Großbetriebes und der Fabrik oder der rein lokalen Organisierung in Sozialläden und Sozialzentren – zu verweigern.

II. Kampf gegen die(se) Arbeit

Gerade die Forderungen nach Existenzgeld und Arbeitszeitverkürzung (AZV) zeigen, wie schwach die inhaltliche Bezugnahme unterschiedlicher Diskussionen ausgeprägt ist. Obwohl diese Forderungen sowohl im Rahmen der Prekarisierungsdiskussion als auch bei den (neuen) Erwerbslosenprotesten eine erhebliche Rolle spielen, ist es bisher nicht gelungen, eine gemeinsame inhaltliche Klammer in diesen Diskussionen zu entwickeln. Dies liegt auch an der Art und Weise, wie diese Forderungen heute i.d.R. vertreten werden, nämlich losgelöst von der ursprünglich in ihnen enthaltenen Kritik an der (Lohn-)Arbeit. Gerade in der radikalen Kritik der real existierenden Arbeit liegt aber der Schlüssel für eine inhaltliche Klammer, die über zugewiesene Identitäten hinausgeht. Es geht darum, den umfassenden Anspruch des Kapitals auf die grenzen- und bedingungslose Verfügbarkeit über die Ware Arbeitskraft zurückzuweisen. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum muss nicht erst »verdient« werden; der Zwang, arbeiten gehen zu müssen, bedeutet nicht, dass die Ansprüche an Arbeitsbedingungen, Löhne etc. unberechtigt wären. Und vor allem bedeutet dieser Zwang nicht, dass man sich für »die Arbeit« entwürdigen muss.

Eine solche Orientierung gegen die Unterwerfung des eigenen Lebens unter die Arbeit wäre eine inhaltliche Gemeinsamkeit sowohl der Kämpfe gegen Prekarisierung als auch derjenigen der Erwerbslosen. Unterschiedliche Forderungen wie z.B. Existenzgeld oder Arbeitszeitverkürzung können dann Ausdruck einer gemeinsamen inhaltlichen Stoßrichtung sein.

Existenzrecht unabhängig von Arbeit

Die Existenzgeldforderung entwickelte sich in der politischen Auseinandersetzung der BRD zu Beginn der achtziger Jahre. Die gewerkschaftsunabhängigen Erwerbslosen- bzw. Jobberinitiativen stellten sie ausdrücklich den gewerkschaftlich orientierten Forderungen nach Arbeit für alle und Arbeitszeitverkürzung entgegen. Es sollte nicht mehr um einen Platz im Verwertungssystem der Lohnarbeit gekämpft werden, sondern um die Anerkennung einer Existenzberechtigung für jede unabhängig von ihrer Verwertbarkeit. Die Forderung richtete sich nicht an den Staat, sondern war als Orientierung für die Kämpfe gedacht, die in den 80er Jahren um die Fragen von Arbeit und Einkommen erwartet wurden. Folgerichtig wurde die Forderung in den ersten Jahren ausdrücklich nicht beziffert. Vielmehr suchte man nach Aktionsformen, die ausdrücken: »Wir nehmen uns, was wir brauchen!« Diese Forderung drückte sich in vielen Aktionen aus, die teilweise in erbitterten Auseinandersetzungen mit anderen Teilen der Erwerbslosenbewegung durchgesetzt wurden: Forderungen nach Nulltarif für (mindestens) alle öffentlichen Einrichtungen wie Nahverkehr, Kultureinrichtungen, Schwimmbäder, Büchereien, Volkshochschule etc., aber auch Mietstreiks, Besetzungen, Nachdrucken von Fahrausweisen oder die gemeinsame Beschaffung von Lebensmitteln und anderen benötigten Dingen.

Um den Unterschied in der Orientierung zu den seit einigen Jahren diskutierten »Grundsicherungsmodellen« deutlich zu machen, geben die Erwerbsloseninitiativen seit etwa 1992 auch eine Höhe an. Zwischen 1.200 DM bis 1.500 DM plus Mietkosten für jede/n wird gefordert. Unabhängig vom exakten Betrag ist aber der Gedanke wesentlich, dass auch ohne den Zwang – oder die Möglichkeit – zur entfremdeten Arbeit eine Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum möglich sein soll. Dennoch ist klar, dass durch diese Festlegung auf einen Betrag viele Komponenten der ursprünglichen Forderung nicht mehr mitgedacht werden.

Damals wurde die Existenzgeldforderung von einer politischen Bewegung getragen. Die Hoffnung auf eine massenhafte Bewegung von Erwerbslosen, SozialhilfeempfängerInnen oder prekär Beschäftigten, also all denen, die aus dem Normalarbeitsverhältnis herausfielen und -fallen, hat sich in den vergangenen 15 bis 20 Jahren aber nicht erfüllt. Warum sollten auch ausgerechnet diejenigen die VorkämpferInnen gegen die gesellschaftlichen Entwicklungen sein, die aus den sicher scheinenden Lebenssituationen ausgeschlossen werden? Hinzu kommt, dass Bewegungen, die Menschen auf eine bestimmte Lebenssituation festlegen und entsprechende Teilbereichsidentitäten formulieren, letztlich Spaltungs-

mechanismen nachvollziehen: hier die Erwerbslosen, dort die Beschäftigten und schließlich noch die Flüchtlinge.

Die politische Bewegung von damals gibt es derzeit nicht. Was es heute noch in großer Zahl gibt, sind kleine, sehr unterschiedlich orientierte Gruppen mit dem Themenschwerpunkt Erwerbslosigkeit ohne einen klar erkennbaren Bezug aufeinander. Das wird auch nicht durch die erfreuliche Entwicklung des Frühjahres 1998 mit den Erwerbslosenaktionstagen relativiert. So wunderbar es ist, dass wieder in vielen Städten Menschen auf die Straße gehen, um gegen die Erwerbslosigkeit und die damit verbundene Ausgrenzung zu protestieren, so wenig kann hier von einer politischen Bewegung mit erkennbaren gemeinsamen Zielen oder Strategien gesprochen werden. Die direkte Aneignung, und sei es symbolischer Art, ist nur sehr vereinzelt Bestandteil dieser Aktionstage. Das politische Vakuum, das entsteht, wenn nicht mehr erfolgreich die Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben und Reichtum eingefordert werden kann, wird überbrückt durch die Forderung an die Regierenden nach »Arbeit« und nach Rücknahme der letzten Verschärfung. Bestenfalls könnte ein so orientierter Protest eine neue Festschreibung auf erreichtem schlechtem Niveau sichern. Das wäre zwar immer noch besser als weitere Verschlechterungen, hat aber mit der Existenzgeldforderung nichts zu tun.

Verblüffenderweise ist aber gerade im jetzigen Protest die Forderung auf dem Papier viel unumstrittener, als es Anfang der 80er Jahre der Fall war. Das ist nur erklärbar über eine Änderung des – gedachten – Inhaltes. Reduziert auf eine Geldforderung an den Staat, deren Höhe dann allemal von politischen Kräfteverhältnissen bestimmt würde, werden all die weitergehenden Vorstellungen von einer Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum ausgeblendet. Dabei geraten die Vorstellungen darüber, wie diese Teilhabe denn praktisch aussehen müsste, gleich mit aus dem Blick.

Arbeitszeitverkürzung wozu?

Es ist nicht verwunderlich, dass der konkrete Inhalt der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung eine vergleichbare Entwicklung erlebte wie die Existenzgeldforderung. Sie ist heute fast unumstritten, dafür aber eines klaren Inhalts beraubt.

Die ursprüngliche gewerkschaftliche Forderung entstand zu einer Zeit, als der Einfluss auf die Gestaltung der Arbeit – jedenfalls in den Debatten – noch eine wesentliche Rolle spielte. Arbeitszeitverkürzung meinte eine Verringerung der Arbeitsmenge bei Erhalt der Einkommensmöglichkeit und -höhe. Die Verwirklichung dieser Idee hätte eine weit

stärkere Einflussnahme auf den Inhalt der Arbeit vorausgesetzt, als sie dann möglich war. Tatsächlich ist es in den letzten Jahren zwar gelungen, Arbeitszeitverkürzung tarifpolitisch zu vereinbaren. Die Einflussnahme auf die Gestaltung und Organisation der Arbeit hat jedoch eher ab- als zugenommen: Arbeitsverdichtung, vermehrter Einsatz von LeiharbeiterInnen, Vergrößerung der nicht mehr tarifierten Bereiche innerhalb eines Betriebes, Auslagerung von Produktion, untertarifliche Bezahlung als Regel in zahlreichen Branchen. All diese Veränderungen der Arbeit waren Gegenstand von Auseinandersetzungen, die schließlich bis heute weitgehend erfolglos blieben.

Die Erfolglosigkeit liegt vor allem darin, dass die Verfügungsmöglichkeit über die Arbeit heute mehr als vor zwanzig Jahren den Chefs zugestanden wird. Das Bewusstsein, dass die Lohnabhängigen auf die Gestaltung ihrer Arbeit einen Anspruch erheben könnten, ist geringer geworden. Nicht erst seit den Debatten um den Standort Deutschland machen deshalb die Beschäftigten die Probleme der Chefs zu ihren eigenen: »Wie soll der Betrieb kurze Arbeitszeiten, viel Urlaub und hohen Lohn erwirtschaften?« Mit solchem Denken ist der Erpressung von oben nicht viel entgegenzusetzen.

Die Entwicklung der AZV-Forderung hat zu diesem Denken beigetragen. In erster Linie wurde über die Verteilung der Produktivitätsgewinne diskutiert: Lohnerhöhungen oder kürzere Arbeitszeit. Es stand nicht das Lebensgefühl im Vordergrund »Wir wollen weniger kaputt nach Hause kommen, aber das Gleiche verdienen«. Es gab keinerlei betriebliches Selbstbewusstsein dafür, dass der Anspruch berechtigt sein könnte, nicht kaputt nach Hause zu kommen. Oder es wurde zugelassen, dass innerhalb des Betriebes KollegInnen als LeiharbeiterInnen o.ä. weniger Geld für die gleiche Arbeit bekamen. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich die Arbeitszeitverkürzung zu Lohnkürzung und Arbeitsverdichtung. Dabei war den KollegInnen eine verkürzte Arbeitszeit weit weniger wichtig als ein gesichertes Einkommen oder der Erhalt des Arbeitsplatzes. Das führte dazu, dass in zunehmenden Bereichen der Tarif nur noch auf dem Papier steht. So trifft man etwa im Bereich der Metall- und Elektroindustrie betriebliche Vereinbarungen zwischen 28,8 Stunden und über 40 Stunden Regelarbeitszeit, und das nicht nur in kleinen Betrieben.

Die flexible Verfügbarkeit wurde in den letzten Jahren in vielen Betrieben Normalität – mit Unterstützung großer Teile der Gewerkschaften, mit Unterstützung der Betriebsräte sowieso. Mit Arbeitszeitverkürzung ist so immer öfter nur noch eine Anpassung an die Auftragslage gemeint. Wenn der Laden nicht läuft, beinhaltet diese Tendenz die Verringerung

der Arbeitzeit bei voller Lohnkürzung oder auch die Verlängerung ohne Überstundenzuschläge. Für mehr Freizeit und das Bedürfnis, weniger kaputt nach Hause zu kommen, ist damit nichts erreicht. Arbeitszeitverkürzung ist bei den Beschäftigten zunehmend unpopulär, an einen vollen Lohnausgleich glaubt auch niemand mehr. Arbeitszeitverkürzung mit Lohnkürzung wird gegen befristete Arbeitsplatzgarantien getauscht.

»... können wir nur selber tun«

Die unterschiedliche Situation in den verschiedenen Betrieben und die zunehmenden »atypischen« Arbeitsverhältnisse sind allein mit tarifpolitischen Mitteln nicht zu steuern. Dennoch wird in der Orientierung auf weitere Arbeitszeitverkürzung keineswegs der Schwerpunkt darauf gelegt, wie denn in den Betrieben wieder eine Haltung der Solidarität entwickelt und Kämpfe nicht nur für uns, sondern für uns und alle wieder entstehen könnten. Die jetzige AVZ-Forderung richtet sich stattdessen an zentrale (staatliche) Instanzen, die Lohnsenkungen und die Verschlechterung der Lebensbedingungen eindämmen sollen. Das ist bestenfalls Ausdruck von Hilf- und Ratlosigkeit. Dabei gibt es durchaus erfolgreiche Kämpfe zur Sicherung von tariflichen Regularien. Wenn in einem Betrieb die KollegInnen zu kämpfen beginnen, ist plötzlich Tarifflucht gar kein Thema mehr. Natürlich gibt es auch die vielen Fälle, wo sich die KollegInnen nicht durchsetzen können. Aber keine zentrale Vorschrift wird die praktische Änderung der Kräfteverhältnisse ersetzen können.

Wenn wir ausreichendes Einkommen für alle wollen, wenn wir besser leben wollen, statt uns kaputt zu schuften, dann geht der Weg erst mal nicht allein über Re-Regulierungsforderungen wie Arbeitszeitverkürzung oder Existenzgeld. Wenn wir über diese Forderungen nachdenken und streiten, sollten wir uns zunächst den gesamten Umfang der Idee ins Gedächtnis zurückrufen. Keine Forderung wird und kann den gesamten Anspruch auf Aneignung gesellschaftlichen Reichtums transportieren. Aber wenn dieser Inhalt zum Maßstab gemacht wird, wird auch klar, dass sich beide Forderungen nicht widersprechen, sondern zwei Seiten einer Medaille sind.

Natürlich müssen aus der Idee die konkreten Vorschläge und Forderungen entwickelt werden, um die dann gekämpft werden soll: Nulltarif für alle mit wenig Einkommen, billigere Mieten, der Abbau von Überstunden, weniger Arbeit, mehr Lohn. Der Sozialstaat in seiner reduzierten heutigen Form ist ein umkämpftes Terrain. Der Rückzug des Staates aus der Sicherung der Sozialeinkommen, der neue militante Produktivismus mit immer massiveren Elementen von Ausgrenzung und Workfare

verschlechtert die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen ganz erheblich. Dagegen gab und gibt es Widerstand. Der kann sich auf bloße Forderungen an den Staat zur Aufrechterhaltung des Status quo beziehen. Er kann aber auch Ansprüche entwickeln, die weit über den Anteil des Kuchens hinausgehen, der uns heute zugestanden wird.

Gruppe Blauer Montag, August/September 1998

(Dieser Text erschien zuerst in zwei Teilen in ak. Analyse & kritik, *Nr.418, 24.9.1998 und Nr. 419, 22.10.1998.)*

Teil 2

Flexibilität und Aktivierung – ein umkämpftes Terrain

Einführung

Als die Gruppe Blauer Montag Anfang der 1990er Jahre entstand, war auch in der Linken der Eindruck von einem Siegeszug des Kapitalismus weit verbreitet. Doch wenige Jahre später zeigten sich bereits erste Risse in diesem Bild. Der große Streik im öffentlichen Dienst Frankreichs 1995 war für uns in diesem Zusammenhang ein wichtiger Bezugspunkt. Etwa zur selben Zeit wurde »Das Elend der Welt« als erste große Untersuchung über die Auswirkungen der Deregulierung debattiert.[1] In Deutschland hatte diese Deregulierung nicht zuletzt in der Herausbildung einer Armutszone in der ehemaligen DDR und der (auch) damit verbundenen Massenerwerbslosigkeit einen deutlich sichtbaren Ausdruck gefunden.

Das Unbehagen mit dieser Entwicklung und die Sorge vor gesellschaftlichen Desintegrationstendenzen waren ein Grund dafür, dass verstärkt über eine Neuauflage der »konzertierten Aktion« diskutiert wurde, d.h. über die direkte Einbindung der Gewerkschaften in die politische Verantwortung durch Verhandlungen mit der Regierung und den Unternehmerverbänden. Ende 1995 bot der damalige DGB-Vorsitzende Dieter Schulte der Kohl-Regierung ein »Bündnis für Arbeit« an, das die Krise auf Kosten der Erwerbslosen und Randbelegschaften lösen sollte: Neben Standortsicherung und Kündigungsschutz für die (noch) Beschäftigten standen (niedrigere) »Einstiegslöhne« auf dem Programm und damit die weitgehende Abkehr von dem Grundsatz »gleicher Lohn für gleiche Arbeit«. Gleichzeitig versprachen große Teile der DGB-Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen des Jahres 1997 eine Nullrunde. Das, was heute als Prekarisierung debattiert wird, wurde in dieser Zeit von vielen Gewerkschaftszentralen aktiv gefördert – mit entsprechend verheerenden Folgen sowohl für die Arbeits- und Lebensbedingungen der

1 Pierre Bourdieu: Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Konstanz 1997; in Frankreich war das Buch das erste Mal 1993 erschienen.

Beschäftigten wie auch für ihre Verhandlungsmacht. Etliche der innerbetrieblichen Auseinandersetzungen, die in den folgenden Jahren neu aufgetreten sind, hatten in diesen Entwicklungen ihren Ausgangspunkt, und auch die endgültige Übernahme bzw. die neue Betonung der »Standortlogik« durch die Gewerkschaften kann hier verortet werden.

Obwohl die DGB-Spitze sich redlich um die eigene Einbindung in die Kohl'sche Politik bemüht hatte, erhielt sie im Frühjahr 1996 eine deutliche Abfuhr. Das »Paket für Wachstum und Beschäftigung«, das die Bundesregierung Ende April lancierte, bedeutete eine neue Welle des Sozialabbaus und war ein Affront gegenüber den gewerkschaftlichen Bündnisbemühungen: Einschränkung des Kündigungsschutzes, Verschlechterungen bei den Renten und – last but not least – Restriktionen bei der vollen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die immerhin zu den Eckpunkten der »moralischen Ökonomie« der westdeutschen ArbeiterInnenbewegung gehört. Im Protest gegen dieses Sparpaket verbanden sich in den folgenden Wochen – ähnlich wie später in den Aktionen gegen Hartz IV – Kampagnen von Erwerbslosengruppen und Gewerkschaften. Zehntausende demonstrierten in Hamburg durch die Innenstadt, mal mehr, mal weniger zusammen, mit gemeinsamen Inhalten und gleichzeitig tiefen, keineswegs ausgetragenen Kontroversen. Ihren Höhepunkt fanden die Proteste am 15. Juni 1996 mit einer Demonstration von etwa 350.000 Menschen in Bonn, zu der der DGB aufgerufen hatte.

Wie so oft war die vielleicht letzte Großdemonstration in der Verwaltungsstadt am Rhein auch der Abschluss der Mobilisierung. Es folgten zwar eine Reihe lokaler (teilweise wilder) Streiks gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung, doch auf Gewerkschaftsseite verabschiedete man sich weitgehend von den Sozialprotesten bzw. verengte sie auf die Frage der Lohnfortzahlung. Am Ende gelang es den Gewerkschaften, die betrieblichen Kernbereiche tariflich abzusichern, allerdings mit einem äußerst zwiespältigen Ergebnis: Auf der einen Seite gab es zumindest teilweise eine soziale Bestandssicherung für die Kerne der LohnarbeiterInnen. Die Kehrseite waren Verschlechterungen für die Beschäftigten kleiner Betriebe (Einschränkungen beim Kündigungsschutz), für die schon damals wachsenden Sektoren ohne Tarifvertrag (Einschränkungen bei der Lohnfortzahlung) und für Erwerbslose (Zumutbarkeitsregeln im Arbeitsförderungsgesetz). In der Konsequenz artikulierte sich der Sozialprotest anschließend vor allem in den Aktivitäten von Erwerbslosengruppen – wenn auch mit mehr oder weniger starkem Bezug auf die Gewerkschaften. Noch im selben Jahr machte sich in Frankreich mit *AC!* (ein Akronym für *Assez!* – Genug!) eine selbstständige und sehr aktive

Erwerbslosenbewegung bemerkbar. Im Frühjahr 1998 folgten dann mit den nach dem damaligen Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit benannten »Jagoda-Tagen« monatliche Proteste der Erwerbslosen vor bundesdeutschen Arbeitsämtern. Sie richteten sich gegen die Abschaffung des Berufsschutzes, gegen den wachsenden Arbeitszwang und forderten ein existenzsicherndes Grundeinkommen. Diese letzte große Erwerbslosenbewegung vor den »Hartz IV«-Protesten flaute erst mit der Übernahme der Regierung durch Rot-Grün im Herbst 1998 ab.

Vor diesem Hintergrund und auf den Schultern der sozialen Bewegung, die nicht nur aus Gewerkschafts- und Erwerbslosenprotesten, sondern auch aus Protesten der Bergleute und der Studierenden bestand, gewann die »rot-grüne Option« bis zu den Wahlen des Jahres 1998 zunehmend an Stärke. Zur selben Zeit warnten Gewerkschaftslinke (wie etwa die TIE-Gruppe[2]) bereits davor, dass der Verfall gewerkschaftlicher Macht auch unter der neuen Regierung Schröder/Fischer weitergehen würde. Einerseits hatte die neue Regierung relativ zügig Elemente eines »Bündnisses für Arbeit« in Form von diversen Arbeits- und ExpertInnengruppen etabliert. Andererseits aber wurde dabei die grundsätzliche Ausrichtung der Gewerkschaftspolitik auf Standortsicherung und Standortlogik zementiert und in die allgemeine Wirtschafts- und Sozialpolitik integriert. Nicht von ungefähr waren Figuren wie Gerhard Schröder oder Peter Hartz mit ihrer gemeinsamen VW-Vergangenheit eine Art Personifizierung des Standortgedankens. Doch auf eine nennenswerte Resonanz stieß die innergewerkschaftliche und innerbetriebliche Kritik, wie sie von TIE und anderen geäußert wurde, damals nicht. Das änderte sich erst vor dem Hintergrund von Hartz IV und angesichts der offenen Arbeitskämpfe um das Jahr 2004 herum.

Polder, Pölser, Sauerkraut

Mit der Wahl von Rot-Grün 1998 begann in der Gruppe Blauer Montag die Debatte um die Bedeutung der »New Labour«-Tendenz in der Sozialdemokratie und um die Kritik am »aktivierenden« Sozialstaat. Der Erfolg von Tony Blair, die Einführung eines Mindestlohns in Großbritannien (bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der restriktiven Gewerkschaftsgesetze der Thatcher-Ära) und die explizite Bezugnahme auf den Sozialstaat bedeutete einerseits eine deutliche und erklärte Abkehr von einer marktradikalen Ideologie à la Thatcher. Nicht neoliberale Abschaffung, sondern Umbau und Umdeutung sozialstaatlicher Regulierung war die

2 Transnationals Information Exchange; s. Fn. 13, S. 27..

Leitlinie der »neuen Sozialdemokratie«. Für uns etablierten die neuen sozialdemokratisch geführten Regierungen Nord- und Westeuropas eine Art autoritäre Re-Regulierung der sozialstaatlichen Absicherung: eine Haltelinie bei der Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (ohne dabei die Verschärfungen der Vergangenheit substanziell zurückzunehmen) und eine Zuspitzung der autoritären Kontroll-, Zwangs- und Pflichtelemente in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

Es gab wenig Zweifel daran, dass diese Form einer autoritären Re-Regulierung in keiner Weise zu materiellen Verbesserungen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik führen würde. Was wir allerdings diskutierten, war die Frage, ob Rot-Grün bzw. die »neue Sozialdemokratie« gerade mit ihrer Bezugnahme auf Sozialstaatlichkeit und Regulierung in der Lage sein würde, einen ideologischen Gegenentwurf zum Neoliberalismus zu entwickeln, der bindungs- und damit auf Dauer hegemoniefähig sein würde. Dabei war ein rot-grüner »Erfolg« in diesem Sinne für uns eine durchaus gruselige Vorstellung: »Das neue Regulationsmodell (fasst) die reaktionärsten Elemente aus alter Sozialdemokratie, Liberalismus und Konservatismus (zusammen).«[3] In dieser Kritik wird bereits die Möglichkeit angedeutet, dass die rot-grüne Politik einem neuen rechten Populismus den Weg bahnen könnte – eine Perspektive, die wenig später in Hamburg zur Realität wurde.

Eine Stabilisierung des gesellschaftlichen Konsenses durch Rot-Grün schien uns also durchaus möglich – auf der Basis von »Leistung« und »Leistungsgemeinschaft«, Pflichtenethik, »Aktivierung« und Zwangsintegration gegenüber den gesellschaftlichen »Rändern«. Aus heutiger Sicht war das eine zu pessimistische Einschätzung. Zwar stieß der verschärfte Appell an »Aktivierung« und individuelle Leistungsfähigkeit auf eine gewisse Resonanz, doch von einer ungebrochenen Hegemonie dieser Parole konnte angesichts der »Wiederkehr des Sozialen« im öffentlichen Diskurs schon bald keine Rede mehr sein: Bald waren »die Ränder« zu groß, bald erwies sich auch die Goldgräberstimmung in der IT-Industrie als Luftblase. Die nicht zuletzt staatlich organisierte Verunsicherung der materiellen Existenzbedingungen – etwa durch die Zerschlagung bzw. Aushöhlung der sozialen Sicherungssysteme – erfasste sehr schnell die »Kernbelegschaften« und ebenso schnell erwies sich das Versprechen auf »Erfolg durch Leistung« als nicht viel mehr als eine neue Variante der alten Tretmühle.

3 Martin Dieckmann: Auf dem »Dritten Weg« ins 21. Jahrhundert? Überlegungen zur neuen Sozialdemokratie, S. 89 dieses Buches.

Im Jahr 2000 haben wir die Auseinandersetzung mit der »neuen Sozialdemokratie« und dem »aktivierenden Sozialstaat« im Rahmen der Veranstaltungsreihe »Polder, Pölser, Sauerkraut« fortgeführt. Wir hatten dort die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik verschiedener New-Labour-Regierungen in Europa thematisiert, nicht zuletzt auch deswegen, weil die Aktivierungspolitiken etwa in Dänemark und den Niederlanden mit ihrer Kombination von forciertem Arbeitszwang und Niedriglohnbeschäftigung als leuchtendes Vorbild für Deutschland beschworen wurden.[4] Dabei konnte die »aktivierende« Politik des »Förderns und Forderns« dort relativ früh beobachtet werden: Zum einen war sie in anderen Ländern bereits entwickelt worden und zum anderen konnten wir auf Studienaufenthalte zweier Genossen in Großbritannien und Dänemark zurückgreifen.

Uns interessierte, was sich hinter dieser europaweiten »Aktivlinie« verbarg. Die merkwürdige Mischung aus Aktivierungspropaganda (Erwerbslose sollten wieder »Herr ihrer selbst« werden), Lügengeschichten (»Sozialmissbrauch«) und zunehmend repressiver Leistungsgewährung machte sehr schnell eventuelle Hoffnungen zunichte, Rot-Grün könnte es tatsächlich um ein Mehr an sozialem Ausgleich oder gar sozialer Gerechtigkeit gehen. Fast vom ersten Tag der Schröder-Fischer-Koalition an setzte die Regierung unter dem Leitmotiv »Empowerment« bzw. »Aktivierung« auf eine Umdefinition von sozialen Rechten in Richtung Pflicht und Eigenverantwortlichkeit. Vieles deutete darauf hin, dass dieser Angriff effektiver sein würde als die Jahrzehnte anhaltenden Versuche von CDU und FDP, die begrenzten sozialen Rechte abzuschaffen, die durch die sozialen Kämpfe seit Mitte der 1950er Jahre in der Bundesrepublik erreicht worden waren.

Jung, hipp und ausgebeutet

Nicht zufällig entwickelte sich parallel zu der Debatte um »Aktivierung« und (Zwangs-)Flexibilisierung der sogenannte »IT-Boom«, die schnelle Expansion der Internet-Schwitzbuden, Call-Center und ähnlicher Anstalten. Wenn man der Presse der Jahre 1999 bis 2001 glaubte, wurde dort nicht nur das schnelle Glück gemacht, sondern junge Leute waren auch bereit, den fordistischen Grenzen des Arbeitstages endgültig »selbstbestimmt« den Garaus zu machen. Aus unserer Sicht handelte es sich eher

4 Vgl. Gruppe Blauer Montag (Hg.): »Polder, Pölser, Sauerkraut«, Hamburg 2000. Die Broschüre fasst die Veranstaltungsreihe zusammen und ist im Internet unter www.labournet.de//diskussion/arbeit/realpolitik/bm/index.html abrufbar.

um einen medial vermittelten Hype als um den Ausdruck eines neuen dauerhaften Arbeitsregimes. Uns ging es darum, den IT- und Dienstleistungsboom ebenso als Teil der umkämpften Erneuerung und Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen zu begreifen wie die neue Sozialpolitik. Im Mittelpunkt stand damals die Frage nach der Zusammensetzung der IT-Arbeit und ihren politischen Perspektiven. Uns ging es zum einen darum, die verschiedenen Arbeitsfelder und -formen, die vorschnell unter dem Label »IT-Arbeit« zusammengefasst wurden, genauer zu analysieren. Zum anderen war der »IT-Boom« auch mit der Behauptung verknüpft, hier entstünde eine neue hegemoniale ArbeiterInnenfigur – eine These, mit der wir uns kritisch auseinandergesetzt haben.

Unter dem Titel »Schöne neue Arbeitswelt« haben wir uns 2000 und 2001 in einer Reihe von Veranstaltungen den unterschiedlichen Facetten des »IT-Kosmos« genähert: den Internet-Klitschen, der Arbeit in Call-Centern (anhand der Berliner »Call-Center-Offensive«) oder der Angestelltenarbeit in Medienkonzernen. Dabei kam es uns insbesondere auch darauf an, Bezüge zwischen »normalen« Beschäftigten und »IT-Freaks« herzustellen, nicht zuletzt auch deswegen, weil auch Leute aus unserem engeren Bekannten- und politischen Freundeskreis in den Bereichen der relativ unregulierten Call-Center und Internet-Klitschen arbeiteten. Das in diesem Buch abgedruckte Interview mit Thomas Deutzmann ist ein Beispiel für diese Bezugnahme und die partielle Zusammenarbeit mit einem gewerkschaftlichen Organisierungsprojekt im Bereich der »Internet-Buden«.

Wir misstrauten der angeblichen Einheitlichkeit in den Ausbeutungsverhältnissen im sogenannten »IT-Bereich«. Stattdessen haben wir auch damals betont, dass es zwischen »Laptop« und »Wischmob« durchaus soziale Hierarchien und Zerklüftungen gab. So haben die Vorbilder und Leitmotive, die innerhalb der Kontinuität des ungesicherten Arbeitens herrschen, etwa in den Call-Centern oder den Internet-Startups, andere unmittelbare Folgen als dort, wo hochqualifizierte Wissensarbeit in regulierten Großbetrieben ausgebeutet wird. »Im Gegensatz zu den IBM-Leuten«, sagte damals Thomas Deutzmann »sind wir kulturlos, Rockerhaufen«.[5] Jeden Tag traf man in den IT-Buden damals einen neuen Kollegen (und eine alte Kollegin war verschwunden). Der Boom fand in der Grauzone zwischen Selbstständigkeit und teils selbstgewählter Prekarität statt. Organisierungsperspektiven und Klassenkämpfe schienen weit

5 »Kulturloser Rockerhaufen«. Aus dem Innenleben der New Economy, S. 101 dieses Buches.

entfernt. Dennoch war die Veranstaltung zum »IT-Hype« eine der am besten besuchten seit unserer Existenz, ein Hinweis darauf, dass die soziale Existenz der Genossinnen und Genossen aus der Hamburger »Szene« und die Bruchstellen der sozialen Konflikte langsam konvergierten. Welche Konsequenzen aus dieser Erkenntnis für die Frage nach der Erneuerung einer betrieblichen und überbetrieblichen Widerstandskultur zu ziehen sind, ist bis heute eine wichtige und weitgehend unbeantwortete Frage geblieben, auch wenn es mittlerweile mehr Beispiele für mehr oder weniger erfolgreiche Organisierungsversuche gibt.

Die »fraktale Fabrik«

Die Felder von ungesicherten Arbeitsverhältnissen und unregulierter (Selbst-)Ausbeutung waren aber nur ein Aspekt, den wir in der Auseinandersetzung mit dem »IT-Hype« und den sogenannten »neuen Arbeitsverhältnissen« in den Fokus genommen haben. Daneben gab es die Beobachtung, dass in einzelnen Großbetrieben mit der Einrichtung von »Profit-Centern«, der Verstärkung des Outsourcing oder der Etablierung von »Projekten« zunehmend eine Art Psycho-Mobilisierung stattfand, die in der Fachsprache der Herrschenden als »indirekte Steuerung« bezeichnet wurde. Der »Unternehmer im eigenen Kopf« schien die Antwort der Chefs darauf zu sein, dass die bisherigen »Reformen am Arbeitsplatz« in die Krise geraten waren. Sie waren offenkundig nicht in der Lage, Produktivität und Profitabilität zu sichern. In den Managementetagen wurde der »Kampf um die Poren des Arbeitstages« nunmehr als »Kampf um die Köpfe« begriffen, und einiges schien darauf hinzudeuten, dass die Geschäftsleitungen diesen Kampf zumindest vorläufig gewinnen könnten. Zugleich waren die Parallelen zu Psycho-Programmen der »aktiven Arbeitsmarktpolitik« auffällig: Auch in den Hartz-Gesetzen ist der Appell an die »Verantwortung des Einzelnen« immer stärker geworden, und das emanzipatorische Anliegen von Autonomie und Selbstbestimmung wurde in das neoliberale Paradigma übersetzt, dass »jedeR seines oder ihres Glückes Schmied« sei. Wenn man so will, ist eine wesentliche Botschaft der »aktivierenden Arbeitsmarktpolitik«, dass der Staat nur dann die Absicherung sozialer Risiken mit übernimmt, wenn die mit existenziellen sozialen Problemen konfrontierten Menschen die volle Verantwortung für alle Formen der »Selbstaktivierung« übernommen haben: »Keine Leistung ohne Gegenleistung.«

Und ein dritter Aspekt spielte in der Diskussion um den Komplex von IT-Arbeit, neuen Managementtechniken und Aktivierungspolitik eine Rolle, nämlich die politische Bedeutung der sogenannten »immateriellen

Arbeit«. Vermittelt durch die Texte des Postoperaismus und die starke Rezeption der Arbeiten von Antonio Negri und Michael Hardt wurde vielerorts die Frage diskutiert, ob und inwiefern die geschilderten Mechanismen in der Figur der »immateriellen Arbeit« etwas ganz Neues darstellen, das letztlich auch neue Formen des Widerstands hervorbringen würde. Wir wandten uns dagegen, die Situation einzelner Segmente der Klasse als zentral für die revolutionäre Subjektivität zu betrachten, während andere Teile – aus unserer Sicht das Gros der IndustriearbeiterInnen, aber auch die in der Hierarchie benachteiligten Beschäftigten des Dienstleistungssektors und die noch immer um die fünf Millionen Erwerbslosen – nicht mehr wahrgenommen wurden.

Anfang des Jahres 2002 veröffentlichten wir unsere Diskussion dieser Zusammenhänge in einem längeren Artikel in der Zeitschrift *Das Argument*.[6] Wir denken, dass es immer noch interessant ist, diesen Text zu lesen. Die dort entfaltete Debatte darum, wie umfassend Prekarität in sozialer Hinsicht ist, ist genauso wenig beendet, wie die Diskussion darum, inwieweit sich die räumliche Einheit der Fabrik auflöst und bisher »innerbetriebliche« Konfliktlagen dadurch zu unmittelbar gesellschaftlichen Konflikten werden. Wichtig bleibt zugleich die Frage nach der Bedeutung der angeblich »Marginalisierten« in diesem Prozess sowie nach der Rolle, die MigrantInnen in der Auseinandersetzung um eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Klasse der Lohnabhängigen spielen.

Die Revolution der Kleinbürger

Die politische Konstellation, die um das Jahr 2000 noch rot-grün dominiert war, hatte sich ab 2001 zumindest in Hamburg erneut verschoben. In den Bürgerschaftswahlen, die unmittelbar nach dem 11. September stattfanden, erhielt die radikal rechte Schill-Partei in Hamburg fast 20 Prozent der Stimmen. Sie gewann vor allem in den proletarischen Vierteln und regierte anschließend fast auf Augenhöhe mit der CDU unter Ole von Beust (26 Prozent). Im Wahlkampf hatten wir uns (wenn auch nicht als Gruppe) an Demos beteiligt, die im Anti-Nazi-Stil argumentierten, und in den ersten Reaktionen auf dieses Resultat wurde insbesondere in der autonomen Linken von einer kommenden »autoritären Formierung« gesprochen, die die Errungenschaften der »Liberalisierung« der letzten

6 Gruppe Blauer Montag: Arbeitskraftunternehmer, Ich-AG und »aktivierender Sozialstaat«. Die neuen Hierarchien des Arbeitsmarktes, in: *Das Argument*, Nr. 5/6 2002; vgl. S. 109 dieses Buches.

20, 30 Jahre rückgängig machen würde. Die relative Ohnmacht und Wirkungslosigkeit dieser Argumentation zeigte sich schon dort, wo man sich auf die Suche nach den Resten der »liberalen« Öffentlichkeit begab. Aus unserer Sicht musste die Perspektive deshalb durch eine Beobachtung der sozialen Seite der Repression und der repressiven Seite des Sozialen, für das Schill und von Beust standen, ergänzt werden. Zugleich gab es inzwischen Erfahrungen mit rechtspopulistischen Parteien in anderen europäischen Ländern, die auf ihre Art ebenfalls, wie »New Labour«, als eine Art Katalysator der Umgestaltung des Sozialen gelten konnten.

Uns ging es vor allem um die Frage, was den neuen Senat – abseits der autoritären Rhetorik und Selbstinszenierung des Innensenators – eigentlich von der Grundlinie des rot-grünen Vorgängersenats wie auch der rot-grünen Bundesregierung unterschied, denn die Grundprinzipien von »Aktivierung« und autoritärer Sozialpolitik wurden auch vom Schwarz-Schill-Senat geteilt. Beides, die Diskussion um »Kontinuität und Bruch« einer sozialpolitischen Aktivierungspolitik von Rot-Grün zu Schwarz-Schill wie auch die Kritik an einer Fixierung auf die repressive Ordnungspolitik des Schwarz-Schill-Senats, resultierte in dem Text »Revolution der Kleinbürger«, der in diesem Buch abgedruckt ist. Es handelt sich dabei um einen Beitrag, den wir 2002 auf der zweiten Konferenz »Lichter der Großstadt« (»Gegen Sicherheit und Ordnung – Für soziale Grundrechte«) zur Diskussion gestellt haben.[7] Er bezog sich zugleich direkt auf die Frage nach den Konsequenzen der »aktivierenden Sozialpolitik«, für deren Radikalisierung Schill, von Beust und die damalige Sozialsenatorin Schnieber-Jastram (CDU) standen und die wir schon zu Beginn der Schröder-Fischer-Regierung thematisiert hatten.

Mit dem Schwarz-Schill-Senat wurden die Debatte über »Kriminelle« und »Faulenzer« und der gesellschaftlichen Rassismus gewissermaßen in die Aktivierungspolitik eingebaut: als Bekenntnis zu sozialstaatlicher Absicherung für »Anständige«, »Deutsche«, »NormalbürgerInnen«. Mit der SPD stand dieser Politik eine Partei gegenüber (in Hamburg in der Opposition), die einen großen Teil des »Rechtsrucks« mit zu verantworten hatte.

7 Diese Konferenz wurde von der Sozialpolitischen Opposition, der ver.di-Fachgruppe Kinder, Jugend und Soziales, dem ver.di-Fachbereich 03, dem AStA der HWP, dem Hamburger Signal für eine andere Kinder- und Jugendpolitik sowie der WählerInnenvereinigung REGENBOGEN – Für eine neue Linke organisiert. Die erste Konferenz »Lichter der Großstadt« fand als »Konferenz für soziale BürgerInnenrechte« im November 1999 statt, organisiert von Sozialpolitischer Opposition, Jusos Hamburg, REGENBOGEN und Abteilung Kirchen und Wohlfahrtspflege der ÖTV.

Die neue Situation in Hamburg hatte seit dem Frühjahr 2002 ganz praktische Fragen auf die Tagesordnung gesetzt: Es kam zu massenhaften Protesten von sozialen Hilfeeinrichtungen, Studierenden und Gewerkschaften gegen die Zerschlagung und Ökonomisierung des Sozialbereiches. Schnell zeigte sich, dass ein erhebliches Widerstandspotenzial gegen die Schwarz-Schill-Regierung existierte.[8] Die Sozialproteste verbanden sich im Herbst 2002 mit der Bewegung gegen die Räumung des Bauwagenplatzes »Bambule« im Hamburger Karolinen-Viertel. Auf dem Höhepunkt dieser Auseinandersetzungen beteiligte sich die autonome Szene im Dezember 2002 massenhaft an der ver.di-Demo gegen Sozialabbau – im Nachhinein betrachtet ein allzu kurzer Augenblick, der andeutete, welches Potenzial eine »fusionierte« soziale Bewegung auch in bundesdeutschen Großstädten entfalten könnte. Am Ende des Jahres schienen sich für die Neuformierung der Opposition und des Widerstands neue Perspektiven zu eröffnen. Der Versuch, diese Perspektiven in der Hamburger Linken systematisch zu diskutieren, brachte schließlich das »Widerstandsforum« hervor, ein Zusammenschluss, der die Proteste gegen staatliche Repression, Privatisierung und »Sozialreformen« bis zu den aktuellen Hartz-IV-Gesetzen eine Zeit lang begleitete.

8 Auslöser der Proteste war en vor allem die massiven Haushaltskürzungen, die der neue Senat Ende Januar 2002 verkündet hatte. Am 16. April 2002 demonstrierten 10.000 Menschen unter dem Motto »Der Senat kann einpacken« durch die Hamburger Innenstadt. Die Demonstration war von Sozialpolitischer Opposition Hamburg und ver.di organisiert worden. Bereits hier hatten sich auch Teile der Hamburger Bauwagenszene beteiligt - ein Vorgriff auf die Bündnisaktivitäten im Rahmen der Bambule-Auseinandersetzungen im Herbst desselben Jahres.

Auf dem »Dritten Weg« ins 21. Jahrhundert?

Überlegungen zur neuen Sozialdemokratie

Worum unter Schlagworten wie »New Labour« und »Neue Mitte« gerungen wird, ist mehr als eine neue Variante von Neoliberalismus. Das neue Regulationsmodell von oben bindet vielmehr aus alter Sozialdemokratie, Liberalismus und Konservativismus die reaktionärsten Elemente zusammen. Vor diesem Hintergrund plädiert der folgende Beitrag für eine linke Widerstandsperspektive, die sich nicht in einer Kritik des Reformismus erschöpft, sondern auch bisherige Grundorientierungen neu überdenkt. Er basiert auf einem Referat, das im September in Hamburg gehalten wurde.

Ende der 70er Jahre sprach Ralf Dahrendorf vom »Ende des sozialdemokratischen Zeitalters«. Ein klassisch gewordener Begriff, an den in den vergangenen Jahren – nach den Wahlen in England und Frankreich 1997 und in Deutschland 1998 – mehrfach erinnert wurde. Zwanzig Jahre nach dem »Ende des sozialdemokratischen Zeitalters« wird die EU mehrheitlich von sozialdemokratischen Parteien bzw. Mitte-Links-Koalitionen regiert. Beginnt also auch das 21. Jahrhundert mit einem neuen Zeitalter der Sozialdemokratie? Aber welcher Sozialdemokratie? Oder handelt es sich lediglich um eine politische Konjunktur, um eine mehr oder weniger zufällige Konstellation, die recht bald wieder beendet werden kann?

Beides trifft zu. Zum einen handelt es sich tatsächlich um eine politische Konjunktur, von der die Sozialdemokratie eine Weile profitieren kann. Zum anderen aber ist diese Konjunktur Teil einer langfristigen Entwicklung, und in dieser Perspektive stellt sich durchaus die Frage nach einem »neuen Zeitalter«. Ob es denn ein sozialdemokratisches sein wird, mag dahin gestellt bleiben. Aber es ist gewiss kein Zufall, dass ausgerechnet die Sozialdemokratie zum zentralen Ort geworden ist, an dem die Auseinandersetzungen über diese historischen Perspektiven auf programmatischer Ebene geführt werden. Als Programmpartei, die sich wesentlich über den Sozialstaatskompromiss der Nachkriegszeit legitimiert, ist sie existentiell auf eine derartige Orientierungsdebatte angewiesen. Dabei reflektiert die sozialdemokratische Programmdebatte Fragen und Probleme herrschender Politik, denen sich auch konservative und liberale Parteien in der Regierung ausgesetzt sehen werden.

Sowohl in den reformpolitischen wie radikalen Strömungen der Linken schlägt sich dies in ersten Kontroversen über den Charakter der

neuen Sozialdemokratie nieder. Zugespitzt in den Formulierungen: »Tod des Neoliberalismus« (Eric Hobsbawm) und auf der anderen Seite: »alter Wein in neuen Schläuchen« (Daniel Bensaid). Innerhalb der sich gerade erst formierenden gewerkschaftlichen Linken in Deutschland deutet sich eine ähnliche Kontroverse an. Die Frage einfach nach Kontinuität oder Bruch innerhalb der neoliberalen Politik zu stellen, scheint mir in die Irre zu gehen. Die Frage selbst wäre anders zu stellen: Ist ein neues Modell gesellschaftlicher Regulation möglich, das den Prämissen neoliberaler Politik folgt und dabei zugleich einen neuen Sozialstaatskompromiss bzw. hegemonialen Konsens herbeiführen kann?

Zur Krise neoliberaler Hegemonie

Was wir Neoliberalismus nennen, ist eigentlich eine fragwürdige Verkürzung und allenfalls geeignet als politischer Kampfbegriff. Fragwürdig deshalb, weil hier die gesamte herrschende Politik des gesellschaftlichen Rollback seit den 70er Jahren zusammengefasst wird. Der Begriff »Neoliberalismus« gibt das aber im strengen Sinne nicht unbedingt her. Gewiss ist Neoliberalismus nicht nur eine ökonomische Doktrin, also Neoklassik der alten Schule, sondern weiter und tiefer greifend eine gesellschaftspolitische Ideologie. Deren Kern könnte man auf die Formel bringen: radikale Ökonomisierung aller sozialen und sogar zwischenmenschlichen Beziehungen. Also, in bürgerlicher Terminologie, nicht nur Markt-Wirtschaft, sondern ganz und gar Markt-Gesellschaft, etwas wovon sich Blair und Schröder in ihrem Papier durchaus abgegrenzt haben.

Als praktische Ideologie – und damit als Politik – ist Neoliberalismus eigentlich nicht weniger, aber auch nicht mehr als ein Kampfprogramm, das sich nur über seinen Feind definiert. Und dieser Feind war die historische industrielle ArbeiterInnenklasse, ihre relative Machtposition innerhalb des Sozialstaatskompromisses und der sogenannten fordistischen Betriebsweise. Die Stärke und Wirksamkeit neoliberaler Ideologie und Politik haben wir zur Genüge kennengelernt; diese Stärke ist aber auch ihre Schwäche. Denn der Neoliberalismus birgt in sich keine historische Vision, kein Modell eines alternativen sozialen Konsenses. Ihm fehlt ein wirklich hegemoniefähiges Projekt. Hegemonial konnte und kann er nur in der Zerstörung seines historischen Feindes sein.

Und auch das gelang ihm zu keiner Zeit allein aus eigener Kraft. Sowohl Reagan als auch Thatcher stützten sich zugleich auf den neoliberalen Marktradikalismus und auf neokonservative Ordnungsvorstellungen. Die neoliberale Tabula rasa (gipfelnd im Satz Thatchers: »So etwas wie Gesellschaft gibt es eigentlich gar nicht«) musste ordnungspolitisch flankiert werden von der Wiederbelebung alter, autoritärer Werte, die aber schon lange nicht mehr vollends tradiert werden. Gerade dieses konservative Werte-System wurde durch den Marktradikalismus als Ideologie und Lebensweise untergraben. Die neokonservative Politik blieb und bleibt in einem unauflösbaren Dilemma verfangen: Sie konnte den wesentlichen Akteuren und Trägern der neoliberalen Kultur keinerlei Integrationsangebote machen. Umgekehrt fand gerade der Marktradikalismus bei einem nicht geringen Teil des konservativen Klientels immer weniger Akzeptanz. In dieser inneren Widersprüchlichkeit herrschender Politik war schon latent eine Legitimationskrise angelegt, die im Verlauf der 90er Jahre zu einer manifesten Krise wurde.

Bei der Bilanzierung der neoliberalen und neokonservativen Politik muss man freilich differenzieren. Auf unterschiedliche Weise – und je nach Land auch in bedeutend unterschiedlicher Intensität – gelang eine sozial-ökonomische Umstrukturierung, ein Umbruch historischer Dimension, in dessen Zentrum die Auflösung der Machtzusammenballungen der ArbeiterInnenklassen stand. Diese Prozesse sind mittlerweile schon oft genug beschrieben worden, Stichworte mögen hier genügen: Auflösung von Unternehmenseinheiten großer Konzentration, Verallgemeinerung von Dienstleistungsbeziehungen, weit hinein in die Sektoren der unmittelbaren Produktion. Damit verbunden ein Rollback in der Relation von Produktivität und Einkommen. Die wichtigsten Erfolge zeitigte die neoliberale Offensive aber gewiss in den Köpfen: in der Durchsetzung und sehr weitgehenden Verinnerlichung von Rentabilitätsnormen, zugespitzt im »Benchmarking« als Common Sense der Lohnabhängigen. Alles zusammen ergibt das Bild des »flexiblen Menschen«. Dieses Bild ist deshalb so geschichtsmächtig geworden, weil es eben nicht nur Herrschafts- und Ausbeutungsinteressen artikuliert. Es nimmt auch emanzipative Bedürfnisse auf wie zum Beispiel nach Individualität und Autonomie, um sie freilich umzudrehen und auf diese Weise zu ersticken. Dies funktionierte auch deshalb, weil die fordistische Betriebsweise sowohl von oben wie von unten aufgesprengt wurde ausgehend von einer breiten Widerständigkeit und auch regelrechten Revolten in den 60er und beginnenden 70er Jahren.

Soweit die Erfolgsbilanz der neoliberalen Offensive. Als Kehrseite ist aber auch festzuhalten, dass der Staat, egal in welcher Formationsphase, immer noch Staat der bürgerlichen Gesellschaft ist. Der »flexible Mensch« hat nicht aufgehört, sich in »Proletarier« und »Citoyen« aufzuteilen. Genau auf diesem Terrain schlug die latente Krise neoliberaler Hegemonie in eine manifeste um: nämlich auf der Ebene der sozialen

BürgerInnen-Rechte – auch in Fragen von Umverteilung und sozialen Transfers, also der Höhe und Zusammensetzung des »Soziallohns«. Der enorme Druck auf die öffentlichen Haushalte ist zwar von Anfang an ein klassenpolitisches und international abgestimmtes Mittel gewesen, um neue Arbeitsverhältnisse durchzusetzen und um massiven Druck auf das gesellschaftliche Einkommen auszuüben. Aber die sozialen Proteste, Bewegungen und Kämpfe seit Beginn der 90er Jahre fanden eben nicht in erster Linie im Bereich der unmittelbaren Arbeitsbeziehungen statt, sondern auf sozialstaatlicher Ebene.

New Labour als Herrschaftsmodell

Die wohlfahrtsstaatlichen Systeme sind dabei nicht nur Bezugspunkt von sozialen Gerechtigkeitsvorstellungen geblieben, sie sind es auch auf neue Weise geworden. Denn auch die neuen prekarisierten Arbeitsverhältnisse brauchen sozusagen als Schmiermittel für den »flexiblen Menschen« eine sozialstaatliche Vermittlung und Kontrolle, auch durch Mindestgarantien. Insofern haben die bisherigen Formen von sozialem Protest, Unruhe oder Widerständigkeit maßgeblich dazu beigetragen, auf der Ebene der Macht nach neuen Formen für einen herrschaftlichen Konsens zu suchen.

Auf gesellschaftlicher Ebene scheint die wohlfahrtsstaatliche Ideologie zur »moralischen Ökonomie« der Lohnabhängigen geworden zu sein, unabhängig von der historischen Realität der Sozialstaatssysteme. An diesem Punkt setzte auch die politische Konjunktur der Sozialdemokratien als Anschein eines neuen »sozialdemokratischen Europas« ein. Bei näherem Hinsehen ergibt sich, dass diese sozialdemokratischen Mehrheiten real entweder keine sind oder auf einer höchst prekären Wählerbasis beruhen. Die bisherigen liberalen und konservativen Regierungen wurden lediglich abgewählt. Die Erwartungen in neue Regierungen dürften weit auseinander gehen, wenn es denn überhaupt noch positive Erwartungen gibt. Entsprechend gibt es auch keine europäische sozialdemokratische Politik, schließlich hat es sie im Rahmen der europäischen Integration noch nie gegeben. Aber es gibt einen programmatischen Streit, in dem New Labour federführend geworden ist. Diese Debatte nimmt nur auf, was unter dem höchst schemenhaften Begriff der »sozialen Gerechtigkeit« von rechts bis links auf die Tagesordnung gesetzt wird. Auf bemerkenswert übereinstimmende Weise wird dabei die Erosion des »gesellschaftlichen Zusammenhalts« (Joachim Bischoff) bzw. der »soziale Bruch« (Jacques Chirac) beklagt und ein »neuer Gesellschaftsvertrag« eingefordert.

Wenn auch mit erheblichen Modifikationen im Detail, ist sich die Linke in den Grundzügen bei der Analyse der aktuellen historischen Phase relativ einig. Dass es sich nämlich um langfristige Transformationsprozesse handelt, um Transformationen des sogenannten fordistischen Regulationstyp und darin des keynesianischen Wohlfahrtsstaates, hin zu einem neuen Typ kapitalistischer Regulation. Dabei kann dieser neue Regulationstyp erst Ergebnis bzw. Resultante einer Vielzahl von Konflikt- und Kampfsituationen auf allen gesellschaftlichen Ebenen sein. Derartige Regulationsmodelle sind nicht nur in ihrer Durchsetzung politisch-sozial und kulturell-ideologisch strukturierte Klassenverhältnisse. Die Auseinandersetzungen darum bringen selbst auch neue Klassenzusammensetzungen hervor.

Das, was man Regulationstyp nennt, beruht als dauerhaftes Herrschaftsmodell auf einem sozial-kulturellen »Block« von Klassenfraktionen – als dem Kräftezentrum gesellschaftlicher Hegemonie. Damit ist vielleicht auch klar, was ein neues historisches Projekt der Sozialdemokratie alles erfüllen muss. Es reicht eben nicht aus, eine grobe Plattform für Regierungspolitik oder ein Rahmenwerk von bloßen Regulierungsmaßnahmen auszuarbeiten. Damit können zwar Leitideen transportiert werden, es ersetzt aber noch nicht die gesellschaftliche Auseinandersetzung um dieses Projekt und damit die Herausbildung wirklich tragender sozialer Kräfte. Ein hegemoniales Projekt braucht soziale Leitfiguren, die das leben, woran andere sich orientieren.

Betrachtet man New Labour und Neue Mitte von den politisch-ideologischen Grundlagen her, dann beeindruckt diese Konzeption weniger durch Kontinuität oder Bruch innerhalb der neoliberalen Logik als vielmehr durch den integrativen Charakter der Ideologiebildung. Sie liefert eine Art historische Synthese realer Politiken und Ideologien, in der zwischen den inneren Widersprüchen der bisherigen herrschenden Politik vermittelt wird. Und diese Vermittlung selbst, also auch die Art und Weise der Konsensschaffung ist das eigentlich Neue. Das lässt sich anhand von drei zentralen Elementen von New Labour und Neuer Mitte beschreiben: am System eines nationalen Wettbewerbskorporatismus, am Bruch mit tradierten Sozialstaatsideologien und anhand der Sozialpolitik der repressiven Einschließung.

Wettbewerbskorporatismus und Pflichtenethik

Kernstück des nationalen Wettbewerbskorporatismus ist in Deutschland das Bündnis für Arbeit, wobei dessen Form schon sein wesentlicher Inhalt ist. Es ist von vorneherein darauf angelegt, dass Gewerkschaften

und Unternehmerverbände als die entscheidenden Akteure gelten. Vermittelt über die Regierung als Moderatorin werden diese Akteure in allen Fragen von Arbeits-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik einem Vereinbarungszwang ausgesetzt, und zu dieser Konsensbildung sind sie auch legitimiert. Das führt unter anderem zu erheblichen Veränderungen der traditionellen Formen des institutionalisierten Konfliktes – weg von dem kontrollierten Kräftemessen in einer konfliktorischen Sozialpartnerschaft.

Das ganze Rahmenwerk beruht auf einer einzigen, aber zentralen Prämisse, die von allen Akteuren akzeptiert wird, nämlich die zum Sachzwang erhobene Logik eines nationalen Wettbewerbsstaates. Ist einmal die frühere Form von institutionalisierten Konflikten durch das Regelwerk eines institutionellen Konsenszwanges abgelöst worden, ergeben sich aus dieser Prämisse alle weiteren Vereinbarungen fast von selbst. Im Unterschied zur Politik der Kohlschen Ära, insbesondere im Gegensatz zu der letztlich gescheiterten Offensive gegen die gewerkschaftliche Rest-Macht in den industriellen Kernbereichen, wird hier den Gewerkschaften das Angebot gemacht, als Ordnungsfaktor wieder integraler Bestandteil einer Regulierungspolitik zu werden. Genau zu diesem Zweck haben diese sich ja zwischenzeitlich auch als »Gegenmacht« erfolgreich in Szene setzen können – so in den Aktionen 1996.

Implizit wird damit den Gewerkschaften auch ein weitgehendes gesellschaftspolitisches Mandat übertragen, das über die eigene Klientel hinausgeht: nämlich über alle Belange der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik mit zu bestimmen. Das heißt, eine Art Bestandsschutz von Kerngruppen der Lohnabhängigen, der tendenziell zu Lasten einer solidarischen Sozialpolitik geht, wird damit möglich. Hier deutet sich die Trägerschaft eines möglichen neuen »Sozialpaktes« an, eine Schicht oder Fraktion der Lohnabhängigen, die sich – von Grundsicherungsbeiträgen abgesehen – mittels Anteilen am Betriebsergebnis und Zusatzversicherungen aus der sogenannten Solidargemeinschaft verabschieden kann.

New Labour vollzieht einen erklärten Bruch mit sozialen Rechten als »unbedingten Ansprüchen«. Anthony Giddens hat das offen formuliert: »Die Sozialdemokratie alten Stils neigte (...) dazu, Rechte als unbedingte Ansprüche zu behandeln. Mit der zunehmenden Individualisierung sollte eine Zunahme der Verpflichtungen des Einzelnen einhergehen.«[1] Dahinter verbirgt sich ein Wertewandel mit nachhaltigen Folgen. New

1 Anthony Giddens: Der Dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt am Main 1999, S. 81.

Labour macht gegen den Neoliberalismus den Vorrang des Konsenses geltend, der aber nicht mehr durch alt-konservative Werte beschworen wird. Aufgegriffen wird stattdessen die hartnäckige Liberalismus-Kritik seitens der kommunitaristischen Theoretiker. Gesellschaft wird als »Gemeinschaft« vorangestellt.

Wir finden hier einen doppelten Bruch vor. Einerseits mit der Vorstellung von sozialen BürgerInnen-Rechten als »unbedingten Ansprüchen«, also mit der historischen Sozialstaatsidee, wie sie von unten interpretiert wurde. Andererseits wird hier aber auch ein Bruch mit dem neoliberalen Freiheitsdiskurs vollzogen. Der Vorrang von Gesellschaft als »Gemeinschaft« in Gestalt einer Pflichtenethik verleugnet sogar noch die rein liberale Dimension von Freiheit. Ein Umstand, der selbst Dahrendorf zur harschen Kritik veranlasste: »Dem Dritten Weg geht es nicht um offene Gesellschaft oder Freiheit. Er hat tatsächlich einen merkwürdig autoritären Anflug, und dies nicht nur in der Praxis.«[2] Nicht einmal in bescheiden reformerischer Hinsicht legitimieren sich New Labour und Neue Mitte durch irgendein emanzipatives Versprechen. Wo Thatcher nicht mehr wusste, ob es überhaupt »so etwas wie Gesellschaft« gäbe, wird die Gesellschaft des nationalen Wettbewerbsstaates – in der Identifizierung mit Gemeinschaft – ideologisch totalitär gegen die Einzelnen.

Gemeinschaft, Pflicht, Repression

Dies schlägt ganz und gar durch im Diskurs gegen »Ausgrenzung«, nämlich durch die Betonung der »Inklusion«, der Einschließung, gegenüber Ausgrenzung und Ausschließung. Geschickt wird an der Kritik sozialer Ausgrenzung angeknüpft, aber es handelt sich hier um eine Ideologie repressiver Einschließung. Die klar ausgesprochene Politik des Arbeitszwangs hat dabei wahrscheinlich erst in zweiter oder dritter Linie eine unmittelbar ökonomische Bedeutung. Zentral ist dagegen die weit über die unmittelbare ökonomische Anwendung hinausgehende ideologische Aufladung »der Arbeit« als Pflicht zur Pflicht.

Im alten gewerkschaftlichen Arbeitsethos (»Die Müßiggänger schiebt beiseite ...«) dürfte diese Ideologie der Arbeit als gemeinschaftsstiftende Pflicht einen nachhaltig schwingenden Resonanzboden finden. Ebenso unverkennbar sind mehr als nur Berührungspunkte mit Sozialrassismen, die sich identisch in autoritären sozialdemokratischen wie rechtsextremen Traditionen finden lassen. Dass damit die repressive Einschließung

2 Ralf Dahrendorf: New Labour und Old Liberty – Kommentare zum Dritten Weg, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 14.7.1999.

zur inneren Abgrenzung wird, liegt auf der Hand. Die Blairsche Formel der »Radikalen Mitte« klingt vor diesem Hintergrund als neuer Oberton einer bekannten Melodie: der Radikalisierung der »Mitte der Gesellschaft«, freilich ohne deren dumpfen Klang.

Die Einschließung befriedigt den Ruf nach Solidarität, ihr repressiver Charakter bestätigt wiederum das Abgrenzungsbedürfnis der real oder nur imaginär Privilegierten innerhalb der Hierarchie von Anerkennung und Elend. Jede Vorstellung von sozialen Rechten als »unbedingten Ansprüchen« wird bereits im Ansatz unterbunden. Die Frage Viviane Forresters (in »Terror der Ökonomie«), ob man sich denn sein Recht zu leben erst verdienen müsse, wird in der »Radikalen Mitte« auf neue Weise zu einer rhetorischen Frage. Es gibt nur eine einzige Antwort – ein Ja.

Die neue Sozialdemokratie tritt zwar in neuer Gestalt auf die Bühne, freilich in Kostümen und mit Requisiten, die man schon aus früheren Inszenierungen kennt: als Sozialdemokratie, Konservatismus und Liberalismus in neuer Zusammensetzung. Unter der Hand ergibt sich daraus ein Gesamtbild, das aus allen diesen historischen Traditionen die reaktionärsten Tendenzen zusammenführt. Der Kern des Ganzen (wenn man so will, als Paradigmenwechsel) besteht im Bruch sowohl mit den sozialen »Rechten als unbedingten Ansprüchen« in alt-sozialdemokratischer Lesart als auch mit dem liberalen Versprechen individueller Freiheiten. Erst durch diesen doppelten Bruch können New Labour und Neue Mitte die historische Kontinuität neoliberaler Herrschaftsstrategien sichern. Insoweit geben New Labour und Neue Mitte durchaus dem sozialen Druck in Richtung auf ein neues Konsensmodell nach und schaffen damit einem »neuen Gesellschaftsvertrag« eine adäquate Form. Darüber hinaus schaffen New Labour und Neue Mitte ein institutionelles Rahmenwerk und verfügen dabei über eine schlüssige Leitidee: Workfare als soziale Zwangsintegration.

Freilich sind dies bloß notwendige, aber noch nicht hinreichende Bedingungen für ein »neues Zeitalter« herrschaftlicher Regulation und Hegemonie. Die entsprechenden sozialen und kulturellen Träger lassen sich zwar durchaus schon ausmachen, entschieden ist darüber jedoch nicht. Trotzdem kann man feststellen, dass die Dynamik der bisherigen sozialen Auseinandersetzungen Modelle wie die von New Labour begünstigt. Dies ist eben nicht davon abhängig, ob die Transformation der Sozialdemokratie zur Neuen Mitte gelingt, auch nicht davon, ob es überhaupt eine Sozialdemokratie in der Regierung gibt. Entscheidendes Erfolgskriterium wird sein, wieweit es einerseits gelingt, die sozialen Rechtsansprüche auf bloße Mindeststandards zu reduzieren (also staatlich garantierte Grundsicherung von Einkommen in allen Formen, einschließlich Rente und Lohn) und andererseits eine breite Akzeptanz für die Politik und Ideologie repressiver Einschließung zu schaffen.

Daraus ergäbe sich dann eine verfestigte soziale Hierarchisierung, was freilich auch für die privilegierten Kerngruppen relativ stabile Existenzbedingungen voraussetzt. Ein neues Integrationsmodell findet heute immer noch seine Grenzen dort, wo auch diese Kerngruppen den verschiedenen Varianten der flexiblen Selbstausbeutung und zunehmender Prekarisierung ausgesetzt sind. Als Zielgruppen sind sie schon längst ausgemacht: nicht nur die Kernbelegschaften der Exportindustrie, sondern im Allgemeinen jene von den Sozialwissenschaften ausgemachte neue Zentralfigur der »WissensarbeiterInnen«, »SymbolanalytikerInnen«, »SystemregulierernInnen« oder schlicht der »neue ArbeitnehmerInnen-Typ«, der noch in den 80er Jahren als sozialer und kultureller Träger eines rot-grünen Reformprojektes galt. Darin kann man den wichtigsten Adressaten von New Labour in Deutschland erkennen und somit vielleicht auch die Zentral- oder Leitfigur eines neuen Regulationsmodells.

Radikalisierter oder »radikaler« Reformismus?

Was heißt das für die (linke) Linke? Um mit den Gefahren zu beginnen: Die Hauptgefahr besteht meines Erachtens in der »Zwanzig-Prozent-Falle«. Damit ist die Einschätzung gemeint, Rot-Grün gebe binnen kurzer Zeit mindestens zwanzig Prozent aller gesellschaftspolitischen Essentials auf, und diese müssten und könnten nun von einer linken Opposition besetzt werden. Gregor Gysi führt dies mit seinen Thesen für einen »modernen Sozialismus« vor. Darin liegt nicht nur eine Gefahr, es handelt sich auch um einen schwerwiegenden Irrtum. Der Irrtum besteht darin, so etwas wie einen fest definierten politischen Raum anzunehmen – mit entsprechenden freien oder besetzten Plätzen. In Wahrheit ist es aber so, dass ein schlichtes Nachrückverfahren diesen Raum immer weiter eingrenzt. Zudem lässt es die Linken auf hoffnungslosen Positionen zurück. Oder will man notfalls sogar mit dem Godesberger Programm der SPD gegen die Neue Mitte zu Felde ziehen?

Das gilt auch für den alten familiären Diskurs mit der Sozialdemokratie, der von einem Teil der Linken regelrecht verinnerlicht worden ist: die Sozialdemokratie mit ihren Versprechen zu konfrontieren oder ihren »Verrat« zu entlarven, was letztlich auf dasselbe hinausläuft. Es setzt gemeinsame Maßstäbe voraus, die aber weder die alte noch die neue Sozialdemokratie anbieten. In der derzeitigen Auseinandersetzung zum Beispiel die traditionelle sozialdemokratische Richtung gegen die neue

stark zu machen – und das gilt analog für innergewerkschaftliche Kritik am Bündnis für Arbeit – setzt eben gemeinsame Maßstäbe der Kritik voraus.

Gerade in den entscheidenden Kontroversen um die grundlegenden Orientierungen wie »soziale Gerechtigkeit« oder »Arbeit« zeigt sich, dass die KritikerInnen der Neuen Mitte auch deren Wegbereiter sind. Die Schwierigkeit für die (linke) Linke besteht gerade darin, dass sie sich überhaupt wieder neu bestimmen muss. Also eine Art Selbst-Schöpfung ohne Feind- und Vorbild. Damit stehen wir zwar nicht am Nullpunkt, aber die Bedingungen für eine derartige Selbst-Bestimmung sind äußerst prekär. Mit der Auflösung sozialer und politischer Formationen, die als Sozialdemokratie und Kommunismus prägend für das 20. Jahrhundert waren, hat auch die linke Linke ihre konkreten, negativen wie positiven Bezugspunkte eingebüßt. Die traditionelle »Kritik des Reformismus« fällt zusammen mit einer »Kritik der Revolution«, auch wenn letztere eher verhalten geübt wird. So sehr sich die Linke in der alltäglichen Praxis finden und definieren muss: Dies geht nicht ohne eine Debatte über grundsätzliche Orientierungen. Tagespolitik und Grundsatzdebatte fallen nicht zusammen, können aber auch nicht aufeinander reduziert werden.

Zu dieser grundsätzlichen Debatte gehört die Frage, welchen Erbteil des historischen Sozialismus wir annehmen und welchen wir verweigern. Die Erbschaft des historischen Sozialismus – sowohl in sozialdemokratischer wie kommunistischer Tradition – besteht noch immer im Tausch der Freiheit gegen die Gleichheit. Im Diskurs über die »soziale Gerechtigkeit« wirkt das stark nach. Politische Strömungen wie die PDS, insbesondere aber auch die traditionelle Gewerkschaftslinke, verharren in einem Diskurs sozialer Gleichheit ohne freiheitliche Dimension – nicht zuletzt in der Kritik an New Labour und Neuer Mitte. Aber auch alle anderen werden davon eingefangen, weil die permanente Defensivposition dies offenbar nicht anders möglich macht: Verteidigung des Sozialstaates, Verteidigung tarifpolitischer Regulierung ... und so weiter. Auf Dauer wird die Linke so zur Gefangenen jener Politik, der sie widerstehen will.

Dieser grundsätzliche Aspekt ist deshalb zu betonen, weil er in der täglichen Praxis von unmittelbarer Bedeutung ist. Die gesamte Dynamik der Erosion traditioneller Sozialstaatssysteme bringt einen populären Konservatismus, also sozial reaktionäre Orientierungen, weit nach vorn und macht das autoritäre Element im traditionellen sozialdemokratischen Diskurs äußerst stark. Die Linke ist einem gefährlichen Sog zum Wohlfahrtsetatismus ausgesetzt, der sie immer weiter weg führt von der

eingreifenden Untersuchung und praktischen Suche nach real existierenden emanzipativen Bedürfnissen.

Ohne dies hier weiter ausführen zu können, will ich das an der Differenz zwischen bloß radikalisiertem Reformismus und tatsächlich radikalem Reformismus verdeutlichen: »Radikalisierter Reformismus« ist nicht mehr und nicht weniger als die traditionelle Reform-Linke im mobilisierten Zustand. Wobei sich an den grundlegenden Orientierungen nichts ändert: ein etatistisches Konzept von Vergesellschaftung, das nicht einmal mehr eine wirkliche Alternative zur kapitalistischen Vergesellschaftung enthält, sondern lediglich eine Entwicklungsvariante (staats-)kapitalistischer Regulation ist. Demgegenüber hat Joachim Hirsch mit dem etwas unglücklichen Begriff des »radikalen Reformismus« in erster Linie nicht- und antistaatliche Selbstorganisierungsprozesse gemeint, die sich als Gegenmacht auch institutionell niederschlagen bzw. absichern. Also sehr wohl »schrittweise Veränderung grundlegender Vergesellschaftungsstrukturen«, aber durch »Kampf und radikalen Bruch mit den gegebenen gesellschaftlichen und politischen Strukturen«.[3]

Bezogen auf den derzeitigen politisch-ideologischen Mainstream, der bei allen Irrungen und Wirrungen der Schröder-Regierung meines Erachtens eindeutig auf New Labour und Neue Mitte zielt, aber auch bezogen auf die schwachen Tendenzen einer sozialen Opposition gegen New Labour und Neue Mitte heißt dies: auf dem derzeitigen Hauptkampfplatz, nämlich dem Kampf um soziale BürgerInnenrechte, diese sozialen Rechte nicht nur als »unbedingte Ansprüche« zu verteidigen, sondern unmittelbar dazu überzugehen, Ansprüche konkret zu artikulieren. Und zwar nicht allein auf der Ebene sozialstaatlicher Garantien, sondern als praktische, organisierte Aneignung. Der Verlust dieser Aneignungsperspektive zugunsten einer reinen Verteilungsperspektive (egal, ob Verteilung von Arbeitszeit oder von sogenanntem Reichtum) macht die historische Schwäche der Linken aus. Das führt auch unmittelbar zurück zum Ausgangspunkt, den sozial-ökonomischen und kulturellen Umbrüchen seit den 80er Jahren. Es geht schließlich auch darum, den Kampfplatz selbst zu verschieben: nicht nur am Ort des Citoyen zu agieren, sozusagen als radikalisierte SozialstaatsbürgerInnen, sondern dort, wo der flexible Mensch jeden Tag erzeugt wird und sich selbst erzeugt, also in der »Welt der Arbeit«.

3 Joachim Hirsch: Sozialismus – oder was sonst?, in: Frank Deppe, Sabine Kebir u.a.: Eckpunkte moderner Kapitalismuskritik, Hamburg 1991, S. 20.

Man muss keine Illusionen haben, um hoffen zu können. Die Umrisse eines neuen korporativen Sozialpaktes und seiner grundsätzlichen Orientierungen im Rahmen eines nationalen Wettbewerbsstaates sind vielleicht absehbar. Aber noch kann um mehr als nur die Modalitäten gestritten werden. Also sind eine Reihe von Konflikt- und sogar Kampfsituationen zu erwarten. Deshalb hat die (linke) Linke nicht um derartige Modalitäten zu kämpfen, sondern um eine linkssozialistische, libertäre Alternative. Nach der sie freilich im Getümmel der eigenen Bewegung erst noch suchen muss.

Martin Dieckmann

(Der von Martin Dieckmann verfasste Text erschien zuerst in ak. analyse & kritik*, Nr. 431, 21.10.1999; er wurde von uns wieder abgedruckt in: Gruppe Blauer Montag (Hg.): Polder, Pölser, Sauerkraut, Hamburg 2000; siehe auch www.labournet.de//diskussion/arbeit/realpolitik/bm/index.html)*

»Kulturloser Rockerhaufen«

Aus dem Innenleben der New Economy

Tom Deutzmann ist Siebdrucker, IG-Medien-Aktivist und hat nach einer Umschulung zum »Medienoperator« in den letzten Jahren in verschiedenen Hamburger Internet-Klitschen gearbeitet. Im folgenden Interview äußert er sich zu den Arbeitsbedingungen und dem Lebensgefühl in diesen New-Economy-Firmen.

ak: *Tom, was hast du in diesen Firmen eigentlich gemacht?*

Tom Deutzmann: Nach der Umschulung bin ich von meinem vorherigen Praktikumsbetrieb als sog. Webmaster übernommen worden. Da musste ich die Server- und Netzwerkarchitektur des Betriebs warten, pflegen und weiter ausbauen. Ich war auch für User Support zuständig, d.h. wenn bei den KollegInnen Probleme mit Programmen oder den Editoren, die zum Programmieren gebraucht wurden, auftraten, dann mussten wir anrücken. Aber auch die Kunden-Server, die Websites usw. musste ich betreuen.

Wie viele Leute wart ihr in der ersten Firma?

Zu meiner Praktikumszeit waren wir einschließlich zweier Chefs elf Leute. Als ich da ein Jahr später aufgehört habe, waren wir 37. Also in einem Jahr hat sich die Beschäftigtenzahl mehr als verdreifacht.

Und wie viel habt Ihr verdient?

Ein Anfänger in der Programmierung bekam in der Zeit ein Einstiegsgehalt von ca. 4.500 DM brutto, bei den Grafikern weiß ich das nicht so genau, die verdienten aber deutlich weniger. Im Rahmen der Standard-Sklavenverträge waren Überstunden mit diesem Gehalt abgegolten. Sie wurden natürlich gemacht. Wochenendzuschläge usw. gab und gibt es nicht.

Wie sah es mit Urlaub und Urlaubsgeld aus?

Urlaubsgeld gab es gar nicht. Wir hatten 25 Tage Urlaub. Real hat man meist Probleme gehabt, diesen Urlaub überhaupt zu nehmen. Nicht, dass

es so was wie eine Urlaubssperre oder andere Anordnungen von oben gegeben hätte. Das war eher ein eigenverantwortliches Problem, durch die hohe Identifikation mit den jeweiligen Projekten. Die KollegInnen haben schlicht auf ihren Urlaub verzichtet, auch wenn das nie so ausgesprochen wurde. Es ist einfach so passiert, man fühlte sich sehr unabkömmlich.

Wie lange habt ihr durchschnittlich gearbeitet?

Zu Projekthochzeiten immer mehr als 50 bis 60 Stunden in der Woche, durchschnittlich. Das war auch nicht fremdverordnet, das war eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Hingegen gab es keine wirkliche Wochenendarbeit. Wenn dann nur als Ausnahme, bei KollegInnen, die mal in Ruhe was machen wollten.

Solche Arbeitsbedingungen und Belastungen hält man ja nur durch, wenn man keine privaten oder sonstigen Verpflichtungen hat. Was sind das für Leute, die dort arbeiten? Jung, dynamisch, ohne Beziehung, ohne Familie?

Na ja, so würde ich das nicht formulieren, das hebt so auf den »Ego-Tripper« ab. Das waren sie nicht. Es waren fast alles Quer-Einsteiger, zumindest im Programmier- und Publishing-Bereich. Quer-Einsteiger aus anderen Berufen, Aussteiger aus anderen Berufen, die sich privat, aus Neugier, Kenntnisse angeeignet hatten. In der Beziehung ist die Branche ziemlich gnädig. Man braucht nicht allzu viel Zettel und Scheine, um zumindest versuchsweise vom Unternehmen übernommen zu werden. Es waren durch die Bank weg Singles. Wenn's Beziehungen gab, waren die meist innerhalb des Unternehmens oder aber innerhalb der Branche. Bis auf eine ganz späte Ausnahme hatte niemand Familie. Vom Alter her waren wir Mitte 20 bis Mitte 30. Die Geschäftsführer bewegten sich auch in dem Alter. Der älteste Kollege war 37. Das war der später dazugekommene »Papa«.

Du hattest vorhin von »Identifizierung« gesprochen. Womit haben sich die Leute identifiziert?

Am Anfang war es eine hochgradige Identifikation mit dem Betrieb bzw. mit dem, was man da als Betrieb empfunden hat: die leichte Struktur, die flachen Hierarchien, dieses Gefühl »Ich bin dabei«.

Die Hierarchien waren tatsächlich flach?

Ja. Die Bosse waren alles Leute, die vor ihren eigenen Monitoren saßen und das Gleiche abprogrammiert haben wie man selbst. Das waren ja keine »gelernten Bosse«. Die kamen vom Fach, hatten eine verschrobene Idee und wollten was machen. Anfänglich war der Zusammenhalt sehr gut, man hat auch privat einiges zusammen gemacht, gemeinsam essen gegangen, an den Elbstrand oder ins Kino. Das hat sich dann mit dem Wachsen des Unternehmens, mit Zieldefinitionen und Umsatzvorgaben massiv gewandelt. Bei den Beschäftigten war die Reaktion auf diese Umwandlung je nach Person sehr unterschiedlich. Einige haben sich in einen Dienst nach Vorschrift zurückgezogen, als sie bemerkt haben, dass sie nicht das bekommen, was sie erwartet haben – egal ob berechtigt oder nicht, egal ob Geld oder Anerkennung.

Teilweise wird die enorme Fluktuation ja auch als Ausdruck von Unzufriedenheit diskutiert. Oder ist das eher Ausdruck eines Bedürfnisses, immer bei der schicksten und angesagtesten Firma zu sein?

Beide Faktoren sind wichtig. Es ist eine Binsenweisheit bei uns, dass ich morgen gnadenlos veraltet bin, auch wenn ich heute noch so gut und unersetzlich bin. Wenn man stehen bleibt, ist man nach einem Jahr zwar noch im Rennen, nach zwei Jahren kriegst du Probleme, und nach drei Jahren bist du draußen. Das heißt nicht, dass du gefeuert wirst, aber du kommst nicht mehr an neuere Projekte ran. Du gerätst in der Produktionskette immer mehr an die Hiwi-Arbeiten. Das führt häufig dazu, dass Leute zu Firmen wechseln, die neuere Sachen machen, einfach um da was von mitzukriegen. Einige hatten auf Grund ihres Know-hows auch ein ausgeprägtes Selbstwertgefühl. Das bezog sich gar nicht so sehr auf einen finanziellen Ausgleich, sondern auf einen Anspruch auf Anerkennung, in Bezug auf die Einordnung in Strukturen, aber vor allem darauf, dass »man gehört wird«, wenn Projekte geplant werden etc. Dass man einfach als Kapazität wahrgenommen wird und ein bisschen gebauchpinselt wird. Und wenn Leute in dieser Hinsicht unzufrieden waren, sind sie auch gegangen.

Was nervt eigentlich die Beschäftigten in diesen Buden?

Sie sind massenhaft genervt. Aber je nach Firma und je nach Bereich innerhalb der Firma ist das sehr unterschiedlich. Ein großes Problem ist es, diese Sachen öffentlich anzusprechen, weil man sofort als »Nestbeschmutzer« dasteht, und zwar nicht nur im eigenen Laden sondern in

der ganzen Branche. Kritik ist Miesmachen von Loosern oder Schlappis, die's nicht gebacken kriegen. Hinter vorgehaltener Hand sind ein großes Thema die Stundenlöhne und die Angst ums eigene Know-how, also der ganze Weiterbildungsbereich. Stundenlohn ist dabei eher als zusammenfassendes Schlagwort gemeint für den Zusammenhang von Arbeitszeit und Geld. Viele meinen, mit 6.000 Mark hätten sie viel Geld, aber bei den geleisteten Stunden ist das ein Witz. Und wenn man sich das ausrechnet und mal durch 60 Wochenstunden teilt, dann merkt man, dass man für das Geld auch Zeitungen austragen könnte und dabei mehr Freizeit hätte. In dem Moment, wo die Leute sich das klarmachen, ist die innere Kündigung meistens schon vollzogen, und die Leute sind bald in einem anderen Laden.

Wie wird eigentlich in der Branche bezahlt? Man hört ja viel von den berühmten Stock Options ...

Inzwischen ist alles möglich. Es gibt die Version Basisgehalt und aus. Vor allem am Anfang war das so, höchstens vielleicht noch Prämien nach Nase, wenn's denn Prämien gab, etwa bei bestimmten Projekten. Es gibt auch Betriebe, etwa die online-nahen Verlage, Ausgründungen von wohlstrukturierten Betrieben, die meist auch noch im Umkreis von Tarifverträgen rumdümpeln, da gibt es Überstundenregelungen, 13. Monatsgehalt, Urlaubsregelungen etc. Es gibt Betriebe, die zahlen Basisgehalt und Erfolgsbeteiligung. Diese Erfolgsbeteiligung ist teilweise sehr speziell ausgetüftelt. Es gibt die Stock Options, aber auch das sogenannte Home-Office, nicht als aufgezwungene Sache, sondern als Angebot, sich den privaten Internet-Provider zu sparen. Man surft dann privat über das Unternehmen, obwohl man zu Hause sitzt. Es wird ja auch alles völlig individuell verhandelt. Die Standard-Verhandlungssituation, wenn ich in einen Job möchte, sieht so aus, dass einer der Bosse da sitzt, der Projektleiter, der Bedarf angemeldet hat, und meine Wenigkeit.

Wird unter den Kollegen in irgendeiner Weise über Geld, Entlohnung, Arbeitsbedingungen gesprochen? Gab es also – wie informell auch immer – so etwas wie einen kollektiven Umgang mit Bezahlung, Arbeitszeit ...?

Das war abhängig von der jeweiligen persönlichen Chemie unter den Leuten. In unterschiedlicher Stärke gab es da schon Gespräche auch über so was. Massiv vorhanden war aber die Haltung »Über Geld spricht man nicht«. Es gibt mittlerweile eine Klausel in den meisten Arbeitsverträgen,

dass über das Gehalt und sonstiges im Inhalt des Vertrages Stillschweigen gewahrt wird. Gut, das muss einen Beschäftigten nicht interessieren. Mittlerweile steigt mit der Erfahrung wohl auch das Selbstbewusstsein der Leute. Ich rede jetzt nicht mehr von Neueinsteigern, sondern von Leuten, die schon länger dabei sind.

Nehmen wir mal einen Projektleiter in der New Economy. Würde der nicht etwa bei IBM viel mehr verdienen?

Definitiv. Jeder Branchenwechsel bei Beibehaltung des Know-hows zahlt sich deutlich aus. Der berühmte Fachkräftemangel etwa bezieht sich ja auf ganz wenige Spezialkenntnisse. Wenn man es schafft, sich damit in einer Bank oder einer Versicherung zu etablieren, ist das erstens schlau, denn man kommt aus dieser wahnsinnigen Branche raus. Und zweitens ist das auch Geld wert. Was allerdings dann fehlt, ist dieser Branchennimbus. Es ist nicht mehr schick.

Was ist eigentlich die Perspektive derjenigen, die in dieser Branche arbeiten?

Ganz unterschiedlich. Einige träumen von ihrer eigenen kleinen Bude, meist nur eine Produktionseinheit ohne Kundenkontakt, denn Kunden nerven. Andere versuchen möglichst schnell möglichst hoch in der Unternehmenshierarchie zu kommen, also in die Projektleitung. Wieder andere machen sich überhaupt keine Gedanken. In der Tat ist diese Branche ja ein Teil des eigenen Lebensgefühls. In Szenebars wie der »Bar Rossi« dreht sich alles irgendwie um das Thema Job und Branche. Wer da verkehrt, erhofft sich natürlich auch viele Mitnahmeeffekte, »ich kenn da einen, der einen kennt« und dieser ganze Hype. Und man wird einfach wahrgenommen, man ist dabei.

Spielt diese informelle Kontaktbörse eine große Rolle?

Ja. Der informelle Arbeitsmarkt spielt eine wesentlich größere Rolle als der formelle Arbeitsmarkt, zumindest in den Online-Buden.

Mit der Fluktuation von Beschäftigten fluktuiert auch Know-how. Wie versuchen die Internet-Buden dieses Know-how zu binden?

Das ist ein riesiges Problem. T-Online beispielsweise räumt zurzeit den Markt ab. Die nehmen alle, die sie kriegen können, und das bringt die

Buden an die Grenze. Es wird viel versucht, um die Leute zu halten. Die Entwicklung der Stocks spielt hier eine Rolle.

Was ist an T-Online so attraktiv?

Na ja, die haben hier Headhunter angesetzt und alles, was sie kriegen konnten, in Einzelgespräche gezogen. Es wurden dann ganz individuelle Lösungen ausgedealt, die auf ganz individuelle Bedürfnisse eingegangen sind. Und da gibt es völlig unterschiedliche Motive. Bei mir würde z.B. eine große Rolle spielen, dass es da so was wie eine Interessensvertretungsstruktur gibt. Ähnliches kann bei verlagsnahen Online-Buden eine Rolle spielen. Wenn jemand in solchen Unternehmen gelandet ist und registriert, dass das geregelte Bereiche sind, dann wird das durchaus als sehr angenehm empfunden. Ich weiß, dass es in den Buden einen großen Bedarf an Regulierung der Überstunden und an Weiterbildungszeiten gibt. Was auf gar keinen Fall reguliert werden soll, ist der Zugang zu der Branche. Alle haben die Erfahrung gemacht, dass das die Chance war, überhaupt an einen bezahlten Job zu kommen. Und dann muss man die Gehälter mal relativieren. Wo bekommt man denn als Branchenfremder ohne Zettel in relativ kurzer Zeit als Programmierer 4.500 DM? Klar den Grafikern geht's weitaus beschissener, aber das ist schon hervorzuheben an dieser Branche.

Die New Economy gilt als Zukunftsbranche. Da sitzen die modernen Menschen, da wird modern gearbeitet. Aber kann diese Branche tatsächlich gesellschaftliche Vorbildfunktion in Sachen Arbeitsstile, Arbeitsbeziehungen, Arbeitsbedingungen haben?

Nach meiner Meinung kriegt diese Branche ganz massiv eine Leitfunktion. Es wird Politik mit uns gemacht, mit der ganzen Branche, obwohl sie objektiv so popelig ist, gemessen an dem tatsächlichen Mehrwert, der hier produziert wird. Die hier herrschenden Arbeitsstile werden sich natürlich nicht durchsetzen, aber es wird sehr vieles in die Old Economy eingehen. Etwa wenn die Arbeitsämter jetzt von den Erwerbslosen eine breite Fähigkeit und Willigkeit verlangen, sich eigeninitiativ und auch selbstfinanziert weiterzubilden. In dieser Hinsicht wird die Branche zur Deregulierung auch anderer Bereiche beitragen. Da darf man sich nichts vormachen. Wenn EMS (Electronic Media Sales) bei Gruner & Jahr etwa Leute aus den Internet-Buden absaugt, dann bleibt das in der Unternehmenskultur, in der Schlagzahl, in der Art des Arbeitens für die alten EMS-

ler ja nicht ohne Folgen, dass da plötzlich irgendwelche Rowdies kommen, die auch mal die Nacht durcharbeiten. Jedes Management hat dann die Möglichkeit zu sagen, wieso kann der das eigentlich und du nicht? Und die KollegInnen untereinander ja auch. Wir sind ja hochgradig unsolidarisch untereinander.

Wie meinst du das?

Erst mal sind das einfach diese unreflektierten Egoismen, dass man beispielsweise wie selbstverständlich erwartet, dass die Schlagzahl, die man selber vorgibt, von allen gehalten wird.

Also kein Blick für die Schwächeren ...

Überhaupt nicht. In Bezug auf die Arbeitsleistung wird unheimlich Druck gemacht: »Wieso brauchst du eigentlich sechs Stunden für den Code? Wir frühstücken den in vier ab. Sie mal zu, dass das ein bisschen schneller geht. Wir haben keine Zeit, denn der Auftragseingang stapelt sich.« Der Druck der Neuaufträge ist für die einzelnen ja eigentlich der einzige Grund, effektiver zu sein. Und der steigt kontinuierlich, zumindest in der Wahrnehmung. Was ich zusätzlich als besonders brutal empfinde, ist der Umgang mit Leuten, die irgendwie anders sind, die nicht mitmachen. Etwa Leute, die sich die Freizeit zu ihrer Privatzeit machen und nicht mit ins Kino gehen. Am Anfang wird das noch thematisiert, aber danach ist man ausgegrenzt.

Wie werden die Arbeitszeit und die Verausgabung der Arbeitskraft in diesen kleinen Klitschen kontrolliert?

In den Klitschen, die ich kenne, wird gar nicht kontrolliert. Es wird wahrgenommen, wenn es »Befindlichkeitsstörungen« gibt, etwa das Beispiel der Kollegin, die abends bis 23 Uhr in der Firma gesessen hat und dann am anderen Morgen selbstbestimmt und selbstverständlich drei Stunden später gekommen ist. Sie wurde sofort angewiesen, spätestens um zehn Uhr zu erscheinen. Der wurde sofort gezeigt, dass das nicht selbstverständlich ist.

Wird bei den Home Offices nicht registriert, wer von zu Hause aus für die Firma weiterarbeitet und wer nicht?

Es kann registriert werden. In dem Bereich, wo wir rumhühnern, ist das Ganze sehr intransparent, es gibt auch keine entsprechenden Betriebsvereinbarungen. Man weiß nur, dass es jederzeit möglich wäre, in diesem Bewusstsein bewegt sich alles. Das ist aber auch gar nicht das Problem. Kaum eine/r der KollegInnen wird befürchten, dass ihm nachgewiesen wird, dass er zu wenig arbeitet. Das machen die eher untereinander. Wenn einer aus dem Team den Eindruck hat, er arbeitet mehr als die anderen, obwohl er den gleichen Status hat und mutmaßlich auch das gleiche Geld kriegt, dann wird das schon zum Thema gemacht. Da werden Seilschaften gegründet, Bündnisse gesucht und die »Bremser« schon identifiziert und als solche dann auch bezeichnet. Leute, die zu viele Überstunden machen, werden unter Kollegen dann auch schon mal als ineffektiv bezeichnet. Ab einer gewissen Zahl von Überstunden ist das nur ein Zeichen deiner Unfähigkeit.

Das erinnert mich an die Glißmann-Diskussion[1] *mit dem »Unternehmer im eigenen Kopf« ...*

Ja, ganz genau. Das spielt ganz massiv eine Rolle. Nicht so theatralisch wie Glißmann das bei IBM darstellt. Im Gegensatz dazu sind wir »kulturlos«, die www-Buden sind Rockerhaufen. Die Kultur dort bestimmt sich aus dem momentanen Gemisch der just dort arbeitenden Leute und kann morgen schon eine ganz andere sein, wenn zwei gegangen sind und zwei oder vier neue gekommen sind. Was aber im Sinne von Glißmann auf jeden Fall zutrifft, ist dieses Motto »Macht was ihr wollt, aber seid effektiv«.

(Dieses Interview erschien zuerst in ak. analyse & kritik*, Nr 446, 18.1.2001.)*

1 Wilfried Glißmann ist Betriebsrat bei IBM. Die Abschaffung der Stempeluhr bei IBM hat eine breite innergewerkschaftliche Diskussion um »Vertrauensarbeitszeit« und die veränderten unternehmerischen Kontrollstrategien und die Maßlosigkeit der Arbeit ausgelöst (vgl. *ak* 431).

Arbeitskraftunternehmer, Ich-AG und »aktivierender Sozialstaat«

Die neuen Hierarchien des Arbeitsmarktes

Die von Michael Hardt und Antonio Negri (H/N) in *Empire* verwendeten Kategorien sind schillernd, von zugegebenermaßen oft großer assoziativer und suggestiver Kraft, aber oft ebenso ungenau wie voluntaristisch. Dies gilt auch für die Fragen nach dem Widerstand gegen die Arbeit und nach den Reformen der Arbeitsorganisation. Hier stehen »biopolitische Kontrolle« und Herrschaft sowie eine Befreiungssubjektivität der »immateriellen Arbeit« unvermittelt nebeneinander (Hardt/Negri 2002, u.a. 72ff).[1] Während die biopolitische Kontrolle einerseits totale Züge annimmt, wird andererseits eine ungebrochene, gewissermaßen »reine« Subjektivität der Befreiung behauptet. Die aktuelle historische Konstellation, die Neudefinition der Arbeitsteilung, technische Umwälzungen, neue Anforderungen im Arbeitsprozess – all dies berührt diese Subjektivität nur von außen, durchdringt sie aber nicht: »Die Kraft der lebendigen Arbeit, ihr ruheloses Aktivsein, ihr deterritorialisierendes Verlangen öffnet im Prozess des Bruchs die Fenster der Geschichte« (65). Wie dieses »Verlangen« (ebd.) der lebendigen Arbeit mit Formen der Unterwerfung in Gestalt einer Entgrenzung der Arbeit konkret zusammenhängt, wird nicht diskutiert, denn die Kategorie der Vermittlung hat aus H/Ns Sicht heute jede Bedeutung eingebüßt. In der Konsequenz kann das »virtuelle Zentrum des Empire« (71) nunmehr unmittelbar konfrontiert werden: »Je weiter das Kapital seine globalen Produktions- und Kontrollnetzwerke ausdehnt, desto mächtiger kann jeder einzelne Punkt der Revolte werden« (ebd.). Kapital wird von einem gesellschaftlichen Verhältnis, das durch die Auseinandersetzung zwischen antagonistischen Kräften organisiert wird, zu einer »parasitären« Fessel, die die »befreite Subjektivität« nur noch zu sprengen habe (vgl. kritisch Nowak 2002).

Im Gegensatz zu solchen Vorstellungen bilden vier Thesen den Ausgangspunkt unserer Überlegungen:

1. Es gibt keine reine Subjektivität. Die Qualität von Subjektivität kann *einerseits* in der Abwesenheit von Unterwerfung bestehen: Das Subjekt ist dann »ein Zentrum der Initiative, das Urheber und Verantwortlicher seiner Handlungen« ist (Althusser 1977, 148). In Teilen der politischen Linken wurde und wird diese Qualität als zentrale

1 Zum Konzept der immateriellen Arbeit auch Atzert 1998.

Voraussetzung emanzipatorischen Handelns angesehen. *Andererseits* ist Subjektivität ein Moment von Herrschaft: Das Subjekt hat in dieser Hinsicht »keine andere Freiheit (...) als die der freiwilligen Anerkennung seiner Unterwerfung« (ebd.). Eine Schwierigkeit ist, dass die zwei Bedeutungen von Subjektivität sich kaum voneinander trennen lassen: Definitionen emanzipatorischen Handelns können von daher immer nur vorläufig sein. Uns ist es deshalb wichtig, die Kämpfe um die Verwertung der lebendigen Arbeit zu analysieren, innerhalb derer die zusammengesetzte Subjektivität immer wieder neu produziert wird.

2. Die Strategien, die *aktuell* die Herrschaft über die lebendige Arbeit sichern sollen, sind Ausdruck einer anhaltenden Dynamisierung und räumlichen Ausdehnung des Verwertungsprozesses. Sozialtechniken, die in diesem Zusammenhang eingeführt werden – von der »Gruppenarbeit« bis zur »indirekten Steuerung« –, legitimieren sich häufig durch das Versprechen einer Befreiung von Zwängen, sind jedoch funktional an die schnelle Reaktion auf neue Marktbedingungen, d.h. an die »passgenaue« Realisierung des Mehrwertes gebunden. Die Etablierung von »Arbeitskraftunternehmern« ist jedoch keineswegs bereits überall durchgesetzte gesellschaftliche Realität. Eher als von einem neuen Arbeitsregime wäre daher von Projekten zu reden, die die Entgrenzung der Lohnarbeit regeln sollen.
3. Der Prozess der ökonomischen und politischen Neuzusammensetzung der Lohnarbeit ist prinzipiell offen. Seine eine Seite ist die Aufrechterhaltung und Verfestigung der Spaltung der Lohnarbeit, die zu den systematischen Voraussetzungen der Kapitalakkumulation gehört. Die andere Seite ist die mögliche und real immer wieder praktizierte Aufhebung dieser Spaltung, die durch kollektive Erinnerungen an erworbene soziale Ansprüche und neue Formen der Solidarität zwischen den verschiedenen Gruppen der Beschäftigten vermittelt ist. Dabei ist der Prozess der Neuzusammensetzung weder auf die traditionelle Industriearbeit noch auf neu entstandene Arbeit im IT-Sektor begrenzt. Er findet überall statt, hat spezifische Ausformungen, aber keinen privilegierten Ort. Die Entwicklung einer neuen dominanten Figur ist nicht in Sicht.[2]

2 Die Bestimmung einer solchen dominanten Figur ist immer problematisch, auch in Bezug auf ein »fordistisches Arbeitsregime«. Welche Merkmale dieses Regimes sind typisch, welche nicht? Wie bezieht sich die Analyse dabei auf jeweils historisch-konkrete Herrschaftsformen, die »fordistische« Merkmale tragen? Immerhin weisen in

4. Eine Untersuchung der Veränderungen der Art und Weise, wie Arbeitskraft verausgabt wird, bleibt unvollständig, wenn die (sozial-)staatliche Regulierung der Reproduktion der Ware Arbeitskraft nicht mit betrachtet wird. Wir interpretieren auch den Formwandel des Sozialstaates zum »aktivierenden Sozialstaat« der Gegenwart als Versuch, sogenannte Blockaden, Rigiditäten und Inflexibilitäten auf Seiten der lebendigen Arbeit zu brechen. Der aktivierende Sozialstaat zielt auf umfassend flexibilisierte Individuen und verallgemeinert die Leitfigur des sich selbst verwertenden »Arbeitskraftunternehmers« auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene. Insofern sich aber das Ideal vom flexiblen Menschen an der Realität bricht, gerät die sozialstaatliche Aktivierung zu einem Gewaltakt. Die sozialstaatliche Regulierung der Reproduktion der Ware Arbeitskraft verläuft mehr denn je in Formen der direkten Kontrolle und des direkten Zwangs.

1. Autonomie und »tayloristische« Sozialtechnik

Gülay Toksöz hat 1991 Interviews mit Frauen aus der Türkei und Jugoslawien veröffentlicht, die in zwei Berliner Metallbetrieben überwiegend im Einzel- oder Gruppenakkord am Fließband arbeiteten (Toksöz 1991). Die Texte zeigen die Auseinandersetzung um Freiräume, die freiwillige Unterordnung sowie die direkte Konfrontation mit betrieblichen Vorgesetzten sehr anschaulich. Die Frauen beschreiben, wie sie in der Arbeitsmigration eine Verbesserung der eigenen materiellen Lage und eine größere Unabhängigkeit suchen. In der Bundesrepublik angekommen, verengt sich diese Perspektive auf Beschäftigungschancen in einem sehr beschränkten Bereich von körperlich anstrengender und vergleichsweise schlecht bezahlter Arbeit. Aber auch gegenüber der »Fabrikdespotie« finden die Frauen zu Formen der Solidarität. Dabei werden Kontakte innerhalb der Community ebenso genutzt wie die Rechte, die sich aus Tarifverträgen ergeben. Letztere wie z.B. Urlaub, Bandpausen oder gewerkschaftliche Rechte müssen allerdings immer wieder neu erkämpft werden. Toksöz nennt eine ganze Reihe von Beispielen, in denen deutlich wird, dass die Aufspaltung in verschiedene ArbeiterInnengruppen (deutsche Vorarbeiter, migrantische Bandarbeiterinnen usw.) funktioniert. Gleichzeitig zeigen die Interviews, wie diese Spaltung immer wieder

Deutschland unterschiedliche Gesellschaftsordnungen, vom Nationalsozialismus bis zum Wohlfahrtsstaat der 1960er Jahre, wenn auch unterschiedlich verteilt, Züge fordistischer Arbeitsregimes auf; vgl. zur Kritik der Regulationsschule Bonefeld/Holloway 1991.

durch solidarisches Verhalten und individuelle Resistenz durchbrochen wird: langsam arbeiten, für andere einspringen und – vor allem – in der Produktion erworbenes Wissen für den Abbau der Arbeitshetze nutzen.[3]

Obwohl das Buch von Toksöz keine »hegemoniale Arbeitsform«, sondern die Perspektive einer im wissenschaftlichen Diskurs stark vernachlässigten Gruppe von Arbeiterinnen beschreibt[4], trägt es Wichtiges zur Debatte über tayloristische Arbeitsformen bei, indem es ein Beispiel dafür liefert, dass es auch bei repetitiver Fließbandarbeit keine vollständige Unterwerfung der Arbeitskraft gab. Die Arbeitswissenschaft reagierte auf diesen Umstand mit einer doppelten Formalisierung der Arbeitsbeziehungen: Einerseits versuchte man, die Beschäftigten einer rigiden formalen *Kontrolle* zu unterwerfen, da sie »von Natur aus« nicht bereit seien, die verlangte Arbeitsleistung zu erbringen (vgl. Wompel 2000). Andererseits setzte man auf *Normierung*, d.h. auf »objektive« und »gerechte« Formen der Arbeitsbewertung. Die Formalisierung und Verwissenschaftlichung der Arbeitsbeziehungen zielte dabei zentral auf eine freiwillige Unterwerfung ab. Die Botschaft war, dass es einen individualisierten, aber gleichzeitig objektiven Maßstab für Arbeitsleistungen gebe. Im Idealfall sollte eine individualisierte Leistungsmessung mit kollektiver Akzeptanz einhergehen und damit die Segmentierung der unterschiedlichen ArbeiterInnengruppen absichern. Die Erkenntnisse der Arbeitswissenschaft wurden als Grundlage für Tarifvereinbarungen von den Gewerkschaften ganz überwiegend akzeptiert, seit den 1970er Jahren zunehmend auch mitgestaltet.[5] Dennoch blieben die Kriterien der Leistungsbemessung im betrieblichen Alltag immer umkämpft. Jede technische Neuerung führte zu einer neuen Auseinandersetzung um die angeblich »objektiven« Akkordsätze. Häufig verteidigten die Beschäftigten den »alten« Akkord dabei als ihre Errungenschaft, manchmal traten sie sogar für Akkord- statt Zeitlöhne ein.[6]

Dies war keineswegs einfach reaktionär. Es ist wichtig, den Doppelcharakter von Forderungen nach alten Akkordsätzen zu betonen. Die

3 Solche zunächst scheinbar unpolitischen Formen der alltäglichen Aneignung müssen als Voraussetzung für die Artikulation von kollektiven Forderungen gesehen werden. Der Zusammenhang zeigte sich z.B. während der »Gastarbeiterstreiks«» der frühen 1970er Jahre; vgl. Hildebrandt/Olle 1975.

4 Zur aktuellen Diskussion über die Geschichte der Arbeitsmigration in die BRD vgl. Bojadzijev 2002.

5 Vgl. u.a. die Diskussion um den Lohnrahmentarif II in Schiller-Dickhut 1987.

6 In der Literatur über die Streikbewegungen von 1967 bis 1973 in Europa finden sich zahllose Beispiele für solche Kämpfe, vgl. Albers/Goldschmidt/Oehlke 1971.

moralische Ökonomie der Lohnarbeit konnte sich gerade auf der Grundlage entwickeln, dass es ein Arbeitsregime im Sinne einer restlosen Vereinheitlichung der Arbeitsorganisation niemals gab (vgl. Thompson 1980). So stand die handwerkliche Arbeit neben dem modernen industriellen Facharbeiter und diese neben der »Massenarbeiterin« der Fließproduktion, oft in einer Branche oder sogar einem einzigen Betrieb. Was einerseits Grundlage der Aufspaltung der Belegschaften nach geschlechtsspezifischen, ethnischen und altersmäßigen Kriterien war, konnte andererseits Ausgangspunkt der Rebellion werden. Denn mit der Ungleichzeitigkeit der Arbeitsformen blieb auch die Erinnerung an soziale Ansprüche erhalten, die man sich einmal erworben zu haben glaubte. Und schließlich trugen auch die Hoffnungen und Erwartungen, die mit der Mobilität der Arbeitskraft verbunden waren, dazu bei, dass die permanente kapitalistische Reform notwendig wurde – und immer wieder scheiterte.

2. Entgrenzung der Lohnarbeit und neue Kontrolltechniken

An einigen mittlerweile zum Museum oder zu Büros umgewandelten ehemaligen Fabrikgebäuden gab es aufgemalte Uhren, die den Arbeitsbeginn anzeigten, um an die Bedeutung der Pünktlichkeit zu erinnern. Die Werkssirene markierte Arbeitsbeginn und -ende sowie die kollektiven Pausen. Das Werkstor signalisierte den Übergang von der »öffentlichen« in die »betriebliche« Sphäre. Heute sind Gemälde und Sirenen überflüssig, ja sogar hinderlich. Die Arbeitszeiten sind flüssig geworden: Der feste Arbeitsbeginn wurde zuerst abgeschafft. Dann wurden »Zeitkonten« eingerichtet, die die Länge des Arbeitstages dehnbar machten. Schließlich wurde in einigen Sektoren die Arbeitszeit von der Auftragslage abhängig gemacht, d.h. an den Zyklus der Realisierung der Waren am Markt angebunden.

Das alte Werkstor, das in seiner ordnungweisenden Funktion den Eingängen von Krankenhäusern, Gefängnissen usw. ähnelte, verlor seine Bedeutung. Mit der Flexibilisierung hat auch die Art des Eintrittes in die Sphäre der Produktion ein neues Gesicht bekommen. Der Ort, der diesen Übergang früher markierte, ist zugleich aufgegeben und vervielfältigt worden. In vielen Sektoren haben sich neue Formen der Heimarbeit etabliert, beispielsweise bei der Texterfassung am Computer. Gleichzeitig wurde ein weiterer Teil der Reproduktionsarbeit in Wert gesetzt, wie der Boom bei der Beschäftigung privater Haushaltshilfen zeigt: überall Vermischung von Produktion und Reproduktion, überall neue Grenzen

zwischen »Arbeitgeber« und »Arbeitnehmer«.[7] In den industriellen Kernbereichen hat die Auslagerung betrieblicher Funktionen an Fremdfirmen das Verhältnis zwischen Innen und Außen der Fabrik neu definiert. Es entstand eine Hierarchie von Unternehmen, ein neues Verhältnis zwischen Firmenzentrale und Peripherie. Gleichzeitig sank die Fertigungstiefe der Betriebe, von denen aus die Produktionskette kontrolliert wurde. Im selben Rahmen wurden neue Grenzen *innerhalb* der Fabrik geschaffen. Die Neuordnung schaffte die Möglichkeit, einzelne Abteilungen oder sogar einzelne Beschäftigte zu virtuellen oder tatsächlichen Unternehmern zu erklären.[8] Es ist wichtig zu betonen, dass ein Teil der Erklärung für die Ablösung linearer Fertigung durch Gruppenarbeit in der Inwertsetzung der Arbeitsbeziehungen innerhalb der Betriebe zu suchen ist.[9] Die »fraktale Fabrik« machte schließlich auch eine Neuordnung der *Bewegungen* innerhalb des Betriebes und damit eine neue Form der *Kontrolle* notwendig: Wo früher bestimmte Zonen durch Verbotsschilder abgegrenzt worden waren, werden nunmehr zunehmend individualisierte Schlüssel in Form von Chipkarten vergeben. Diese machen es *möglich*, die Bewegungen der isolierten Produzenten in größter Genauigkeit aufzuzeichnen. Meistens reduziert sich die Kontrolle der Arbeitsprozesse jedoch auf Maßnahmen wie die Überwachung des Intra- und Internets oder die Aufstellung von Kameras in »sensiblen« Bereichen. Gleichzeitig wurden Teile des Betriebes als Schaufenster für die Blicke der Kunden geöffnet. Während früher Abschirmung vor der Öffentlichkeit als bestes Mittel zur Sicherung vor Werksspionage etc. galt, geht die Tendenz heute zur Show der gläsernen Fabrik.[10] Sinn machen diese Mechanismen u.a.

7 Die massenhafte Beschäftigung von oft illegalisierten MigrantInnen im Reinigungs- und im privaten Haushaltsgewerbe stellt in der Tat eine neue »Unterschichtung« des Arbeitsmarktes dar: »In privaten Haushalten sind derzeit lediglich 35.000 Personen regulär angestellt und 732.000 Personen geringfügig beschäftigt. Nach Schätzungen ist aber davon auszugehen, dass 2,5 Millionen bundesdeutsche Haushalte regelmäßig und 1,4 Millionen gelegentlich eine Putzhilfe in Anspruch nehmen« (Heubach 2002; dort auch zu den Arbeitsbedingungen in diesem Sektor).

8 Marx beschreibt solche Arbeitsformen allerdings schon in der zweiten Hälfte des vorletzten Jahrhunderts. Das, was in Bd. 1 des *Kapital* als Sweating-System beschrieben wurde, wird heute etwas milder als Franchising oder Subcontracting bezeichnet. Das Ergebnis bleibt das gleiche: »Die Exploitation der Arbeiter durch das Kapital verwirklicht sich hier vermittelst der Exploitation des Arbeiters durch den Arbeiter« (Marx 1867, 574ff, 577).

9 Der »ganzheitliche« Charakter der Gruppenarbeit soll die Illusion vermitteln, dass gemeinsam ein Produkt hergestellt (und verkauft) wird. Zur Geschichte der Gruppenarbeit in der Automobilindustrie vgl. u.a. Berggren 1995.

10 Ein Beispiel für diese Entwicklung ist die »gläserne Fabrik« von VW in Dresden, wo Automobilarbeiter unter der Observation der illustren Käufer der von ihnen produzierten Luxusautos arbeiten, vgl. Honningfort 2001.

dann, wenn man sie, ähnlich wie die gemalte Uhr an der Fabrik des 19. Jahrhunderts, als Teile einer symbolischen Ordnung sieht. Wichtig ist, dass den Produzenten die Anwesenheit der Kontrolltechniken in das Unterbewusstsein eingeht. Eine »objektive Verhaltenskontrolle« wird durch die Einrichtung der Kontrollmechanismen zwar erleichtert, nach wie vor gilt die Hauptsorge jedoch der freiwilligen Unterwerfung.

Die neue Form der Überwachung der Arbeit ist komplementär zu den Techniken des Selbst, die eine Entgrenzung der Arbeitszeiten gewährleisten sollen. Der mechanische Zusammenhang von Reiz und Reaktion wird abgelöst und es kommt zu einem unmittelbaren Engagement der Produzenten in ihrem eigenen Interesse, das scheinbar mit dem der Realisierung des Wertes der produzierten Waren auf dem Markt übereinstimmt. Glißmann und andere haben in diesem Zusammenhang von einer Umwandlung des direkten Kommandos über die Lohnarbeit in eine »indirekte Steuerung« gesprochen. Während Vorgesetzte früher ein als äußerlich wahrnehmbares Hierarchieverhältnis verkörperten, sei der Unternehmer nunmehr »in den eigenen Kopf gewandert« (Glißmann 2000, 50-81).Es ist allerdings zu betonen, dass es sich bei dem Bild vom Unternehmer im eigenen Kopf um ein *Szenario* handelt, das sich in der Realität nicht bruchlos wiederfindet.[11] Beispielsweise sind seit einiger Zeit auch in der BRD viele Firmen dazu übergegangen, Vorschriften zu erlassen, dass die Chipkarten der Mitarbeiter offen am Körper getragen werden müssen. In der unübersichtlichen Lage, die durch die Entgrenzung der Produktion entstanden ist, müssen sich die Mitarbeiter ständig als solche ausweisen können. Alle stehen in einem subtil organisierten Verdacht, potenzielle Unruhestifter zu sein. Nach dreißig Jahren öffentlicher Diskussion über »neue Unternehmenskulturen« und etlichen Feldzügen für eine »Kultur des Vertrauens« erinnert das stark an das »alte«, tayloristische Menschenbild. Auch die neuen Kontrolltechniken haben die Aufgabe, Widerständigkeit zu identifizieren. Gleichzeitig sollen Formen der freien Subjektivität in freiwillige Unterwerfung umgewandelt werden. Auch Formen der indirekten Steuerung haben wesentlich die Funktion, den Doppelcharakter der Subjektivität immer wieder zu *vermitteln*.

11 Deshalb ist es irreführend, die beschriebenen sozial-technischen Innovationen zu überzeichnen und in Anlehnung an Deleuze als Ausdruck eines bereits vollzogenen Übergangs zur »Kontrollgesellschaft« zu fassen, vgl. Hardt/Negri 2002, 37.

3. Von der schlanken Produktion zum Arbeitskraftunternehmer

Die Reformen der Arbeitsorganisation konnten und mussten an Forderungen der Beschäftigten anknüpfen. Die Diskussion um die Humanisierung der Arbeit, Versprechungen von mehr Demokratie im Arbeitsprozess usw. wurden laut, um soziale Ansprüche zu integrieren, die in den Kämpfen der frühen 1970er Jahre entstanden waren. Voraussetzung für die Reformen war zugleich, dass die Gewerkschaften lokal stark genug waren, ihre formulierten programmatischen Zielsetzungen in betriebliche Politik umzusetzen. Es ist deshalb kein Zufall, dass die Automobilindustrie zu einer Art Schaufenster der neuen Arbeitsorganisation wurde.[12] Die Fertigungsinseln, die im Rahmen der Gruppenarbeit in der Automobilindustrie beispielhaft entstanden, waren häufig mit der Einführung von »Qualitätszirkeln« verbunden, durch die eine ständige Verbesserung der Produktion erreicht werden sollte. Die Verschlankung des betrieblichen Mittelbaus war aus Sicht der Unternehmer notwendig, wenn im Rahmen der Qualitätszirkel und des Kontinuierlichen Verbesserungsprozesses (KVP) Rationalisierung in Eigenregie erreicht werden sollte. Das Prinzip der »Profitcenter« schaffte fast gleichzeitig quasi-marktförmige Beziehungen zwischen den einzelnen Abteilungen oder Gruppen der Fabrik. Die dadurch entstandene Konkurrenz reproduzierte sich außerhalb der Kernbelegschaften. Ein großer Teil der Arbeitsprozesse wurde ausgelagert, sodass eine Pyramide von Zulieferfirmen mit nach unten hin immer schlechteren und deregulierten Arbeitsbedingungen entstand.

In den letzten Jahren wird innerhalb der Gewerkschaften eine »Rückkehr zum Taylorismus« (Kempe 2000, 18ff) befürchtet, da die Unternehmer dazu übergegangen sind, sowohl alte wie neue Formen der Arbeitsorganisation flexibel zu handhaben. Gewerkschaftliche Autoren haben diese Entwicklung als Hinwendung zu »autoritären betrieblichen Organisationsformen« (ebd.) beklagt. Die Unternehmerseite konstatierte dagegen, dass eine gewisse »Standardisierung der Arbeit« (ebd.) nicht nur profitabler als das Prinzip der »Ganzheitlichkeit« (ebd.) sei, sondern sich auch sehr gut »mit der Freisetzung von Kreativitätspotenzialen« (ebd.) vereinbaren ließe. Bei DaimlerChrysler, Opel und VW wurde die Kombination verschiedener arbeitspolitischer Elemente seit Mitte der 1990er Jahre durchgesetzt. Die Entscheidungsspielräume der Gruppen sind seitdem überall auf symbolische Kompetenzen (Urlaubsregelung etc.) reduziert worden, die Verbesserung der Arbeit wird hauptsächlich unter

12 Negri und Hardt unterschätzen diese Vermittlungsfunktion der Gewerkschaften durchgehend.

dem Gesichtspunkt der Standortkonkurrenz diskutiert. Die Gruppenleiter werden nicht mehr gewählt, oder wenn, dann haben sie bestimmte betriebliche Qualifizierungsmaßnahmen zu durchlaufen und setzen sich so von den anderen KollegInnen der Gruppe ab. Gleichzeitig sind die Vorgabezeiten für die Gruppen erheblich rigider geworden, teilweise wurden extrem kurze Taktzeiten wieder eingeführt. Weniger als ein Zehntel der Betroffenen hat nach der Einführung von Gruppenarbeit die Aufhebung der alten Arbeitsteilung tatsächlich auch als Bereicherung erfahren (Wompel 2000). Für den großen Rest der Belegschaften bedeutet die allseitige Einsetzbarkeit oft eher eine Art Hypertaylorismus als ein *job-enrichment*. Die Konkurrenz innerhalb der Gruppen und damit die Ausgrenzung von Kranken und »Leistungsschwachen« hat auf Grundlage der Orientierung an »sachlichen« Zwängen des Produktionsflusses teilweise extrem zugenommen (ebd.). Gleichzeitig formiert sich eine betriebliche Ideologie, innerhalb derer die These, dass *Arbeit an sich*, unabhängig von ihrem konkreten Inhalt, Würde und Selbstachtung vermittelt, zum obersten Gebot wird.

Die Durchsetzung marktförmiger Beziehungen innerhalb der Betriebe ist heute zum Maßstab unterschiedlichster Branchen geworden.[13] Trotz dieser Angleichung gibt es jedoch keinen geraden Weg von der Gruppenarbeit in der Automobilindustrie zur Figur des Arbeitskraftunternehmers. Zwar sind Formeln wie »Projektarbeit« sowie die Umstellung von Abteilungen auf Profit-Center wichtige übergreifende Elemente der Diskussionen, sie werden im Dienstleistungssektor jedoch unter spezifischen Bedingungen umgesetzt, wie hier zunächst am Beispiel der New Economy ausgeführt werden soll. Das Gros der Betriebe, die zu diesem Sektor gezählt werden, wie Werbeagenturen, Grafikbetriebe und Online-Redaktionen waren vor dem Absturz des Jahres 2002 vielleicht Goldgruben, jedoch nicht für die Beschäftigten. Sagenhaften Gewinnen der Anteilseigner standen Arbeitsbedingungen und Löhne gegenüber, die fast immer weit unter dem gesellschaftlichen Durchschnitt lagen.[14] Die Akzeptanz von langen Arbeitszeiten, hohem Termindruck, wenig Urlaub etc. wurde durch die Hoffnung aufrechterhalten, dass innerhalb der Arbeit eine Qualifikation erlangt werden könnte, die die Einzelnen für Jobs in der

13 Für die Sozialarbeit schildert Andreas Schaarschuch einen Prozess der »Industrialisierung«, der sich mit dem Modell der neuen Steuerung verbindet, vgl. Schaarschuch 2000, 40ff. Für die Arbeit im Angestelltenbereich vgl. Glißmann 2000.

14 Zu den Arbeitsbedingungen und individuellen Verhaltensweisen von ArbeiterInnen in der Boomzeit der Internet-Klitschen vgl. *ak* 2001.

verhältnismäßig regulierten Großindustrie interessant machen könnte. Die Identifikation mit der neuen Technik und die Tatsache, dass die Betriebe am Anfang oft wie Kollektive wirkten, machten den vorläufigen Verzicht auf akzeptable Arbeitsbedingungen erträglich. Mittlerweile hat sich die Begeisterung gelegt, mit der vor einem Jahr in der Presse die Bereitschaft zur 60-Stunden-Woche gefeiert und die Gewerkschaften für überflüssig erklärt wurde. Der derzeit stattfindende Prozess einer Konsolidierung, Re-Etablierung formaler Hierarchien und fester Arbeitsbedingungen wird von einer Welle von Firmenschließungen begleitet.[15]

Im Rahmen eines Projektes der Betriebsräte von IBM hat Wilfried Glißmann die Folgen der indirekten Steuerung beschrieben, wie sie sich in stärker regulierten Großbetrieben des Dienstleistungssektors darstellen (Glißmann 2000). Die radikale Variante dieser Konzeption führt zu einer Konstellation, in der der einzelne Beschäftigte sein Produkt (oder Projekt) virtuell oder tatsächlich unmittelbar am Markt verkauft. Eine äußerliche Kontrolle der Arbeit (Stechuhren, Aufsicht durch Vorgesetzte etc.) kann unter diesen Umständen entfallen. Die Attraktion für die Beschäftigten besteht zunächst darin, dass die kontrollierende und strafende Instanz des Vorarbeiters oder Abteilungsleiters verschwindet. Damit entsteht jedoch eine Verantwortlichkeit für die Realisierung der Waren am Markt, der die abhängig Beschäftigten strukturell nicht gerecht werden können. Innerhalb solcher Verhältnisse, die in Formen der Arbeitssucht übergehen, wird eine Mischung aus *Befriedigung* und *Angst* artikuliert. Jedoch spricht auch Glißmann davon, dass die indirekte Steuerung ein Modell sei, das nicht mit der Realität zu verwechseln ist: Ob Automobilindustrie, IT-Branche oder IBM, überall ist eine komplizierte Verschränkung von alten und neuen Herrschaftsformen zu konstatieren.[16]

15 Vgl. die zahlreichen Berichte auf: www.connex-av.de.

16 Der Widerstand gegen die Zumutungen der neuen Arbeitsorganisation bleibt zunächst notwendig immanent. KollegInnen bei DaimlerChrysler in Hamburg haben die Errungenschaften der Gruppenarbeit mit den Versprechungen konfrontiert, die zunächst mit ihr verbunden waren. Sie konstatieren, dass »die Vereinbarungen zur Gruppenarbeit (...) faktisch nur dazu (dienten), die festen Regeln der Akkordarbeit, die einklagbar waren und einen gewissen Schutz boten, außer Kraft zu setzen« (*Zeitung deutsch-ausländischer MetallerInnen* 1999, 1). In einigen Sektoren haben sich die Streikbewegungen des Jahres 2002 in der BRD explizit gegen das Sweating durch die Spaltung der Belegschaften gewendet. Vgl. die Berichte aus der Bauindustrie und der Post in *Arbeiterpolitik* 2002.

4. Krise sozialstaatlicher Regulierung und Aktivierungspolitik

Es ist sicherlich richtig, die widersprüchliche und fragile Herausbildung neuer Formen in der Organisation und Kontrolle der Verausgabung von Arbeitskraft in der konkreten Organisation des unmittelbaren Produktionsprozesses zu verorten. Allerdings vertreten wir die Ansicht, dass die Analyse unvollständig bleibt, wenn die Seite der Reproduktion der Ware Arbeitskraft nicht mit betrachtet wird. Es sind nämlich nicht nur die Bedingungen in Fabriken, Betrieben und Büros, durch die die Arbeitskraft und ihre TrägerInnen materiell und ideologisch für die Vernutzung in der Mehrwertproduktion zugerichtet werden. Damit rückt auch die Art und Weise in den Blickpunkt, mit der innerhalb des Arbeitsprozesses wie auch im allgemeinen gesellschaftlichen Zusammenhang die Verausgabung von Arbeitskraft wie ihre Reproduktion reguliert werden. Eine solche Betrachtungsweise führt zur Auseinandersetzung mit Veränderungen in der Sphäre der (sozial-)staatlichen Regulierung. Nicht zuletzt deshalb, weil in der konkreten Art und Weise der staatlichen Regulation sozialer Beziehungen die materiellen Auswirkungen des gesellschaftlichen Diskurses über »die Arbeit« deutlich werden. Die Veränderungen in der Organisation und Kontrolle der Ausbeutung sind mit einem Formwandel des Sozialstaates (vgl. Hirsch 1998) verbunden. Die Form der sozialstaatlichen Regulierung der Reproduktionsbedingungen der Ware Arbeitskraft hat sich zu einem »aktivierenden Sozialstaat« gewandelt, der inzwischen über alle (partei-)politischen Richtungen als ideologischer und materieller Bezugspunkt akzeptiert ist.

Entgegen einer landläufigen Kritik am Neoliberalismus ist der Kern dieses sozialstaatlichen Umbaus nicht so sehr der »Rückzug des Staates« oder der »Sozialabbau«. Weder direkt noch indirekt hat sich der Staat aus der Regulierung der Mehrwertproduktion und der Reproduktion ihrer Rahmenbedingungen zurückgezogen. Der aktivierende Sozialstaat ist ein Staat, der sich explizit die Re-Regulierung sozialer Beziehungen auf die Fahnen geschrieben hat. Insofern ist er eine gegen (neo-)liberale Ideologien gerichtete, originär sozialdemokratische Erfindung. Er ist allerdings mit einer neuen Sozialdemokratie verbunden, der nichts ferner lag und liegt als die Rückkehr zum Wohlfahrtsstaat. Das Konzept des aktivierenden Sozialstaates impliziert ganz im Gegenteil den bewussten Bruch mit der moralischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates (vgl. Gruppe Blauer Montag 1996), den Bruch mit einem Verständnis von sozialer Gerechtigkeit, das sich in Form moralischer und faktischer individueller Rechtsansprüche an soziale Sicherheit, gesellschaftliche Solidarität und materielle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unabhängig von der in-

dividuellen Lebenssituation artikuliert hat. Das Vehikel für die Transformation des Sozialstaates ist die seit Mitte der 70er Jahre manifeste Krise der Staatshaushalte. Es wäre jedoch verkürzt, wollte man die Krise des Wohlfahrtsstaates in den 70er und 80er Jahren nur auf den fiskalischen Aspekt explodierender Staatsausgaben reduzieren. Zwei der politischen Momente dieser Krise sind für den hier erörterten Zusammenhang relevant. Zum einen hat sich die Massenerwerbslosigkeit nur deshalb in einer Krise der Staatsfinanzen und der Sozialausgaben niedergeschlagen, weil die sozialstaatlichen Regelungsmechanismen und institutionellen Rahmenwerke unter dem Aspekt einer raschen Anpassung an veränderte Verwertungsbedingungen eine »Blockade« darstellten, die nicht kurzfristig auszuhebeln war. Massenerwerbslosigkeit musste u.a. auch deswegen staatlich alimentiert werden, weil es ein lebendiges Bewusstsein von sozialen Rechten gab, die auch für Erwerbslose zu gelten haben. Das galt für die Zumutbarkeitsregelungen genauso wie für die Höhe und die Dauer von Lohnersatzleistungen. Wie mächtig diese Gerechtigkeitsvorstellungen sind, hat sich noch sehr viel später in den europaweiten Streikbewegungen ab Mitte der 90er Jahre gezeigt. In Frankreich, Italien, Griechenland und selbst in der Bundesrepublik entzündete sich der offene Klassenkampf zunehmend an Fragen der Reproduktion der Arbeitskraft bzw. an Fragen der sozialen Gerechtigkeit: Mindestlöhne, garantierte Einkommen, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Kündigungsschutzbestimmungen, sichere Renten (vgl. Dieckmann 2001).

Zum Zweiten reflektiert die Krise der Sozialhaushalte auch den Umstand, dass in den 70er und 80er Jahren der Sozialstaat von einer nicht geringen Anzahl von ArbeiterInnen auch dazu benutzt wurde, sich zumindest phasenweise der Hetze, dem Druck und der Reglementierung des Arbeitsalltags zu entziehen. Die Kombination von Lohnersatzleistungen und Schwarzarbeit, die zwischenzeitliche Auszeit in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme o.ä., das selbstbewusste Einklagen sozialer Sicherheitsansprüche war nicht nur unter jugendlichen ArbeiterInnen verbreitet. Noch Mitte der 80er Jahre führt ein internes Papier der Hamburger Sozialbehörde den Anstieg der Sozialhilfeausgaben zu einem erheblichen Teil auf ein selbstbewusstes und informiertes Handeln der Hilfeberechtigten zurück (von Finteln 1984). Der neue aktivierende Sozialstaat ist das Pendant zu den Experimenten, die auf der Ebene der Betriebe durchgeführt worden sind und werden, um solche »Rigiditäten« zu brechen.

5. Autoritäre Flexibilisierung im »aktivierenden Sozialstaat«

New Labour hat sich nicht zuletzt in Reaktion auf die moralische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates ausdrücklich positiv auf sozialstaatliche Regulierungsmechanismen bezogen, allerdings mit elementaren Veränderungen (vgl. Gruppe Blauer Montag 2000): Zum Ersten wurde das Prinzip von sozialen Rechten und Rechtsansprüchen ersetzt durch einen autoritären Pflichtgedanken. »Keine Leistung ohne Gegenleistung«, ein Motto der neuen Sozialstaatlichkeit, hebt ausdrücklich auf eine umfassende Pflicht zur Aktivierung bzw. eine umfassende Arbeitspflicht ab.

Zweitens korrespondiert mit dem autoritären Pflichtgedanken und der sozialen Entrechtung eine enorme ideologische Aufwertung »der Arbeit«. Dabei geht es wohlgemerkt nicht um konkrete Arbeitsinhalte, um Arbeits- oder Entlohnungsbedingungen, sondern um »die Arbeit« als abstraktes Prinzip. Die Arbeit an sich soll es sein, die »Würde« verleiht, die für das Selbstwertgefühl wichtig sei und an der sich gesellschaftliche Integration festmache. Die Arbeit wird zu einer moralischen Schlüsselkategorie für gesellschaftlichen Ein- und Ausschluss. Hieß es Anfang der 90er Jahre noch »Arbeit soll sich wieder lohnen«, geht es jetzt quer durch alle politischen Parteien nur noch um »Arbeit, Arbeit, Arbeit«.

Ein drittes zentrales Moment des aktivierenden Sozialstaates ist der radikal verallgemeinerte Subsidiaritätsgedanke. »Frage nicht, was der Staat für dich tun kann, frage, was du selbst tun kannst« (Schnieber-Jastram 2002), so fasst die Hamburger Sozialsenatorin diesen zentralen Punkt zusammen, der auf eine Pflicht zur Eigeninitiative und Eigenverantwortlichkeit hinausläuft.[17] In der Grundwertekommission der SPD wird gleichzeitig »Chancengleichheit« gegen »Verteilungsgerechtigkeit« ausgespielt.

Während letztere als unzeitgemäß, leistungsfeindlich und daher ungerecht gilt, wird Gerechtigkeit auf angeblich gleiche Ausgangsbedingungen für alle reduziert. Was jede/jeder dann aus diesen Startchancen macht, ist ihm und ihr selbst überlassen. Das Ergebnis solcher Prozesse einschließlich der zu erwartenden Ungleichheiten ist deshalb gerecht, weil jede/r die gleichen Möglichkeiten gehabt habe (Bannas 2000, 3). Der sozialstaatliche Gedanke der Aktivierung verallgemeinert somit die neue ideologische Leitfigur des »Arbeitskraftunternehmers« und die individuelle Internalisierung der Marktlogiken aus der Sphäre des unmittelbaren

17 Die positive Bezugnahme auf den Sozialstaat bei gleichzeitiger Übernahme der Inhalte und der Rhetorik der Aktivierung ist mittlerweile bis in rechtspopulistische Kreise hinein Common Sense, vgl. Gruppe Blauer Montag 2002.

Produktionsprozesses zu einem umfassenden gesellschaftlichen Leitbild (Brütt 2001).

Seit der Bismarck'schen Sozialgesetzgebung ist die Arbeitsverpflichtung im Sozialstaatsgedanken strukturell angelegt. Im aktivierenden Sozialstaat wird sie jedoch nicht nur zu einer permanenten Anforderung, sondern darüber hinaus zu einer »Pflicht zur Eigenverantwortung« verallgemeinert und radikalisiert. Damit wird ein ganz real und materiell forcierter (sozial-)staatlicher Autoritarismus mit einem ideologisch aufgeladenen Individualismus kombiniert. Hinter diesem Regulationsmodus verbirgt sich die Vorstellung eines Staates, der »fördernd« individuellen Selbstverwertungsinitiativen und -strategien unter die Arme greift und solche Initiativen auch legitimerweise »fordert« bzw. fordern kann. Die autoritäre Zuspitzung dieser Forderung liegt darin, dass sie unmittelbar mit der Drohung verbunden ist, bei »Verletzung der Mitwirkungspflicht«, »Arbeitsverweigerung« oder ganz allgemein bei »Fehlverhalten« den Betroffenen jegliche Existenzgrundlage zu entziehen.[18] Die aktuellen Vorschläge der Hartz-Kommission zur Umgestaltung der Arbeitsvermittlung sind nach Form und Inhalt der Inbegriff einer »aktivierenden« sozialstaatlichen Regulierung (Hartz-Kommission 2002). Es ist mehr als eine ironische Spitze, wenn KritikerInnen der Hartz-Vorschläge darauf hinweisen, dass Peter Hartz Personalvorstand des VW-Konzerns ist. Die Vorstellungswelt der Kommission und ihres Vorsitzenden ist von dieser Realität genauso geprägt wie von der Vorstellung der atmenden Fabrik. Die von Hartz anvisierte Ausweitung der Niedriglohnsektoren und der Leiharbeit zielt auf die unmittelbare Flexibilisierung der Verwertungsbedingungen, auf eine verstärkte Lohnspreizung, auf die Deregulierung von Arbeitsverhältnissen, auf ein Prinzip des Hire and Fire. Der Flexibilisierungsgedanke geht aber noch weiter. Er bezieht sich auch auf die Flexibilisierung individueller Verhaltensweisen: die Bereitschaft, schlecht bezahlte Jobs anzunehmen, die Bereitschaft, die eigene Arbeitskraft selbstständig zu vermarkten und zu verwerten (»Ich-AGs«), die Bereitschaft, hoch mobil und ohne Rücksicht auf soziale und sonstige Bezüge die Arbeitskraft im ganzen Land zu verkaufen. Die Hartz-Vorschläge zur Neu-Regulierung des Arbeitsmarktes und der Arbeitsvermittlung und der Aktivierungsgedanke der sozialstaatlichen Re-Regulierung allgemein zielen auf die Produktion flexibilisierter Individuen und setzen diese gleichzeitig voraus. Ein Umstand, der etliche der Friktionen dieser Re-Regulierungsanstrengungen erklärt.

Im Bemühen, alte »fordistische Rigiditäten« zu beseitigen, wird staatliche Arbeitsmarktpolitik vor allem zu einem Instrument der schwarzen Pädagogik und Disziplinierung: Schlechte Arbeitsbedingungen und Niedriglöhne an der Armutsgrenze sind in dieser Logik explizite Erziehungsmittel: »Gewährt man einem jungerwachsenen Mitarbeiter (...) einen Lohn, der in keinem erkennbaren Verhältnis zur (...) produktiven Leistung für das Unternehmen steht, fördert man gutmeinend Fehlsozialisationen und damit Anspruchsdenken an die Allgemeinheit und letztlich ein Leben außerhalb üblicher Berufsbiografien« (Scheele 1999, 4).[19] Mit den »üblichen Berufsbiografien« sind jedoch nicht mehr fordistische »Normalarbeitsverhältnisse« gemeint, sondern schlecht bezahlte, gesundheitsgefährdende und entrechtete Arbeiten in Niedriglohn-Sektoren. An dieser tristen und perspektivlosen Realität brechen sich immer noch die Ansprüche vieler jugendlicher Erwerbsloser. Sie orientieren sich an Vorstellungen von ihrem Traumjob, an alten Berufsbildern, an ihrer Qualifikation, an Arbeitsinhalten oder auch an ihren Konsumgewohnheiten. Genau diese Haltungen will die aktivierende Arbeitsmarktpolitik ablösen.

6. Arbeitskraftunternehmer und »Ich-AG«

Die Kombination von Aktivierung und (Pflicht zur) Eigenverantwortung verschiebt die Perspektive im gesellschaftlichen Diskurs über Arbeit und Erwerbslosigkeit. Im klassischen keynesianischen Wohlfahrtsstaat gab es immer noch das Bewusstsein davon, dass Erwerbslosigkeit ein gesellschaftliches Problem mit gesellschaftlicher Verantwortung ist. In den Instituten der paritätisch finanzierten Sozialversicherungen scheint zudem der Gedanke an das Verursacherprinzip auf: Wenn Unternehmer zu gleichen Teilen in die Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung einzahlen, so erinnert das auch an die Verantwortung des Kapitals für soziale Risiken wie Krankheit, Altersarmut oder Erwerbslosigkeit. Mit der »Eigenverantwortung« der flexibilisierten Individuen geht dieser

18 Vgl. Völker 2002. Die Kombination von »Hilfe zur Selbsthilfe« bzw. »Mobilisierung der Selbsthilfepotenziale« einerseits und massiven Leistungskürzungen sowie repressiven Zwangsmaßnahmen nimmt dabei durchaus planmäßigen Charakter an, wie etwa die Modernisierung der Sozialhilfepraxis zeigt; vgl. Hauer 1999.

19 Detlef Scheele ist Geschäftsführer der größten kommunalen Beschäftigungsgesellschaft in Hamburg. Er gilt gleichzeitig seit Jahren als einer der wichtigsten arbeitsmarktpolitischen Vordenker der Hamburger Sozialdemokratie. (Nachtrag 2008: Inzwischen ist Detlef Scheele in der CDU-SPD-Bundesregierung Staatsekretär im Bundesministerium für Arbeit.)

Gedanke verloren. Nicht Massenentlassungen, sondern individuelles Fehlverhalten wird als Ursache von Erwerbslosigkeit verstanden: Es ist die Rede von Fehlqualifikationen, Fehlsozialisation, individuellen Defiziten, Suchtverhalten, Motivationsschwächen u.v.m. In der Sprache der Arbeitsmarktpolitik wimmelt es von medizinisierenden und psychologisierenden Begriffen. Arbeitsmarktpolitik wird zu einer Form der medizinisch-psychologischen (Zwangs-)Therapie.

Der aktivierende Sozialstaat löscht die Bezugnahme auf gesellschaftliche Solidarität. JedeR ist ihres Glückes Schmied bzw. muss »an sich arbeiten«. Die Rolle des Sozialstaates besteht darin, die Eigeninitiative »fordernd zu fördern«. Neben dieser ideologischen Wirkungsweise läutet die neue Form der sozialen Regulierung aber auch ganz materiell einen Ausstieg aus dem Solidargedanken ein. Staatliche Transferleistungen sind immer weniger in der Lage, ihren EmpfängerInnen eine »menschenwürdige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben«[20] zu sichern. Sowohl in der Renten- als auch in der Krankenversicherung ist der Weg in die Privatvorsorge vorgezeichnet. Gleiches gilt für die Arbeitslosenversicherung: Wer will in Zukunft noch in eine Sozialversicherung einzahlen, die neben einer permanenten Arbeitsverpflichtung und anderen Zumutungen allerhöchstens ein Jahr lang ein mageres Arbeitslosengeld gewährt und anschließend direkt mit der Sozialhilfe droht? Auch hier bahnt sich ein Grundmuster der Re-Regulierung der Reproduktionsbedingungen an: staatliche Transferleistung auf niedrigstem Niveau (mit der Verpflichtung zu Gegenleistungen) plus privat finanzierte Eigenvorsorge.

Zur sozialstaatlichen Grundstruktur gehörte und gehört ein ganzes Arsenal von Sanktionsinstrumenten. Die Radikalisierung des Pflichtgedankens korrespondiert mit einer Radikalisierung der Sanktionsmittel bzw. ihrer Anwendung.[21] Das Menschenbild, das sich hinter der »Aktivierung« verbirgt und mit ihr transportiert wird, ist die Vorstellung von ununterbrochener Produktivität und Verwertung: Arbeiten ohne Ende und Grenze, lebenslanges Lernen und Qualifizieren, permanente Bereitschaft, räumliche und soziale Bindungen für einen Job aufzugeben. Es trägt deutlich terroristische Züge, zumal das Wesen der Aktivierung gerade darin besteht, dass sie die flexibilisierten Verhaltensweisen, die sie beschwört, erst produzieren muss. Ein Prozess, der auf staatlicher Seite den Einsatz offener Zwangsmittel notwendig macht. Im Frühjahr 2000 hat der SPD-Generalsekretär Franz Müntefering davon gesprochen, dass es »normal und zumutbar« sei, für einen Job von Mecklenburg-Vorpommern nach Bayern zu ziehen. Die neuen Zumutbarkeitsregelungen der Hartz-Kommission schreiben eine solche Mobilität vor. Für manche mag eine solche Flexibilität in der Tat normal sein und sogar den eigenen Bedürfnissen entsprechen. Für viele andere ist das jedoch aus den unterschiedlichsten individuellen und sozialen Gründen nicht der Fall. Die geforderte räumliche Flexibilität ist für sie genauso wenig eine wünschenswerte Alternative oder auch nur eine realistische Möglichkeit wie der flexible Wechsel in die Selbstständigkeit.

Wie auf der Ebene der Fabrik und des Büros ist die Wirksamkeit staatlich vermittelter Flexibilisierungsangebote ganz offensichtlich an eingegrenzte Teile der Erwerbslosen gebunden: an junge, gut ausgebildete, sozial ungebundene Personen. Bei den allermeisten der momentan vier Millionen offiziell registrierten Erwerbslosen greifen diese Angebote nicht. Das Sanktionsarsenal des aktivierenden Sozialstaates zielt genau auf diese Menschen. Weit davon entfernt, allgemein vorherrschende Verhaltensweise zu sein, muss die postfordistische Flexibilität und Subjektivität *durchgesetzt* werden. Auf der Ebene der staatlichen Regulierung erfolgt diese Durchsetzung in aller Regel mit offenem Zwang und direkter Gewalt. Im Unterschied zu den Versuchen der indirekten Steuerung auf der Ebene des unmittelbaren Produktionsprozesses ist der aktivierende Sozialstaat trotz aller Rhetorik nach wie vor in erster Linie eine Institution mit externem Gewalt- und Kontrollcharakter. Dies nicht zuletzt auch deswegen, weil der »flexible Mensch« weder im Sinne von Richard Sennett noch im Sinne von Antonio Negri und Michael Hardt durchgesetzte gesellschaftliche Realität ist. Und das ist gut so, um abschließend einmal einen bekannten Sozialdemokraten positiv zu zitieren.

Gruppe Blauer Montag

20 Dies ist immer noch die Grundforderung des § 1 Bundessozialhilfegesetz.

21 Im April 2001 startete der Bundeskanzler seine Hetze gegen »Faulenzer«. Er läutete damit eine breit getragene Kampagne für verschärfte Leistungskürzungen für »Arbeitsverweigerer« ein. Das damals aus der Taufe gehobene Job-AQTIV-Gesetz erfüllte diese Anforderung; vgl. Hauer 2001.

Literatur:

Albers, Detlev, Werner Goldschmidt und Paul Oehlke, 1971: Klassenkämpfe in Westeuropa: Frankreich, Italien, Großbritannien, Reinbek bei Hamburg

Althusser, Louis, 1977: Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie, Hamburg/Westberlin

ak. analyse & kritik, 2001: Kulturloser Rockerhaufen. Aus dem Innenleben der New Economy, in ak. analyse & kritik, Nr. 446, 22

Arbeiterpolitik, 2002: Lohnrunde vor dem Wahlkampf, in: Arbeiterpolitik, Heft 2, 1ff
Atzert, Thomas, 1998 (Hg.): Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion, Berlin
Bannas, Günter, 2000: In der SPD stürmt der liberale Flügel, in: FAZ, 27.4., 3
Berggren, Christian, 1994: The Volvo Experience, Alternatives to Lean Production in the Swedish Auto Industry, London
Bojadzijev, Manuela, 2000: Antirassistischer Widerstand von Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik: Fragen der Geschichtsschreibung, in: 1999, Heft 1, 125-153
Bonefeld, Werner, und John Holloway (Hg.), 1991: Post-Fordism and Social Form. A Marxist Debate on the Post-Fordist State, Hampshire/London
Brütt, Christian, 2001: Der Kapitalist in uns allen. »Arbeitskraftunternehmer« als neues Leitbild der Ware Arbeitskraft, in: ak. analyse & kritik, Nr. 450, 32
Dieckmann, Martin, 2001: Von der Verteilungs- zur Aneignungsgerechtigkeit. Soziale Grundrechte gegen den aktivierenden Sozialstaat, in: ak. analyse & kritik, Nr. 446, 24
Finteln, Margarete von, 1984: Zur Bedeutung des Sozialhilfemissbrauchs beim Anstieg der Sozialhilfeausgaben, unveröffentl. Arbeitspapier der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Hamburg
Glißmann, Wilfried, 2000: Die neue Selbstständigkeit in der Arbeit, Maßlosigkeit und Ökonomisierung der »Resource Ich«, in: Jürgen Peters: Dienstleistungs@rbeit in der Industrie. Ein gewerkschaftliches Gestaltungsfeld, Hamburg, 50-81
Gruppe Blauer Montag, 1996: Der Sozialstaat zwischen Globalisierung des Kapitals und »moralischer Ökonomie«, in: ak. analyse & kritik, Nr. 393, 27-28
Dies., 2000: Polder, Pölser, Sauerkraut. Die neue Sozialdemokratie in Europa und ihr Sozialstaat, Hamburg 2000, www.labournet.de
Dies., 2002: Revolution der Kleinbürger. New Labour, Rechtspopulismus und die Suche nach Hegemonie, in: ak. analyse & kritik, Nr. 465, 22-23
Hardt, Michael, und Antonio Negri, 2002: Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt a.M.
Hartz-Kommission, 2002: Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt. Bericht der Kommission, Berlin
Hauer, Dirk, 1999: Das Sozialamt als Profitcenter. Zusammenstellung und Überblick über die »Modernisierung der Sozialhilfesteuerung« in Hamburg, in: Sozialpolitische Opposition Hamburg (Hg.): BRothlos leben. Sozialhilfesteuerung in Hamburg, Hamburg, 7-43
Ders., 2001: Der Pate vom Arbeitsministerium. Riester plant Änderungen bei der Arbeitsförderung, in: ak. analyse & kritik, Nr. 449, 6
Heubach, Renate, 2002: Migrantinnen aus Mittel- und Osteuropa in ungeschützten Arbeitsverhältnissen, Berlin, online unter: www.expertbase.net/forum/reader/zapo.html
Hildebrandt, Eckart, und Werner Olle, 1975: Ihr Kampf ist unser Kampf. Ursachen, Verlauf und Perspektiven des Ausländerstreiks 1973 in der BRD, Offenbach
Hirsch, Joachim, 1998: Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat, Berlin
Honningfort, Bernhard, 2001: Gottes Werk und Piechs Beitrag, Volkswagen eröffnet in Dresden seine »gläserne Manufaktur« für Luxusautos – eine Art Weihestätte, in: Frankfurter Rundschau, 11.12.
Kempe, Martin, 2000: Arbeiten im 1,3-Minuten-Takt!, in: Mitbestimmung, Heft 7, 18-21
Klopfleisch, Roland et al., 1998: Möglichkeiten des Wiedereinstiegs ins Erwerbsleben für Langzeitarbeitslose in Hessen, Darmstadt
Marx, Karl, 1867: Das Kapital. Erster Band, Berlin/DDR

Nowak, Jörg, 2002: All together now. Empire: Postmoderne Hippies erklären die Globalisierung, in: ak. analyse & kritik, Nr. 464, 24-25
Schaarschuch, Andreas, 2000: Kunden, Kontrakte, Karrieren. Die Kommerzialisierung der Sozialen Arbeit und die Konsequenzen für die Profession, in: Michael Lindenberg (Hg.): Von der Sorge zur Härte, Bielefeld, 34-44
Scheele, Detlef , 1999: Gerecht gefördert. Anmerkungen zur Entlohnung von Jungerwachsenen ohne Berufsausbildung in der Beschäftigungsförderung, Hamburg
Schiller-Dickhut, Reiner, 1987: Qualitative Tarifpolitik. Über Form und Inhalt der IG-Metall-Tarifpolitik zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Beschäftigungslage, Diss., Bielefeld
Schnieber-Jastram, Birgit, 2002: Zukunft der sozialen Arbeit in Hamburg, Vortrag beim Zentrum für Praxisentwicklung (ZEPRA) der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg am 22. Januar 2002
Thompson, Edward P., 1980: Plebejische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Berlin
Toksöz, Gülay, 1991: »Ja sie kämpfen – und sogar mehr als die Männer«. Immigrantinnen – Fabrikarbeit und gewerkschaftliche Interessensvertretung, Diss., Berlin
Völker, Wolfgang, 2002: Fordernde Beratung. Eine Aufforderung zum Widerspruch an die Adresse Sozialer Arbeit, in: Forum für Kinder- und Jugendarbeit, H. 3, 28-31
Wompel, Mag, 2000: Vom Störfaktor zum Wettbewerbsfaktor. Das unternehmerische Menschenbild im Strudel der Flexibilisierung, Marburg, www.labournet.de
Zeitung deutsch-ausländischer MetallerInnen bei Daimler-Benz Hamburg-Harburg, ebda., September 1999, in: www.labournet.de

(Der Text erschien zuerst in Das Argument, *Nr. 5/6 2002; die einleitende Auseinandersetzung mit den Thesen, die Michael Hardt und Antonio Negri in* Empire *formuliert hatten, ist vor allem der Anforderung der* Argument-*Redaktion geschuldet.)*

Revolution der Kleinbürger

New Labour, Rechtspopulismus und die Suche nach Hegemonie

Überall in Europa scheint das Modell New Labour durch neue konservative Regierungen abgelöst zu werden. Immer öfter spielen dabei sog. Rechtspopulisten eine Schlüsselrolle. In der BRD ist der neue Rechtssenat in Hamburg der Prototyp einer solchen konservativ-rechtspopulistischen Regierung. Im Folgenden analysiert die Gruppe Blauer Montag die politische und soziale Bedeutung des »Hamburger Modells« als Versuch, ein neues hegemoniales Projekt bürgerlicher Herrschaftssicherung zu verankern.

New Labour am Ende

Vor etwas mehr als vier Jahren fanden in der gesamten Bundesrepublik große Demonstrationen gegen die Sozialpolitik der Regierung Kohl statt. Es ging um die steigende Erwerbslosigkeit, um die leeren Versprechungen von 1989/90, im Osten »blühende Landschaften« zu errichten, insbesondere auch um die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall als ein Symbol gewerkschaftlicher Errungenschaften. In Hamburg mobilisierte vor allem der DGB zu diesen Demonstrationen. In einzelnen Fällen kam es aber auch zu relativ unabhängigen Aktionen der Erwerbslosen und zu Streiks. Wie nicht das erste Mal in der Geschichte mündeten die Aktionen in einer großen Demonstration in Bonn und in der Forderung, die Regierung bei den anstehenden Bundestagswahlen abzuwählen – und waren damit mehr oder weniger beendet. Dennoch haben diese Proteste nicht unwesentlich zum Ende der Regierung Kohl beigetragen. Eine Politik, die wesentlich auf Deregulierung und neoliberale Ideologie setzte, war vorläufig diskreditiert. Die Schröder-Administration stand entsprechend für eine politische Option der Re-Regulierung der Arbeits- und Sozialbeziehung, natürlich in Abhängigkeit von der Stärke bzw. der Schwäche des sozialen Protestes und natürlich als Verstaatlichung emanzipatorischer Vorstellungen. Mit dem Ende der sozialpolitisch motivierten Unruhe entpuppte sich Rot-Grün schnell als reines New Labour-Projekt mit einer ausgesprochen autoritär-repressiven sozialstaatlichen Regulierungsform. Rot-Grün wurde so zu einem Katalysator für eine neue Rechtswende in der Politik und hat die Grundlage gelegt für das, was heute etwas ungenau als »Rechtspopulismus« bezeichnet wird.

Ein stillgelegter sozialer Protest und ungestörtes politisches Agieren sind noch kein Indiz für eine breite Akzeptanz. Die momentane europaweite Krise von New Labour bestätigt dies eindrücklich. Wir schlagen vor, das Ende von New Labour, ähnlich wie das Ende der Kohl-Regierung, als Ausdruck einer Krise der Vermittlung zu betrachten. New Labour bzw. Rot-Grün gelingt es offenbar nicht mehr, ihre Politik als auch kulturell hegemoniales Projekt zu präsentieren. Und wir schlagen weiter vor, die Experimente, die von Grün bis Schwarz im Zusammenhang mit dieser Krise gemacht werden, als Suche nach einer neuen Hegemonie, also einer im systemstabilisierenden Sinne funktionierenden Vermittlung, zu begreifen.

Wir glauben, dass die Kritik an der neuen konservativen Politik hilflos bleibt, wenn wir uns darauf beschränken, Sparmaßnahmen zu kritisieren und den »Betrug« zu entlarven, den die Versprechungen der Politiker darstellen. Bei allen Einspar- und Ausgrenzungsmaßnahmen müssen wir auch danach fragen, welchen Teilen der ArbeiterInnenklasse Angebote gemacht werden und welche Ressentiments von der rechten Politik bedient werden. Oder anders gesagt, die Kritik der politischen Ökonomie müsste mit einer Kritik der neuen Leitkultur verbunden werden.

In dieser Hinsicht wollen wir einige zentrale Aspekte der Politik des neuen Hamburger Rechtssenates diskutieren. Wir sind uns dessen bewusst, dass es problematisch ist, von einem lokalen Beispiel ohne Weiteres auf überregionale oder sogar europäische Entwicklungen zu schließen. Insofern sind die folgenden Überlegungen eher als Anregung zu einer Diskussion über die Bedeutung des »Hamburger Modells« gemeint.

Kontinuität und Bruch in der »Aktivierungspolitik«

Auf den ersten Blick scheint sich nach der Hamburger Bürgerschaftswahl im September 2001 nichts Grundlegendes geändert zu haben. Ob in der Flüchtlings-, der Bildungspolitik oder in Bezug auf die Privatisierungen: Einerseits hatte der rot-grüne Senat bereits rechte Positionen übernommen, andererseits übernimmt der neue Senat Positionen von »New Labour«. Die Übergänge erscheinen fließend. Dennoch gab es im Frühjahr Proteste gegen die Senatspolitik wie schon seit Jahren nicht mehr. Im April demonstrierten fast 8.000 Menschen gegen die Sozialpolitik des neuen Senates, im Juni rund 50.000 SchülerInnen, Studierende, Eltern und LehrerInnen gegen die Bildungspolitik. Die Kontinuität der Senatspolitik verbindet sich also mit einem deutlichen Anwachsen der Proteste.

Am Beispiel der Beschäftigungspolitik kann man nach unserer Auffassung gut diskutieren, wie diese merkwürdige Konstellation zustande kommt.

Die Hamburger Beschäftigungspolitik war schon in der letzten Legislaturperiode von einer anhaltenden Diskussion über die Notwendigkeit eines Niedriglohnsektors begleitet. Nicht zufällig wurde diese Diskussion unmittelbar nach dem Regierungswechsel in Berlin auch auf lokaler Ebene angestoßen. Rot und Grün übernahmen hier wie dort Vorstellungen, die zuvor vor allem von den Unternehmerverbänden formuliert worden waren. Neben den »zu hohen Löhnen« machte man vor allem die »mangelnde Qualifizierung« der Erwerbslosen für die Erwerbslosigkeit verantwortlich. Staatliche Politik installierte daher in ihrem Einflussbereich einerseits den »Niedriglohnsektor«, ergänzte diesen klassisch-neoliberalen Ansatz aber andererseits durch den Slogan vom »Fordern und Fördern«: Erwerbslose sollten sich marktgängige Qualifikationen aneignen. Dabei wurde die Repression gegen diejenigen verschärft, die sich diesem Ziel widersetzten bzw. es tatsächlich aufgrund der mangelnden Nachfrage nach Arbeitskraft nicht erreichen konnten. In der Konsequenz existiert inzwischen eine von Lohnarbeit unabhängige staatliche Existenzsicherung praktisch nicht mehr. Im Gegensatz zu dem in der ersten Hälfte der 1990er Jahre diskutierten »Rückzug des Staates« beinhaltet die »Aktivlinie« von New Labour eine Erweiterung staatlicher Aufgaben. Repressive Eingliederung von Erwerbslosen ist in viel stärkerem Masse als zuvor staatliche Aufgabe. Man könnte sagen, dass die neue Re-Regulierung ironischerweise zentral in einem umfassenden Zugriff auf die Erwerbslosen bestand.

Was in der rot-grünen Politik schon angelegt war, setzt der rechte Senat fort. Trotz der Beteuerung der neuen Sozialsenatorin, der Staat würde sich »als Durchführungsorgan« der sozialen Arbeit zurückhalten, wird die Aufgabe des »aktivierenden Sozialmanagements« nach wie vor beim größten kommunalen Beschäftigungsträger, der HAB, geplant und umgesetzt. Neu ist lediglich, dass die »Aktivierung« durch die Rechten radikalisiert wird: Aus der rot-grünen »Förderung« der »Qualifizierung« wird auch formal eine Zwangsveranstaltung gemacht: »Wir haben hier ein Angebot, das sie nicht ablehnen können.«

Im Zusammenhang mit der Frage nach Kontinuität und Bruch im Übergang von Rot-Grün zu CDU-Schill-FDP ist nach unserer Auffassung vor allem interessant, dass sich die Rolle der Gewerkschaften, aber auch der Wohlfahrtsverbände verändert hat. Im Gegensatz zu Rot-Grün legt man jetzt auf die Zustimmung von ver.di zu den Veränderungen etwa bei der HAB keinen Wert mehr. Was für die »Aktivlinie« gilt, gilt auch für andere Schwerpunkte der kommunalen Politik: So ist z.B. der Unterschied zwischen Rot-Grün und Schwarz-Schill nicht, dass es *überhaupt* zu Privatisierungen und Kürzungen im Öffentlichen Dienst kommt, sondern lediglich, dass die entsprechenden Maßnahmen anders oder überhaupt nicht mehr *vermittelt* werden. Outsourcing und Privatisierung werden von der neuen Regierung *beschlossen*, verhandelt wird nicht. Die Option, Arbeitsbedingungen der Kernbelegschaften zu garantieren und am Rand abzubauen, die von ÖTV/ver.di bislang allzu oft akzeptiert wurde, fällt damit für den Augenblick weg. Letztlich wird der Senat nicht darum herum kommen, mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Vorläufig aber treibt er die Gewerkschaften förmlich in die Opposition.

Die eingangs angeführte These, es ginge vor allem um die Suche nach einer neuen Form der Vermittlung, scheint also bestätigt. Aber nur zum Teil, denn wir wissen jetzt lediglich, auf wen der neue Senat *verzichten* will. Auf die Dauer wird es kaum ausreichen, »faule Lehrer« und »überflüssige Sozialarbeiter« zu denunzieren. Auf wessen Unterstützung wird bei dieser Denunziation spekuliert und, vor allem, welche materiellen Angebote werden in diesem Zusammenhang anderen Teilen der ArbeiterInnenklasse gemacht?

Die »Partei der kleinen Leute«

Der aktuellen Politik der Konservativen in Hamburg das Etikett »neoliberal« zu verpassen und zu betonen, dass es sich um eine systemstabilisierende und prokapitalistische Politik handelt, ist unzureichend. Nicht einmal der Thatcherismus wäre so ausreichend genau charakterisiert. Was die »neoliberale« Politik hegemoniefähig (ge-)macht (hat), steht auf einem anderen Blatt. Was »neoliberale« Regierungen trotz der Zerstörung integrativer Momente, die in ihrer Politik angelegt ist, zu potenziell dauerhaften Konstellationen macht, ist nicht zuletzt für die Frage nach der Ausrichtung des Widerstandes entscheidend.

Die Hoffnung, der neue Hamburger Senat würde letztlich an sich selbst scheitern, ist zwar verständlich, aber eher Ausdruck von Hilflosigkeit. Nach unserer Meinung freuen sich diejenigen zu früh, die in der Biegsamkeit seiner Politik nur ein Zeichen für eine Stop-and-go-Politik und für Voluntarismus sehen.[1] Im Gegenteil ist es gerade eine der traditio-

1 Ein Beispiel: In Bezug auf die Verlegung der JVA in unmittelbarer Nähe der KZ-Gedenkstätte Neuengamme ging es Schill nie um die Leugnung der NS-Verbrechen, sondern immer um die Instrumentalisierung der Erinnerung für die eigene Politik. Darin unterscheidet sich Schill nicht von der großen Linie deutscher Politik. Insofern war die Verlegung der JVA eben keine Prinzipiensache, sondern eine taktische Frage, und die Kompromissbereitschaft Schills und des Senats ist in dieser Hinsicht ziemlich authentisch. Die Senatspolitik ist zwar rassistisch, aber nicht faschistisch. Eine Gedenkstätte

nellen Stärken konservativer Politik, pragmatisch auf die Herausforderungen des Machterhalts reagieren zu können. Aber gerade weil sie flexibel ist, ist die neue konservative Politik nicht ohne neuen Maßstab und auch nicht ohne aktuelle Interventionsvorschläge, die sich von früheren Vorschlägen in spezifischer Weise unterscheiden. Wir sehen zwei Figuren, die dieses Spezifische besonders deutlich erscheinen lassen: Einerseits Schill, der für Law and Order zuständig ist, andererseits Schnieber-Jastram (CDU), die für die Sozialpolitik des neuen Senats steht.

Wir wollen zunächst auf das »Erfolgsmodell« Schillpartei eingehen. Das Wirtschaftsprogramm dieser Partei hat im Wahlkampf so gut wie keine Bedeutung gehabt. Es besteht im Wesentlichen aus ein paar Phrasen über die Förderung des Mittelstandes und in einem allgemeinen Bekenntnis zum Kapitalismus. Auffällig und ganz oberflächlich betrachtet in einem gewissen Gegensatz zum prokapitalistischen Bekenntnis ist im selben Programm die Orientierung auf die sogenannten »kleinen Leute«. Mehr oder weniger alle, die den Erfolg der Schillpartei bei den Bürgerschaftswahlen analysiert haben, sind sich einig, dass diese Bezugnahme, die im Wahlkampf geradezu gebetsmühlenartig immer wieder hervorgehoben wurde, der Schillpartei massenweise WählerInnen gesichert hat – überdurchschnittlich viele ältere, männliche und erschreckend viele proletarische.

Einerseits verspricht Schill einen Stillstand der gesellschaftlichen Entwicklung. Dieses Versprechen drückt sich in der zentralen und allseitigen Bedeutung der Forderung nach »Sicherheit« aus. Doch das Thema »Sicherheit« geht fließend in das soziale Thema über: Schill verspricht, allen zu helfen, die sich bedroht fühlen, auch denen, die sich in ihrer sozialen Situation bedroht fühlen. Diese Vermischung von rassistisch und sozial begründeten Bedrohungsszenarien führt zu einer Aufspaltung der Wählerschaft: Einerseits gibt es unter den Schill-AnhängerInnen (und auch unter den Kadern der Schillpartei) signifikant viele ehemals sozialdemokratisch orientierte Menschen.[2] Andererseits vertritt Schill ein gutbürgerliches Spektrum, das sich für den sozialen Touch seiner Propaganda nur am Rande interessiert. Dem proletarischen Potenzial unter seinen Wählern verspricht Schill einen Deal, der der (von ihm erfundenen) »Mehrheit« oder »Gemeinschaft« soziale Stabilität (Arbeitsplätze, Sozialleistungen) garantiert, und zwar explizit auf Kosten marginalisierter Gruppen, die nicht zu dieser »Mehrheit«/«Gemeinschaft« gehören. Auch als Innensenator hält Schill diese Linie aufrecht: Es sei nötig, den Zuzug von Flüchtlingen zu verhindern, »damit sie nicht unseren Wohlstand verfrühstücken«.

Auf Grundlage der immanenten Spaltung der verschiedenen Sektoren von Lohnarbeit wird eine groß angelegte politische Spekulation betrieben, die sich an der Wahlbörse vorläufig in explodierenden Kursen niedergeschlagen hat. Allerdings bleibt die Schill-Aktie nur dann erfolgreich, wenn die Hierarchisierung und Spaltung der verschiedenen Segmente der Lohnarbeit auch real aufrechterhalten werden kann. Ein Teil des politischen Projektes der Schillpartei (und auch der CDU!) ist es deshalb, diese Hierarchisierung und Spaltung abzusichern. Das erfordert entschiedene staatliche Interventionen, vor allem den Ausbau des Repressionsapparates. Die Grenzen dieser Politik sind einerseits erreicht, wenn sich die Versprechungen gegenüber der »Mehrheit« nicht finanzieren lassen. Und andererseits dort, wo das Projekt mindestens in Teilen der Klasse auf aktiven Widerstand stößt. Die Erfahrungen der letzten Wochen (und auch die internationalen Erfahrungen) legen nahe, dass insbesondere die seit den 1970er/1980er Jahren gewachsene Schicht der im öffentlichen Sektor beschäftigten Menschen ein wichtiger Träger solchen Widerstandes sein wird, aus unterschiedlichen Motiven. Einerseits geht es um die Arbeitsplätze von Lehrern, Sozialarbeitern und Beamten/Angestellten im Öffentlichen Dienst. Andererseits sind die Angriffe auch gegen einen Teil der Beschäftigten gerichtet, deren Lebensweisen der von Schwarz-Schill propagierten »Leitkultur« zumindest punktuell entgegengesetzt sind.

Leitkultur der »normalen Mehrheit«

Die Orientierung auf eine »Leitkultur der normalen Mehrheit« ist eine der Grundlagen der Hamburger Koalition. In diesem Sinne ist die neue rechte politische Konstellation völlig authentisch. Es handelt es sich nicht um eine rein machtpolitisch motivierte »Funktionalisierung des rechtsextremen Wählerpotenzials« durch CDU und FDP. Wir wagen die Prognose, dass diese Orientierung beibehalten wird, auch wenn Schill aus dem einen oder anderen Grund nicht mehr mitspielt. Die »Normalbiografie« als kulturelle Konstruktion ist dabei durchaus nicht homogen, sie ist ebenso schillernd wie die soziale Basis des Projektes. Rentner, Facharbeiter, Geschäftsleute, sogar Erwerbslose – eine merkwürdige Mischung aus Proletariat und Bürgertum, aus von Ausgrenzung bedrohten und etablierten Existenzen.

---

wird ausgebaut, wenn es sein muss und wenn gleichzeitig ungestört die Expansion der Knäste betrieben werden kann.

2 Drei der sechs Kandidaten auf den vorderen Listenplätzen für die Bürgerschaftswahl waren ehemalige Sozialdemokraten.

Die aktuelle Hamburger Sozialsenatorin Schnieber-Jastram (CDU) begann im Januar eine Rede vor der Hochschule für Angewandte Wissenschaften mit dem rhetorischen Bekenntnis, sie wäre vor hundert Jahren Anhängerin der Sozialdemokratie gewesen. Natürlich nicht im freiheitlichen Sinne; vielmehr bezog sie sich positiv auf repressive Tendenzen, die bekanntlich traditionell in der »moralischen Ökonomie« der ArbeiterInnenklasse auch vorkommen: »Arbeit schafft alle Werte«, Arbeitspflicht für alle, die Figur des Versorgers der Familie als Hauptbezugspunkt. Politik für die »normalen Menschen mit ihren Alltagssorgen«, nennt Schnieber-Jastram das heute. Voraussetzungen für die Anerkennung als »normaler Mensch« sind u.a.: Deutscher Pass oder wenigsten lange Einzahlung von Sozialversicherungsbeiträgen (»nützliche« Ausländer sind sowohl bei Schnieber als auch bei Schill durchaus akzeptiert), Erwerbstätigkeit natürlich, Familie oder etwas ähnliches, gerne Kinder, möglichst heterosexuelle Orientierung usw. Die Liste kann gekürzt oder verlängert werden. Wichtig ist, dass sie eine Art von sozialer Phantasie enthält, die den Kern der Politik von Schwarz-Schill ausmacht und die sie auch von dem »New Labour« genannten Projekt unterscheidet.

Von Giddens, Blair, Schröder und anderen wurde die Bereitschaft, am Verwertungsprozess teilzunehmen, als zentrale und einzige Voraussetzung für die »Teilhabe an der Gesellschaft« formuliert. Damit modifizierten sie den klassischen Neoliberalismus, indem überhaupt wieder – eben im Zusammenhang mit der Bereitschaft zu Vernutzung – von der Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe die Rede war. In den Augen der Vordenker von New Labour war diese Teilhabe ein demokratisches Projekt, also etwas, was mit Integration zu tun hatte, wobei es unerheblich sein sollte, welche Hautfarbe oder sexuelle Orientierung der/die zu aktivierende BürgerIn haben würde. Weil die reale Ausformung des Verwertungsprozesses allerdings sehr wohl Unterschiede hinsichtlich der Hautfarbe und anderer Abwertungen macht, forcierte New Labour in der politischen Praxis bis zu einem gewissen Grade dieselben Rassismen und Ressentiments wie Schwarz-Schill bzw. bereitete ihren Hegemoniefähigkeit vor.

Schill-Schnieber setzen die dem New-Labour-Projekt innerwohnende Tendenz zur Vergemeinschaftung fort. Aber die Gesellschaft, die die Konservativen entwerfen, ist eine an wichtigen Punkten andere als die von Giddens und anderen. Sie ist nicht nur, wie schon im alten Bild, ausgrenzend, national und bis zu einem gewissen Grad auch ethnisch begründet, sondern sie hat auch eine moralische Grundlage. Gesellschaft wird durch die »Mehrheit« und ihre Lebensformen/Konventionen definiert. Dies ist

das, was die CDU »Leitkultur« genannt hat, die von der sexuellen Orientierung bis zur Muttersprache reicht. Dabei definiert sich diese Leitkultur vor allem durch das, was sie nicht ist. Sie ist nicht schwul, avantgardistisch, subkulturell, linksradikal, feministisch, ausländisch etc.

Bei der Formulierung dieser sozialen Phantasie bekommt die Familienpolitik eine besondere Bedeutung. Sie zielt ab auf ein Modell, das als »normal« definiert wird, in Hamburg statistisch gesehen jedoch immer weniger existiert: die Familie mit Mutter, Vater, Kindern, gutem Einkommen und Bildung. Obwohl diese Gruppe durch eine menschenfeindliche Verkehrspolitik, Mangel an Betreuungsangeboten für Kinder und Wohnmöglichkeiten weiterhin den innenstadtnahen Wohnvierteln fernbleiben wird, bildet sie den zentralen Bezugspunkt der rechten Rhetorik. Nicht die vielen Alleinerziehenden, nicht die MigrantInnen, nicht die Stadtteile, in denen über 20 Prozent der Kinder von Sozialhilfe leben, sind die Zielgruppe von Schwarz-Schill. Es ist paradox: Die Rechten sprechen eine Gruppe an, die gar nicht zu existieren bzw. ganz bestimmt nicht mehrheitsfähig zu sein scheint. D.h. sie werden von Leuten gewählt, deren Anliegen sie garantiert und ausdrücklich *nicht* vertreten. Wenn es überhaupt eine Erklärung für dieses merkwürdige Phänomen gibt, dann ist es die, dass Leute Parteien wählen, die das verkörpern, was sie selbst gerne sein wollen, also ein Effekt, der wenig mit der Realität und viel mit dem symbolischen Gehalt von Politik zu tun hat.

In die politische Praxis kann eine derartige Politik nur negativ übersetzt werden: in eine Ausgrenzung derjenigen Gruppen, die in der imaginierten Familie Deutschland nichts zu suchen haben. Die aktuelle Hamburger Sozialpolitik spiegelt dies wider: AIDS-Prävention, Projekte für Straßenkinder, Drogenhilfeeinrichtungen »können einpacken«, drastische Kürzungen bei Frauen- und Mädchenprojekten etc. Aufrechterhalten werden sollen tendenziell die Sektoren von Sozialpolitik, die nicht als »Luxus« definiert werden und die die aktuell definierte Normalbiografie »fordern und fördern«. Mit dem symbolischen Bezug auf die »kleinen Leute« bekommt auch die »Aktivlinie« eine neue Dimension. Überleben in dieser Gesellschaft wird staatlicherseits ermöglicht und erlaubt, aber in erster Linie (und in der radikalisierten Variante: nur) für diejenigen, die eine Normalbiografie vorweisen können. Aufgabe der Sozialpolitik wird zunehmend, diejenigen zu sanktionieren, die von dieser Normalbiografie abweichen. Damit unterscheiden sich Schill-Schnieber von Schröder, der keine ähnliche moralische Vision aufzuweisen hat. Schills paranoide Propaganda gegen die »68er«, die angeblich ihren Marsch durch die Institutionen beendet haben und jetzt die »abstrakte Macht« repräsentieren,

ist von Schnieber-Jastrams Praxis keineswegs verschieden. Es ist ihre ideologische Begleitmusik.

Alternativen?

Die neue politische Konstellation ist im eigentlichen Wortsinn reaktionär. Sie sieht sich selbst als Reaktion auf die Aufstände und Befreiungsbewegungen der 1970er Jahre und ihre bundesdeutschen Ausläufer. Sie kämpft gegen imaginäre 68er, gegen die »Blumenkinder« und gegen deren »multikulturellen Eifer« (Schnieber). Die alten, in der sozialliberalen Ära in spezifischer Weise reduzierten Vorstellungen von Demokratie, von sozialen Rechten, vom Schutz von Minderheiten und von der Pluralität von Lebensentwürfen werden ad acta gelegt. Über dreißig Jahre nach 1968 scheint es immer noch nötig und publikumswirksam zu sein, den Konsens anzugreifen, den die kapitalistische Nachkriegsentwicklung in kultureller Hinsicht hervorgebracht hat.

Schill und Co. erscheinen in vielerlei Hinsicht als Wiedergänger, jedoch nicht im Sinne einer im Verhältnis zu ihren historischen Vorgängern identischen Handlungsstrategie und Klassenperspektive. Ihr aktuelles politisches Handeln muss vielmehr als Experimentieren mit ungewissem Ausgang betrachtet werden. In der prinzipiellen Offenheit des Experimentes liegt sowohl eine Gefahr wie auch eine Chance. Eine Gefahr liegt darin, dass die repressiven Lösungsvorschläge der Reaktion eskalieren und dass die bisherigen Grenzen des Übergriffs auf soziale und politische Rechte noch weiter verschoben werden: Für die ausgegrenzten Teile der Bevölkerung ist dies bereits vielfach bittere Realität. Eine Chance liegt darin, dass das Experiment ein Experiment ist. Ein Handeln, dass mit vielen Hindernissen rechnen muss und rechnet, mit Unwillen, Trägheit, Politikverdruss, selbst mit direkt widerständigem politischen Handeln.

Es liegt auf der Hand, dass die Alternative zur rechten Hegemonie nicht die Rückkehr zu New Labour sein kann. New Labours Verfallsdatum ist bereits überschritten. So hat es z.B. zum Ausverkauf gewerkschaftlicher Handlungsmöglichkeiten geführt, dass, wie beschrieben, zu Zeiten des »Bündnisses für Arbeit« Scheiße zwar nicht zu Gold, aber doch zu Tarifverträgen gemacht wurde. Es fragt sich dabei u.a., wie der Ausverkauf der Rechte und Bedingungen der Randbelegschaften zugunsten der Kernbelegschaften gestoppt werden kann. Die Antwort auf diese Frage wird natürlich praktisch den ver.di-Kolleginnen und -Kollegen der entsprechenden Fachbereiche überlassen bleiben.

Die Kolleginnen und Kollegen dieser und anderer Fachbereiche werden allerdings ziemlich isoliert sein, wenn sie sich nicht auf eine soziale

Bewegung beziehen können, die das unsolidarische Grundprinzip dieses Scheiße-zu-Tarifverträgen-Machens in Frage stellt. Von gewerkschaftlichen und anderen gesellschaftlichen Bewegungen müsste sich diese Bewegung dadurch unterscheiden, dass sie keinen privilegierten Ort hat, sondern von vielen sozialen Orten aus zu betreten ist. Andererseits kann eine solche plurale soziale Bewegung auch nicht herbeigeredet werden, auch nicht von einem noch so wohlmeinenden Zentralkomitee. Leider kann aber auch unter den Parolen der Antiglobalisierungsbewegung die alte autoritäre Kampagnenpolitik fortgesetzt werden.

Die Schwierigkeit für uns besteht also darin, eine Praxis zu entwickeln, die der konservativen Hegemonie, die New Labour gefördert hat, eine solidarische Vorstellung von Gesellschaft entgegensetzt. Wir kennen die genaue Ausformung dieser Vorstellung und dieser Praxis nicht. Sie entsteht nicht an unserem Schreibtisch.

(Dieser Text war als Diskussionsvorlage für die Konferenz Lichter der Großstadt. Gegen »Sicherheit und Ordnung« – Für soziale Grundrechte *am 8.6.2002 in Hamburg erarbeitet worden. Er wurde zuerst veröffentlicht in* ak. analyse & kritik*, Nr. 464, 16.8.2002.)*

Teil 3

Prekäres Leben – prekäre Linke

Einführung

Um den Jahreswechsel 2002/2003 erlebte Hamburg eine soziale Bewegung gewissermaßen aus dem Nichts. An der Räumung des kleinen Bauwagenplatzes »Bambule« und den danach folgenden Auseinandersetzungen und Mobilisierungen entzündete sich der ganze Frust über die Politik des damaligen CDU-FDP-Schill-Senats, über Autoritarismus und Repression, über den Kahlschlag im sozialen Hilfebereich und nicht zuletzt über die Arroganz der Politik (siehe auch die Einleitung zu Teil 2).

Die Bambule-Auseinandersetzungen 2002/2003 waren nicht nur deswegen ungewöhnlich, weil sie für alle vollkommen überraschend gekommen waren oder weil in ihnen für zwei, drei Monate eine Atmosphäre der permanenten Straßenpräsenz geschaffen wurde. Die Monate von November 2002 bis Januar 2003 waren auch deshalb bemerkenswert, weil es in dieser Zeit zwischen autonomen Gruppen, Gewerkschaften und sozialpolitischen Initiativen zu einer ungeahnten gegenseitigen Bezugnahme kam. Auf nahezu jeder größeren Bambule-Demo wurde in Redebeiträgen und Flugblättern die Auflösung der Bauwagenplätze in den Zusammenhang mit der Sozialpolitik des Schwarz-Schill-Senats gestellt. Die Kooperation zwischen Teilen des DGB und Autonomen bei der Sozialkahlschlag-Demo von ver.di am 5. Dezember 2002 war schließlich der massivste Ausdruck für diese Art der Bezugnahme.

Auf informeller Ebene und in konkreten Projekten wie den sozialpolitischen Kongressen »Lichter der Großstadt« oder der ver.di-SoPo-Demo vom 16. April 2002 waren Kontakte entwickelt und gepflegt worden, auf die dann während der Bambule-Kämpfe zurückgegriffen werden konnte. Ab 2003 und als Konsequenz aus den Bambule-Erfahrungen hat die Gruppe Blauer Montag zusammen mit anderen Initiativen versucht, diesen informellen Kontakten eine organisiertere und verbindliche offene Netzwerkstruktur zu geben.[1] Die Jahre 2003 und 2004 waren die

1 Das Hamburger Widerstandsforum entstand vor den Sozialforumsversuchen in Hamburg und existierte später parallel zu ihnen. Das lag zum einen an dem permanenten

Zeit der Initiative Hamburger Widerstandsforum. Im Nachhinein und unterm Strich betrachtet sind diese Erfahrungen mit linker Vernetzung eher ernüchternd. Diese Ernüchterung prägt bis heute unseren Blick auf die Verfasstheit insbesondere der (post-)autonomen Linken. War die gemeinsame Diskussion im Plenum zwar mühselig, aber zumindest in einer Anfangszeit noch möglich, so scheiterte die Vernetzung regelmäßig dann, wenn es um verbindliche Aktionsabsprachen ging. Obwohl von etlichen Seiten eine stärkere Aktions- und Kampagnenorientierung des Widerstandsforums eingefordert wurde, kam es letztlich bei den tatsächlich durchgeführten Aktionen gegen die Privatisierung der Krankenhäuser oder gegen die Einführung von Hartz IV entgegen vehementer Ankündigungen zu keinem abgesprochenen Vorgehen. Wenn überhaupt, war jedes einzelne Grüppchen für sich unterwegs. Es ist nicht zuletzt diese Erfahrung, die bei uns den Eindruck hinterlassen hat, dass die tatsächliche Bereitschaft mancher linker Kleingruppen, sich verbindlich auf Diskussionsprozesse einzulassen, die das eigene Milieu überschreiten, begrenzt ist.

Spätestens mit dem Ende des Widerstandsforums stellte sich für die Gruppe Blauer Montag unübersehbar die Frage, auf welche Personen, Gruppen, Spektren wir uns mit unseren Diskussionen und Themen in Hamburg noch beziehen können. Diese Frage ist bis heute für uns offen, auch wenn es immer wieder Punkte gibt, an denen mehr oder weniger intensive und kontinuierliche Diskussionsprozesse entstehen:

In Berlin, Hamburg, Köln, aber auch Kiel oder Dresden tauchten 2003 bundesweit die »Umsonst-Gruppen« auf: Junge GenossInnen propagierten »Berlin umsonst« oder »Hamburg umsonst« verbunden mit entsprechenden Aneignungskampagnen in öffentlichen Einrichtungen, Schwimmbädern oder Lebensmittelgeschäften, mit Tipps und Tricks zum Ladendienstahl, Aneignungsaktionen in Mensen etc. »Aneignung« war quasi über Nacht zu einem relevanten Szenethema geworden, das im Jahr 2004 sogar prägend für den Bundeskongress Internationalismus in Kassel wurde. Die Gruppe Blauer Montag begegnete den Umsonst-Gruppen mit einer Mischung aus Neugier und Sympathie, zumal der Begriff der Aneignung maßgeblicher Bestandteil der JobberInnen-Praxis gewesen war und somit für einige von uns von erheblicher Bedeutung ist. In den

Krisenzustand der Hamburger Sozialforen, zum anderen verstand sich das Widerstandsforum aber auch explizit als Alternative zu den Sozialforen und ihren ideologischen Vorgaben und Politikverständnissen, die sich in Hamburg entweder an attac oder aber an Gewerkschaften/WASG/DKP orientierten.

Diskussionen, an denen wir als Gruppe oder als Einzelne im informellen Rahmen oder im Zusammenhang mit Diskussionsveranstaltungen teilgenommen haben, ging es zum einen darum, die Praxis der Umsonst-Gruppen gegenüber einer abstrakten Kapitalismuskritik zu verteidigen, die in den Aneignungsaktionen lediglich eine indirekte Bestätigung des Privateigentums sehen konnte. Zum anderen ging es uns in der Debatte darum, die Dimensionen von Aneignung auszuloten. Das bezog sich sowohl auf das gesamte Spektrum der Wiederaneignung von geklautem Leben, geklauter Arbeitszeit und enteigneter Kreativität als auch auf die Frage, wie Aneignungs- und ähnliche Kampagnen organisatorisch und alltagsmächtig verstetigt werden könnten. Der hier abgedruckte Text »Von Bäckereien, neuen Rezepten und leer geräumten Supermärkten« ist auf Anfrage des Magazins *Fantomâs* geschrieben und dort auch das erste Mal veröffentlicht worden. Er ist unser zusammenfassendes Statement zum Thema.

Parallel zu der Aneignungsdiskussion tauchte 2003/2004 eine neue Variante der Prekarisierungsdiskussion auf, diesmal allerdings weniger im linksgewerkschaftlichen Lager als vielmehr in Kreisen linksradikaler und (post-)autonomer Gruppierungen.[2] Oft waren es dieselben Strukturen, die maßgeblich im Rahmen der Umsonst-Kampagnen aktiv waren, die hier ImpulsgeberInnen waren, inspiriert durch Organisierungsversuche und Aktionen von prekär Beschäftigten in Italien, Spanien oder Frankreich und maßgeblich geprägt durch postoperaistische Theorien, die sich an Texten von Negri, Hardt und anderen orientierten. Eher linksradikale Initiativen wie der Euromayday stehen genauso in Verbindung mit dieser Neuentdeckung von Prekarisierung wie die Diskussion um gewerkschaftliche Organizing-Ansätze und die teilweise erstaunlich unkritische Bezugnahme gerade linker AktivistInnen auf diese Ansätze.

Auch wenn wir als Gruppe »offiziell« nur punktuell in die Prekarisierungsdiskussion interveniert haben[3], hat die Auseinandersetzung mit dieser Debatte und ihren ProtagonistInnen für uns als Gruppe wie auch für einzelne GenossInnen eine erhebliche Rolle gespielt. So sehr wir den Umstand anerkannt und begrüßt haben, dass zum ersten Mal seit lan-

2 Die Betonung liegt hier eher auf dem »Post«, denn unserer Erfahrung nach ging und geht diese Diskussion an den »Autonomen« eher vorbei.

3 So z.B. unser Text »Prekäres Leben – prekäre Kämpfe. Zur Normalität des Prekären und den Ambivalenzen des Widerstandes« (*ak. analyse & kritik*, Nr. 485, 18.6.2004), in dem wir uns kritisch mit Karl Heinz Roths Thesen zum Sozialkahlschlag (»Perspektiven von oben – Gegenperspektiven von unten«) auseinandersetzen. Beim BUKO 2005 in Hamburg hat die Gruppe Blauer Montag das Prekarisierungs-Panel mitorganisiert.

ger Zeit Aspekte von Arbeit, sozialer Reproduktion und Klassenkampf zum expliziten Thema der linksradikalen Debatte geworden waren, so kritisch standen und stehen wir der Entwicklung dieser Diskussion in der Linken gegenüber. Wir betonen dabei vor allem fünf Kritikpunkte: a) eine weitgehend ungebrochene Orientierung an falschen Gegenüberstellungen (»Kern- und Randbelegschaften«, »garantiert – prekär«); b) eine damit verbundene Verengung auf einen bestimmten Ausschnitt prekärer Existenzweisen; c) eine voluntaristische Vereinheitlichung unterschiedlicher Existenzweisen und Perspektiven (»Einheit von Putzmob und Laptop«) insbesondere in Teilen der Euromayday-Initiativen; d) ein unkritischer bzw. unpolitischer Umgang mit der eigenen prekären Existenz, insbesondere im Bereich des selbstständigen akademischen Projekteproletariats und e) ein Verhalten gegenüber den Gewerkschaften, das die kritische Auseinandersetzung weitgehend vermeidet.[4]

Der Text »Umkämpfte Normalität« basiert auf den Gruppendiskussionen und auf Statements und Positionierungen einzelner GenossInnen aus den Jahren 2004–2006 und kann gewissermaßen als Fazit des Blauen Montags zum Verlauf der Debatte angesehen werden. Das anschließende Gespräch zwischen zwei Blauer-Montag-Genossen ist 2006 in *ak. analyse & kritik* veröffentlicht worden. Wir haben es in diese Textsammlung aufgenommen, weil darin das Problem reflektiert wird, das die Umgehensweise eines großen Teils gerade linker AktivistInnen mit der eigenen prekären Situation als Selbstständige berührt, nämlich der weitgehende Verlust von Kollektivität im Umgang mit den eigenen materiellen Reproduktionsbedingungen und – damit verbunden – ein zunehmend unpolitisches Verhalten zur Marktförmigkeit der eigenen Tätigkeit.

Die Unzufriedenheit mit der innerlinken Prekarisierungsdiskussion einerseits und die Suche nach einem neuen »Gruppenprojekt« andererseits haben dazu geführt, dass wir uns zunehmend der Frage zugewandt haben, wie sich die vielen Facetten der Prekarisierung, der unsicheren Existenzbedingungen, der Aushöhlung sozialer Sicherungssysteme, der Lohnsenkungen etc. in den Bereichen von Arbeit und Leben niederschlagen, die in der linken Prekarisierungsdiskussion nicht vorkommen: in den sogenannten Kernbereichen von Industrie und Verwaltung. Unser Interesse richtete sich dabei sowohl auf die realen empirischen Veränderungen bei der Arbeitsorganisation und den Arbeitsbedingungen in Büros und Betrieben als auch auf die Frage, wie die Veränderungen von den Beschäftigten selbst wahrgenommen und verarbeitet werden. Dabei waren und sind unsere Zugänge in hohem Maße beschränkt und zufällig. Wir versuchten, erste Eindrücke über einen Fragebogen zu gewinnen, den wir Ende 2005/Anfang 2006 an Freunde und Bekannte verschickt haben, die in unterschiedlichen Großbetrieben arbeiten. Vielleicht weil dieser Fragebogen sehr umfangreich und komplex angelegt war, vielleicht weil wir diese Form und nicht das direkte Gespräch gesucht haben: Insgesamt haben wir nur wenige Rückmeldungen erhalten, die zudem äußerst heterogen waren. Repräsentative und verallgemeinerbare Thesen ließen sich aus den Rückmeldungen kaum ableiten.

Dennoch waren diese Fragebogenaktion und unsere bisweilen äußerst mühseligen Debatten zur Interpretation der Antworten durchaus interessant. Zum einen haben wir den Fragebogen auch auf unsere eigenen, individuellen Arbeitssituationen angewandt. Zum anderen haben wir unser Bild durch verschiedene Veranstaltungen ergänzt, etwa zum Opel-Streik 2004 oder zu dem VW-Projekt »Auto 5000«. So haben sich Schlaglichter und Aspekte ergeben, die wir zur weiteren Diskussion stellen wollen. Der Abschlusstext dieses Buches, »No Country for Old Men«, fasst diese Diskussionen zusammen.

4 Wir brechen hier keine Lanze für die altbekannten Varianten von Gewerkschaftsschelte oder von Appellen an ein doch bitte schön kämpferischeres Gewerkschaftsverhalten. Was wir kritisieren, ist, dass z.B. in Hamburg die Euromayday-Paraden räumlich und zeitlich getrennt von den gewerkschaftsoffiziellen Umzügen stattgefunden haben und dass eine Auseinandersetzung mit der Themensetzung auf der Gewerkschaftsdemo (Flugblätter, eigener Prekarisierten-Block, eigener Lautsprecherwagen etc.) vermieden wurde.

Von Bäckereien, neuen Rezepten und leer geräumten Supermärkten

Ein Beitrag zur aktuellen Aneignungsdiskussion

Sind Umsonst-Kampagnen so etwas wie Aneignung konkret? Oder doch nur Aneignung light? Wie lässt sich Aneignung als Programm verstehen, das nicht nur radikal klingt, sondern auch auf eine radikale Veränderung von Eigentumsverhältnissen und Lebensweisen zielt? Die Gruppe Blauer Montag gibt auf diese Fragen Antwort.

»Hauptproblem ist dabei, dass sich mit der Aneignungspraxis niemals Produktionsverhältnisse thematisieren lassen. Mit der Orientierung auf Waren wird nicht gebrochen, man möchte sie eben nur umsonst.« So oder ähnlich urteilten viele im letzten Jahr über die Umsonst-Kampagnen, die sich zum Beispiel in Berlin, Hamburg und anderen Städten formiert hatten und die die kostenlose (Wieder-)Aneignung bzw. Nutzung von Waren, Schwimmbädern, öffentlichen Verkehrsmittel etc. in das Zentrum ihrer Aktionen stellten. Die Kritik ist nicht neu. Schon immer waren und sind »Einklauen« und »lumpenproletarische Verhaltensweisen« aus Sicht der offiziellen ArbeiterInnenbewegung eher moralisch anrüchig oder »kleinbürgerlich-anarchistisch«. Manche marxistische TheoretikerInnen sehen in ihnen nur eine implizite Bestätigung des Privateigentums. Dabei eint sowohl die KritikerInnen wie auch manche ProtagonistInnen von »Aneignungskampagnen« ein Reflex: Der Begriff Aneignung wird von beiden Seiten auf die Inbesitznahme von Waren reduziert.

In kapitalistisch verfassten Gesellschaften ist Aneignung in diesem engeren Sinne immer zweierlei: zum einen die Aneignung von Produkten als Waren und zum anderen Diebstahl, also die illegalisierte Überführung einer Ware von einem/r PrivateigentümerIn zu einem/r anderen. Insofern ist die theoretische Kritik durchaus richtig: Umsonst-Praxen stellen weder das Institut des Privateigentums noch die Warenproduktion (und damit Ausbeutung) als solche grundsätzlich in Frage. Und doch bleiben solche Kritiken häufig bloß moralisch oder abstrakt, weil ihr blutleerer Objektivismus die subjektiv-subversiven Momente selbst des kleinsten Ladendiebstahls nicht berücksichtigt.

Subjektive Subversionen statt blutleerem Objektivismus

Auch unabhängig von irgendwelchen linken Kampagnen gibt es eine mehr oder weniger weit verbreitete alltägliche und individuelle Aneignungspraxis: Schwarzfahren, Ladendiebstahl, Stromklau, Versicherungsbetrug, die kleinen und größeren Bescheißereien gegenüber Sozial- und Arbeitsämtern etc. Und selbstverständlich sparen linke Projekte seit Jahren Geld dadurch, dass ihre AktivistInnen in Firmen und Büros klauen wie die Raben, von der Büroklammer über das Kopierpapier bis zur Druckerpatrone. Manchmal sind solche alltäglichen Umverteilungspraxen Überlebensstrategie, manchmal verdeckte Lohnerhöhungen oder Ausdruck von Konsumismus, manchmal entspringen sie einfach nur der Lust am Abenteuer oder sportlichem Ehrgeiz.

In aller Regel aber beinhalten sie immer auch eine mehr oder weniger individuelle Rebellion gegen den Konsumverzicht und damit gegen die gesellschaftlich verordnete Verweigerung von Bedürfnisbefriedigung. Wo Bedürfnisse nur über den Konsum von Waren befriedigt werden können und wo die Teilnahme am Warentausch in zentralem Maße über gesellschaftliche Exklusion oder Inklusion entscheidet, ist die individuelle Aneignung auch eine systemimmanente Rebellion gegen den gesellschaftlichen Ausschluss bzw. für gesellschaftliche Teilhabe. Wenn mache linke KritikerInnen hier nur die angeeignete Ware, aber nicht das angeeignete Bedürfnis sehen, dann entgeht ihnen das subversive Potenzial in solchen Handlungsweisen – nämlich der Wille, auch ohne allgemeines Äquivalent, sprich: Geld, in den Genuss von Gebrauchswerten zu kommen.

Natürlich ist nicht jeder Diebstahl eine dezidiert emanzipatorische politische Aktion und sollte auch nicht als solche verklärt werden. Die Grenzen zum Politischen sind fließend und abhängig von den konkreten historischen und gesellschaftlichen Verhältnissen. Doch egal, was Linke denken oder wollen: Die (alltäglichen) Aneignungspraxen sind Verlaufsformen sozialer Konflikte, Ladendiebstähle genauso wie Plünderungen. Damit beinhalten sie aber auch die Ambivalenz der Konflikte, ihre emanzipatorischen wie ihre reaktionären Dimensionen. Individuelle wie kollektive Aneignungspraxis kann sehr wohl antiemanzipatorische, reaktionäre und rassistische Züge annehmen.[1] Auch das Abziehen unter (proletarischen) Jugendlichen ist Aneignung, auch das Klauen in

1 Bei den Rodney-King-Riots 1992 in Los Angeles bestand eine Strategie der Polizei darin, die Plünderungen auf die Schwarzen- und Latino-Viertel der Stadt zu begrenzen. Faktisch hat sich damals die Armutsbevölkerung von L.A. teilweise gegenseitig beklaut – nicht ohne rassistische Komponenten, etwa in Form von Angriffen auf koreanische Lebensmittelläden. Das krasseste Beispiel einer reaktionären Aneignungspraxis wären etwa Plünderungen und Raubzüge, die sich im Zusammenhang mit Pogromen abspielen.

einem Armutsviertel – einen emanzipatorischen Gehalt wird man da nur schwerlich hineininterpretieren können.

Kohle plündern, Strom klauen, Häuser besetzen

Und doch: Vor allem dort, wo die angeeignete Ware in einen kollektiven Gebrauch (einer WG, eines Wohnblocks, eines selbstverwalteten Projekts etc.) überführt wird oder tatsächlich als Subsistenzmittel das Überleben sichert, dort wird im Prinzip auch das Privateigentum wenigstens potenziell in Frage gestellt. Es ist das doppelte Moment des Robin-Hood-Mythos, das hier durchschlägt: die praktische Kritik an der gesellschaftlichen Spaltung zwischen Arm und Reich, d.h. die praktische Umsetzung von egalitären Gerechtigkeitsvorstellungen sowie die ebenso praktische gemeinschaftliche Verfügung über Waren, Produkte, Ressourcen. Von der – gemeinschaftlichen wie illegalen – Nutzung privatisierter Weiderechte im späten 18. Jahrhundert über die kollektive Plünderung von Kohlewaggons nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum organisierten Stromklau in einem Mietshaus heute beinhaltet der Diebstahl auch die Vision eines freien und ungehinderten Zugangs zu gesellschaftlichen Ressourcen und (Über-)Lebensmitteln für alle, ohne (über Geld vermittelten) Warentausch.

Der weltweite Kampf gegen Privatisierung und um öffentliche Güter und die dabei praktizierten Aneignungsformen zeigen, dass Aneignung eben nicht (nur) der (illegalisierte) Wechsel von einem Privatbesitz in einen anderen ist. Die praktische Aneignung privater Güter kann auch ihre Rückführung in öffentliche Güter und somit die praktische Kritik an der marktregulierten Verteilung privatisierter Ressourcen und damit verbundener Bedürfnisbefriedigung gemäß der jeweiligen Kaufkraft bedeuten.

Aneignung in diesem Sinne heißt dann nicht »Aneignung einer Ware, nur umsonst«, sondern stellt die momentane Verteilung und Nutzung des gesellschaftlichen Reichtums in Frage: Warum muss für das Grundbedürfnis auf ausreichenden Wohnraum und gesunde Nahrung bezahlt werden? Warum muss für das Recht auf Mobilität und damit soziale Kontaktpflege Geld ausgegeben werden? Warum entscheidet über den Zugang zu Kultur, zu Bildung, zu Kinderbetreuung, zu Gesundheitsversorgung etc. der Geldbeutel? Hausbesetzungen, Null-Tarif-Aktionen im Öffentlichen Personennahverkehr und öffentlichen Einrichtungen, kostenlose Besuche von Konzerten oder Theateraufführungen – alle konkreten Formen linker Aneignungspraxis haben die Warenförmigkeit gesellschaftlicher Teilhabe und Existenzabsicherung kritisiert. Und in den Forderungen nach einem Existenzgeld für alle oder nach einem unbedingten Grundeinkommen taucht genau das wieder auf: der Anspruch auf Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und der Anspruch auf einen egalitären und uneingeschränkten Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen für alle, unabhängig von Geld, Kaufkraft und Marktfähigkeit.

Als sich Ende der 1960er Jahre die Klassenkämpfe in Italien und anderswo über die großen Fabriken hinaus ausweiteten, traten neben den Streik und die Fabrikbesetzung auch die organisierte Kaufhausplünderung, der Mietboykott oder die massenhafte Weigerung von Jugendlichen, für Konzerte Eintritt zu bezahlen. »Wir wollen alles« oder »Nehmen wir uns die Stadt« waren ebenso Parolen wie »Bezahlt wird nicht« und »Autoriduzione«, die selbst bestimmte (Miet-)Preisreduzierung. Der damals populäre Slogan von der »gesellschaftlichen Fabrik« bzw. der »Fabrikgesellschaft« sollte beschreiben, dass und wie die Zwänge, Normen, Unterdrückungs- und Ausbeutungsmechanismen des kapitalistischen Produktionsprozesses in die Gesellschaft und die Formen der sozialen Reproduktion hinein verlängert werden. Politische Gruppen wie *Lotta Continua* und andere hatten dabei die Aneignungskämpfe in der Sphäre der Reproduktion immer als Teil einer umfassenden praktischen Kritik am Kapitalverhältnis begriffen.[2]

»Wir nehmen uns, was wir brauchen«

Sicherlich ist es richtig, dass sich die Aneignungskämpfe in der Revolte der 1960er und 1970er Jahre sowohl in ihrer Quantität wie in ihrer Qualität erheblich von aktuellen Kampagnen linker Gruppen wie etwa den Umsonst-Kampagnen unterscheiden. Doch sie belegen gleichzeitig, dass Aneignungspraxen stets integraler Bestandteil linker politischer Praxis gewesen sind – als kollektive Aktion, als praktische Aufhebung des Privateigentums im Rahmen von direkter Ent- und kollektiver Aneignung und als praktizierte egalitäre Gerechtigkeit: Alles für alle.

Von den Rote-Punkt-Aktionen Ende der 1960er Jahre in Hannover, Bremen und anderswo[3], von der ersten Phase des Häuserkampfes im

2 Ein ebenso aktuelles wie interessantes Beispiel für Aneignung lieferten vor kurzem die ArbeiterInnen der französischen Elektrizitätswerke. In ihrem Streik gegen Privatisierung hatten sie gleichzeitig massenhaft den Strom für Armutshaushalte freigeschaltet, die ihre Stromrechnungen nicht bezahlen konnten und denen deswegen z.T. seit langem der Strom abgeschaltet war.

3 Fahrpreiserhöhungen bei den städtischen Verkehrsbetrieben in Hannover hatten 1969 zu heftigen Protesten geführt, die quer durch alle Schichten und Klassen getragen

Frankfurt Anfang der 1970er Jahre über die Häuserbewegung der 1980er und die Aneignungspraxen der Erwerbslosen- und Jobberinitiativen – die Geschichte der sozialen Bewegungen wie die linke und linksradikale Geschichte auch in Deutschland ist voll von – teilweise äußerst erfolgreichen – Aneignungskämpfen.

Das trotzige und gleichzeitig praktisch-unmittelbare »Wir nehmen uns, was wir brauchen« hat politische Handlungsmöglichkeiten eröffnet, die sich nicht auf die Demonstration für irgendwelche Parolen und Forderungen beschränkt haben, für deren Durchsetzung letztlich und relativ hilflos meist staatliche Regulationsinstanzen angerufen werden. Die konkrete Aneignung von Wohnraum, Waren, Bewegungsfreiheit, Kultur etc. war der unmittelbare Ausdruck und gleichzeitig eine sinnlich fassbare Verdeutlichung von Forderungen wie etwa der nach Nulltarifen in öffentlichen Einrichtungen oder nach einem Existenzgeld/garantierten Einkommen. Aneignungspraxen waren die ganz konkret-praktische Umsetzung dieser Forderungen von unten, im Hier und Jetzt.

Der wesentliche Unterschied dieser Kämpfe zu den Umsonst-Kampagnen liegt deshalb nicht in der Aneignungspraxis, sondern in ihrer alltagspolitischen Einbettung bzw. Isolation. Die momentanen Kampagnen kranken vor allem daran, dass sie sich gewissermaßen im luftleeren politischen Raum bewegen. Sie sind eben nicht aktions- und kampagnenmäßiger Ausdruck einer Politik, die kontinuierlich und organisiert die Fragen, Probleme und Bewältigungsstrategien der alltäglichen sozialen Reproduktion zum politischen Thema macht.[4] Das ist eine fundamentale Schwäche linksradikaler Politik, die allerdings nicht allein und vielleicht noch nicht einmal in erster Linie den Umsonst-Kampagnen zum Vorwurf gemacht werden kann.

Richtig ist aber: In dem Maße, wie linke Aneignungspraxen sich auf die soziale Reproduktion beziehen, laufen sie Gefahr, die Art und Weise, wie der gesellschaftliche Reichtum produziert wird, aus den Augen zu verlieren. Bei der Konzentration auf eine egalitäre Teilhabe droht der Anspruch auf egalitäre Mitgestaltung und Aneignung aller gesellschaftlichen Bereiche einschließlich der Produktion hinten runterzufallen.

wurden. Neben Straßen- und Gleisbesetzungen bei Straßenbahnen wurden selbstorganisierte Fahrdienste ins Leben gerufen: Mit einem roten Punkt machten AutofahrerInnen deutlich, dass sie aus Protest gegen die Preise im ÖPNV kostenlos Leute mitnehmen würden. Diese Aktionsform weitete sich anschließend auf andere Städte aus.

4 Damit laufen sie auch Gefahr, die bedenkliche, hierarchische Seite des Robin-Hood-Mythos zu festigen, nämlich die Idee des Helden/Supermanns/Genies, der für andere handelt und ohne den Befreiung nicht geht.

Die Forderung nach Teilhabe und die damit verbundenen Aneignungspraxen von unten formulieren sicherlich eine bedeutsame Kritik an der privaten Verfügungsgewalt über den gesellschaftlich produzierten Reichtum, doch das kapitalistische Aneignungsprinzip geht darüber weit hinaus. Die private Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums bedeutet ja gleichzeitig die Enteignung des kollektiven Produktionsprozesses: Die Aneignung der Ware Arbeitskraft, der unbezahlten Mehrarbeit und des Mehrwerts bedeutet für die Kapitalisten auch die Aneignung von Zeit, Kreativität, Kontrolle und Macht sowie die Enteignung von kollektiven Produktions- und Reproduktionsmitteln und von kollektiver Kontrolle über die Produktions- und Reproduktionsbedingungen. In der Aneignung und Unterwerfung lebendiger Arbeit und damit in der Herrschaft und dem Kommando über die lebendige Arbeit liegt der Kern der kapitalistischen Aneignung.

Die enteignete Welt wiederaneignen

Man würde deshalb die Marxsche Forderung von der »Expropriation der Expropriateure« fatal missverstehen, würde man sie lediglich auf die kollektive Aneignung/Enteignung privatisierter Güter, also auf die Kollektivierung des Privateigentums reduzieren. Die (Wieder-)Aneignung von unten sollte vielmehr darauf zielen, sich kollektiv wie individuell die kapitalistisch enteignete Welt wieder zu eigen zu machen, sich also die Kontrolle über Tätigkeiten, Zeit und Bedürfnisse wieder anzueignen. Eine solche Aneignungsperspektive geht weit über die Verteilungs- und Eigentumsfrage hinaus und diskutiert die sozialen und kulturellen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse insgesamt.

Manche AktivistInnen waren und sind sich des Problems durchaus bewusst, das in einer Fixierung auf die »Reproduktionssphäre« liegt. Gerade weil die gängigen Aneignungspraxen und mit ihr verbundene Forderungen wie die nach einem Existenzgeld die offene Flanke hatten und haben, sich auf die Frage der Reproduktion und der reinen Existenzabsicherung zu beschränken, hat etwa die Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) ergänzend von einer »Aneignung der Arbeit« gesprochen – um deutlich zu machen, dass eine gesamtgesellschaftliche und umfassende Aneignungsperspektive die Frage der Reichtumsproduktion mit diskutieren muss.[5] Auch die beliebte linksradikale Parole »Wir wollen nicht nur ein Stück vom Kuchen, sondern die ganze verdammte Bäckerei« zielt in

5 Vgl. Michael Bättig: Existenzgeld für Alle! Zur Entwicklung der Existenzgeldforderung in Deutschland, in: *ak. analyse & kritik*, Nr. 411, 12.2.1998.

die gleiche Richtung. Dabei kann »Aneignung der Arbeit« nicht heißen, die bestehenden Produktionsprozesse und Produktionsorganisationen einfach zu kollektivieren, in ArbeiterInnen- oder sonstige Hände zu legen. Wenn man eines vom Operaismus lernen kann, dann dies: dass die Formen von Macht, Herrschaft und Kommando bis in die letzten scheinbar neutralen Elemente der technologischen und arbeitsorganisatorischen Strukturen der kapitalistischen Produktion eingeschrieben sind – vom Fließband und der Stechuhr bis zur Vertrauensarbeitszeit und der Gruppenarbeit. Diese Bäckerei mit ihrer Effizienzlogik und ihren vielfältigen Macht- und Herrschaftsmechanismen kann nicht einfach »übernommen« werden. »Aneignung der Arbeit« heißt deshalb, umfassende Fragen neu zu stellen: Was ist gesellschaftlich notwendige Arbeit? Wer soll sie leisten? Wie und zu welchen Bedingungen? Wer bestimmt darüber? Sich die ganze Bäckerei zu nehmen, bedeutet also gleichzeitig, nach neuen Rezepten zu backen.

In welcher Form kann und soll die tägliche kapitalistische Dialektik von An- und Enteignung von Ressourcen, Phantasie, Zeit, Bedürfnissen und Macht gebrochen bzw. umgedreht werden? So gestellt zeigt die Frage sehr deutlich, dass der Begriff Aneignung Dimensionen hat, die weit über die momentane Aneignungsdebatte hinausgehen. Gerade eine solche Debatte halten wir für außerordentlich wichtig – ohne dass wir Aneignung damit zum neuen Zentralbegriff hochjubeln wollen. Es kann dabei keineswegs nur um die Frage gehen, wie und in welcher Form gesellschaftliche Produktion und Reproduktion (wieder-)angeeignet werden können. Angesichts der unzähligen sozialen Zerklüftungen und Hierarchien wäre die Aneignungsdiskussion auch eine um individuelle Emanzipation und Selbstermächtigung: Wer eignet sich was an? Wer ist in der Lage, sich was anzueignen? So unselig der neumodische Begriff vom »Empowerment« in allen Varianten des Modernisierungsdiskurses daherkommt: Die Frage der Aneignung ist auch eine – sehr individuelle – Machtfrage.

Aneignung gleicher Rechte

Dazu ein Beispiel aus einem Bereich, der der radikalen Linken nicht so nah sein dürfte. Unter dem Stichwort »Partizipation« wird in der emanzipatorischen Kinder- und Jugendhilfedebatte seit langem um die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am gesellschaftlichen Leben gestritten. Es geht dabei um ganz reale Mitgestaltungs- und (Mit-)Entscheidungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen bei Finanzplänen, Personalentscheidungen etc., also um die Aneignung der Ressourcen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe durch ihre AdressatInnen selbst. Dieses

Beispiel ließe sich beliebig erweitern – auf PatientInnen, Psychiatrisierte, ältere Menschen, Pflegebedürftige, DrogenkonsumentInnen usw.

Aneignung als Frage von Entscheidungs- und Mitgestaltungsmacht über die Welt und das eigene Leben hat eine Vielzahl von Aspekten und bezieht sich vor allem auch auf all diejenigen, die nach den heutigen Verwertungsmaßstäben entweder »unmündig«, »leistungsgemindert« oder gar »leistungsunwillig« sind. Zugang und Kontrolle zu gesellschaftlichen Ressourcen werden nicht nur über Geld und die verfügbare Kaufkraft, sondern auch über rechtliche Restriktionen reguliert. Das Staatsbürgerschaftsrecht ist dafür nur ein, wenn auch sehr markantes Beispiel. Der Egalitätsanspruch des »Alles für alle« beinhaltet also auch und vielleicht sogar vor allem eine Aneignung gleicher Rechte, wie sich z.B. in den Flüchtlings- und MigrantInnenkämpfen gegen Lagerunterbringung, gegen die Residenzpflicht und für den freien Zugang zu den nationalen und internationalen Arbeitsmärkten stets auf Neue zeigt.

Der Aneignungsbegriff ist also alles andere als unsinnig oder antiemanzipatorisch. Das Einzige, was man der aktuellen Aneignungsdebatte vorwerfen könnte, ist, dass sie die ganze Tragweite von Aneignung/Enteignung im Kapitalverhältnis (noch) gar nicht erfasst hat. Sie ist also bei weitem nicht radikal genug. Aber wer ist das schon, zur Zeit?

Gruppe Blauer Montag

(Dieser Beitrag erschien zuerst in Fantomâs, *Nr. 8, Winter 2005/06.)*

Umkämpfte Normalität

Prekarisierung und die Neudefinition proletarischer Reproduktionsbedingungen

So vielfältig und schillernd, wie inzwischen Begriffe wie »Prekarisierung«, »Prekarität« oder gar »Prekariat« benutzt werden, scheint es sinnvoll, zunächst einmal genauer zu beschreiben, was denn darunter genauer zu verstehen sein soll. Laut Wörterbuch meint »prekär« »unsicher«, »ungewiss«, »grenzwertig«, aber auch »widerruflich«, »unter Vorbehalt«. Prekarität im Sinne der momentanen Diskussionen lässt sich von daher am besten durch Unsicherheit der sozialen Existenz von Menschen durch Widerruflichkeit des Erwerbs definieren. Es ist diese Unsicherheit und Widerruflichkeit gesellschaftlicher Reproduktionsbedingungen, die im Folgenden in ihren sozialen wie politischen Dimensionen genauer diskutiert werden sollen.

1.

Ausgangs- wie Mittelpunkt der politischen Debatte um Prekarisierung waren und sind die Veränderungen am Arbeitsmarkt. Dabei ist die Diskussion um prekäre Beschäftigungsverhältnisse keineswegs neu. Angesichts zunehmender (Schein-)Selbstständigkeit, Leiharbeit, sozialversicherungsfreier Beschäftigung, Teilzeitarbeit oder befristeten Beschäftigungsverhältnissen kam die Debatte Ende der 1980er Jahre in linksgewerkschaftlichen Kreisen als Diskussion um das sogenannte »Ende des Normalarbeitsverhältnisses« auf und war vor allem von Gegenüberstellungen geprägt: normal – atypisch, reguliert – dereguliert, gesichert – ungesichert, tarifiert – tariflos, garantiert – entgarantiert, Rand- vs. Kernbelegschaften.[1] Damals wie heute sind solche Gegenüberstellungen jedoch analytisch und politisch irreführend, und zwar aus mehreren Gründen.

Zum Ersten sei an die marxistische Binsenweisheit erinnert, dass es in kapitalistischen Gesellschaften niemals so etwas wie Garantien für Arbeit und Existenzsicherung gegeben hat. Das Wesen der doppelt freien Lohnarbeit ist es, dass das Leben und Überleben von lohnabhängigen Haushalten daran gekoppelt ist, dass der Verkauf der Ware Arbeitskraft gelingt. In den *Grundrissen* definiert Marx Lohnabhängigkeit geradezu als Pauperismus, als prinzipielle Eigentums- und Garantielosigkeit in Bezug auf die materielle Existenzsicherung. Prekarität und proletarische Existenz bzw. »Proletarität« hängen somit in kapitalistischen Klassengesellschaften untrennbar zusammen.[2] Die Existenz- und Reproduktionsbedingungen von Menschen, Familien und Haushalten, die darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, die also in diesem Sinne lohnabhängig sind, waren und sind prinzipiell entgarantiert. Das ist das Einzige, was unter den Bedingungen von Marktlogik und Kapitalverwertung sicher gewesen ist und bis heute sicher ist. In diesem Sinne beschreibt also zunächst einmal Prekarität das Normalverhältnis sozialer Reproduktion im Kapitalismus.

Zum Zweiten: Obwohl das sogenannte fordistische Normalarbeitsverhältnis lange Zeit als Referenzmaßstab von Normalität gegolten hat und teilweise bis heute gilt, war es in historischer und globaler Perspektive stets eine Ausnahmeerscheinung. Es war auf die Länder des Nordens begrenzt und dort auch nur auf einen beschränkten historischen Zeitraum, etwa von den 50ern bis in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts. Und selbst in den »goldenen Zeiten« des Fordismus war dieses Normalarbeitsverhältnis auch in den kapitalistischen Metropolen keineswegs allgemeingültig.[3] Zum einen galt es für bestimmte Regionen – etwa Süditalien und andere Regionen Südeuropas oder auch weite Teile der USA – nicht oder kaum. Zum anderen waren Frauen weitgehend von Erwerbsarbeit ausgeschlossen.[4] Dort, wo sie in die Lohnarbeit eingebunden waren, haben sie in aller Regel »nur dazuverdient«. D.h. Frauen haben schon immer vornehmlich in Leichtlohngruppen und in prekären Beschäftigungsverhältnissen gearbeitet. Gleiches galt und gilt für ArbeitsmigrantInnen, für Wander- und SaisonarbeiterInnen und für Flüchtlinge. Aus der Perspektive des Südens, aus der Perspektive von Frauen und MigrantInnen und in einer zeitlichen Perspektive, die nicht etwa auf die 1960er Jahre fixiert ist, war und ist der eine, unbefristete Job (für den männlichen Familienalleinernährer) mit tarifierten Arbeitsbedingungen, mit existenzsichernden Löhnen und 38,5 Stunden in der Woche, in dem man sein Leben lang und womöglich auch in einem Betrieb arbeitet, der eigentliche

1 Siehe z.B. Mückenberger 1989 und Hinrichs 1989.

2 Die Gruppe Blauer Montag hat auf diese grundsätzliche Prekarität sozialer Reproduktion im Kapitalismus schon sehr frühzeitig hingewiesen (vgl. Gruppe Blauer Montag 1998).

3 Schematische Begriffe wie »Fordismus« haben die Tendenz, soziale Prozesse und dynamische Verhältnisse »einzufrieren« und zu simplifizieren. Deswegen werden diese Begriffe hier eher mit Unbehagen und als Zugeständnis an den Sprachgebrauch benutzt.

4 Bis in die 1970er Jahre hinein brauchten Frauen in Deutschland die Zustimmung des Ehemannes, wenn sie lohnarbeiten wollten.

Ausnahmefall. Auch aus diesen Perspektiven erscheint Prekarität eher als kapitalistischer Normalzustand.

Zum Dritten war das »fordistische Normalarbeitsverhältnis« selbst Ergebnis eines Klassenkompromisses, der sich im Zuge langer sozialer Kämpfe herausgebildet hatte und eben an diese Kämpfe und gesellschaftlichen Machtkonstellationen gebunden war. Insofern war die »Normalität« dieser Arbeits- und Reproduktionsverhältnisse stets eine gesellschaftliche Machtfrage und deshalb alles andere als »garantiert«, sondern relativ und fragil – eben »widerruflich«, prekär. Und der Kern dieser »Normalität«, der Tarifvertrag, war immer ein selbst hochgradig prekärer Schutz vor Prekarität. Denn Tarifschutz bedeutete immer auch eine ausschließende und hierarchisierende Regulierung des Arbeitsmarktes und seiner Zugangsrechte, war also immer auch Schutz vor prekären Teilen der ArbeiterInnenklasse, etwa vor Frauen oder ArbeitsmigrantInnen.[5]

2.

Das sogenannte fordistische Normalarbeitsverhältnis war also weder allgemein gültig noch tatsächlich »garantiert«. Das, was wir heute Prekarisierung nennen, ist also keineswegs etwas so fundamental Neues. Wenn also heute neu über Prekarisierung diskutiert wird, so macht das nur Sinn, wenn es um die Reflexion jener ökonomischen, sozialen und politischen Umbauprozesse der letzten zehn, zwanzig Jahre geht, mit denen die »Normen« proletarischer Arbeits- und Reproduktionsbedingungen umfassend neu festgelegt wurden. Prekarisierung heute ist weit mehr als die Schaffung von Sonderverhältnissen am Arbeitsmarkt neben einem ansonsten mehr oder weniger unberührten Normalarbeitsverhältnis. Prekarisierungs- und Flexibilisierungsprozesse entfalten ihre soziale Bedeutung also weniger als Charakteristika bestimmter Beschäftigtengruppen, sondern vor allem als verallgemeinerte Normen für *alle* proletarischen Lebens- und Arbeitsrealitäten. In all den ökonomischen, sozialen und politischen Umbauprozessen geht es um eine umfassende Neudefinition dessen, was heute Normalarbeits- und Lebensverhältnisse sein sollen.

5 Diesen Doppelcharakter des Tarifvertrages und damit auch des »fordistischen Normalarbeitsverhältnisses« – Integration durch Solidarität bei gleichzeitigem Ausschluss durch Solidarität – hat Martin Dieckmann sehr schön am Beispiel des Tarifvertrags der Buchdrucker, des ersten Flächentarifvertrags in Deutschland, dargestellt (Dieckmann 2005).

Prekarität meint in diesem Zusammenhang wesentlich mehr als Verarmung, Niedriglohnsektoren und Teilsegmente des Arbeitsmarktes. Prekarität ist vielmehr die prinzipielle und fundamentale Verunsicherung aller Lebens- und Arbeitsbereiche. Für immer mehr Menschen wird die Existenzsicherung unter Vorbehalt gestellt: Gibt es einen Folgeauftrag? Wird mein Vertrag verlängert? Wird das Weihnachtsgeld oder Urlaubsgeld gestrichen? Wird der Betrieb geschlossen oder verlagert? Werde ich übernommen? Lande ich bei Hartz IV? Reicht das Geld – für den Urlaub, für die Ausbildung der Kinder, fürs nackte Überleben? Was passiert, wenn ich krank oder alt bin? Wenn ich ein Pflegefall werde oder jemand aus der Verwandtschaft? Diese grundsätzliche Verunsicherung erfasst alle Bereiche der sozialen Reproduktion, und auch gut verdienende FreiberuflerInnen, ProjektleiterInnen etc. sind davon nicht verschont. Prekarisierung und der Kampf gegen sie ist deshalb keine Angelegenheit des einen oder anderen Sektors des Arbeitsmarktes oder des einen oder anderen Klassensegments. Prekarisierung als Neudefinition »normaler« proletarischer Reproduktion ist ein Kampfverhältnis, das in jedem Fall den gesamten Zusammenhang der lohnabhängigen Klasse, das gesamte Klassenverhältnis betrifft (vgl. Gruppe Blauer Montag 1998).

Prekarisierung als prinzipielle Verunsicherung proletarischer Existenz ist das eigentliche Programm des Angriffs, den Staat und Kapital in den letzten zehn, zwanzig Jahren gegen die ArbeiterInnenklasse gefahren haben und der mit der rot-grünen Regierungsübernahme 1998 noch einmal verschärft worden ist. Unterschiedlichste Experimente auf Betriebsebene zur Stabilisierung, Intensivierung und Flexibilisierung des Zugriffs auf und der Kontrolle über die lebendige Arbeit im unmittelbaren Produktionsprozess korrespondieren dabei mit einem systematischen Um- und Ausbau sozialstaatlicher Zugriffs- und Zwangsrechte in Richtung einer paternalistischen »Politik der Lebensführung« (Anthony Giddens), die letztlich auf eine staatlich organisierte Zwangsflexibilisierung von Erwerbslosen und Entgarantierung sozialer Sicherungsleistungen abzielt.[6] Wie ein roter Faden durchzieht die Strategie der Verunsicherung den Umbau der sozialen Sicherungssysteme, die Repression gegenüber Erwerbslosen, die Mobilisierung von Arbeit in Niedriglohnbereichen und die Attacken auf die tarifierten Arbeitsverhältnisse.[7] In

6 Zum Zusammenhang zwischen den Flexibilisierungsstrategien in Betrieben und Büros mit der Umgestaltung sozialstaatlicher Regulierung der Reproduktion vgl. Gruppe Blauer Montag 2002.

7 In seiner berüchtigten Agenda-2010-Regierungserklärung vom 14.3.2003 hatte Ger-

der Konsequenz erfüllt sich »der Sinn der sozialpolitischen Misere … vor allem darin, dass sich die Menschen fortlaufend nur noch mit ihrer ökonomischen Lage beschäftigen sollen« (Dieckmann 2004).

Wenn es mit der Agenda 2010 darum geht, die Verwertungsbedingungen für das Kapital am »Standort Deutschland« zu verbessern, so liegt der eigentliche Inhalt dieses Programms genau hier, in der materiellen und subjektiven Destabilisierung der sozialen Reproduktion. Das heißt nicht, dass auf Regulierungsformen und -instanzen wie Tarife, Sozialstaatlichkeit und Gewerkschaften verzichtet würde, ganz im Gegenteil.[8] Aber die Regulierung der Agenda 2010 verzichtet definitiv auf soziale Existenzgarantien. Es geht darum, soziale Sicherheitsbedürfnisse nachhaltig als »Vollkaskomentalität« zu diskreditieren und durch permanente und lebenslange Flexibilisierungsanforderungen zu ersetzen. In diesem Sinne vollzieht sich vom Antritt der rot-grünen Koalition bis heute die Kohl'sche Wende mit zwanzigjähriger Verspätung.

Wenn irgendetwas das umfassende politische Herrschaftsprojekt der Prekarität augenfällig symbolisiert hat, dann war es die Gleichzeitigkeit des sozialen Angriffs im Jahr 2004: Hartz IV mit staatlicher Zwangsflexibilisierung und Zwangsprekarisierung auf der einen Seite und die nahezu geschlossenen Attacken des Kapitals auf die (groß-)industriellen Beschäftigungsverhältnisse auf der anderen. Die Tarifverträge und Standortsicherungsvereinbarungen bei Siemens, DaimlerChrysler, Opel, Karstadt/Quelle, VW usw. folgen alle einem Muster: länger und härter arbeiten, weniger Geld und – vor allem – die hochoffizielle Aufkündigung einer Beschäftigungs»garantie«. Der sogenannte »Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen« bis zum Jahre X sagt ja vor allem eines, nämlich dass alle Arbeitsplätze in den nächsten Jahren neu zur Disposition stehen. Wenn man so will, handelt es sich um eine grundsätzliche Befristung von Arbeitsverhältnissen.

Faktisch und genauer wird es dabei nicht darum gehen, tatsächlich alle paar Jahre ganze Belegschaften oder Belegschaftsteile auszuwechseln. Es geht vielmehr darum, dass mit der zyklischen Drohkulisse betriebsbedingter Kündigungen jedes Mal neu über Arbeits- und Entlohnungsbedingungen verhandelt werden kann. Diese Bedingungen werden befristet und jedes Mal neu in Frage gestellt. In einem solchen Szenario ist es überhaupt nicht ausgeschlossen, dass einem Projekt und einem Auftrag durchaus das/der nächste folgt, dass also sowohl abhängig Beschäftigte als auch selbstständige AuftragnehmerInnen durchaus lange in bzw. für ein Unternehmen arbeiten – allerdings zu jeweils immer neuen, schlechteren Bedingungen.

hard Schröder nicht von ungefähr den Umbau der Renten-, Pflege- und Krankenversicherung, die Aufweichung von Kündigungsschutz und Flächentarifen und die Hartz-IV-Angriffe auf Erwerbslose in einem Atemzug als zentrale Bestandteile der Agenda 2010 bezeichnet.

8 Nichts wäre z.B. falscher, als die aktivierende Sozial- und Arbeitsmarktpolitik als »Rückzug des Staates« zu beschreiben. Gerade mit den Bestimmungen von Hartz IV und SGB II sind die Durchgriffs- und Kontrollbefugnisse der sozialstaatlichen Instanzen bis in die privateste Lebensgestaltung hinein dramatisch ausgeweitet worden (vgl. Gruppe Blauer Montag 2002, Hauer 2003a).

3.

Das Jahr 2004 hat schlagend demonstriert, dass die prekäre (Tarif-)Wirklichkeit kleinerer und mittlerer Betriebe flächendeckend und branchenübergreifend die Norm auch in den industriellen Kernbereichen geworden ist. Prekarität ist selbst im Bereich der betrieblichen Produktion und der unmittelbaren Arbeitsprozesse keineswegs auf Nischen oder Randbereiche beschränkt. Sie ist inzwischen längst in der Mitte des Arbeitsmarktes angekommen, und zwar nicht nur im Sinne einer Ausweitung »atypischer Beschäftigungsverhältnisse«. In vielen Fällen sind es Umbau-, Auslagerungs- und Flexibilisierungsentscheidungen der Unternehmen in Verbindung mit einer generellen Absicherung wie Durchsetzung durch gewerkschaftliche Tarifierung, die dazu führen, dass Prekarisierungsentwicklungen sogar aus der Mitte der Arbeitsmärkte, aus den Kernbereichen selbst, hervorgehen.[9] Der alte Blickwinkel von den fein säuberlich trennbaren Kern- und Randbelegschaften wird genauso obsolet wie die Vorstellung, es gebe einen klar abgrenzbaren Niedriglohnsektor. Ein paar Schlaglichter auf die real existierende – und wohlgemerkt: tariflich regulierte – Arbeit 2006/2007 belegen das:

- Die Patchworkrealität unterschiedlichster Tarife, Sondertarife und Tariföffnungsklauseln für unterschiedliche Beschäftigtengruppen innerhalb einer Branche oder gar innerhalb eines Betriebs: In der Tarifrunde 1994 der Chemieindustrie wurden erstmals abgesenkte Einstiegstarife für neu Beschäftigte eingeführt. Inzwischen sind solche Sondertarife quer durch alle Branchen allgemein üblich. Immer

9 Von der Leiharbeit über die Standortsicherungsverträge bis zu den neuen Leichtlohngruppen im Rahmen des TVöD's haben die Gewerkschaften bisher her jeden Prekarisierungsschritt tariflich abgesichert und innerbetrieblich durchgesetzt. Die gewerkschaftliche Parole »Jeder Tarif ist besser als kein Tarif« hat längst aufgehört, eine wirksame Bremse gegen Prekarisierung zu sein (vgl. Hauer 2004).

öfter und weitergehend werden quer durch alle Branchen Betriebsteile und Arbeitsprozesse durch offene oder verdeckte Auslagerung aus den Kern- und Flächentarifen herausgebrochen und gesondert tarifiert, etwa die sogenannten Dienstleistungen bei DaimlerChrysler oder Teile der Hafenarbeit. Die Kollegen der GoG bei Opel Bochum[10] erzählen, dass sich inzwischen über 50 Firmen auf dem Werkgelände tummeln: Zulieferer, Leiharbeitsfirmen, ausgegründete Betriebsteile von Opel selbst. In einer Halle arbeiten somit unzählige Beschäftigte zu völlig unterschiedlichen Konditionen nebeneinander, manchmal machen sie sogar dieselbe Arbeit – allerdings unter komplett unterschiedlichen Tarif- und Entlohnungsbedingungen.

- Kontinuierliche und durchaus tariflich regulierte Lohnsenkung bis weit in offizielle Niedriglohnbereiche hinein: Selbst dort, wo Arbeitsbedingungen tariflich reguliert sind, sind sie alles andere als sicher oder existenzsichernd. Mit Stand vom 31.12.2003 haben von 2.800 Tarifverträgen in Deutschland 130 Stundenentgelte von sechs Euro und weniger beinhaltet – eine Tendenz, die eher zu- als abgenommen haben dürfte. Und das neue Tarifwerk im Öffentlichen Dienst führt explizit einen Niedriglohnsektor ein, die früher mal weggekämpften Leichtlohngruppen feiern fröhliche Wiederkehr.
- Massenhafte, reguläre *Vollzeit*beschäftigung zu Niedriglöhnen quer durch alle Branchen und Berufsgruppen: Über ein Drittel aller *Vollzeit*beschäftigten arbeitet in Deutschland zu Niedriglöhnen, wie gesagt häufig genug tarifiert. In diesen Zahlen sind die »klassischen« prekären Beschäftigungsverhältnisse wie Minijobs, Leiharbeit, Scheinselbstständigkeit etc. noch genauso wenig enthalten wie die Arbeitsgelegenheiten und Kombi-Lohn-Jobs der staatlich finanzierten Arbeitsmarktpolitik oder die Pflichtarbeiten in Gefängnissen, im Zivildienst oder in den Werkstätten für Behinderte. Die tendenzielle Ausweitung des (tarifierten) Niedriglohnsektors ist bereits seit Beginn der 1980er Jahre statistisch dokumentiert. Ein solcher Sektor ist also weder neu noch muss er erst neu geschaffen werden (vgl. Hauer 2004).

4.

Prekarität als prinzipielle Unsicherheit sozialer Reproduktion bedeutet gleichzeitig einen gewaltigen Schub der (Zwangs-)Flexibilisierung von Arbeitskraft und damit einen zusätzlichen und verschärften Zwang zur Arbeit. Ganz im Gegensatz zu den immer noch beliebten Phrasen vom »Ende der Arbeitsgesellschaft« ist Prekarität und Prekarisierung ein anderer Begriff dafür, dass in ungeheurem Umfang Arbeit neu mobilisiert wird. Prekarität beschreibt damit aber auch, dass die proletarische Existenz in all ihren Segmenten eingekreist und angegriffen wird. Das hat auch erhebliche Konsequenzen für das, was man »Prekarisierung von unten« nennen kann: die Flucht vor den Zwängen und der Repression des Betriebs- oder Büroalltags oder vor den Verfolgungen durch Arbeits- und Sozialämter in eine selbst gewählte Prekarität von Selbstständigkeit, Jobberei, Schwarzarbeit und Ausnutzen sozialstaatlicher Nischen. In diesem Zusammenhang muss noch einmal daran erinnert werden, dass der sogenannte fordistische Klassenkompromiss und das mit ihm verbundene »Normalarbeitsverhältnis« nicht nur von oben aufgekündigt worden ist. Die Formen von offener Rebellion und verdeckter Renitenz in Fabriken und Büros Ende der 1960er Jahre waren genauso Ausdruck einer praktischen Kritik der fordistischen Arbeit und ihrer Zwänge wie die subkulturellen Formen der Jugendrevolte und der Alternativbewegung oder die Kritik an Familie und Geschlechterrollen, wie sie etwa von der neuen Frauenbewegung formuliert worden ist. Fließband, Arbeitshetze, lebenslange Festlegung auf eine Arbeit oder einen Betrieb, männlicher Alleinverdiener, traditionelle heterosexuelle Kleinfamilie – all diese Elemente des »fordistischen Normalarbeitsverhältnisses« wurden als Bezugsrahmen für die eigenen Lebensentwürfe von breiten und nicht nur jugendlichen Teilen der ArbeiterInnenklasse verweigert (vgl. Gruppe Blauer Montag 2002).

Doch die »kleinen Fluchten« und Nischen aus dem engen Korsett der fordistischen Lohnarbeit waren auch in den 1970er und 1980er Jahren in erheblichem Maße an die Reste fordistischer Arbeitsmarktregulierung und sozialstaatlicher Reproduktion gebunden, in diesem Sinne also stets selbst prekär. Vor diesem Hintergrund ist der Autonomiegewinn, der in den vielfältigen Formen der Verweigerung gelegen hatte, stets relativ gewesen. Heute, wo »Eigenverantwortlichkeit«, »Arbeitskraftunternehmer«, »Selbstständigkeit« usw. zu den Versatzstücken und Leitbildern flexibilisierter Kapitalverwertung gehören, ist die »Prekarität von unten« – von der Alternativ-Klitsche und dem akademischen Forschungs-/Publikationsprojekt über die Ich-AG bis zum jobbenden Taxi-Fahrer – fest an die (Selbst-)Verwertungslogik gekoppelt. Sie kann sich deren Zwängen

10 Gegenwehr ohne Grenzen; seit Anfang der 1970er Jahre bei Opel Bochum aktive klassenkämpferische Betriebsgruppe.

nicht entziehen.[11] Und sie kann vor allem nicht darüber hinwegtäuschen, dass die selbst gewählte prekäre Existenz nur für wenige eine lebbare Perspektive bedeutet.

Die – selbst prekäre – Subversion einer Prekarisierung von unten ist sowohl diskursiv wie auch ganz materiell zunehmend von dieser (Selbst-)Verwertungslogik umgedreht worden. Das zeigt sich nicht zuletzt auch an der Zweischneidigkeit einer Parole wie der der »Flexicurity«. Immerhin sind die momentanen Angriffe auf die sozialen Sicherungssysteme genau die neoliberal-autoritäre Variante einer solchen Flexicurity: Pflicht zur Flexibilität und zur eigenverantwortlichen Selbstverwertung auf der Basis von »Grundsicherungselementen« an und unter der Armutsgrenze; das SGB II heißt nicht umsonst »Grundsicherungsgesetz für erwerbsfähige Hilfebedürftige«.

Karl Heinz Roth hat Anfang der 1990er Jahre darauf hingewiesen, dass sich unter den Bedingungen der Prekarität die objektiven Reproduktionsbedingungen weltweit tendenziell angleichen (Roth 1994). Wenn man beispielsweise mit GewerkschafterInnen aus Uruguay über »atmende Fabriken«, »Just-in-time«-Produktion, Outsourcing und Prekarisierung spricht, so erzählt man ihnen nichts Neues. Damals wie heute ist die These von der »Wiederkehr der Proletarität« sicherlich eher als Tendenz zu verstehen, zu unterschiedlich sind in der globalen Perspektive immer noch die materiellen Bedingungen der proletarischen Reproduktion. Vor allem aber wäre es kurzschlüssig, aus einer tendenziellen Angleichung materieller Reproduktionsbedingungen auf eine Vereinheitlichung der subjektiven Verarbeitungsformen von Verunsicherung und prekären Lebenssituationen zu schließen. Der vereinheitlichenden Verunsicherung und Entgarantierung von Lebens- und Arbeitsbedingungen stehen nämlich jede Menge reale Zerklüftungen, Spaltungen und soziale Hierarchien in den Lebenswirklichkeiten gegenüber. Das gilt zum einen auf der objektiven Ebene, was die – um mit Bourdieu zu sprechen – Zugänge zu kulturellem, sozialem und auch ökonomischem Kapital angeht. Die objektiven Rahmenbedingungen und die Chancen, mit diesen Realitäten umzugehen, sind für einen freien Grafikdesigner, eine akademische Projektorganisatorin, eine Lidl-Verkäuferin, einen 53-jährigen Handwerker

11 Die Figur des gesellschaftlichen Arbeiters in Verbindung mit der »Autonomie der immateriellen Arbeit«, wie sie von Negri und Hardt und anderen PostoperaistInnen propagiert wird, transportiert deshalb ein erhebliches Maß an Selbststilisierung und Mystifaktion. Die realen Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen etwa im Bereich der Wissensarbeit oder der Dienstleistungsökonomie werden durch solch schillernde Begriffe eher verdeckt als enthüllt. (vgl. Gruppe Blauer Montag 2002, Hauer 2003b)

oder Industriefacharbeiter, eine illegalisierte Reinigungsfrau oder einen erwerbslosen proletarischen Jugendlichen in der Pflichtarbeit einfach nicht dieselben. Die Vereinheitlichung von Laptop und Putzmob (so z.B. der Slogan auf dem Mobilisierungsplakat zum Euromayday 2005) ist also in höchstem Maße voluntaristisch (Gruppe Blauer Montag 2004, Hauer 2005).

Sie ist das erst recht, wenn man die subjektive Ebene berücksichtigt. Die Erfahrungen verunsicherter und entgarantierter Existenz werden eben durchaus sehr unterschiedlich erlebt und sehr unterschiedlich ver- und bearbeitet. Daraus leiten sich u.U. auch sehr unterschiedliche Bedürfnisse und Interessen ab. Ein »Flexicurity«-Interesse einer/eines jungen, gut ausgebildeten Intellektuellen ohne Familie, aber mit hohem sozialen und kulturellen Kapital kann von relativ »altmodischen« Re-Regulierungsinteressen (fester Dauerjob, Tarifbindung, Betriebsrat etc.) einer Verkäuferin im Einzelhandel oder eines Pflichtarbeiters abweichen. Ein Leben am seidenen Faden führt noch lange nicht zu gemeinsamen Forderungen oder Kämpfen.

5.

Wenn man sich also den strategischen und politischen Konsequenzen der Prekarisierung für eine emanzipatorische Politik nähert, so kann es nicht darum gehen, ein irgendwie geartetes neues revolutionäres Subjekt, eine neue Avantgarde zu definieren. Es kann auch nicht darum gehen, ein »besonders betroffenes« Klassensegment zu identifizieren. Prekarisierung als umkämpftes Terrain betrifft alle Facetten der lohnabhängigen Existenz und der sozialen Reproduktion. Die Montagsdemos und andere Protestaktionen gegen Hartz IV sind genauso als Abwehrkämpfe gegen Prekarisierung als Strategie der Verunsicherung zu interpretieren wie die Streiks bei DaimlerChrysler und Opel 2004, bei AEG 2005 oder auch bei Gate Gourmet und Siemens-Bosch 2006. Dabei wäre es durchaus fahrlässig, bei aller Suche nach den Klassenkämpfen der Zukunft die realen Auseinandersetzungen der Gegenwart – auch und gerade in den industriellen Kernsektoren – zu ignorieren. Gerade die Montagsdemos und die Streikaktionen und Straßenblockaden der AutomobilarbeiterInnen im Jahr 2004 zeigen, dass diese Kämpfe keineswegs partikulare Abwehrkämpfe sind. Sie sind vielmehr vor allem Kämpfe gegen die Zumutungen von Prekarisierung und Flexibilisierung und Kämpfe für soziale Sicherheit trotz fehlender Verwertbarkeit. Es waren und sind Kämpfe, die dem Verwertungszugriff Grenzen setzen wollen. Wenn man so will, scheint in ihnen der Anspruch auf, schön und gut zu leben, auch wenn man nach

heutigen Verwertungsgesichtspunkten unflexibel, unproduktiv und unkreativ ist. Es waren Kämpfe dagegen, »Prekariat« sein zu sollen, und es waren auch Kämpfe gegen so etwas wie Flexicurity – (selbst gewählte) Flexibilität plus Sicherheit. Flexibilität ist weder für die MontagsdemonstrantInnen noch für die Streikenden in Bochum oder Mettingen ein Wert gewesen, eher schon Ziel ihres Hasses.[12]

Es spricht einiges dafür, dass sich die Jahre 2004 bis 2006 im historischen Rückblick als Höhepunkte von ArbeiterInnenkämpfen in der Bundesrepublik erweisen werden. Das Problem ist, dass diese Kämpfe isoliert und ohne gegenseitige Bezugnahme ablaufen. Eine in irgendeiner Form vereinheitlichte soziale Bewegung bzw. eine neue Klassenbewegung ist bisher nicht aus ihnen hervorgegangen. In diesem Umstand drückt sich nicht zuletzt auch aus, dass die dichotomen Gegenüberstellungen der »ersten Prekarisierungsdebatte« bis heute die Perspektive vieler AktivistInnen prägen. Entgegen aller theoretischen Proklamation wird Prekarisierung faktisch, in der praktischen Politik, in aller Regel in Abgrenzung definiert, in Abgrenzung nämlich vom klassischen Normalarbeitsverhältnis: Kerne – Ränder, garantiert – entgarantiert, typisch – atypisch. In weiten Teilen der Betriebs- und Gewerkschaftslinken herrscht immer noch eine (Groß-)Betriebsperspektive vor, in der die KollegInnen aus Zeitarbeitsfirmen, Zuliefererklitschen oder ausgegründeten Betriebsteilen kaum noch vorkommen – zumindest nicht im Sinne einer aktiven Bezugnahme im Kampf gegen unternehmerische Herrschaftsstrategien. Umgekehrt bezieht sich der linke bzw. linksradikale Prekarisierungsdiskurs faktisch nur auf bestimmte Bereiche der proletarischen Wirklichkeit, vor allem auf (illegalisierte) MigrantInnen und den ganzen Kosmos des prekären, in aller Regel akademischen Projekte- und Selbstständigenproletariats. Manchmal, aber schon deutlich seltener rekurriert er auf NiedriglöhnerInnen und das Heer der neuen PflichtarbeiterInnen, so gut wie gar nicht aber auf die prekarisierten Lebens- und

12 Wenn sie im Rahmen der Prekarisierungsdiskussion nicht gänzlich ignoriert werden, ist es inzwischen in der linken Debatte durchaus verbreitet, solche Kämpfe als hoffnungslose Abwehrkämpfe einer untergehenden ArbeiterInnenklasse zu denunzieren. Das ist insofern erstaunlich, weil es genau diese Kämpfe waren, die in den letzten zehn Jahren in Europa durchaus für Furore gesorgt hatten und Andockstellen für viele andere Bewegungen gegen Prekarisierung waren. Exemplarisch sei hier an die französische Streikbewegung 1995/96 erinnert, die sowohl für die Kämpfe der Sans Papiers wie auch für die der Erwerbslosen Initialzündung und Bezugspunkt waren. Aber auch der Kampf der Liverpooler Hafenarbeiter 1996/1997, die wilden Streiks gegen die Streichung der Lohnfortzahlung in Deutschland 1998 oder der FIAT-Kampf bei Melfi in Süditalien können hier erwähnt werden.

Arbeitsverhältnisse in der regulierten Lohnabhängigkeit oder auf die ganz normale Realität von Sozialhilfe- bzw. Alg-II-EmpfängerInnen.[13] Prekarisierung wird so unter der Hand wieder zu einer Definition von Teilarbeitsmärkten und Teilen der Klasse, teilweise mit deutlichen Tendenzen einer identitären Selbststilisierung. Der Begriff des »Prekariats«, wie er im Umfeld der Euromayday-AktivistInnen benutzt wird, ist dafür der deutlichste Ausdruck, häufig genug mit dem Subtext einer neuen sozialen und politischen Avantgarde.

6.

Die Diskussion um Prekarität ist eine Diskussion darüber, wie und nach welchen »Normalitäts«vorstellungen gelebt und gearbeitet werden soll, was soziale Sicherheit ist, wie sie organisiert werden soll und für wen sie gilt. Diese Fragen werden zurzeit vor allem von oben beantwortet. Eine Vereinheitlichung der Kämpfe gegen Prekarisierung in Richtung einer tatsächlichen sozialen Bewegung oder – um mit dem alten operaistischen Vokabular zu sprechen – eine neue politische Klassenzusammensetzung ist im Deutschland des Jahres 2006/2007 allerhöchstens in Ansätzen erkennbar. Sie wäre vor allem das Ergebnis realer Kämpfe und der Verarbeitung realer Siege und Niederlagen. Jede Art von Klassenbildung und Neuzusammensetzung ist vor allem ein Prozess, ein Prozess der kollektiven Subjektivierung, ein »Making of the working class«, wie es E.P. Thompson ausgedrückt hatte (Thompson 1987). Aus diesem Prozess des »Making« hat sich die (radikale) Linke in Deutschland weitestgehend herausgehalten. Objektiv und in aller Regel auch nach ihrem eigenen Selbstverständnis ist sie eine eher sub-, bestenfalls gegenkulturelle Erscheinung gewesen. Das Problem sind dabei nicht die autonomen Räume und Nischen der Sub- und Gegenkultur und erst recht nicht die Ideen und Praxen alternativer Lebensentwürfe – ganz im Gegenteil. Es kann hier nicht darum gehen, einem populistischen Massenopportunismus das Wort zu reden. Das Problem ist vielmehr, dass es zumindest in der bundesdeutschen (radikalen) Linken keine lebendige Auseinandersetzung mit den vorherrschenden, alltäglich praktizierten Umgangsweisen mit den sozialen Realitäten mehr gibt.

Im sozialen Alltag taucht die (radikale) Linke politisch nicht mehr auf. Bewusste und organisierte Versuche, die eigene soziale Reproduktion po-

13 Für eine entsprechende Kritik an der dominanten Perspektive der Betriebs- und Gewerkschaftslinken vgl. Gruppe Blauer Montag 1996; zur Kritik des linksradikalen Prekarisierungsdiskurses vgl. Hauer 2005b.

litisch zu begreifen, kollektiv zu bearbeiten und mit anderen alltäglichen Deutungs-, Bearbeitungs-, Rebellions- wie Unterwerfungsmechanismen zu konfrontieren, hat es seit dem Anfang der 1990er Jahre kaum mehr gegeben. Stattdessen dominierte eine zunehmend rigidere Trennung von einerseits entpolitisierter sozialer Reproduktion, individualistischem Durchwurschteln durch die Tücken von lohnabhängiger Arbeit, Auftragsakquise, Ämterstress etc. und politischem Engagement zu den diversen »Themen« der Linken andererseits.

Der neue Prekarisierungsdiskurs der letzten zwei, drei Jahre reproduziert viele Momente einer sozial entpolitisierten Linken, einer Linken, die inzwischen oft genug regelrecht sprachlos ist, wenn sie sich mit anderen sozialen und kulturellen Milieus konfrontieren muss oder will. Die augenblickliche Debatte um Prekarisierung würde ihre Chancen jedoch vor allem dann entfalten, wenn sie zur Konfrontation mit und zur Reflexion über das eigene Verhalten auf diesem Terrain führen würde und damit zur Re-Politisierung des eigenen prekären Alltags.

Dirk Hauer

Literatur:

Dieckmann, M. (2004): Gerechtigkeit und Freiheit – ein langer Marsch durch die Krise, in: Die Aktion, Heft 208, Hamburg 2004

Ders. (2005): Die Widerruflichkeit der Normalität. Über Prekarität und Prekarisierungen, Referat auf dem BUKO 28 vom 5.–8. Mai 2005 in Hamburg, http://www.buko.info/kongress/buko28/programm/forum_a.html und http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/prekaer/rede_buko05.html

Gruppe Blauer Montag (1996): Der Sozialstaat zwischen Globalisierung des Kapitals und »Moralischer Ökonomie«, in: ak. analyse & kritik, Nr.393, 22.8.1996, S. 27-28

Dies. (1998): Gegen die Hierarchisierung des Elends. Überlegungen zu Prekarisierung, Existenzgeld und Arbeitszeitverkürzung, in: ak. analyse & kritik, Nr. 418, 24.9.1998, S. 29 und 419, 22.10.1998, S. 33-34 und www.labournet.de/diskussion/arbeit/existenz/prekr.htm

Dies. (2002): Arbeitskraftunternehmer, Ich-AG und »aktivierender Sozialstaat«, in: Das Argument, Nr. 248, 5/6 2002, S. 709-723 und http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/allg/empire.pdf

Dies. (2004): Prekäres Leben – prekäre Kämpfe. Zur Normalität des Prekären und den Ambivalenzen des Widerstands, in: ak. analyse & kritik, Nr. 485, 18.6.2004, S. 13-14

Hauer, D. (2003a): Law and Order auf die sanfte Tour. Die autoritäre Regulierung des Sozialen, in: Forum Wissenschaft, 4/2003, S. 26-29

Ders. (2003b): Autonomie der Unterwerfung – Autonomie der Rebellion. Zur Kritik der »immateriellen Arbeit« bei Negri und Hardt, in: ak. analyse & kritik, Nr. 473, 16.5.2003, S. 33

Ders. (2004): Normale Arbeit im 21. Jahrhundert. Zur Diskussion um Niedriglohnsektoren in Deutschland, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 12/2004, S. 1475-1483 und http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/kombilohn/nlhauer.pdf

Ders. (2005): Prekäres Leben – prekäre Bewegungen – prekäre Linke. Zum Prekarisierungsdiskurs in der deutschen Linken, in: express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 6-7/2005 und http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/prekaer/hauer4.html

Hinrichs, K. (1989): Irreguläre Beschäftigung und soziale Sicherheit. Facetten der »Erosion« des Normalarbeitsverhältnisses in der Bundesrepublik, PROKLA, Nr. 77, S. 7-32

Mückenberger, Ulrich: Entwicklungsperspektiven des Normalarbeitsverhältnisses. Anmerkungen zum Stand der gewerkschafts- und rechtspolitischen Diskussion, in: PROKLA, Nr. 76, S. 14-26

Roth, K. H. (1994): Die Wiederkehr der Proletarität. Dokumentation einer Debatte, Karlsruhe 1994

Thompson, E.P. (1987): Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse, 2 Bde., Frankfurt/M. 1987

(Der Beitrag von Dirk Hauer basiert auf einem Vortrag, den der Autor am 1. März 2006 bei einer Veranstaltung im Rahmen der Reihe »Prekarität, Neoliberalismus, Deregulierung« des Kritischen Bewegungsdiskurses in Berlin gehalten hat. Der Text wurde zuerst abgedruckt in R. Klautke/B. Oehrlein (Hg.): Prekarität – Neoliberalismus – Deregulierung, Hamburg 2007.)

Auch mit Solidarität kannst du Pleite machen

Ein Gespräch über Kollektivität, linke Ansprüche und selbstständige Arbeit

In Zeiten prekärer Existenzen entdecken nicht wenige Linke die Selbstständigkeit – manchmal als selbst gewählte Chance, manchmal als einzige Alternative zu Hartz IV. Aber was passiert, wenn die eigene Politik und die linken Netze zu Quellen des Gelderwerbs werden? Was passiert mit den eigenen Ansprüchen, wenn plötzlich auch GenossInnen zu KonkurrentInnen werden? Was heißt Solidarität und Kollektivität für linke Selbstständige? Über diese und andere Fragen haben sich zwei Mitglieder der Gruppe Blauer Montag unterhalten und dabei das Aufnahmegerät laufen lassen.

D.: Eine meiner einschneidendsten Erfahrungen mit der prekären Selbstständigkeit war die damit verbundene Widersprüchlichkeit. Du verhältst dich als Linker mit bestimmten Ansprüchen, wie miteinander umgegangen werden soll, wie du auch arbeiten möchtest, wie man solidarisch sein sollte in einer gleichzeitig hochgradigen Konkurrenz- und Marktsituation. In meiner Wahrnehmung gibt es unter Linken keine Auseinandersetzung darüber, wie du etwa damit umgehst, wenn du mit deiner Genossin, mit der du in derselben Gruppe seit Ewigkeiten über Prekarisierung diskutierst, gleichzeitig konkurrieren musst bzw. tust.

P.: Dass da so wenig drüber reflektiert wird, ist aber nicht allein ein moralisches Problem oder eines des »Umgangs«. Als prekäre WissensarbeiterIn ist man – meist vereinzelt und unmittelbar – von institutioneller Förderung abhängig. Die Frage ist deshalb auch, wie die (auch linken) Institutionen strukturiert sind? Wie werden dort die Ressourcen verteilt? Wie arbeiten diese Institutionen auch damit, Leute in Konkurrenz zueinander zu setzen? Wenn sich auf die wenigen festen Stellen 50 bis 500 Leute bewerben, dann erzeugt das auch einen enormen Konformitätsdruck. Und schließlich ist es auch peinlich, wenn man sein Wissen sowohl zu Discounter-Preisen verkauft als auch sich auf die institutionellen Bedürfnisse zuschneiden lässt. Aus dieser Situation kommst du nicht dadurch raus, dass du über Konkurrenz sprichst. Die gibt es nach allen Gesprächen immer noch. Ich glaube, das ist der entscheidende Grund dafür, dass man unter Linken, wenn man über »Prekarisierung« spricht, nicht über sich selbst spricht.

Diese linke Sprachlosigkeit schließt sich aber zugleich nahtlos an die generelle Sprachlosigkeit an, wenn es darum geht, über Fragen der scheinbar privaten Alltagsreproduktion politisch zu sprechen. Es gibt auch in der Linken immer noch die Trennung von Privatem und Politischem, und gerade in der autonomen Linken ist Politik oft etwas, was ich quasi in meiner Freizeit mache. Da ist es doch klar, dass so eine Linke, wenn sie gezwungen ist, mangels existenzsichernder Alternativen das Private und Politische de facto zu verbinden, große Schwierigkeiten hat, zu besprechen, was denn jetzt das Politische am Privaten ist.

D.: Sicherlich gibt es die strukturelle Ebene, also die Konkurrenz, wie sie vom Markt bzw. den ArbeitgeberInnen und KapitalistInnen gesetzt wird, also die gesamte Erfahrung, die etwa Freie im Medienbereich machen. Aber es ist auch ein politisches Problem. Wenn dir als (klassenorientiertem) Linken was an dem Begriff Klassenkampf liegt, dann ist es doch ein Politikum zu fragen, wie du denn selbst kämpfst. Wie kann denn für Freie und Selbstständige der Klassenkampf aussehen? Und dann bist du sofort bei der politischen Dimension von Fragen, wie Solidarität unter solchen Bedingungen denn aussehen kann, welche Strukturen geschaffen werden können, die uns ein Stück weit vor der Ausbeutung, dem Selbstverwertungsdruck und der Konkurrenz untereinander schützen. Wie kriegen wir es hin, dass wir uns nicht gegenseitig unterbieten? Das sind ja eigentlich unmittelbare syndikalistische Aufgaben. Einer Linken, die das nicht diskutiert, würde ich nicht (nur) einen moralischen Vorwurf machen. Da fehlt eine politische Fragestellung.

P.: Da höre ich eine Art gewerkschaftliches Verständnis heraus, das durchaus angemessen ist. Das Problem ist nur, dass es keine Gewerkschaft gibt, die im Moment in der Lage wäre, dieses Verständnis zu repräsentieren, trotz der Erfahrungen der JournalistInnen und KünstlerInnen. Natürlich kann man sich den Institutionen gegenüber selbst (gewerkschaftlich) organisieren. Aber viele Vorschläge, etwa im Weiterbildungsbereich Betriebsräte zu gründen, sind von Organisationsvorstellungen geprägt, die zumindest für eine bestimmte Gruppe von Selbstständigen nicht greifen. Ein Lebens- und Arbeitsverlauf, wie er für WissensarbeiterInnen typisch ist, wechselt zwischen Phasen, in denen man mal relativ viel und dann ganz schlecht verdient, nur um irgendwo reinzukommen, und sei es, um wieder Lohnersatzleistungen beziehen zu können – mal ein längeres Projekt hier, mal ein kurzes dort. Ein solch zerstückelter Lebenslauf lässt sich viel schwieriger in einer Kontinuität von gewerkschaftlicher Orga-

nisierung begreifen als einer, der sich an einer relativ festen Arbeitsstelle, an institutioneller Interessenvertretung und Tarifverträgen orientiert. Gefragt wäre eine Art Selbstorganisation der WissensarbeiterInnen jenseits der Sparten wie Kunst, Journalismus, Publizistik etc.

D.: Das ist ein relativ klassisches Argument: Organisierung von FreiberuflerInnen, die isoliert vor sich hinpuscheln, funktioniert nicht, weil gewissermaßen der Betriebszusammenhang fehlt. Von daher greifen Formen wie Betriebsräte nicht. Aber daran habe ich gar nicht so sehr gedacht. Ich würde viel weiter im Vorfeld anfangen. Nach meiner Erfahrung kommst du ganz schnell in Situationen, wo du dich als Linker fragen musst, was du da eigentlich machst. Plötzlich bist du in der Situation, dass du deinen Genossen als Konkurrenten wahrnimmst. Plötzlich bist du in der Situation, dass du zu Veranstaltungen, die du politisch kritisiert hast oder die dir am Arsch vorbeigegangen sind, deswegen hingehst, weil dort deine Kunden rumlaufen und das Networking direkt und indirekt kommerziell wichtig ist. Plötzlich sind politische Mackerstrukturen verkaufsfördernd, die du immer bekämpft hast. Das sind doch eigentlich Momente, wo man als Linker sagen müsste: Holla, was geht denn hier ab? In einer solchen Situation Strukturen zu haben, wo du das besprechen kannst, das wäre ein wichtiger erster Schritt.

Zum Zweiten: Mir schweben durchaus einige syndikalistische Basics vor, etwa, dass man sich darüber unterhält, wie viel man für den Auftrag nimmt. Wie kalkulierst du? Was ist eigentlich so normal? Bin ich hier der totale Lohn- bzw. Honorardrücker oder nicht? Das sind doch eigentlich Weisheiten, die für Linke politisch selbstverständlich und sehr schnell präsent sein müssten. Sind sie aber auffälligerweise nicht.

P.: Das fällt mir auch auf, und ich sage gar nicht, dass es Quatsch wäre, an so was zu arbeiten. Aber da muss man Geduld haben wie ein Stein. Solche Prozesse dauern eher Jahre, vielleicht Jahrzehnte, bis sie einen politischen Ausdruck finden. Dabei gibt es durchaus Absprachen in Bezug auf die Auftragslage etc., an denen man anknüpfen könnte. Es wäre in der Tat total wichtig, zumindest kontinuierliche Absprachen zwischen Leuten, die mit und ohne Werkvertrag bei ein und derselben Institution arbeiten, hinzukriegen.

Und was du zu dem Sprechen über die eigene Situation gesagt hast, kenne ich auch, etwa, dass Leute in Konkurrenzsituationen kommen und dann schnell erst mal auf sich gucken. Das passiert manchmal explizit und wird sehr unfreundlich. Dann werden auch eigene Machtpo-

sitionen und Aus- und Abgrenzungsmechanismen ausgespielt. Oder es geschieht implizit, indem man sich anpreist und potenziellen AuftraggeberInnen sagt, wie gut man ist. Zumindest Letzteres mache ich auch, und gleichzeitig bin ich in Kollektive eingebunden, die versuchen, sich abzusprechen. Die überwiegend ungelöste Frage ist nicht, dass man sich abspricht, sondern wie es gehen kann, solche Absprachen als mehr zu begreifen als eine Art Marktbereinigung. Denn in Bezug auf die Optimierung der Selbstverwertung sind ja die gewerkschaftlichen Angebote gar nicht schlecht, zumindest in einer Stadt wie Hamburg. Das Selbstorganisieren wird dort quasi als Dienstleistung zwischen Preisberatung und Beratung beim Selbstverkauf ausgelagert. Das hat auch seine Logik, denn wer als SelbstständigeR richtig im Geschäft ist, hat gar keine Zeit, sich um so was adäquat zu kümmern. Der/die delegiert das an Standes- oder Serviceorganisationen.

Das Problem ist, dass wir im Vergleich zu festen Freien einen neuen Typ von Selbstständigen repräsentieren, der sich sehr viel deutlicher von klassischen lohnabhängig Beschäftigten unterscheidet. Selbstständige Wissensarbeit ist eine Form, die mit sehr vielen unterschiedlichen Kompetenzen arbeitet und sich auf sehr unterschiedlichen Märkten gleichzeitig bewegt, etwa im Bereich der politischen Bildung, im Bereich von Uni-Projekten, als JournalistInnen und Politik- oder GewerkschaftsberaterInnen. In einem selbstständigen Multitasking gibt es einfach das Problem, über die unterschiedlichen Bereiche hinweg so was wie Mindeststandards überhaupt zu formulieren. Damit will ich nicht sagen, dass das nicht nötig wäre.

Aber ich glaube, dass der Bezug auf eine im engen Sinne verstandene gewerkschaftliche Organisierung nicht ausreicht, um solche Standards zu erreichen. Wenn man von der Entpolitisierung weg will, ist zunächst mal wichtig, daran zu erinnern, dass »Autonomie« in den neuen sozialen Bewegungen, der neuen Frauenbewegung, aber auch der Kollektivbewegung und der Arbeiterjugendbewegung, hoch im Kurs stand. Viele von uns bringen in ihre selbstständige Tätigkeit durchaus Erfahrungen und Einsichten in kollektive Zusammenhänge und egalitäre Politikformen ein. Und diese Erfahrungen sind ja tatsächlich bis zu einem gewissen Grade sperrig gegenüber ihrer Vermarktung. Sonst würden wir gar nicht über die Ambivalenzen zwischen Marktförmigkeit und Kollektivität sprechen können. Vielleicht kann Letzteres ja auch gegen die erlebte Machtlosigkeit gewendet werden? Dass die Linke heutzutage – auch was die AktivistInnen angeht – stark vom Typus der freien Freien geprägt wird, ist insofern keine Katastrophe. Es kommt eben darauf an, ob die

brutalen sozialen Hierarchien und Ausgrenzungsmechanismen politisch diskutiert werden oder nicht. Das ist übrigens eine Aufgabe für die Linke insgesamt und nicht nur für individuelle Selbstständige.

D.: Zum einen denke ich, dass der Autonomie-Begriff früherer Bewegungen wenig zu tun hatte mit Selbstständigkeit im Sinne von Freiberuflichkeit. »Autonomie« meinte da doch eher die Autonomie von und den Widerstand gegen die Ausbeutung in der Lohnarbeit. Das ist schon was deutlich anderes als eine »autonome Selbstverwertung« in selbstständiger Arbeit. Zum anderen bin ich mir nicht so sicher, ob linke FreiberuflerInnen tatsächlich so viele Erfahrungen in Bezug auf Kollektivität mitbringen. Mein Eindruck ist der, dass solche Erfahrungen zumindest nicht aktualisiert, sondern eher weggedrängt werden, vielleicht auch, weil sie als disfunktional gelten. Sicherlich haben die linken Selbstständigen kein spezielles Problem mit Selbstorganisation oder mit Kollektivstrukturen.

Vielleicht ist es eher so, dass bei uns ein allgemeines Problem der Linken pointierter zu Tage tritt. Dabei bewegen wir uns ja durchaus in kollektiven Strukturen. Das, was die Basis für die meisten linken selbstständigen WissensarbeiterInnen ist, ist doch das Gewebe aus Kontakten und sozialen Beziehungen. Wir bewegen uns ja durchaus in kollektiven Strukturen, die allerdings zur ökonomischen Ressource instrumentalisiert werden: Networking als Art von Kollektivität, die – platt gesprochen – zu Geld gemacht wird. D.h. wir begreifen Kollektivität und kollektive Strukturen als Marktressource und nicht mehr als Quelle von revolutionärer Subversion oder als Basis für eine Autonomie, die wir gegen die Marktgesetze wenden könnten.

P.: Aber es ist ja nicht so, dass wir die Netzwerke nur falsch als Marktressource begreifen. Denn faktisch existieren die Marktverhältnisse ja, und allein eine Änderung unserer Einstellung ändert daran nichts. Dazu kommt, dass die großen Institutionen wie etwa die Unis heute für Linke nicht mehr so zugänglich sind wie in den 1970er und 1980er Jahren. In dem Sinne ist das Networking tatsächlich eine Form von Selbstorganisation.

D.: Das ist dann eine Form, wo die Selbstorganisation zum Markenzeichen und zum Abgrenzungsmerkmal wird, zu einem Label, das die eigene Verwertbarkeit befördert, also Element einer Verkaufsstrategie. Natürlich kannst du sagen, das ist so. Aber wenn ich mir überlege, du bist als

Journalist unterwegs, triffst dich mit Freunden und Genossinnen in der Kneipe, kriegst ne spannende Geschichte mit und machst am nächsten Tag einen Artikel draus, da hättest du doch vor zehn, zwanzig Jahren für aufs Maul gekriegt, oder?

P.: Dennoch haben solche Netzwerke für mich eine große Legitimität. Formen der Selbstorganisation, die einem dabei helfen, aus der Konkurrenz auszusteigen, gehen nur, wenn man die realen Netzwerke nutzt und in irgendeiner Form darauf aufbaut. Allerdings gibt es tatsächlich ein Instrumentalisierungsproblem. Darüber muss es auf zwei Ebenen Auseinandersetzungen geben. Die eine ist die Ebene von kollektiven Arbeitszusammenschlüssen wie etwa Bildungseinrichtungen, Tagungsstätten, kleineren politischen Zusammenhängen, die auch professionell arbeiten.

D.: Das sind dann Zusammenhänge in der Art von Agenturen.

P.: Genau. Da finde ich es problematisch, wenn diese Agenturen hergehen und sagen: »Wir sind die Linken, und deswegen müsst ihr uns engagieren oder unsere Produkte kaufen«, so nach dem Motto »Support your local dealer«.

D.: … wo also das linke Label zum Verkaufsargument wird.

P.: Ja, das ist eine höchst fragwürdige Form der Instrumentalisierung von Politik. Das Mindeste ist, dass man aufpasst, was man da für ein Labeling betreibt, und schaut, in welchem Verhältnis Label und Realität stehen.

Die andere Ebene der Auseinandersetzung ist natürlich die direkte Instrumentalisierung von Inhalten: Wie verändern sich meine Inhalte, wenn ich als Wissensarbeiter in dem politischen Prozess, über den ich nachdenke und schreibe, gar nicht drin bin und eigentlich nur abschreibe oder das schreibe, was ich von anderen gehört habe. Wenn ich eigentlich nur als Berichterstatter fungiere, ohne dass die Leute, deren Berichte ich verwerte, irgendein Recht oder eine Möglichkeit haben, darüber mit zu entscheiden, was ich mit dem Zeug mache, das ich da verkaufe. In allen Zusammenhängen, die ich kenne, die aus selbstständigen PolitikarbeiterInnen bestehen, ist das außerordentlich problematisch, insbesondere in einer Situation, wo ein Teil der Linken behauptet, es gebe kein Repräsentationsproblem mehr oder es gebe kein Problem einer hierarchisierten Öffentlichkeit mehr. Natürlich gibt es ein Repräsentationsproblem, und

natürlich gibt es hierarchisierte Öffentlichkeit. Bürgerliche Öffentlichkeit produziert Machtverhältnisse: Einige, auch manche von uns, können sprechen, viele andere werden sprachlos gemacht.

D.: Du sagst, solche Auseinandersetzungen müsste es geben. Aber was muss passieren, damit diese Auseinandersetzungen tatsächlich stattfinden? Kennst du Versuche in deinem Umfeld, über so was auf der Arbeitsebene ins Gespräch zu kommen?

P.: Es gibt natürlich ein gewisses Maß an Auseinandersetzung in den Kollektiven, in denen man sowieso sein muss, um auf dem Markt seine Arbeitskraft überhaupt verkaufen zu können. Das ist immer ein Balanceakt zwischen Thematisierung und Verschweigen der Konkurrenz, denn das Verschweigen kann natürlich auch im eigenen Interesse liegen. Außerdem gibt es auch in politischen Gruppen, die hauptsächlich aus Selbstständigen bestehen, Versuche, so was zu besprechen. Aber da ist meine Erfahrung, dass man immer Termine macht, die dann »aus Zeitgründen« nicht stattfinden.

D.: Das erlebe ich auch so, etwa im Zusammenhang mit der Idee, eine Art linken, linksradikalen Selbstständigenstammtisch ins Leben zu rufen. Eigentlich eine ganz gute Idee, aber entweder ist es noch nicht mal zur Terminfindung gekommen, oder Termine haben nicht stattgefunden. Für mich ist das inzwischen auch ein Ausdruck für eine Scheu, das auch wirklich anzugehen, und ich frage mich, woher diese Scheu kommt. Zum einen ist das natürlich viel Aufwand. Zum anderen könnte die Frage eine Rolle spielen, was einem so was eigentlich bringt, ob sich das ökonomisch wirklich auszahlt. Und ein dritter Punkt wäre möglicherweise die Angst davor, sich zu sehr aufzublättern.

P.: Ich denke, alle drei Punkte spielen eine Rolle. Es gibt eine Grenze für die Kollektive im Selbstständigenbereich, egal welcher Art sie sind. Diese Grenze liegt dort, wo sich der konkrete Nutzen nicht mehr zeigt. Und der besteht darin, sich besser auf dem Markt bewegen zu können. Punkt. Natürlich wäre es wichtig, über diesen Punkt hinauszukommen, aber da kommt eine zweite harte Grenze ins Spiel, nämlich die Grenze unserer traditionellen politischen Kultur.

Das ist die Frage, wie ich eigentlich über meine Bedürfnisse und die Legitimität meiner Bedürfnisse rede, über meinen Alltag, meine Ökonomie, meine Privatökonomie, meine Erbschaften, mein Leben insgesamt.

Kann ich darüber sprechen, ohne mich ständig auf der Ebene von Klassen, Klassenverhältnissen oder anderen objektiven und in diesem Sinne abstrakten Verhältnissen zu bewegen? Sobald es darum geht, mehr als Nutzenoptimierung zu betreiben, müsste diese Frage gelöst werden. Unmöglich ist das natürlich nicht, aber ich glaube, wenn man damit anfängt, steigen viele Leute aus.

D.: Interessanterweise gibt es ja durchaus Zusammenschlüsse, Leute, die sich in Bürogemeinschaften etc. zusammentun. Aber das sind kaum Kollektive in einem weiteren Sinn, wo etwa darüber gesprochen wird, sich gemeinsam einheitliche Löhne auszuzahlen oder eine gemeinsame Altersvorsorge zu organisieren.

P.: Ich bin mir nicht so sicher, würde aber vermuten, dass es nach innen solche Konzepte/Ansprüche durchaus gibt. Doch die Voraussetzung für so einen Umgang ist, dass man sich für ein paar Jahre auf einen Markt einlässt, sich dort fest etablieren will und dann eine gewisse Kontinuität entwickelt. Das macht sehr viel Arbeit und bedeutet eine Festlegung. Für viele Leute ist das gar nicht möglich. Und dann darf man auch nicht vergessen, dass es natürlich auch Erfahrungen von Scheitern gibt, dass man sich etwa auf einem Markt bewegt, der die Knete einfach nicht hergibt. Dann kann man tausendmal schwören, sich gleiche Löhne auszuzahlen. Selbst wenn es ein solidarisches Verhältnis gibt, kann man natürlich trotzdem Pleite gehen.

D.: Das geht ja ein bisschen in die Richtung der These, dass es erst recht für die prekären Selbstständigen objektive Grenzen der Organisierung gibt. Daraus könnte man ableiten, dass in diesen Fällen Organisierungsversuche eher im Bereich der Reproduktion ausprobiert werden müssten, dass man dort autonome Spielräume gegen die (Selbst-)Verwertung organisieren müsste. Das ist auch unmittelbar eine Frage nach den materiellen Ressourcen: Wo gibt es eine Chance, sich von Institutionen und Marktmechanismen ein Stück weit unabhängig zu machen? Wo kommen die Ressourcen dafür her?

P.: Ich denke schon, dass es auch jetzt noch Nischen mit einer ökonomischen Basis für kollektive Strukturen im unmittelbaren Arbeitsprozess gibt. So was zu versuchen, ist nicht von vorneherein und überall falsch. Man muss vielleicht nicht generell auf den Reproduktionsbereich setzen, aber ich glaube schon, dass das, was du sagst, in vielen Fällen

stimmt. Im Vergleich zu einer klassisch gewerkschaftlichen Option, die auf verbesserte Verkaufsbedingungen für die Ware Arbeitskraft abzielt, spielt die Organisierung im Reproduktionsbereich für Prekarisierte durchaus eine entscheidende Rolle.

(Dieser Text erschien zuerst in ak. analyse & kritik, *Nr. 511, 17.11.2006.)*

No Country for Old Men

Prekarisierung und neue Unübersichtlichkeit in Großbetrieben

»Die Fabrik von ThyssenKrupp ist … keineswegs marginal: Es ist ein zentrales Unternehmen mit dem, was einmal Arbeiteraristokratie genannt wurde, Arbeiter mit regulärem Arbeitsvertrag in einem multinationalen Unternehmen. Heute herrschen hier unerträgliche Arbeitsbedingungen mit zwölf Stunden Arbeit am Stück, und wenn es am Schichtende keinen Ersatz gibt, musst du noch mal acht Stunden dranhängen, und das in dem Wissen, dass deine Arbeit ausstirbt und du gestrichen wirst. Wer diese Fabrik betritt, weiß, dass er sein Leben und seine Gesundheit riskiert, und gleichzeitig macht der Rest der Stadt einfach weiter, will nichts sehen und nichts wissen …«

»Die Ideologie des Postindustrialismus, des Kapitalismus der Wissenschaft, der Exzellenz-Initiativen, der hochqualifizierten Dienstleistungen hat die grausame Arbeit derjenigen versteckt, die in Feuer und Asbest arbeiten und wissen, dass sie dabei ihr Leben aufs Spiel setzen. Kein freier Samstag oder Sonntag, es gibt weder Tag noch Nacht, sie sind Gefangene einer Arbeit, die dir das Leben verbrennt.«

»Im Demonstrationszug fehlte sowohl das obere Turin im Loden wie das untere Turin, das der MigrantInnen, abgesehen von den FabrikarbeiterInnen. Bis vor 30 Jahren war das Klima bei FIAT Mirafiori das gleiche wie in Porta Nuova (stark migrantisch geprägtes Bahnhofsviertel von Turin).«

Marco Revelli in *Il Manifesto*, 11.12.2007

Anfang Dezember 2007 kam es in dem Thyssen-Stahlwerk in Turin zu einem entsetzlichen Arbeitsunfall mit insgesamt zehn toten Arbeitern. Die Äußerungen Marco Revellis beziehen sich auf diese Katastrophe und die anschließende Protest- und Trauerdemonstration. Man kann in diesen Bemerkungen die Melancholie des Arbeiterhistorikers und engagierten Industriesoziologen angesichts einer gegenüber den 1960er und 1970er Jahren radikal veränderten Klassenwirklichkeit und angesichts des Verlustes eines wesentlichen Bezugspunktes früherer linker Theorie- und politischer Strategiebildung sehen. Und doch markieren Revellis Beobachtungen zwei Aspekte, die für die Diskussion um das »Normalarbeitsverhältnis des 21. Jahrhunderts« und für die neuen ArbeiterInnenkämpfe über Italien hinaus von Bedeutung sind:

1. Was man die alte »fordistische« ArbeiterInnenklasse nennt, ist wie alle anderen Klassensegmente vom Strudel der Prekarisierung und der Verunsicherung der Lebensbedingungen in vollem Umfang er-

fasst. Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen in der Fabrik sind alles andere als privilegierte Inseln. Prekarisierung ist kein Phänomen von Teilsegmenten des Arbeitsmarktes, sondern berührt alle Facetten und Schichten lohnabhängiger Existenz.

2. Gleichzeitig aber kommen die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Fabrik in der öffentlichen Wahrnehmung nicht mehr vor. Die Ignoranz der RepräsentantInnen des »oberen Turins« muss vielleicht nicht irritieren, wohl aber Revellis Beobachtung, dass auch das »untere Turin« die ArbeiterInnen allein gelassen habe. Diese Beobachtung deutet auf tiefe soziale Zerklüftungen innerhalb der Klasse, auf massive soziale Unterschiede innerhalb des Prekarisierungsprozesses hin.

Mit beiden Aspekten hat sich die Gruppe Blauer Montag aus der beschränkten Perspektive eines kleinen Hamburger Diskussionszirkels in den letzten drei Jahren intensiv beschäftigt. Zwei Leitmotive standen dabei im Vordergrund. Zum einen die Beobachtung, dass sich die Angriffe von Staat und Kapital auf die Arbeits- und Reproduktionsbedingungen der lohnabhängig Beschäftigten seit 1998 – dem Beginn der Regierung Schröder-Fischer – bis heute scheinbar ungebrochen und ungebremst fortsetzen. 1998 hatten wir – auch gegen einen linken Katastrophendiskurs von »neoliberaler Deregulierung« – durchaus die These vertreten, dass im Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit das reale ArbeiterInnenverhalten der Deregulierung eine Grenze setzen würde, die nicht unterschritten werden könne, wenn das Kapital nicht Produktivitäts- und Qualitätsverluste riskieren wolle. Nun, bis heute scheint diese Grenze zumindest in den Großbetrieben nicht erreicht worden zu sein – Anlass genug, diese alte These zu überprüfen.

Das zweite Leitmotiv unserer Diskussionen knüpfte an der Kritik am linken Prekarisierungsdiskurs an, der oft die großbetrieblichen Strukturen und ihre Veränderungen ausklammert. Prekarisierung wird in dieser Perspektive oft auf die soziale Reproduktion von einzelnen Teilsegmenten der Klasse reduziert, während wichtige andere Bereiche – inklusive der dort geführten Kämpfe – aus der Wahrnehmung wie auch aus der politischen Perspektivendiskussion ausgeblendet werden. Dabei wollen wir nicht einer neuen Zentralität der (großbetrieblichen) »Industriearbeit« das Wort reden, wenn es um die Entwicklung politischer Perspektiven geht. Doch es ist aus unserer Sicht sehr wohl entscheidend, die ganze Komplexität und Vielfalt der Veränderungen der Klassenbeziehungen zu verstehen. Damit ist das Anliegen verbunden, dass sich Diskussionen und Auseinandersetzungen in den unterschiedlichen linken Milieus und Strukturen wieder stärker aufeinander beziehen. Im Moment finden unserer Wahrnehmung nach etwa Diskussionen um den innerbetrieblichen Alltag, um Prekarisierung und um Hartz IV weitgehend isoliert und getrennt von einander statt.

Inzwischen gibt es einen weiteren Aspekt, der in unseren Diskussionen eine Rolle spielt: Wenn man allein die Zeit von 2004 bis heute Revue passieren lässt, so hat es in diesen Jahren ungewöhnlich viele und öffentlich wahrgenommene betriebliche Auseinandersetzungen gegeben: die Kämpfe bei DaimlerChrysler und Opel 2004 mit Straßenblockaden und wilden Streiks, die Auseinandersetzungen bei Siemens/BenQ, bei Karstadt/Quelle, die Streiks bei AEG, bei Bosch-Siemens-Hausgeräte (BSH), bei Gate Gourmet oder die Betriebsbesetzung bei Bike Systems, Warnstreiks und Proteste bei Nokia, Karmann, Heidelberger, der Streik 2006 im Öffentlichen Dienst, die Auseinandersetzungen bei der Telekom und nicht zuletzt der Kampf der Lokführer – die Reihe ließe sich problemlos fortführen. Und doch haben wir nicht den Eindruck, dass wir tatsächlich eine Welle des betrieblichen Protestes erleben. Die Kämpfe verdichten sich nicht zu einer Bewegung, sondern bleiben bisher isoliert und getrennt, trotz punktueller Versuche der Vernetzung wie bei Gate Gourmet im transnationalen oder bei BSH im bundesdeutschen Maßstab und obwohl ver.di in der Tarifrunde 2008 des Öffentlichen Dienstes erstmals seit vielen Jahren wieder gezwungen war, auf die in den Lokführerstreiks artikulierten gewachsenen sozialen Ansprüche zu reagieren.

Gleichzeitig scheint es so etwas wie eine neue gesellschaftliche Grundstimmung zu geben: eine neue »Gerechtigkeitsdiskussion«, ein Bewusstsein von einer tiefen Spaltung in Arm und Reich, eine breite Akzeptanz von Streiks gegen Werksschließungen oder auch für höhere Löhne, das Erstarken der Linkspartei, Mindestlohndiskussion etc. Aber auch hier ist die Gemengelage eher unübersichtlich: Einerseits könnte das darauf hindeuten, dass die sozialstaatlichen Deregulierungsmaßnahmen der Agenda 2010 an eine vorläufige Grenze gestoßen sind. Andererseits findet der soziale Protest nicht auf der Straße statt. Wenn überhaupt artikuliert er sich eher passiv und äußerst untergründig.[1]

Wenn wir uns in unseren Diskussionen um diese Fragen bewegt haben, so ist das weder systematisch noch mit verallgemeinerbaren Erkenntnissen geschehen. In unserem Bemühen, etwas darüber zu erfahren, wie sich

1 Etwas überspitzt formuliert hat der Protest gegen Agenda 2010 und Hartz IV binnen weniger Monate das – aktive – Bewegungsmoment übersprungen und sich sofort – passiv – parteiförmig artikuliert, ein Prozess, für den die Ökologiebewegung Jahre gebraucht hat.

in den letzten zehn bis zwanzig Jahren der Arbeitsalltag in den Betrieben und Büros verändert hat und wie diese Veränderungen subjektiv durch die ArbeiterInnen wahrgenommen und verarbeitet worden sind, haben wir uns zunehmend in der Situation gesehen, die Klassenrealität in den Fabriken und Büros nur noch bruchstückhaft, stark durch Zufälligkeiten und politische Vorprägungen gefiltert, wahrnehmen zu können.

In der wissenschaftlichen wie auch in der politischen, betriebslinken Diskussion gibt es kaum noch Strukturen und organisierte Zusammenhänge, auf die wir uns hätten beziehen können. So sind unsere Zugänge immer vereinzelte Momentaufnahmen und Erfahrungsberichte gewesen. Entsprechend schlaglichtartig fallen unsere Ergebnisse aus.[2]

Ökonomisierung

Seit Jahren wird in Betrieben und öffentlichen Verwaltungen mit internen marktförmigen Beziehungen und Abläufen experimentiert. Stichworte wie »Profit-Center« und »Projektorganisation« stehen dafür, dass Arbeitsprozesse so organisiert und zerlegt werden, dass sie detailliert finanziell erfasst und bewertet werden können. Jedem Arbeitsabschnitt, jeder Abteilung und jeder Beschäftigten sind damit Kosten- und Gewinnwirkungen zurechenbar. Dieses betriebsinterne »Benchmarking« ist zum einen ein Instrument, den Druck auf die Beschäftigten zu erhöhen und die Konkurrenz zwischen Gruppen und Abteilungen und unter den einzelnen ArbeiterInnen zu verschärfen. Jedes Projekt, jedes Produkt, jeder Arbeitsschritt muss sich rechnen. Gleichzeitig sind standardisierte (Qualitäts- und Quantitäts-)Vorgaben und Merkmale sowie immer neue Dokumentationssysteme die Grundlage für (finanzielle) Vergleichbarkeit und damit für Überlegungen, ob Dienstleistungen und Produkte intern erstellt oder extern eingekauft werden sollen, ob Löhne und Prämien »zu hoch« sind etc. Auch wenn auf diese Weise die Stoppuhr des tayloristischen Vorarbeiters durch die nüchternen Zahlen ökonomischer Kosten-Nutzen-Zuweisung ersetzt werden – der Druck auf und die Kontrolle über die Beschäftigten im Arbeitsprozess haben dadurch nicht abgenommen, eher im Gegenteil.

Wir haben den Eindruck, dass eine Ökonomisierung innerbetrieblicher Arbeitsabläufe und Beziehungen in diesem allgemeinen Sinn eine flächendeckende Erscheinung ist, auch wenn der Grad und die Muster der Umsetzung von Betrieb zu Betrieb und von Branche zu Branche differieren. Besonders intensiv scheint dieser Prozess in Dienstleistungs- und Angestelltenbetrieben entwickelt zu sein, doch gerade in Großbetrieben, in denen es eine längere Erfahrung mit dieser Art von Ökonomisierung und Kontrolle gibt, wird sie auch als ideologischer Hype und kontraproduktive Bürokratisierung erlebt: »80 Prozent aller Großprojekte werden mehr oder weniger gegen die Wand gefahren.« – »Letztlich klappt immer irgendwas nicht.« Die »schlanke Produktion« scheint ein erhebliches Maß an Bürokratie mit sich zu bringen, das von den Beschäftigten als absurd wahrgenommen und mit Gleichgültigkeit quittiert wird.

Etwas anders scheint die Situation in den Bereichen zu sein, die vorher eher »marktfern« und »behördlich/bürokratisch« organisiert waren, etwa in der öffentlichen Verwaltung oder im Sozialbereich. Hier wird der Ökonomisierungsschub stärker als Druck zur »Kostendämpfung« wahrgenommen, der die Beschäftigten in Widerspruch zu den eigenen Vorstellungen/Ansprüchen an Qualität bringt: »Wir dokumentieren permanent Qualität und halten die Standards ein, und gleichzeitig geht es den Patienten immer schlechter.« – »Wir verbringen mehr Zeit damit, Dokumentationsbögen auszufüllen als unsere eigentliche Arbeit zu machen.« Während also Beschäftigte im Krankenhaus die Qualität ihrer Arbeit daran messen, dass sich PatientInnen »wohl fühlen«, schnell und umfassend gesund werden, freundlich betreut werden etc., werden von ihnen stattdessen formalisierte und standardisierte Qualitätsmerkmale abgefordert, die sich messen, erfassen und objektiv vergleichen lassen.

Gerade im Sozialbereich scheint diese Diskrepanz zwischen dem eigenen Verständnis von »guter Arbeit« und den betriebswirtschaftlich vorgegeben Merkmalen/Kennzahlen eine Quelle von Entfremdung und Unzufriedenheit zu sein. Der Arbeitsablauf folgt nicht mehr den Notwendigkeiten, die aus der Arbeit erwachsen, sondern Kriterien, die sich aus ökonomischen Zwängen außerhalb des Arbeitsalltags ergeben.

Herrschaft und Kontrolle

Egal in welcher Art und Weise organisiert, ist der kapitalistische Arbeitsprozess ein Kampf um die Kontrolle des Kapitals über die lebendige

2 Neben unseren eigenen Erfahrungen im betrieblichen Alltag, als prekäre Selbstständige oder als abhängig Beschäftigte (in kleinen und mittelständischen Betrieben, in Teilen großbetrieblicher Strukturen oder in Unternehmen des Wohlfahrts- und Sozialbereichs) beziehen wir uns im Folgenden auf Veranstaltungen, die wir mit BetriebsaktivistInnen – etwa von Opel Bochum oder von VW und Auto 5000 – durchgeführt haben, sowie auf eine Fragebogenaktion, mit der wir uns im Jahr 2005/2006 an Freunde und Bekannte in eher traditionellen Großbetrieben gewandt haben. Geantwortet haben uns Leute aus dem Hafen, Baugroßbetrieben, EADS/Airbus, der Post und aus einem Krankenhauskonzern. Teilweise waren die Angesprochenen im Betrieb politisch aktiv, teilweise nicht. Teilweise haben sie aus einer Angestelltenperspektive, teilweise aus einer ArbeiterInnenperspektive geantwortet.

Arbeit. Die Produktion und Aneignung von Mehrarbeit und Mehrwert setzt voraus, dass sich lohnabhängig Beschäftigte als Träger der Ware Arbeitskraft den kapitalistischen Leistungs- und Produktivitätsnormen unterwerfen, dass ihre Widerspenstigkeit kontrolliert oder nach Möglichkeit sogar in die Mehrwertproduktion integriert wird. Vielfach wird übersehen, dass das auch früher nie reibungslos geklappt hat und dass auch die Kontrolltechniken des Taylorismus immer auf diese Widerspenstigkeit trafen und entsprechend fragil und differenziert waren.[3] Die Methoden, mit denen Herrschaft und Kontrolle im Arbeitsprozess organisiert werden, waren und sind höchst verschieden. Bis heute hat sich im betrieblichen Alltag kein durchgängiges Muster, Modell oder Paradigma durchgesetzt, tayloristische oder gar »hypertayloristische« Kontrollmechanismen stehen neben Methoden einer »indirekten Steuerung«, die im Rahmen gewisser Autonomiespielräume auf den »Unternehmer im eigenen Kopf« setzen, auf die Selbstaktivierung und Selbststeuerung der Beschäftigten im Profitinteresse.

Der Begriff der »indirekten Steuerung« als »Selbststeuerung« entlang ökonomischer Gewinn-und-Verlust-Überlegungen, die von außen gesetzt und als unveränderbare Sachzwänge wahrgenommen werden, hat als neue Managementtechnik vor allem im Dienstleistungsbereich eine nicht unerhebliche Rolle gespielt. Zeitweise war sogar von einem Paradigmenwechsel der Managementtechniken im Betrieb die Rede.[4] Mal abgesehen davon, dass diese Diskussion inzwischen etwas abgeflaut ist, haben wir den Eindruck, dass mit der exklusiven Orientierung auf »indirekte Steuerung« der Blick auf Herrschaft und Kontrolle im Betrieb verengt wird. Während Kontroll- und Unterwerfungstechniken in den unterschiedlichen betrieblichen Alltagen durchaus und flächendeckend eine Rolle spielen, können unserer Erfahrung nach nur wenige mit dem expliziten Begriff der »indirekten Steuerung« etwas anfangen.

Wenn überhaupt spielt »indirekte Steuerung«, verstanden als (teil-)autonome »Selbststeuerung« der Beschäftigten, explizit nur in Angestelltenbereichen eine Rolle. In Arbeiterbereichen wie dem Bau oder dem Hafen kommt sie entweder nicht vor (»Gab's nicht und gibt's nicht«) oder wird als solche nicht wahrgenommen. Auch im Bereich der Automobilproduktion sind die relativen Gestaltungsspielräume der Gruppenarbeit inzwischen weitgehend eingeschränkt worden. In den Briefzentren der Post existieren neben Formen der Gruppenarbeit ebenfalls die Arbeitstakte des Fließbandes. Schließlich existieren Momente einer »Selbststeuerung« in bestimmten Bereichen schon lange, etwa als Verantwortung und Rücksichtnahme von Beschäftigten in Krankenhäusern und Sozialberufen gegenüber PatientInnen und Hilfesuchenden, was damals wie heute oft genug die selbstbestimmte Unterwerfung unter die Unternehmensziele befördert hat.

Unabhängig vom Label gibt es sehr wohl ein allgemeines Bewusstsein darüber, dass Spiel- und Freiräume im Arbeitsalltag im Laufe der Zeit verschwunden sind. Arbeitsverdichtung und rigide Zeit- und Prozessvorgaben (Bandgeschwindigkeiten, eingesparte Springer, festgelegte und getaktete Arbeitsabläufe, Überstunden, um niedrigere Löhne und Gehälter auszugleichen etc.) spielen hier eine Rolle, aber auch die Einbindung in die Unternehmensziele über die Auflösung standardisierter Arbeitszeiten, über die Identifizierung mit der Arbeit und über fachliche Qualifizierung und entsprechende Lohnhierarchien. Außerdem hat offenbar die Formalisierung in der Arbeitsorganisation dazu geführt, dass die Spielräume verschwunden sind, die die eher personalisierten Hierarchien zwischen Chefs/Meistern und ArbeiterInnen neben aller Willkür auch eröffnet hatten und die bei den ArbeiterInnen zu zusätzlichem Engagement jenseits der Vorgaben geführt hatten. Die heute vorherrschende betriebswirtschaftliche »Nüchternheit« ist in sich auch ein Grund dafür, dass sich die Beschäftigten den Unternehmensvorgaben wie den Vorgesetzten gegenüber »reservierter« und »weniger motiviert« verhalten.

Abgesehen von den deutlichen Unterschieden zwischen Angestellten- und ArbeiterInnenbereichen haben wir den Eindruck, dass die Art und Weise der Kontrolle und des Zugriffs »auf das Gold in den Köpfen« der Beschäftigten sehr davon abhängt, ob es sich um Tätigkeiten im Entwicklungsprozess oder eher in der unmittelbaren Produktion handelt, ob und wie kommunikationsintensiv der Arbeitsbereich ist, wie komplex der Produktionsprozess ist etc. Ein schillernder und letztlich auch nicht eindeutig abgrenzbarer Begriff wie die »indirekte Steuerung« ist in diesem Zusammenhang wenig hilfreich. Es geht nicht um *eine* bestimmte, allgemeine Form der Neuorganisation der Arbeit, sondern entsprechende

3 Vgl. Peter Birke: Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark, Frankfurt am Main/New York 2007.

4 Auslöser für diese Diskussionen in den Gewerkschaften (Glißmann-Debatte) war ein Projekt des Betriebsrats bei IBM in Düsseldorf. Dort war es nach der Einführung der Vertrauensarbeitszeit zu einer massiven »selbstbestimmten« Entgrenzung der Arbeitszeiten vor allem im Angestelltenbereich gekommen, verbunden mit einer auffälligen Zunahme psychosomatischer Erkrankungen bei den Beschäftigten. Vgl. IG Metall (Hg.): Mit Haut und Haaren. Der Zugriff auf das ganze Individuum, Denkanstöße, Mai 2000; sowie K. Pickshaus/H. Schmitthenner/H.-J. Urban (Hg.): Arbeiten ohne Ende. Neue Arbeitsverhältnisse und gewerkschaftliche Arbeitspolitik, Hamburg 2001.

Managementstrategien sind selbst eher »Projekte«. Wenn eine »neue Unternehmenskultur« nicht passt, wird sie verworfen. Die Geschichte der Gruppenarbeit in der Automobilindustrie ist dafür ein gutes Beispiel. Gleichermaßen »projekthaft« und experimentell ist der innerbetriebliche Widerstand gegen die unterschiedlichen Kontrolltechniken, auch wenn man getrost davon ausgehen kann, dass von der Durchleuchtung, Erfassung und Messung aller Arbeitsschritte bis hin zur teilautonomen Projektarbeit die Arbeitsorganisation als Kontrolltechnik und Hamsterrad durchaus wahrgenommen wird. Der Umstand, dass die Wut über die Herrschaftstechniken im Betrieb bisher scheinbar nur bei dem Streik bei Gate Gourmet in Düsseldorf 2005/2006 explizit ein wichtiges Moment im Arbeitskampf gewesen ist, hängt unseres Erachtens nicht zuletzt damit zusammen, dass dieser Streik einer der wenigen war, wo einmal genau hingeschaut wurde.[5] Bei ähnlich sorgfältiger Analyse würde man unter Umständen auch in anderen betrieblichen Auseinandersetzungen auf den Protest gegen den Terror der innerbetrieblichen Kontrollsysteme treffen.

Auslagerungen

In unterschiedlichen Varianten (Verlagerungen an andere Standorte, Ausgründung von Betriebsteilen, Fremdvergabe, Sondertarifierungen etc.) haben die Beschäftigten in nahezu allen Betrieben und Branchen mit Auslagerungen und Auslagerungsdrohungen zu kämpfen. In vielen Fällen waren und sind drohende Werksschließungen im Zusammenhang mit Produktionsverlagerungen eines der treibenden Motive für Protest- oder gar Streikaktionen. Auf Veranstaltungen und in Gesprächen werden Auslagerungen meistens im Kontext von Schwächung und Spaltungen diskutiert: Betriebliche Machtpositionen werden geschwächt, Arbeitsbedingungen verschärft, Löhne gesenkt, Belegschaften gespalten und aus dem Betrieb gedrängt (etwa durch Ausgründungen und Sondertarifierungen). Schlechtere Arbeitsbedingungen und niedrigere Löhne drohen dabei beiden Seiten – den ausgelagerten/ausgegründeten KollegInnen wie den verbliebenen »Kernen«.

In Verbindung mit Auslagerungsprozessen und den vielfältigen Sondertarifen gibt es inzwischen vielfältige Spaltungslinien sowohl innerhalb der Betriebe (»alte« und »neue« Beschäftigte) als auch zwischen

5 Flying Pickets (Hg.): Auf den Geschmack gekommen. Sechs Monate Streik bei Gate Gourmet, Hamburg/Berlin 2006. Siehe insbesondere den Abschnitt »Die Produktion des Streiks«, S. 98-145.

»Drinnen« und »Draußen«. Diese Spaltungen erscheinen als Preis für relativ stabile Lohnverhältnisse in den Kernbereichen der Unternehmen, obwohl auch dort die Löhne im Laufe der letzten Jahre kontinuierlich abgesenkt worden sind. Die relative Hochlohninsel, die etwa der Hafen in Hamburg – auch vor dem Hintergrund eines ungebrochenen Booms in dieser Branche – darstellt, liegt in einem Meer aus ausgegründeten und nicht oder sondertarifierten Betrieben, für die der Hafentarif nicht mehr gilt, obwohl sich die dort geleistete Arbeit in nichts von der eigentlichen Hafenarbeit unterscheidet.

Unserer Erfahrung nach erfolgt die Thematisierung von Ver- und Auslagerungen in aller Regel aus einer großbetrieblichen »Kernbelegschaftsperspektive« heraus. In der Konsequenz geraten die outgesourcten Kolleginnen und Kollegen selbst den BetriebsaktivistInnen schnell aus dem Blick.[6] Dies ist umso erstaunlicher, als die ständig steigende Anzahl von LeiharbeiterInnen und Beschäftigten von Fremdfirmen etwa in der Automobilindustrie oder bei Airbus unübersehbar ist. Der Beschäftigungsboom bei EADS/Airbus in Hamburg-Finkenwerder ist nahezu ausschließlich auf das Konto Tausender Leiharbeitsplätze gegangen. In einzelnen VW-Werken wird teilweise bereits eine von drei Produktionslinien komplett mit LeiharbeiterInnen aus der VW-eigenen Leiharbeitsfirma Autovision gefahren. Im Arbeitsalltag sind die »FremdkollegInnen« keineswegs Wesen vom anderen Stern, teilweise besteht ein enger Arbeitskontakt. Aber ein irgendwie geartetes aktives politisches Verhältnis besteht kaum oder gar nicht.[7]

Dabei spalten Auslagerungsprozesse keineswegs nur (ehemalige) KollegInnen in Fremdfirmen und Subunternehmen ab, sie verändern auch die »Kernbelegschaften«: Die Stammbelegschaften werden in die Auslagerungsprozesse eingebunden. Als ArbeitskoordinatorInnen leiten sie nunmehr outgesourcte KollegInnen an, kontrollieren sie mitunter sogar im globalen Rahmen. Die »Kernbelegschaften« werden nicht nur in ein neues Verhältnis zu den ausgelagerten KollegInnen gesetzt, von ihnen

6 Beschäftigte von über 50 unterschiedlichen Unternehmen arbeiten auf dem Werksgelände von Opel Bochum. Dennoch hat es offenbar selbst während des wilden Streiks im Herbst 2004 kaum oder gar keine Kontakte zu diesen Beschäftigten gegeben. Vgl. »Die Kollegen haben den Gehorsam verweigert«. Der Streik bei Opel und die Rolle linker Betriebspolitik, in: *ak. analyse & kritik*, Nr. 491, 21.1.2005.

7 In diesem Zusammenhang kommt der aktuellen Leiharbeitskampagne der IG Metall eine besondere Bedeutung zu. Ob sich hier tatsächlich eine grundlegend neue Haltung der Gewerkschaft zu sogenannten »Randbelegschaften« andeutet, muss sich noch zeigen.

wird oft ebenfalls eine höhere Mobilität erwartet und verlangt. Nach unserem Eindruck wird diese Mobilität in der Tendenz eher als Belastung denn als Gratifikation empfunden.[8]

Ein weiterer Punkt hat in unseren Diskussionen eine Rolle gespielt. Outsourcing bedeutet nämlich keineswegs immer und für jeden (sozialen) Abstieg. Es gibt durchaus Beispiele dafür, dass outgesourcte und verselbstständigte Betriebsteile als neue Firmen konkurrenzfähig sind und eine »Erfolgsgeschichte« schreiben können. Für Einzelne kann das einen Karrieresprung bedeuten, zum Beispiel im Fall von ehemaligen Angestellten, die im »neuen Unternehmen« Leitungsfunktionen und/oder neue Aufstiegschancen haben. In diesem Zusammenhang gilt es auch, die zeitliche Perspektive zu beachten, wenn wir die Konsequenzen einzelner unternehmerischer Strategien beurteilen wollen. Ob die Unternehmensziele, die mit Auslagerung erreicht werden sollen, wirklich erreicht werden, kann unter Umständen erst nach einer gewissen Zeit wirklich beurteilt werden.

Neue Belegschaften

Die ArbeiterInnenklasse ist weder ein statisches noch ein homogenes Gebilde oder Konstrukt von SoziologInnen. Sie ist ein sozialer und politischer Prozess. Dass sie im Laufe und in Folge der Entwicklung des kapitalistischen Produktionsprozesses permanent zer- und neu zusammengesetzt wird, ist eine linke Binsenweisheit. In der Beschreibung des Opel-Streiks in Bochum im Herbst 2004 hatten Wolfgang Schaumberg und Uwe Lübke darauf hingewiesen, dass es vor allem die 30- bis 35-Jährigen waren, die die Aktionen während des wilden Streiks getragen haben: ArbeiterInnen, die von den alten betriebslinken Strukturen eigentlich gar nicht mehr angesprochen werden und die für sich häufig gar keine dauerhafte Perspektive in einem Großbetrieb wie Opel sehen.[9] Die Neuzusammensetzung der Belegschaften bedeutet also keineswegs, dass die Kämpfe im Betrieb verschwinden. Doch unter Umständen treten neue Akteure mit neuen und anderen Kampfformen auf den Plan. Es scheint, als hätten die Neueinstellungen der letzten Jahre, insbesondere in den Boombranchen, zu einer Verjüngung der Belegschaften geführt.

8 Die permanente Jetterei zwischen Europa, Asien und den USA ist nur auf den ersten Blick attraktiv. Mal abgesehen davon, dass die Leute kaum noch zu Hause sind, ist es auch wenig lustig, wenn man seinen KollegInnen eher am Flughafen begegnet als am Arbeitsplatz, wie es ein Airbus-Angestellter einmal zynisch formuliert hat.

9 »Nur noch als Teil einer sozialen Bewegung«. Über Hoffnungen, Realität und Perspektiven linker Betriebsarbeit, in: *ak. analyse & kritik*, Nr. 492, 18.2.2005.

Ältere Beschäftigte sind über Altersteilzeit- und Vorruhestandsmodelle aus den Betrieben gedrängt bzw. herausgekauft worden. Trotz der inzwischen überall vorhandenen Tarifdifferenzierungen werden dabei die Lohnbedingungen in den Stammbetrieben von Teilen der Neueingestellten – etwa ehemalige Erwerbslose oder UmschülerInnen, Frauen, Leute aus Ostdeutschland, Unständige/HilfsarbeiterInnen – als gar nicht so schlecht empfunden. In vielen Fällen scheint es für die Beschäftigten in erster Linie wichtig zu sein, einen »Fuß in der Tür« zu haben und im Laufe der Zeit gegebenenfalls aufzusteigen, in höhere Lohngruppen oder in eine Festanstellung.

Das ist bei denjenigen, die als LeiharbeiterInnen oder Beschäftigte von Subunternehmen und Fremdfirmen in die Betriebe kommen, deutlich anders, auch wenn die Hoffnung auf Übernahme und Festanstellung insbesondere bei LeiharbeiterInnen sicher vorhanden ist. Es scheint so zu sein, dass ausgelagerte, enttarifierte und prekarisierte KollegInnen oft als willfähriger und angepasster wahrgenommen werden und im Verdacht stehen, sich unter Umständen als »Schmutzkonkurrenz« instrumentalisieren lassen (beispielsweise ostdeutsche Subunternehmen auf Baustellen).[10] Ähnlich wurden und werden von Seiten der Betriebs- und Gewerkschaftslinken Werksneugründungen, wie das neue Opel-Werk in Eisenach, der neue Container-Terminal in Hamburg-Altenwerder oder die VW-Tochter Auto 5000 beurteilt, in denen – teilweise auf der grünen Wiese – komplett neue, unerfahrene Belegschaften unter Sondertarifbedingungen eingestellt worden sind.[11] In erster Linie wurden hier die Gefahr des Lohn- und Tarifdumpings und eine betriebsinterne Deregulierungsstrategie gegen Beschäftigte der Kernbereiche gesehen.[12]

Das VW-Projekt Auto 5000 kann als Prototyp für eine Managementstrategie angesehen werden, die mit komplett neuen Belegschaften,

10 Eine solche Abwehrhaltung scheint allerdings nicht durchgängig vorzuherrschen. In einigen VW-Stammwerken wird die Stimmung der »alten Beschäftigten« gegenüber den LeiharbeiterInnen noch als weitgehend solidarisch beschrieben.

11 Für den neuen Container-Terminal in Hamburg Altenwerder hat sich herausgestellt, dass der Betrieb mit ausschließlich neuen Beschäftigten nicht funktioniert hat. Die Hafenunternehmer mussten zumindest teilweise auf erfahrene ArbeiterInnen zurückgreifen.

12 ArbeiterInnen von Auto 5000 beschreiben, wie sehr es sie nervt, von den Stammbelegschaften in erster Linie als Lohndrücker wahrgenommen zu werden: »Wir konnten da ja nichts für, haben das aber immer abgekriegt. Das war das Bösartige: Unverschuldet den Buhmann zu machen« (»Irgendwann interessiert dich nicht mehr die Technik, sondern das, wozu die Technik dich zwingt«. Interview zu VW/Auto 5000 in Wolfsburg, in: *Wildcat*, Nr. 79, Herbst 2006).

Sondertarifen und neuen Arbeitsstrukturen versucht, bisherige Tarife, Arbeitsbedingungen und Arbeitsabläufe aufzuknacken und zu flexibilisieren. Der »neue Arbeitnehmertypus« – voll flexibel und selbstverantwortlich handelnd im Interesse des Unternehmens – war dabei eine wichtige ideologische Bezugsgröße. Zunächst als Modell 5000 x 5000, später als Auto 5000 ist im Jahr 2001 eine VW-eigene Tochterfirma gegründet worden, die auf dem Werksgelände in Wolfsburg eigenständig den *Touran* produziert. Bei unserer ersten Veranstaltung zu Auto 5000 im Jahr 2002, zu der wir einen Betriebsrat des VW-Stammwerks in Hannover eingeladen hatten, stand die Kritik an den mit dem Modellprojekt verbundenen Angriffen auf Löhne und Arbeitsbedingungen im Vordergrund: abgesenkte Neueinsteigertarife für die 5.000 neu eingestellten, ehemals erwerbslosen Beschäftigten; unentgeltliche Nacharbeit bei fehlerhafter Arbeit; Zwang zur Dokumentation eines jeden Handgriffs, Krankenrückkehrergespräche etc.

Sechs Jahre später, bei einer Diskussion mit einer Arbeiterin von Auto 5000 im April 2007 haben sich die Perspektiven um einiges verschoben[13]: Zum einen haben sich die Versprechungen der Geschäftsführung – Einstellung von Menschen mit »Vermittlungshemmnissen«, Weiterbildungsmöglichkeiten, ganzheitliche Produktion und Rotationsprinzip, weitgehend einheitliche Löhne – als heiße Luft herausgestellt: In der Tat sind die Beschäftigten von Auto 5000 ehemalige Erwerbslose, doch im Wesentlichen ist die Beschäftigungsstruktur durch jüngere ArbeiterInnen und Gelernte geprägt. Ältere, Menschen mit »Vermittlungshemmnissen«, Ungelernte etc. sind deutlich unterrepräsentiert. Einflussmöglichkeiten der Beschäftigten auf die Qualifizierungsinhalte oder die Berücksichtigung ihrer Wünsche und Interessen gibt es nicht. Das Rotationsprinzip innerhalb der Gruppenarbeit ist inzwischen faktisch abgeschafft worden. Grund dafür ist vor allem, dass zunehmend KollegInnen chronisch krank und angeschlagen sind und nicht mehr für jede Tätigkeit eingesetzt werden können. Insbesondere die belastendsten Arbeiten konzentrieren sich auf eine immer kleinere Zahl von Beschäftigten. Damit steigt der Druck in den Gruppen. Bisher werden kranke KollegInnen noch nicht gegenüber den Meistern als »arbeitsuntauglich« gemeldet, doch der Wunsch der KollegInnen ist spürbar, sie sollten sich doch selbst krank melden – was

13 Zur aktuellen Situation bei Auto 5000 vgl. auch die Interviews in der *Wildcat* 79 (»Irgendwann interessiert dich nicht mehr die Technik ...«) und *Wildcat* 80, Winter 2006/2007, S. 34-35 (»Montag bis Samstag Auto 5000 – am Sonntag haben wir Freigang«).

diese aus Angst vor Repressalien nicht tun. Und auch die egalitäre Lohnstruktur wird inzwischen aufgeweicht: Auch bei Auto 5000 gibt es jetzt LeiharbeiterInnen aus dem VW-Leiharbeitspool Autovision, die deutlich weniger verdienen.

Was sich in der Praxis ebenfalls als ideologische Blase herausgestellt hat, ist die Propaganda vom neuen ArbeiterInnentypus und von der neuen Unternehmenskultur. Faktisch hat die neuen ArbeiterInnen bei Auto 5000 der direkte Druck genauso eingeholt wie in anderen VW-Werken. Das hohe Arbeitstempo, das sie aus Unerfahrenheit zu Beginn vorgelegt hatten, ist sofort mit der Abschaffung von Leertakten und höheren Bandgeschwindigkeiten bestraft worden. Wurden die Bänder anfangs bei Störungen noch angehalten, laufen sie inzwischen durch, egal was passiert. Die unentgeltliche Nacharbeit funktioniert in der Praxis eher als Drohkulisse. Qualitätsprobleme werden innerhalb der regulären Arbeitszeit behoben – um den Preis einer erheblichen Arbeitsverdichtung für die gesamte Gruppe. Bedeutsamer ist der Umstand, dass jeder Arbeitsgang gestempelt werden soll, um die Verantwortlichkeit für eventuelle Fehler feststellen zu können. Am Ende wird überprüft, ob die Stempel von allen Gruppenmitgliedern vorhanden sind. Ist das nicht der Fall, muss der fehlende Stempel entweder eingefordert werden, oder der/die Letzte stempelt selbst und hält damit den Kopf für die Qualität hin. Offenbar wird diese Stempelei als selbstverständliche Pflicht aufgefasst – im Gegensatz zu den VW-Beschäftigten in den Stammwerken. Dort gibt es solche Stempelsysteme nicht bzw. würden sich nicht ohne massive Konflikte durchsetzen lassen.[14]

Bei den ehemals Erwerbslosen und jetzigen VW-Beschäftigten sind die hohen Erwartungen der Anfangszeit genauso verflogen wie das Gefühl, als eine/r von 3.000 »Auserwählten« von 43.000 BewerberInnen etwas Besonderes zu sein. Die Begeisterung über die Arbeit in der großen Fabrik und über die Technik ist dem Alltagsstress gewichen. Diese Ernüchterung hat dazu beigetragen, dass sich unter den »ehemaligen Arbeitslosen« (abfällig gemeinter Standardspruch von IG-Metall-FunktionärInnen gegenüber Auto-5000-ArbeiterInnen) nach und nach ein kämpferisches Selbstbewusstsein herausgebildet hat. Im Herbst/Winter

14 In der Produktion der VW-Stammwerke wird die Anforderung, einzelne Arbeitsschritte oder -abschnitte gegenzuzeichnen und zu stempeln, in aller Regel schlichtweg ignoriert. Die ArbeiterInnen nehmen die gewünschte Eigenverantwortlichkeit für die Qualitätssicherung nicht an und verschieben sie in die Endkontrolle. Die tatsächliche Ausschussquote ist ihnen im Wesentlichen egal.

2006/2007 kam es bei Auto 5000 zu eigenständigen Tarifforderungen und Warnstreiks, an denen sich bis zu 4.000 KollegInnen beteiligten. Es ging vor allem um höhere Löhne und darum, den Druck in den Gruppen zu mindern. Dabei haben die Auto-5000-ArbeiterInnen auf einer eigenen Interessenvertretung bestanden und sind so in einen massiven Konflikt zur IG Metall und dem VW-Betriebsrat geraten. Bei Auto 5000 gibt es keinen eigenen Betriebsrat und keine eigenen Vertrauensleute. Wie Autovision wird auch Auto 5000 vom VW-Betriebsrat und den VW-Vertrauensleuten »mit bedient«.

Kämpfe und Gewerkschaften

Auto 5000 ist nicht nur ein Beispiel für den Widerspruch zwischen Mythos und Realität moderner Managementstrategien. Es ist auch ein Beispiel dafür, dass »neue Belegschaften« und neue Formen der Arbeitsorganisation keineswegs Friedhofsruhe in den Betrieben bedeuten. Dennoch ist es wichtig, zu bemerken, dass ein bedeutender Teil der betrieblichen Auseinandersetzungen und Streiks der letzten Jahre in den »Kernbereichen« in Industrie und Öffentlichem Dienst geführt worden ist. Doch auch wenn es nicht unbedingt die »prekär« Beschäftigten und »Randbelegschaften« sind, die zurzeit die Mehrzahl der Streiks prägen, so lässt sich doch eine Neuzusammensetzung der betrieblichen Auseinandersetzungen feststellen. In diesem Zusammenhang sind etwa die Streiks im ostdeutschen Wach- und Sicherheitsgewerbe oder im Einzelhandel ebenso von besonderem Interesse wie die Entwicklung der betrieblichen Auseinandersetzungen im Dienstleistungsbereich.[15]

In den momentanen Kämpfen wehren sich die Beschäftigten vor allem gegen Werkschließungen und Auslagerungen oder gegen die Verschlechterung tariflicher Lohn- und Arbeitsbedingungen. Über andere oder untergründigere Motive in diesen Kämpfen wissen wir wenig bis nichts, ebenso wenig wissen wir darüber, wie die jeweiligen Kampf- und Verhandlungsergebnisse verarbeitet worden sind. Generell scheint es aber so zu sein, dass keiner der vielen Streiks wirklich und ungebrochen als Erfolg bewertet worden ist oder gar als Indiz für ein neues, offensives Selbstbewusstsein innerbetrieblicher Macht und Stärke. Die breite Aufmerksamkeit und Akzeptanz für den Lokführerstreik 2007 gerade unter ArbeiterInnen und einfachen Gewerkschaftsmitgliedern könnte man vor diesem Hintergrund auch als Unzufriedenheit mit eher ritualisierten Arbeitskämpfen interpretieren, die im besten Falle nur defensiv »das Schlimmste verhindern«. Demgegenüber haben in der Wahrnehmung vieler die Lokführer signalisiert, dass sie bereit sind, die eigene betriebliche Macht tatsächlich einzusetzen, nicht um Verschlechterungen abzufedern, sondern um Verbesserungen zu erreichen.

Faktisch sind die zahlreichen Kämpfe der letzten Jahre nicht nur isoliert geblieben, ihnen fehlte – bis auf wenige Ausnahmen – auch das Moment des Selbstbewusstseins, des Vertrauens auf die eigene Stärke, des Bewusstseins, in einer Machtprobe mit den Kapitalisten etwas erreichen zu können. Das hat auch mit der Rolle der Gewerkschaften und den Betriebsratsmehrheiten zu tun. Im Zusammenhang mit dem wilden Streik bei Opel Bochum ist von den AktivistInnen im Betrieb vielfach die These vertreten worden, »dass man den Regelungsstrukturen, die seit Jahrzehnten gängig sind, den Gehorsam verweigert« hat.[16] Das war explizit auf die IG Metall und die Betriebsratsstrukturen im Betrieb gemünzt. Selten zuvor ist der gewerkschaftliche Vermittlungsapparat auch in den Kreisen der linksgewerkschaftlichen BetriebsaktivistInnen so heftig kritisiert worden wie nach den Streiks bei DaimlerChrysler im Sommer und bei Opel Bochum im Herbst 2004.

Die Standortsicherungsverträge bei Daimler wie auch der Abbruch des Streiks in Bochum wurden der jeweiligen Betriebsratsmehrheit und der IG Metall angelastet. Das Bewusstsein war relativ weit verbreitet, dass eine Ausweitung der Streiks ebenso möglich gewesen wäre wie deutlich bessere Verhandlungsergebnisse, dass aber beides von Betriebsratsmehrheit und Gewerkschaft bewusst sabotiert wurde. Aber nicht nur in Stuttgart und Bochum haben Betriebsräte und Gewerkschaften dazu beigetragen, dass Arbeitskämpfe sich nicht entfalten konnten, ihnen die Spitze genommen wurde oder sie schnell in Verhandlungsrunden umgelenkt wurden. Auch der Streik im Öffentlichen Dienst 2006 war mit viel Engagement gestartet worden, bevor ver.di ihn mit Teilverhandlungen und halbherzigen Protestaktionen einschläferte. Für die Beschäftigten endete »der längste Arbeitskampf im Öffentlichen Dienst seit 14 Jahren« mit einem Debakel: längere Arbeitszeiten und ein Tarifwerk, das für die allermeisten Beschäftigten massive Entwertungen der Arbeitsplätze und

15 Gerade in den Sparten der Finanz- und Unternehmensdienstleistungen – in der Vergangenheit nicht unbedingt besonders streikfreudige Branchen – hat in den letzten Jahren die Zahl der Arbeitskämpfe zugenommen. Dabei haben sich auch neue Kampfformen entwickelt; vgl. Peter Renneberg: Die Arbeitskämpfe von morgen? Arbeitsbedingungen und Konflikte im Dienstleistungsbereich, Hamburg 2005.

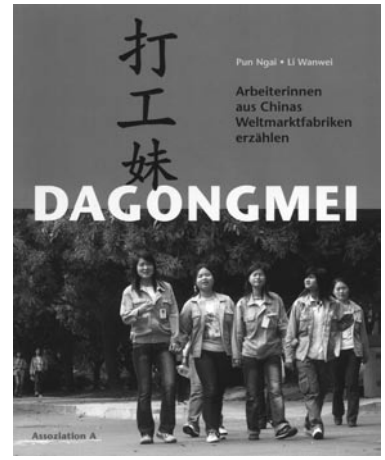
16 »Die Kollegen haben den Gehorsam verweigert«. Der Streik bei Opel und die Rolle linker Betriebspolitik, in: *ak. analyse & kritik*, Nr. 491, 21.1.2005.

gravierende Lohn- und Gehaltseinbußen mit sich gebracht hat.[17] So sehr die Legitimationskrise der gesellschaftlichen Vermittlungsinstanzen Gewerkschaften und Betriebsräte erfasst hat, so wenig sind Strukturen und Akteure in Sicht, die an ihre Stelle treten könnten. Auch das hat sich in den Kämpfen der letzten Jahre gezeigt. Denn gleichzeitig sind es in aller Regel aktive Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, die in den Auseinandersetzungen die erste organisatorische Kraft darstellen. So richtig es ist, dass die betrieblichen Auseinandersetzungen kanalisiert und gebremst werden, so richtig ist es auch, dass sie ohne die gewerkschaftlichen und betriebsrätlichen Strukturen kaum zur Geltung gekommen wären. In diesem Widerspruch werden sich betriebliche Kämpfe und Proteste so lange bewegen, wie es keine autonomen Artikulations- und Organisationsformen der Beschäftigten gibt, etwa in Gestalt apparatsunabhängiger Betriebsgruppen. Insofern spiegelt sich in den Kämpfen der letzten Jahre eine allgemeine gesellschaftliche Tendenz: Die soziale und politische Unzufriedenheit wächst, das Vertrauen in die herrschenden Regulierungsinstitutionen schwindet, aber die Unzufriedenheit findet keine eigene, aktive und kontinuierliche Ausdrucksform. Die Wut wird delegiert – an die Linkspartei oder mangels Alternative eben doch wieder an Betriebsräte und Gewerkschaften.

Wenn unsere Eingangsbeobachtung von der weitgehenden gegenseitigen Isolation sowohl der sozialen Auseinandersetzungen wie auch der sie begleitenden Diskussionen richtig ist, ergäbe sich daraus die Notwendigkeit, die unterschiedlichen Alltagsrealitäten wahrzunehmen und politisch zu diskutieren. Es gilt, die kollektive Organisierung im (betrieblichen) Alltag, wie zersplittert und diskontinuierlich sie sich auch immer darstellt, als bedeutendes politisches Problem zu begreifen. Das wäre eine Voraussetzung dafür, dass in den jeweiligen Kämpfen eine Bezugnahme auf andere Auseinandersetzungen stattfinden kann – etwa in den Streiks auf die Realität der Hartz-IV-EmpfängerInnen oder in den Kämpfen prekarisierter Selbstständiger auf die Betriebsbesetzung bei Bike Systems usw.

Gruppe Blauer Montag, Hamburg 2008

17 Der Übergang vom BAT zum TVöD bedeutet insbesondere für viele langjährig beschäftigte KollegInnen im Sozialbereich massive Lohneinbußen. Dort erfolgt die Beschäftigung vielfach im Rahmen fremdfinanzierter, aufeinander folgender und zeitlich befristeter Projekte. Beim Übergang von einem befristeten Projekt zum nächsten werden die KollegInnen jetzt wie NeueinsteigerInnen behandelt und entsprechend schlechter bezahlt.



Pun Ngai | Li Wanwei

Dagongmei

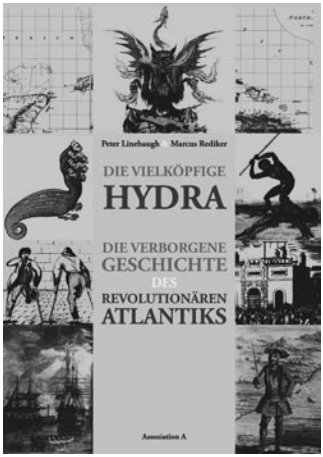
Arbeiterinnen aus Chinas Weltmarktfabriken erzählen

ISBN 978-3-935936-73-6 | 260 Seiten | 18 €

Mit Chinas rasanter Entwicklung zum »Fließband der Welt« entstehen neue Arbeitersubjekte, darunter die Dagongmei, wörtlich: arbeitende Schwestern. Millionen junge Frauen migrieren vom Land in die Städte, um dort in den Weltmarktfabriken zu arbeiten. Sie kommen als Teenager und die meisten kehren mit 25, von der Arbeit ausgelaugt, aufs Land zurück.

Pun Ngai und Li Wanwei haben in der Industriestadt Shenzhen Dagongmei interviewt. Die Frauen erzählen von der Benachteiligung der Mädchen in der Familie, der Flucht aus dem Dorf, Gefahren der Wanderung, den Bedingungen in den Betriebswohnheimen und an den Fließbändern, von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Es wird deutlich, welch bittere Erfahrungen sie machen und wie sehr sie um ihren Raum und ihre Freiheit kämpfen müssen. Gegen arrangierte Ehen, die despotischen Vorgesetzten und die Diskriminierung durch die lokalen Behörden finden sie trotz aller Probleme und Widersprüche Wege des Widerstands. Manche organisieren Petitionen, Demonstrationen und Streiks.

Pun Ngai hat selbst in einer Fabrik in Shenzhen gearbeitet. Ihre genaue Schilderung der Verhältnisse dort, der Überwachung und Auspressung am Fließband, der Beziehungen der Dagongmei untereinander und ihrer Widerstandsformen ergänzt die Erzählungen der jungen Frauen. Ein Buch, das »hautnah« deutlich werden lässt, auf welchen Schultern die Last des sagenhaften chinesischen Wirtschaftswachstums ruht, und wer den eigentlichen Preis der Exportwaren zu bezahlen hat.



Peter Linebaugh | Marcus Rediker

Die vielköpfige Hydra

Die verborgene Geschichte des revolutionären Atlantiks

Aus dem Englischen von Sabine Bartel | ISBN 978-3-935936-65-1 | 432 S. | 28 €

Die amerikanischen Historiker Peter Linebaugh und Marcus Rediker beleuchten die Ursprünge und den Aufstieg des frühen globalen Kapitalismus im Gebiet des „englischsprechenden Atlantiks" vom Ende des 16. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, ohne den die Welt, wie sie heute ist, nicht gedacht werden kann. Unter Verwendung zahlreicher Primärquellen gelingt es den Autoren, die „versteckte Geschichte" der atlantischen Kolonisation durch das aufstrebende Britische Empire aus den „Fußnoten" der Historiographie in den Mittelpunkt ihrer Darstellung zu rücken. Es ist die Geschichte der verarmten Massen, der Seeleute und Sklaven, der Schuldknechte, der einfachen Frauen, der marginalisierten Arbeiter und Bauern und all jener, die auf die sogenannten „common rights" dringend angewiesen waren. Aus einer Fülle historischer Überlieferungen rekonstruieren und beschreiben die Autoren Aufstände, Streiks und Meutereien gegen das gewaltige Kolonialisierungs- und Siedlungsprojekt des Empire. Landlose, Sklaven und Entrechtete entwickelten Formen kooperativer Widerständigkeit, ohne dass dabei Fragen der nationalen Herkunft, der Hautfarbe oder des Geschlechts eine bestimmende Rolle spielten. Die Deklassierten entwarfen durchaus eigene Entwürfe eines „besseren Lebens". In den Augen der jeweiligen Obrigkeit handelte es sich bei dieser unberechenbaren und oftmals unsichtbaren amorphen Unterschicht in der Tat um eine „vielköpfige Hydra", der für jeden abgeschlagenen Kopf zwei neue wuchsen.

Dieses außergewöhnliche Werk gilt es als Klassiker der neueren Labor History. Im Jahr 2001 wurde es mit dem International Labor History Award ausgezeichnet.